

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022

Landkreis Leipzig

Teil 2



Inhaltsverzeichnis - Haushaltplan Teil 2

Regionalbus Leipzig GmbH	1
- Jahresabschluss 2020	1
- Wirtschaftsplan 2022	29
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft Wurzen	38
- Jahresabschluss 2020	38
- Wirtschaftsplan 2022	55
Soziale Dienste Muldental gGmbH (vormals Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH)	65
- Übersicht über wirtschaftliche Lage und künftige Entwicklung	65
Servicegesellschaft Muldental mbH Wurzen	68
- Übersicht über wirtschaftliche Lage und künftige Entwicklung	68
KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH	70
- Jahresabschluss 2020	70
- Wirtschaftsplan 2022	87
Breitband GmbH Landkreis Leipzig	105
- Jahresabschluss 2020	105
- Wirtschaftsplan 2022	120
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	129
- Jahresabschluss 2020	129
- Wirtschaftsplan 2022	150
Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig	164
- Jahresabschluss 2020	164
- Wirtschaftsplan 2022	191
Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig	207
- Jahresabschluss 2020	207
- Wirtschaftsplan 2022	238

Regionalbus Leipzig GmbH

- Jahresabschluss 2020



Testatsexemplar

Regionalbus Leipzig GmbH
Deuben

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 und Lagebericht für das
Geschäftsjahr 2020

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Auftrag: 30463

www.komm-treu.de

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Regionalbus Leipzig GmbH, Deuben

Prüfungsurteile

Ich habe den Jahresabschluss der Regionalbus Leipzig GmbH, Deuben, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus habe ich den Lagebericht der Regionalbus Leipzig GmbH, Deuben, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Ich habe meine Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Meine Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ meines Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Ich bin von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und habe meine sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Ich bin der Auffassung, dass die von mir erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung des Geschäftsführers für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Geschäftsführer ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der Geschäftsführer verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Geschäftsführer dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür

Auftrag: 30463

verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Geschäftsführer verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Geschäftsführer verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Meine Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übe ich pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahre eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifiziere und beurteile ich die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, plane und führe Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlange Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinne ich ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteile ich die Angemessenheit der von dem Geschäftsführer angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem Geschäftsführer dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehe ich Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem Geschäftsführer angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmens-

Auftrag: 30463

tätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls ich zu dem Schluss komme, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, bin ich verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, mein jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Ich ziehe meine Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum meines Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteile ich die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteile ich den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führe ich Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehe ich dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteile die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen gebe ich nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Ich erörtere mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die ich während meiner Prüfung feststelle.

Markkleeberg, den 10. Juni 2021

KOMM-TREU GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dr. Thomas Schmechel
Wirtschaftsprüfer



Auftrag: 30463

**Regionalbus Leipzig GmbH,
Deuben
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020**

Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Das Jahr 2020 war von der Corona-Pandemie geprägt, die in Deutschland zu gesellschaftlichen Einschränkungen und wirtschaftlichen Beeinträchtigungen geführt hat und u. a. erhebliche Auswirkungen auf den öffentlichen Personennahverkehr hatte.

Die Regionalbus Leipzig GmbH (im Folgenden auch Regionalbus Leipzig oder Gesellschaft genannt) konnte die Herausforderungen der Pandemie erfolgreich bewältigen und nicht zuletzt dank der von Bund und Freistaat sowie durch den Gesellschafter zur Verfügung gestellten Finanzhilfen und aufgrund der günstigen Entwicklung des Kraftstoffpreises das Geschäftsjahr 2020 mit einem zufriedenstellenden kaufmännischen Ergebnis abschließen. Die beauftragten Verkehrsleistungen im gesamten Bediengebiet wurden an die Erfordernisse der Pandemiesituation angepasst und unter Einhaltung von Schutzmaßnahmen sowie unter Beachtung der Regelungen der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung stets zuverlässig erbracht.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 28. April 1993 in der Fassung vom 16. Juli 2015 die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft liegt mit ca. 98 % des Leistungsvolumens der gefahrenen Kilometer im Bereich des ÖPNV-Linienverkehrs. Grundlage für die Erbringung dieser Verkehrsleistungen bildet seit dem 1. Januar 2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), gemäß Beschluss Nr. 2013/081 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 9. Oktober 2013.

Bis zum Dezember 2020 erbrachten fünf vertraglich gebundene Nachauftragnehmer der Gesellschaft Teile der Verkehrsleistung im Bediengebiet Muldental. Einer dieser Verträge wurde zum Fahrplanwechsel im Dezember 2020 einvernehmlich beendet.

Nach den Städten Bad Lausick, Brandis und Grimma wurde im Jahr 2020 auch mit der Stadt Colditz ein Vertrag zur Verkehrsbedienung abgeschlossen.

Nach erfolgreicher Umsetzung von Verkehrsprojekten zur Realisierung eines Paradigmenwechsels in der ländlichen Mobilität in den letzten Jahren, betreibt die Gesellschaft nunmehr insgesamt 14 PlusBus- und 8 TaktBus-Linien. Für diese gelten hochwertige Qualitätsstandards hinsichtlich Verkehrsbedienung und eingesetzter Fahrzeuge.

Der Erfolg dieser Projekte zeigt sich deutlich in der Entwicklung der Fahrgastnachfrage. So konnte in den Monaten Januar und Februar 2020 eine Steigerung der Fahrgastzahl vor Korrekturwerten von 8 % im Vergleich zu den Vorjahresmonaten verzeichnet werden. Infolge des starken Rückgangs der Mobilität im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie kam es zu einem Einbruch der Verkehrsnachfrage. Dennoch konnten über das Gesamtjahr betrachtet noch fast 80 % der Fahrgäste des Vorjahres im Linienverkehr befördert werden.

Die Verkehrsleistungen zur ÖPNV-Anbindung des Pösna Parks und die Anbindung des Freizeitparks BELANTIS mit der Linie 105 wurden vertragsgemäß erbracht. Der Vertrag zur Durchführung von Beförderungsleistungen für die Handwerksammer Leipzig wurde um ein weiteres Jahr verlängert und Einzelverträge zur Ergänzung der Schülerbeförderung abgeschlossen.

Bedingt durch die Corona-Pandemie kam es im Jahr 2020 jedoch bei allen Verkehrsleistungen zu Verschiebungen oder Reduzierungen, die den gesunkenen Mobilitätsbedürfnissen der Bevölkerung bzw. den Einschränkungen aufgrund der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung Rechnung trugen und mit finanziellen Beeinträchtigungen für die Gesellschaft einhergingen. Im April 2020 musste die Regionalbus Leipzig aufgrund des Rückgangs der Verkehrsleistung infolge der außerplanmäßigen Inkraftsetzung des Ferienfahrplans Kurzarbeit anmelden.

Zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Landesverband des Sächsischen Verkehrsgewerbes (LSV) e. V. wurde am 20. Januar 2020 ein neuer Vergütungstarifvertrag mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2022 abgeschlossen. Am 7. Dezember 2020 wurden ein Tarifvertrag zur Jahressonderzahlung mit einer Laufzeit vom 8. Dezember 2020 bis zum 31. März 2023 sowie ein Tarifvertrag über eine einmalige Corona-Sonderzahlung für das Jahr 2020 abgeschlossen.

Der Ausbau und die Erweiterung der betrieblichen Anlagen in den Betriebsteilen Deuben und Zwenkau wurden im Geschäftsjahr 2020 planmäßig beendet.

I. Wirtschaftsbericht

Vermögenslage

Das Gesamtvermögen betrug zum Stichtag TEUR 32.407 und liegt damit TEUR 121 unter dem Vorjahreswert. Im Wirtschaftsjahr 2020 sank das Umlaufvermögen durch Mittelabflüsse aus dem Bankvermögen (TEUR 3.745). Im Gegenzug erhöhten sich die langfristigen Vermögenswerte des Anlagevermögens um TEUR 3.299.

Die Zugänge bestehen im Wesentlichen aus Investitionen in Omnibusse, in die Erweiterung des Betriebshofes und der Karosseriewerkstatt in Deuben, in den Umbau des Sozialgebäudes in Zwenkau und in das Rechnergestützte Betriebsleitsystem (RBL).

Bei den Investitionen 2020 wurde die geplante Summe zum Stichtag 31. Dezember 2020 um insgesamt TEUR 1.374 überschritten. Dieser Wert resultiert u. a. aus der zeitlichen Verzögerung der Fertigstellung des Erweiterungsbaus in Deuben (TEUR 924), einer aus 2019 nachgeholten Investition für Omnibusse (TEUR 444) sowie weiteren Investitionen, die technisch bedingt nicht planmäßig umgesetzt werden konnten und in das nächste Wirtschaftsjahr übertragen werden müssen.

Durch die für die Investitionen vereinnahmten Fördermittel erhöhte sich der Bestand an Sonderposten für Investitionszuschüsse (TEUR 542), welcher ab dem Jahr 2020 vollständig dem betriebswirtschaftlichen Eigenkapital zugerechnet wird. Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss.

Das Fremdkapital der Gesellschaft verringerte sich im Jahr 2020 um TEUR 2.069. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Abbau der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (TEUR. 798) und der Verminderung der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung (TEUR 843).

Nachfolgend wird die Vermögenslage nach Liquiditätsgesichtspunkten gegliedert dargestellt. Posten mit Fälligkeit bis zu einem Jahr werden als kurzfristig, alle übrigen Posten als mittel- und langfristig eingestuft.

Vermögensstruktur

	31.12.2020		31.12.2019		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
immaterielle Vermögensgegenstände	270	0,8	355	1,1	-85
Sachanlagen	24.607	75,9	21.223	65,2	3384
Finanzanlagen	7	0	7	0	0
langfristig gebundenes Vermögen	24.884	76,8	21.585	66,4	3.299
Vorräte	349	1,1	276	0,8	73
Lieferforderungen	955	2,9	809	2,4	146
Forderungen gegen MDV GmbH	0	0	120	0,4	-120
sonstige Vermögensgegenstände, RAP	1.271	3,9	1.045	3,3	226
flüssige Mittel	4.949	15,3	8.694	26,7	-3.745
kurzfristiges Vermögen	7.524	23,2	10.944	33,6	-3.420
insgesamt	32.408	100	32.529	100	-121

Kapitalstruktur

	31.12.2020		31.12.2019		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
bilanzielles Eigenkapital	12.572	38,8	11.167	34,3	1.405
Sonderposten Investitionszuschüsse = Eigenkapitalähnliche Mittel	14.785	45,6	14.243	29,2	542
betriebswirtschaftliches Eigenkapital	27.357	84,4	25.410	78,1	1.947
Fremdkapital					
Bankverbindlichkeiten (> 1 Jahr)	239	0,7	657	2	-418
langfristige Rückstellungen	27	0,1	27	0,1	0
mittel- / langfristiges Fremdkapital	266	0,8	684	2,1	-419
kurzfristige Rückstellungen	555	1,7	687	2,1	-132
Bankverbindlichkeiten (< 1 Jahr)	418	1,3	798	2,5	-380
Lieferverbindlichkeiten	2.579	8	3.422	10,5	-843
Verbindlichkeiten gegenüber MDV GmbH	110	0,3	79	0,2	31
sonstige Verbindlichkeiten	1.123	3,5	1.449	4,5	-326
kurzfristiges Fremdkapital	4.785	14,8	6.435	19,8	-1.650
Fremdkapital gesamt	5.051	15,6	7.119	21,9	-2.069
insgesamt	32.408	100	32.529	100	-121

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2020 wurden folgende Investitionen getätigt:

	<u>TEUR</u>
Omnibusse	3.131
sonstige Ausstattung	529
Grundstücke und Gebäude	1.451
Software	73
Anlagen im Bau	<u>2.807</u>
insgesamt	7.990

Die Businvestitionen beinhalten die Beschaffung von insgesamt 22 Omnibussen (einschließlich der in Anlagen im Bau gezeigten).

Die Schwerpunkte der Investitionen in der Position „sonstige Ausstattung“ bildeten die überwiegende Ausstattung des Fahrzeugparks mit TFT-Monitoren sowie die Installation einer Digitalen Fahrgastinformation in Markkleeberg. Weiterhin wurde in Möbel für die Büros im Verwaltungs- und Sozialgebäude im Betriebsteil Deuben, in Ausrüstung mit Hardware im Verwaltungsbereich sowie Ausrüstungsgegenstände für die Werkstätten der einzelnen Betriebsteile investiert.

In der Position Grundstücke und Gebäude sind der Umbau im Bestand des Verwaltungs- und Sozialgebäudes sowie die Erweiterung der Karosseriewerkstatt in Deuben und der Um- und Ausbau des Sozialgebäudes in Zwenkau enthalten.

Die Softwareinvestitionen beinhalten ein Upgrade der Personalabrechnungssoftware, die Erweiterung der Personalsoftware für die digitale Personalakte, als auch Software für die Erweiterung der Nutzung der RBL-Funktion auf den Bordrechnern.

Die Anlagen im Bau umfassen Rechnungen für Omnibusse, welche erst im folgenden Wirtschaftsjahr auf die Gesellschaft zugelassen wurden.

Die Investitionen wurden im Berichtsjahr in Höhe von TEUR 2.665 durch Zuschüsse finanziert.

Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes im Berichtsjahr. Die Zahlungsströme werden nach den Bereichen „laufende Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“ gegliedert. Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 2.923. Mittelabflüsse durch Investitionen in das Anlagevermögen (TEUR 5.861) wurden durch Verminderung des Finanzmittelfonds (Geldmittelbestand) und ohne weitere Kreditaufnahme getätigt, wodurch eine Reduzierung des Mittelabflusses aus Finanzierungstätigkeit gegenüber dem Vorjahr möglich wurde.

Die Liquidität der Gesellschaft war auf der Basis eines detaillierten Liquiditätsplans in Verbindung mit den erhaltenen Betriebskostenzuschüssen (BKZ) sowie zeitnaher Leistungsabrechnung und einem aktuellen Mahnwesen jederzeit gesichert.

Verbindlichkeiten wurden innerhalb vereinbarter Fristen beglichen.

	2020 TEUR	2019 TEUR
Ergebnis	1.410	1.443
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.678	3.792
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	-2.800	-2.108
Zunahme der sonstigen Rückstellungen	-132	91
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	-2
Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-19	-10
Zunahme (-) /Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-325	912
Zunahme /Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	102	1.838
Zinsaufwendungen	9	20
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	2.923	5.976
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	27	10
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-8.553	-6.896
Erhaltene Zuschüsse für Investitionen ins Anlagevermögen	2.665	5.601
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-5.861	-1.285
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten (Bankverbindlichkeiten)	0	0
Auszahlungen aus der Tilgung von Bankverbindlichkeiten	-798	-1.168
gezahlte Zinsen	-9	-20
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-807	-1.188
Veränderung des Finanzmittelfonds	-3.745	3.503
Finanzmittelfonds am Periodenbeginn	8.694	5.191
Finanzmittelfonds am Periodenende	4.949	8.694
Zusammensetzung des Finanzmittelbestandes:	4.949	8.694
flüssige Mittel	4.949	8.694

Ertragslage

Das Wirtschaftsjahr 2020 schließt mit einem Jahresergebnis in Höhe von TEUR 1.410. Geplant wurde mit einem Ergebnis in Höhe von TEUR 912. Daraus ergibt sich eine positive Abweichung von TEUR 498.

Zur Analyse der Ertragslage werden im Folgenden die Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung abweichend vom handelsrechtlichen Schema nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert dargestellt.

	2020		2019		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
bereinigte Umsatzerlöse	23.180	100,0	22.640	100,0	540	2,4
Materialaufwand						
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-2.932	-12,6	-3.515	-15,5	583	-16,6
b) bezogene Leistungen	-2.059	-8,9	-2.060	-9,1	1	0,0
	-4.991	-21,5	-5.575	-24,6	584	-10,5
Personalaufwand	-13.069	-56,4	-11.963	-52,8	-1.106	9,2
übrige Aufwendungen	-2.435	-10,5	-2.435	-10,8	0	0,0
Betriebsaufwand gesamt	-20.495	-88,4	-19.973	-88,2	-522	2,6
sonstige betriebliche Erträge	3.401	14,7	2.505	11,1	896	35,8
Ergebnis vor Abschreibungen und Zinsen	6.086	26,3	5.172	22,8	914	17,7
Abschreibungen	-4.678	-20,2	-3.792	-16,7	-886	23,4
operatives Ergebnis	1.408	6,1	1.380	6,1	28	2,0
neutrales Ergebnis	11	0,0	83	0,4	-72	-86,7
Zinsergebnis	-9	0,0	-20	-0,1	11	-55,0
Jahresüberschuss	1.410	6,1	1.443	6,4	-33	-2,3

Die Erhöhung der bereinigten Umsatzerlöse (TEUR 540) in 2020 lässt sich im Wesentlichen wie folgt erklären:

	<u>TEUR</u>
Betriebskostenzuschüsse	1.517
ÖPNV-Linienverkehr	-500
Vertragsverkehr	-291
Gelegenheitsverkehr	-29
Schienenersatzverkehr	-1
sonstiges	-157
insgesamt	540

Die Betriebskostenzuschüsse wurden in der Planung 2020 an das höhere Leistungsvolumen und die gestiegenen Kosten angepasst und entsprechend vom Landkreis Leipzig gezahlt. Im laufenden Geschäftsjahr erfolgte eine weitere Anpassung des vom Landkreis Leipzig gezahlten Betriebskostenzuschusses, die schwerpunktmäßig auf der Grundlage der Regelungen der Richtlinie des SMWA über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 im Freistaat Sachsen (RL Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV) geleistet wurde.

Die weiteren geplanten Umsatzerlöse (bereinigt) für das Jahr 2020 wurden aufgrund des pandemiebedingten Rückgangs der Verkehrsnachfrage bzw. wegen der Einschränkungen aufgrund der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung nicht erreicht.

Im sonstigen Bereich resultieren die Mindereinnahmen hauptsächlich aus einem den Umständen der Corona-Pandemie angepassten Dieselverkauf.

Eine positive Planabweichung ergibt sich in den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von TEUR 896. Diese resultiert unter anderem aus dem Ersatz der Verluste an Fahrgeldeinnahmen auf der Basis der Richtlinie „Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV“.

Die Personalaufwendungen sind aufgrund einer Anhebung des Vergütungstarifs und einem leicht erhöhten Personalbestand im Vergleich zu 2019 gestiegen, blieben aber mit TEUR 81 unter den geplanten Aufwendungen. Unter anderem ist die im April des Berichtsjahres durchgeführte Kurzarbeit hierfür als Ursache zu sehen.

Das Problem des Fachkräftemangels im Fahrerbereich entspannte sich aufgrund der Corona-Pandemie innerhalb des Wirtschaftsjahres. Bedingt durch den Rückgang der Verkehrsnachfrage war es nicht erforderlich, alle geplanten Stellen – vorrangig im Fahrerbereich – zu besetzen.

Der Krankenstand verringerte sich im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr geringfügig.

Mit einer Höhe von TEUR 11 (2019: TEUR 83) kommt dem neutralen Ergebnis auch in diesem Geschäftsjahr keine entscheidende Bedeutung zu.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2020 TEUR	2019 TEUR
Erträge		
periodenfremde Erträge	5	73
Auflösung von Wertberichtigungen	0	4
Erträge aus Anlagenverkäufen	30	10
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	33	0
Erträge unregelmäßig	0	0
zusammen	68	87
Aufwendungen		
periodenfremde Aufwendungen	-43	-3
Zuführung von Wertberichtigungen	-3	-1
Forderungsverluste	0	0
Verlust aus Anlagenabgängen	-11	0
zusammen	-57	-4
insgesamt	11	83

II. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Leistungserbringung durch die Regionalbus Leipzig GmbH erfolgt auf der Basis des vom Landkreis Leipzig bis zum 31. Dezember 2023 erteilten ÖDA. Hierdurch wird u. a. vertraglich geregelt, dass die Gesellschaft für die zu erbringenden Verkehrsleistungen entsprechende Zuschüsse erhält, ohne die der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) nicht kostendeckend betrieben werden könnte. Diese Zuschüsse sind von entscheidender Bedeutung für die finanzielle Ausstattung und die Ertragssituation der Gesellschaft.

Zur frühzeitigen Erkennung von Risiken hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem eingerichtet, um gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zur Gegensteuerung einleiten zu können.

Der Landkreis Leipzig verfolgt das Ziel, durch die bedarfsgerechte Entwicklung und den Ausbau des ÖPNV seine Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu steigern. Hierzu wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Verkehrsprojekte umgesetzt, an denen die Regionalbus Leipzig GmbH maßgeblich beteiligt war. Zur Finalisierung des Projektes „Muldental in Fahrt“ wurde für die Stadt Colditz und ihre Ortsteile zum Fahrplanwechsel im August 2020 ein Stadtverkehrsangebot mit einem vollflexiblen Bedienungskonzept umgesetzt. Aufgrund der 2021 erfolgten Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes kann davon ausgegangen werden, dass die Einrichtung flexibler Bedienformen künftig im Rahmen des ÖPNV-Linienvverkehrs mit geringerem Aufwand möglich sein wird.

Insgesamt war bis zum Beginn der Corona-Pandemie aufgrund der Umsetzung der Verkehrsprojekte ein deutlicher Anstieg der Fahrgast- und Vertriebszahlen zu verzeichnen. Im Jahr 2020 begannen die vorbereitenden Planungen für die Überarbeitung des Verkehrsraumes im nördlichen Teil des Landkreises Leipzig (Stadt Wurzen und Umland). Die Projektumsetzung ist für die Jahre 2021 bzw. 2022 vorgesehen. Im Rahmen der Planung des Verkehrsangebotes sind regionale und demografische Entwicklungen zu berücksichtigen, die Einfluss auf die Nachfrage nach öffentlichen Personenverkehrsleistungen haben. Bestehende Fahrgäste sollen so an das Unternehmen gebunden und Potenziale zur Gewinnung neuer Fahrgastgruppen erschlossen werden.

In engem Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Verkehrsangebotes stehen die Anstrengungen zur Sicherung der Qualität der erbrachten ÖPNV-Leistungen und die Erleichterung des Zugangs für die Fahrgäste. Hierzu gehört neben der Bereitstellung von fahrtbezogenen Anschlussinformationen in Echtzeit sowie kostenfreiem WLAN-Zugang in den Omnibussen das Angebot einer ÖPNV-App für Fahrtauskunft und Ticketing in Kooperation mit dem MDV sowie weiteren Verkehrsunternehmen seit Juni 2020.

Das Qualitätsmanagementsystem gewährleistet mit einer strukturierten Erfassung verschiedener betrieblicher Leistungsparameter die Erfolgsmessung von getroffenen Maßnahmen und unterstützt insbesondere durch seine Verknüpfung mit der innerbetrieblichen Aus- und Weiterbildung die Erreichung der Ziele zur Verbesserung der Dienstleistungsqualität.

Das Vertragsverhältnis mit einem Nachauftragnehmer wurde zum 6. August 2017 außerordentlich gekündigt. In diesem Zusammenhang ist derzeit noch eine Rechtsstreitigkeit anhängig. Aufgrund der aktuellen Sachlage hat die Gesellschaft das Kostenrisiko neu bewertet und die hierfür gebildete Rückstellung angepasst.

Das mit einem weiteren Nachauftragnehmer bestehende Vertragsverhältnis wurde auf der Basis einer einvernehmlichen Vereinbarung zum 13. Dezember 2020 ordnungsgemäß beendet.

Die vor dem Hintergrund der Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft bereits im Jahr 2017 begonnen Baumaßnahmen zur Erweiterung des Betriebsteils Deuben konnten im Jahr 2020 mit Fertigstellung der Umbauarbeiten im Bestand des Verwaltungs- und Sozialgebäudes sowie mit Inbetriebnahme der erweiterten Karosseriewerkstatt abgeschlossen werden.

Im Oktober 2020 konnten die Umbauarbeiten am Sozialgebäude im Betriebsteil Zwenkau beendet werden. Damit wird dem dort gestiegenen Personalbestand auch bauseits Rechnung getragen.

In Anbetracht des mit den Bauvorhaben verbundenen hohen Investitionsvolumens, wurden die bestehenden Förderprogramme soweit möglich genutzt.

Im Zuge der Erneuerung und Erweiterung des Fahrzeugparks wurden 2020 durch Regionalbus Leipzig zum dritten Mal in Folge Omnibusse mit zusätzlichem Elektromotor (Hybridmodul) beschafft. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Zukunftsfähigkeit des Dieselantriebs ist die Entwicklung alternativer Antriebstechnologien genau zu beobachten und für künftige Beschaffungsentscheidungen zu berücksichtigen. Dies gilt umso mehr, als mit dem Inkrafttreten der Clean Vehicles Directive der EU am 1. August 2019 und der nunmehr erfolgten Umsetzung in nationales Recht, ab August 2021 Beschaffungsquoten hinsichtlich sauberer und emissionsfreier Straßenfahrzeuge definiert werden. Derzeit bestehen noch erhebliche Einschränkungen in der Verfügbarkeit von emissionsfreien Fahrzeugen am Markt, die die Anforderungen an einen Einsatz im Regionalbusverkehr voll erfüllen.

Neben diese technischen Risiken treten entsprechende Kostenrisiken, da alternativ angetriebene Omnibusse derzeit sowohl in der Beschaffung als auch im laufenden Betrieb noch deutlich teurer sind als dieselgetriebene Fahrzeuge.

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hat sich die Fachkräftelage im Jahr 2020 leicht entspannt. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist dem Thema der Fachkräftegewinnung jedoch weiterhin besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Insbesondere aufgrund der Fortschreibung der für die Gesellschaft geltenden Tarifverträge ist auch künftig mit steigenden Personalaufwendungen zu rechnen.

Die im 1. Quartal 2020 aufgekommene Corona-Pandemie hatte im weiteren Jahresverlauf erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaft. So waren u. a. Regelungen zum Schutz der Mitarbeiter und Fahrgäste sowie zur sicheren Aufrechterhaltung des ÖPNV unter den Bedingungen der Pandemiesituation zu treffen.

Die zeitweise Schließung der Schulen und weiterer Einrichtungen im Freistaat Sachsen, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Bevölkerung durch staatliche Anordnungen sowie der Wechsel vieler Beschäftigter ins „Home-Office“ führten zu einer erheblichen Reduzierung des Mobilitätsbedarfs und in der Folge zu einem deutlichen Fahrgastrückgang.

Regionalbus Leipzig reagierte hierauf u. a. mit temporärer Inkraftsetzung des Ferienfahrplans, einer zeitlichen Verschiebung des Starts der Saisonverkehre sowie der Anmeldung von Kurzarbeit. Außerdem waren erhebliche Ausfälle bei Vertrags- und Gelegenheitsverkehren zu verzeichnen.

Diese Entwicklungen gingen mit spürbaren Einnahmerückgängen für die Gesellschaft einher, die jedoch im Bereich des ÖPNV durch einen von Bund und Ländern aufgelegten „Rettungsschirm“ für Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger auf der Grundlage der Richtlinie „Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV“ vollständig ausgeglichen wurden. Die zusätzlichen Kosten z. B. für erhöhte Schutzmaßnahmen und verstärkte Reinigungsaufwendungen wurden durch den Landkreis Leipzig übernommen.

Da infolge des zweiten Lockdowns auch die ersten Monate des Jahres 2021 durch fehlende Fahrgäste geprägt sind, ist die Neuauflage des „Rettungsschirms“ für den ÖPNV und ein möglichst vollständiger Ausgleich der Einnahmeverluste des laufenden Jahres dringend erforderlich.

Mittelfristig besteht darüber hinaus das Risiko eines sich verändernden Mobilitätsverhaltens, verbunden mit reduzierten Fahrgastzahlen und entsprechend negativer Einnahmewirkung.

Dem ÖPNV wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle zur Sicherung der Daseinsvorsorge, als Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung und zur Lösung drängender Umweltprobleme zukommen. Es muss daher entsprechende Maßnahmen sichergestellt werden, dass die Fahrgäste den ÖPNV weiterhin als sichere und zugleich komfortable Form der Beförderung wahrnehmen.

Das in den letzten Jahren aufgebaute integrierte ÖPNV-System hat sich in der Pandemiesituation bewährt, da hierdurch auch außerhalb der Schulbedienung ein attraktives Verkehrsangebot mit gut nutzbaren Anschlüssen auch zu anderen Verkehrsträgern gewährleistet war. Der Erhalt und die Fortentwicklung des öffentlichen Verkehrsangebotes und vor allem dessen nachhaltige Finanzierung sind auch vor diesem Hintergrund von großer Bedeutung.

Neben der Fortschreibung des Betriebskostenzuschusses sind in diesem Kontext auch die Möglichkeiten zur Erlössicherung und -steigerung im Linienverkehr durch baldmöglichen Ausgleich der Fahrgastverluste und Neukundengewinnung zu nutzen. Hierbei werden neue tarifliche und betriebliche

Konzepte, die den veränderten Mobilitätsbedürfnissen Rechnung tragen sowie eine gezielte Vermarktung des öffentlichen Verkehrsangebotes eine zentrale Rolle spielen. Auch das Sächsische Bildungsticket, das im Jahr 2021 auf Initiative des Freistaats Sachsen eingeführt wird, könnte zu einer Verbesserung der Einnahmesituation der Verkehrsunternehmen beitragen.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Pandemiesituation ist außerdem insbesondere die Digitalisierung der Arbeit sowie von Information, Service und Vertrieb weiter voranzutreiben. Nach Möglichkeit wird die Gesellschaft für diese Vorhaben entsprechende Förderprogramme nutzen. In diesem Zusammenhang können sich zudem Möglichkeiten zur Realisierung von Synergien und Einsparungspotenzialen ergeben, z. B. durch die Ablösung personalintensiver Arbeitsgänge durch technische bzw. IT-basierte Lösungen.

Für das Jahr 2021 wird mit Einnahmen im ÖPNV-Linienvverkehr von TEUR 6.750 (2020 Plan: TEUR 7.089, 2020 Ist: TEUR 6.883) geplant. Das Erreichen des Planwertes ist im Wesentlichen abhängig von den Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Entscheidung zur erneuten Einrichtung eines „Rettungsschirms“ für die ÖPNV-Unternehmen. Daraus resultierend könnten auch die Ausgleichsleistungen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) IX pandemiebedingt in 2021 vom Planwert abweichen. Das Jahresergebnis 2021 soll planmäßig TEUR -1.221 betragen. Vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklungen sieht die Gesellschaft jedoch Potenziale dafür, dass bei zumindest teilweisem Ausgleich der Verluste an Fahrgeldeinnahmen und reduzierten Personalkosten im Zusammenhang mit einer möglichen Anpassung des Personalbestandes eine Bewegung in Richtung auf ein ausgeglichenes Jahresergebnis möglich ist. Diese Einschätzung basiert auf der Annahme, dass im Zuge der Pandemiesituation keine unvorhergesehenen Ereignisse wie z. B. ein nochmaliger langanhaltender Lockdown oder eine ungünstige Kraftstoffpreisentwicklung auftreten. Ein bestandsgefährdendes Risiko wird jedoch auch in diesem Fall aktuell nicht gesehen. Entscheidend für die Jahresergebnisse ab dem Jahr 2022 ist neben der Entwicklung des Einnahmeanspruchs auf der Basis der durch das Unternehmen beförderten Fahrgäste vor allem die Sicherung der Finanzierung durch den Betriebskostenzuschuss des Aufgabenträgers.

III. Zusätzliche Angaben gemäß § 99 Abs. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Die nachfolgenden Angaben erfolgen nur, soweit sie sich nicht schon aus dem Jahresabschluss und den vorangegangenen Ausführungen im Lagebericht ergeben.

Alleiniger Gesellschafter der Gesellschaft ist der Landkreis Leipzig.

Zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020 wurde die KOMM-TREU GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Markkleeberg bestellt.

Deuben, den 7. Juni 2021



Andreas Kultscher
Geschäftsführer

**Regionalbus Leipzig GmbH
Deuben**

Bilanz zum 31. Dezember 2020

Aktiva

	31.12.2020	31.12.2019
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Software	237.737,00	315.034,00
2. Geleistete Anzahlungen	32.812,32	39.477,33
	270.549,32	354.511,33
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken - davon Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten: EUR 8.738.167,00 (Vorjahr: EUR 5.880.825,00)	7.225.611,56	6.370.720,14
2. Fahrzeuge für Personenverkehr	13.109.661,00	12.674.259,00
3. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu Nr. 2 gehören	144.936,51	183.495,51
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.319.154,57	1.941.558,08
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.807.200,00	53.390,74
	24.606.563,64	21.223.423,47
III. Finanzanlagen		
Beteiligungen	7.214,04	7.214,04
	24.884.327,00	21.585.148,84
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	349.176,90	276.263,46
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	955.119,88	808.867,41
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	119.953,55
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.197.423,20	962.320,88
	2.152.543,08	1.911.141,84
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	4.949.487,78	8.694.242,03
	7.451.207,76	10.861.647,33
C. Rechnungsabgrenzungsposten	72.357,43	62.240,96
	32.407.892,19	32.529.037,13

Passiva		
	31.12.2020	31.12.2019
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	500.000,00	500.000,00
II. Kapitalrücklage	3.742.143,89	3.746.448,89
III. Gewinnrücklagen		
Sonstige Gewinnrücklagen	5.591.601,19	4.148.160,96
IV. Gewinnvortrag	1.328.687,92	1.328.687,92
V. Jahresüberschuss	1.409.551,66	1.443.440,23
	12.571.984,66	11.166.738,00
B. Sonderposten		
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	14.785.030,93	14.242.668,59
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	581.600,00	714.200,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	656.951,64	1.455.415,15
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.579.170,85	3.421.898,64
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	109.860,48	79.022,97
4. Sonstige Verbindlichkeiten	1.123.293,63	1.449.093,78
- davon aus Steuern: EUR 110.822,06 (Vj. EUR 99.892,42)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 26.210,38 (Vj. EUR 9.479,21)		
	4.469.276,60	6.405.430,54
	32.407.892,19	32.529.037,13

Regionalbus Leipzig GmbH
Deuben

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020**

	2020	2019
	€	€
1. Umsatzerlöse	23.179.593,84	22.640.075,38
2. Sonstige betriebliche Erträge	3.469.268,76	2.592.142,28
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-2.932.059,40	-3.515.358,69
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.058.960,37	-2.059.720,75
	-4.991.019,77	-5.575.079,44
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-10.851.568,83	-9.915.046,35
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und		
b) für Unterstützung	-2.217.801,37	-2.047.917,13
- davon Aufwendungen für Altersversorgung: EUR 56.898,07		
(Vorjahr EUR 61.726,38)		
	-13.069.370,20	-11.962.963,48
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-4.677.504,00	-3.792.053,98
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.478.404,19	-2.424.764,84
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-8.909,36	-19.531,47
davon Zinsen aus Aufzinsung: EUR 1.054,00 (Vorjahr: EUR 1.364,00)		
8. Ergebnis nach Steuern	1.423.654,88	1.457.824,45
9. Sonstige Steuern	-14.103,22	-14.384,22
10. Jahresüberschuss	1.409.551,66	1.443.440,23

**Regionalbus Leipzig GmbH,
Deuben
Anhang für das Geschäftsjahr 2020**

I. Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss der Regionalbus Leipzig GmbH, Deuben (nachfolgend auch Regionalbus Leipzig oder Gesellschaft genannt) zum 31. Dezember 2020 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Deuben, sie wird im Handelsregister B des Amtsgerichts Leipzig unter der Nummer HRB 7969 geführt.

Die für die Gesellschaft maßgeblichen handelsrechtlichen Vorschriften über den Ausweis und die Gliederung der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden ebenso wie die handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften beachtet.

Die Gliederung der Bilanz richtet sich nach der Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses von Verkehrsunternehmen vom 27. Februar 1968 zuletzt geändert per Gesetz vom 17. Juli 2015.

Das Bilanzgliederungsschema wurde gem. § 265 Abs. 5 HGB um den Posten Sonderposten für Investitionszuschüsse ergänzt. Zur Aufstellung eines klaren und übersichtlichen Jahresabschlusses wurden die Bezeichnungen einzelner Posten gem. § 265 Abs. 6 HGB an deren tatsächlichen Inhalt angepasst.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren, der Jahresabschluss vor Berücksichtigung der Ergebnisverwendung aufgestellt.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss wurde gem. § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB unter Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt.

Anlagevermögen

Die Bewertung der Gegenstände des Anlagevermögens erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen.

Die planmäßigen Abschreibungen für abnutzbare Gegenstände des Anlagevermögens wurden nach der linearen Methode pro rata temporis nach branchenüblichen und steuerlich zulässigen Nutzungsdauern vorgenommen. Die Abschreibung bei Software beträgt bis zu 5 Jahre, auf Gebäude und bauliche Anlagen ist eine Nutzungsdauer zwischen 15 und 33 Jahren zugrunde gelegt. Bei den technischen Anlagen und Maschinen beträgt die Nutzungsdauer zwischen 7 und 20 Jahren, bei Bussen zwischen 8 und 9 Jahren, bei den anderen Anlagen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen 3 und 23 Jahren.

Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten netto bis EUR 800 werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bilanziert.

Umlaufvermögen

Die Bewertung der Vorräte erfolgte zu Anschaffungskosten bei Anwendung des Durchschnittspreisverfahrens unter Beachtung des Niederstwertprinzips.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Für Ausfallrisiken wurden Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Zur Abdeckung des allgemeinen Kreditrisikos erfolgte ein pauschaler Abschlag auf den nicht einzelwertberichtigten Forderungsbestand aus Lieferungen und Leistungen.

Kassenbestände und Bankguthaben werden jeweils zum Nennwert angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurde zum Nennwert angesetzt. Er beinhaltet vorausgezahlte Beträge, die Aufwendungen für einen bestimmten Zeitraum nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital ist zum Nennwert angesetzt.

Sonderposten für Investitionszuschüsse

Der Sonderposten betrifft im Wesentlichen Zuschüsse für den Kauf von Omnibussen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), für den Neubau des Betriebshofes in Colditz, für den Neubau des Betriebshofes bzw. seine Erweiterung in Deuben, für den Um- und Ausbau des Sozialgebäudes in Zwenkau, für ein Rechnergestütztes Betriebsleitsystem (RBL) sowie für die Erweiterung der Karosseriewerkstatt in Deuben. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wird entsprechend der Nutzungsdauer der begünstigten Anlagegüter anteilig erfolgswirksam aufgelöst.

Rückstellungen und Verbindlichkeiten

Die Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden grundsätzlich mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagenspiegel (Anlage 1 zum Anhang) beigefügt.

Umlaufvermögen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die sonstigen Vermögensgegenstände haben wie in den Vorjahren eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Einzelwertberichtigungen in Höhe von insgesamt TEUR 3 und eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von TEUR 6 auf den nicht einzelwertberichtigten Forderungsbestand wurden berücksichtigt.

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen den Gesellschafter in Höhe von TEUR 557 (2019: TEUR 449) enthalten.

Der Posten sonstige Vermögensgegenstände enthält die antizipative Forderung auf Erstattung von Mineralölsteuer in Höhe von TEUR 60 (2019: TEUR 60). Des Weiteren sind Forderungen gegen den Gesellschafter in Höhe von TEUR 75 (2019: TEUR 0) bilanziert.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital beträgt TEUR 500 und wird vollständig vom Landkreis Leipzig gehalten.

Die Kapitalrücklage wurde durch Einlagen des Gesellschafters in Vorjahren gebildet. Im Berichtsjahr wurden TEUR 5 aus der Rücklage entnommen (ursprünglich eingelegtes Grundstück, welches im Berichtsjahr veräußert wurde).

Die Gewinnrücklage erhöhte sich aufgrund des Gesellschafterbeschlusses zur Verwendung des Jahresergebnisses des Geschäftsjahres 2019 (TEUR 1.443) und beträgt TEUR 5.592.

Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für nicht in Anspruch genommene Personalkosten (Urlaub und Überstunden) TEUR 231 (2019: TEUR 347), ausstehende Rechnungen TEUR 114 (2019: TEUR 172), Jubiläen, Sterbegeldverpflichtungen, Beiträge zur Berufsgenossenschaft sowie für Archivierung enthalten.

Die im Geschäftsjahr bilanzierte Jubiläumsrückstellung (TEUR 40) sowie Rückstellung für Sterbegeldverpflichtungen (TEUR 27) wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Verwendung der „Richttafeln 2018 G“ von Dr. Klaus Heubeck, Köln, nach der Anwartschaftsbarwertmethode ermittelt. Dabei wurde ein Rechnungszinsfuß von 1,6 % berücksichtigt. Dieser Zinssatz entspricht dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren.

Bei der Ermittlung wurden ein Gehaltstrend von 3 % sowie Fluktuationen nach Heubeck 2018 G (modifiziert) angesetzt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

	31.12.2020			Vorjahr		
	Gesamt	bis 1 Jahr	über 5 Jahre	Gesamt	bis 1 Jahr	über 5 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	657	418	0	1.455	798	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.579	2.579	0	3.422	3.422	0
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	110	110	0	79	79	0
sonstige Verbindlichkeiten	1.123	1.123	0	1.449	1.449	0
	4.469	4.230	0	6.405	5.748	0

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind mit einer Grundschuld auf das Grundstück Leipziger Straße 79, Deuben, in Höhe von TEUR 900 und mit der Sicherungsübereignung der hiermit angeschafften Busse besichert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, stellen wie im Vorjahr Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen dar.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten gegenüber Krankenkassen in Höhe von TEUR 26 (2019: TEUR 9) enthalten. Unter den sonstigen Verbindlichkeiten sind weiterhin vor allem Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt in Höhe von TEUR 643 (2019: TEUR 610) sowie Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer in Höhe von TEUR 111 (2019: TEUR 100) enthalten. Unter den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter aus Rückzahlung von Betriebskostenzuschüssen nach vorläufiger Berechnung in Höhe von TEUR 329 (2019: TEUR 52) enthalten.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2020	2019
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
ÖPNV-Linienverkehr	22.414	21.396
Vertragsverkehr	219	510
Gelegenheitsverkehr	17	47
Schienenersatzverkehr	1	2
Sonstige	<u>529</u>	<u>685</u>
insgesamt	23.180	22.640

Das Segment ÖPNV-Linienverkehr enthält Zuschüsse und Ausgleichszahlungen. Sämtliche Umsatzerlöse wurden im Inland erzielt.

Sonstige betriebliche Erträge

Unter dem Posten werden im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (TEUR 2.800; 2019: TEUR 2.108), Erstattungen Mineralölsteuer (TEUR 119; 2019: TEUR 123) und Versicherungsentschädigungen (TEUR 59; 2019: TEUR 183) ausgewiesen. Einen wesentlichen Bestandteil bildet die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im ÖPNV im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 im Freistaat Sachsen (TEUR 354; 2019: TEUR 0) und Schadenersatzleistungen für entfallene Leistungen im Vertragsverkehr (TEUR 39; 2019: 0). Außerdem werden unter dem Posten periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 5 (2019: TEUR 73) ausgewiesen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Periodenfremde Aufwendungen sind in Höhe von TEUR 43 (2019: TEUR 3) angefallen.

V. Sonstige Angaben

Latente Steuern

Die Gesellschaft verfügt über steuerliche Verlustvträge. Eine Steuerentlastung ist hieraus nicht zu erwarten. Dementsprechend wurden keine aktiven latenten Steuern gebildet.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft hat sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Wartungs-, Leasing- und Dienstleistungsverträgen von insgesamt TEUR 435.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr 2020 waren im Durchschnitt 344 Mitarbeiter (2019: 335), davon 281 gewerbliche Mitarbeiter, 47 Angestellte sowie 16 geringfügig Beschäftigte für die Gesellschaft tätig. Darüber hinaus wurden durchschnittlich 3 Auszubildende beschäftigt.

Honorar für den Abschlussprüfer

Das Abschlussprüferhonorar im Geschäftsjahr 2020 beträgt für Abschlussprüfungsleistungen TEUR 9 und für andere Bestätigungsleistungen TEUR 3.

Beteiligung

Die Gesellschaft ist mit 2,99 % an der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV), Halle (Saale), beteiligt. Die MDV wies im Jahresabschluss 2019 ein Eigenkapital von TEUR 574 und ein Jahresergebnis von TEUR 0 aus.

Mitglieder des Aufsichtsrates

- Henry Graichen, Landrat, Borna (Vorsitzender)
- Uwe Weigelt, Bürgermeister, Lossatal (stellvertretender Vorsitzender)
- Stefan Bischoff, selbstständig, Grimma
- Uwe Hermann, Bürgermeister a. D., Naunhof
- Bernd Laqua, Bürgermeister, Bennewitz
- Tommy Penk, Verwaltungsfachangestellter, Markranstädt
- Holger Schulz, Bürgermeister, Zwenkau

Die Mitglieder erhielten eine pauschale Aufwandsentschädigung von insgesamt EUR 750,00 (2019: EUR 800,00).

Geschäftsführung

Andreas Kultscher, Diplom-Kaufmann, Leipzig (Geschäftsführer)

Auf die Angabe der Vergütung des Geschäftsführers gem. § 285 Nr. 9a HGB wird in Anwendung des § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss 2020 in Höhe von EUR 1.409.551,66 in die Gewinnrücklage einzustellen.

Nachtragsbericht gem. § 285 Nr. 33 HGB

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Deuben, den 7. Juni 2021



Andreas Kultscher
Geschäftsführer

Regionalbus Leipzig GmbH

15.10.2021

PLAN 2022

Gesamtüberblick

Erträge	26.859.527 €
Aufwand	27.879.573 €
Jahresfehlbetrag	-1.020.046 €
Gesamt-Kilometer (alle Leistungsarten Regionalbus Leipzig GmbH)	8.206.433 km
Investitionsvolumen (siehe Investitionsplan)	2.220.000 €



Andreas Kultscher
Geschäftsführer

Schwerpunkte zum Wirtschaftsplan 2022

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2022 wurde unter Berücksichtigung des Jahresabschlusses 2020 sowie des aktuellen Geschäftsverlaufs des Jahres 2021 aufgestellt. Vertragsgrundlage für die Planung bildet der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA) zwischen dem Landkreis Leipzig und der Regionalbus Leipzig GmbH vom 09.10.2013. Die ÖPNV-Leistungen nehmen mit über 97 % den bestimmenden Anteil in allen Unternehmensbereichen ein.

Der geplante Leistungsumfang im ÖPNV beläuft sich im Jahr 2022 auf 7.531.872 Fahrplankilometer und bleibt damit in etwa auf dem Niveau der Vorjahre. Die Corona-Pandemie hat weiterhin erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaftsplanung der Gesellschaft für das Jahr 2022 und die Folgejahre. Die Reduzierung des Mobilitätsbedarfs führte zu einem deutlichen Fahrgastrückgang in den Jahren 2020 und 2021 verbunden mit entsprechenden Erlösrückgängen. Vor diesem Hintergrund wird für das Planjahr 2022 weiterhin von einer verminderten ÖPNV-Einnahme ausgegangen. Für die vollständige Überwindung der pandemiebedingten Rückgänge der Fahrgastzahlen und der Erlöse wird voraussichtlich ein längerer Zeitraum benötigt.

Die Einführung des preisgünstigen sächsischen Bildungstickets führte zwar zur Gewinnung von neuen Stammkunden, aufgrund der Wanderungsbewegungen aus den deutlich teureren Schüler- und Azubikarten ist dieses Ticket für Regionalbus Leipzig jedoch mit Einnahmeverlusten verbunden. Der Freistaat Sachsen stellt den Aufgabenträgern Mittel zur Verfügung, mit denen u. a. die Verluste bei den Verkehrsunternehmen ausgeglichen werden sollen.

Die im Wirtschaftsplan dargestellten Betriebskostenzuschüsse (BKZ) entsprechen der Haushaltsplanung des Landkreises Leipzig. Trotz geringfügiger Anpassung kann deren Höhe die gesunkene ÖPNV-Einnahme und die weiter steigenden leistungsunabhängigen Aufwendungen der Gesellschaft, darunter insbesondere die durch Lohn- und Tarifsteigerungen geprägten Personalkosten und steigende Kraftstoffpreise, nicht kompensieren.

Eigenwirtschaftliche Linienverkehrsleistungen wurden entsprechend der aktuellen Vertragslage berücksichtigt. Schienenersatzverkehr, Gelegenheitsverkehr und freigestellter Vertragsverkehr sind unter Beachtung der Entwicklung der letzten Jahre und einer Prognose für den zukünftigen Geschäftsverlauf in die Planung eingeflossen. Der prozentuale Anteil dieser Leistungsarten an der Gesamtleistung der Regionalbus Leipzig GmbH liegt zurzeit unter 3%.

Die sonstigen Erträge sind mit hoher Wahrscheinlichkeit in der geplanten Höhe zu erwarten. Entsprechend der kaufmännischen Vorsicht wurden hier nur planbare Positionen zugrunde gelegt.

Die Kosten für Material inkl. Treibstoffe wurden unter Berücksichtigung der Preisentwicklung über dem Niveau des Jahres 2020 geplant. Neben den steigenden Erzeugerpreisen für Kraftstoff wirkt sich hier auch die seit Januar 2021 geltende CO₂-Steuer aus.

Die Planung der bezogenen Leistungen orientiert sich am künftigen Leistungsumfang der für die Regionalbus Leipzig GmbH tätigen Nachauftragnehmer und an der Fortschreibung der Kosten auf der Grundlage der vertraglichen Vereinbarungen.

Der Planansatz des Personalaufwandes für das Jahr 2022 erfolgte auf der Basis der derzeit geltenden Tarifverträge. Hinsichtlich der Planungen für die Folgejahre ist die Laufzeit der verschiedenen Tarifverträge (Rahmentarifvertrag und Auszubildendentarifvertrag bis 30.06.2022, Vergütungstarifvertrag bis 31.12.2022, Tarifvertrag zur Jahressonderzahlung bis 31.03.2023) zu beachten. Danach unterliegen die Personalkosten einer entsprechenden Unsicherheit und wurden planerisch gemäß den Tarifentwicklungen der Vergangenheit fortgeschrieben.

Die Grundlage für die Planung des Personalaufwandes bildet der aktuelle Stellenplan.

Die sonstigen Aufwendungen für das Jahr 2022 wurden auf der Basis des Ist 2020 und der Prognose für das Jahr 2021 geplant. Grundlage dafür bildet vor allem die aktuelle Vertragslage der Gesellschaft mit Dienstleistern und Lieferanten.

Der Schwerpunkt der im Jahr 2022 geplanten Investitionen liegt auf Digitalisierungsmaßnahmen, mit denen die fahrgastbezogenen Informations- und Vertriebsprozesse kundenfreundlicher gestaltet werden sollen. Zudem wird in die Weiterentwicklung der technischen Infrastruktur des Unternehmens, Softwareanpassungen zur effektiveren Gestaltung unternehmensinterner Prozesse sowie einen Gelenkbus investiert. In der Mittelfristplanung wurden aufgrund der zurzeit damit verbundenen Unsicherheit keine Fahrzeuginvestitionen berücksichtigt.

Mit der geplanten Fremdkapitalaufnahme zur Finanzierung des vorgesehenen Investitionsvolumens wird das Ziel einer ganzjährig gesicherten Liquidität des Unternehmens erreicht.

Da die Erlöse im Geschäftsjahr 2022 die Kosten der Gesellschaft nicht decken werden und derzeit auch nicht von einer Fortschreibung des „ÖPNV-Rettungsschirms“ ausgegangen werden kann, ist das Jahresergebnis zwangsläufig negativ. Dies wird zu einer entsprechenden Minderung des Gewinnvortrages und damit zu einer Minderung des Eigenkapitals der Gesellschaft führen. Vor dem Hintergrund der damit verbundenen negativen Wirkung auf die Kapitalstruktur des Unternehmens ist perspektivisch ein Schließen der Finanzierungslücke dringend geboten. Die Gesellschaft plant daher für die Folgejahre ab 2023 mit dem im ÖDA vereinbarten Aufschlag für Wagnis und Gewinn in Höhe von 5% auf die prognostizierten Kosten und höheren Betriebskostenzuschüssen. Dies ist Voraussetzung, um auch künftig einen stabilen und zuverlässigen Geschäftsbetrieb des Unternehmens sicherzustellen.



Andreas Kultscher
Geschäftsführer

Regionalbus Leipzig GmbH							
Gewinn- und Verlustrechnung für die Jahre 2021-2025							
Planjahr 2022							
	Ist	Plan					
	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
1.1 Umsatzerträge/Verkehrsleistung	7.655.468	8.150.000	8.210.000	8.405.000	8.580.000	8.755.000	
davon							
ÖPNV	8.728.174	6.750.000	6.850.000	7.025.000	7.200.000	7.375.000	
eigenwirtsch. Linienverkehr	155.000	180.000	160.000	160.000	160.000	160.000	
Gelegenheitsverkehr	17.456	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	
Vertragl. Verkehr	219.219	470.000	470.000	470.000	470.000	470.000	
Schienerersatzverkehr	650	0	0	0	0	0	
sonstige Umsätze	534.969	700.000	680.000	700.000	700.000	700.000	
1.2 Zuschüsse	15.524.125	15.572.000	15.989.000	19.325.919	19.844.713	20.130.824	
davon							
MDV (Ausgl.-betr. Land Sachsen)	0	0	0	0	0	0	
BKZ Landkreis Leipzig	15.051.518	15.200.000	15.500.000	18.845.919	19.384.713	19.650.824	
Zuschuss sonstige	136.169	122.000	200.000	200.000	200.000	200.000	
Finanz. Ausbild.-verkehr (ÖPNVFinAusG)	84.101	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	
Zuschuss unentl. Beförd. Schwerbeh.	252.337	200.000	230.000	230.000	230.000	230.000	
4.1 Sonstige Erträge	669.556	220.000	250.000	250.000	250.000	250.000	
4.2 Auflösung Sopo gesamt	2.799.713	2.475.758	2.419.527	2.384.036	2.143.289	1.725.831	
5. Materialaufwand	4.991.020	5.406.127	5.802.573	6.035.524	6.168.098	6.300.671	
a) AW für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.932.059	3.906.127	3.802.573	3.985.524	4.068.098	4.150.671	
b) AW bezogene Leistungen	2.058.960	1.500.000	2.000.000	2.050.000	2.100.000	2.150.000	
6. Personalaufwand	13.069.370	14.600.000	15.250.000	16.150.000	16.750.000	17.150.000	
a) Löhne und Gehälter	10.851.569	12.118.000	12.657.500	13.458.333	13.958.333	14.291.667	
b) Soziale Abgaben etc.	2.217.801	2.482.000	2.592.500	2.691.667	2.791.667	2.858.333	
7. Abschreibungen	4.677.504	4.970.000	4.200.000	4.100.000	3.750.000	3.230.000	
auf immat. Vermögensgegenstände und Sachanlagen							
8. Sonstige betriebl. Aufwendungen	2.478.404	2.640.000	2.600.000	2.650.000	2.700.000	2.730.000	
11. Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0	
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.909	5.678	10.000	6.100	5.000	4.000	
15. Ergebnis nach Ertragssteuern	1.423.655	-1.204.047	-1.003.046	1.423.331	1.444.904	1.448.984	
16. sonstige Steuern	14.103	17.000	17.000	20.000	20.000	20.000	
17. Jahresgewinn/Jahresverlust	1.409.552	-1.221.047	-1.020.046	1.403.331	1.424.904	1.426.984	

Regionalbus Leipzig GmbH Finanzplan für die Jahre 2021 - 2025 Planjahr 2022						
	Ist	Plan				
	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Leistungsübersicht						
1. Gesamtkilometer	7.902.587	8.427.248	8.206.433	8.207.375	8.207.375	8.207.375
davon						
OPNV	7.761.536	8.197.248	7.976.433	7.977.375	7.977.375	7.977.375
eigenwirtsch. Linienverkehr	47.621	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Gelegenheitsverkehr	5.641	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Vertragl. Verkehr	87.241	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000
Schienerersatzverkehr	348	0	0	0	0	0
2. Erträge						
2.1. Umsatzerträge/Verkehrsleistung	7.655.468	8.150.000	8.210.000	8.405.000	8.580.000	8.755.000
davon						
OPNV	6.728.174	6.750.000	6.850.000	7.025.000	7.200.000	7.375.000
eigenwirtsch. Linienverkehr	155.000	180.000	180.000	180.000	180.000	180.000
Gelegenheitsverkehr	17.456	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Vertragl. Verkehr	219.219	470.000	470.000	470.000	470.000	470.000
Schienerersatzverkehr	650	0	0	0	0	0
sonstige Umsätze	534.869	700.000	680.000	700.000	700.000	700.000
2.2. Sonstige Erträge	669.556	220.000	250.000	250.000	250.000	250.000
2.3. Auflösung Sopo gesamt	2.799.713	2.475.758	2.419.527	2.384.036	2.143.299	1.725.831
2.4. Zuschüsse	15.524.125	15.572.000	15.980.000	19.329.919	19.844.713	20.130.824
davon						
MDV (Ausgl.-betr. Land Sachsen)	0	0	0	0	0	0
BKZ Landkreis Leipzig	15.051.518	15.200.000	15.500.000	18.845.919	19.364.713	19.650.824
Zuschuss sonstige	136.169	122.000	280.000	260.000	200.000	200.000
Finanz. Ausbld.-verkehr (OPNVFinAusG)	84.101	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Zuschuss umsatz. Beförd. Schwerbeh.	252.337	200.000	230.000	230.000	230.000	230.000
2.5. Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0
Erträge gesamt	26.648.863	26.417.758	26.859.527	30.384.955	30.818.002	30.861.655
3. Aufwand						
3.1. Materialaufwand	4.991.020	5.405.127	5.802.573	6.035.524	6.168.098	6.300.671
a) AW für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.932.059	3.905.127	3.802.573	3.885.524	4.088.098	4.150.671
b) AW bezogene Leistungen	2.058.960	1.500.000	2.000.000	2.050.000	2.100.000	2.150.000
3.2. Personalaufwand	13.069.370	14.600.000	15.250.000	16.150.000	16.750.000	17.150.000
a) Löhne und Gehälter	10.851.569	12.118.000	12.657.500	13.458.335	13.956.333	14.291.667
b) Soziale Abgaben etc.	2.217.801	2.482.000	2.592.500	2.691.667	2.793.667	2.858.333
3.3. Abschreibungen	4.677.504	4.970.000	4.200.000	4.100.000	3.750.000	3.230.000
auf immat. Vermögensgegenstände und Sachanlagen						
3.4. Sonstige betriebl. Aufwendungen	2.478.404	2.640.000	2.600.000	2.650.000	2.700.000	2.730.000
3.5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.909	5.678	10.000	6.100	5.000	4.000
3.6. sonstige Steuern	14.103	17.000	17.000	20.000	20.000	20.000
Aufwand gesamt	25.239.311	27.638.805	27.879.573	28.861.624	29.383.098	29.434.671
Jahresgewinn/Jahresverlust	1.409.552	-1.221.047	-1.020.046	1.403.331	1.424.904	1.426.984

Regionalbus Leipzig GmbH
Liquiditätsplan 2022

Bezeichnung	Ist 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025
1 Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	1.399	-1.221	-1.020	1.403	1.425	1.427
2 Abschreibungen (+) und Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	4.678	4.970	4.200	4.100	3.750	3.230
3 Auflösung (-) von Sonderposten zum Anlagevermögen	-3.161	-2.476	-2.420	-2.384	-2.143	-1.728
4 Gewinn (-) und Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-19					
5 Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	361					
6 Zunahme (-) und Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-325					
7 Zunahme (+) und Abnahme (-) der Rückstellungen	-132					
8 Zunahme (+) und Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	102					
Zinsaufwendungen (+)	9	6	10	6	5	4
9 Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	11					
10 Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	2.923	1.279	770	3.125	3.037	2.935
11 (+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens						
12 (-) Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-8.553	-4.710	-2.220	-1.000	-1.000	-1.000
13 (+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	27					
14 (-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15 (+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16 (-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17 (+) Einzahlungen auf Sonderposten für Investitionen aus Fördermitteln	2.665	782	1.454	250		
18 (-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten für Investitionen aus Fördermitteln						
19 (+) Einzahlungen aus passivierten Beiträgen						
20 (-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Beiträgen						
21 Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-5.861	-3.928	-767	-750	-1.000	-1.000

Regionalbus Leipzig GmbH
Liquiditätsplan 2022

Bezeichnung	Ist 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025
22 (+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0					
23 (-) Auszahlungen an die Gemeinde						
24 (+) Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Investitionskrediten	0	1.000	700			
gezahlte Zinsen	-9	-8	-10	-8	-5	-4
25 (-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-798	-518	-219	-184	-115	-116
26 Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-807	478	471	-191	-120	-120
27 Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus den Nummern 10, 21, 26)	-3.745	-2.173	475	2.185	1.917	1.815
28 (+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
29 (+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	8.694	4.949	1.776	2.251	4.436	6.352
24 (+) Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Investitionskrediten aus 2021 - nicht realisiert	0	-1.000				
32 Finanzmittelbestand am Ende der Periode	4.949	1.776	2.251	4.436	6.352	8.167

Regionalbus Leipzig GmbH
Stellenplan
für die Jahre 2021 - 2025
Planjahr 2022
 (Stellenübersicht lt. § 21 SächsEigBVO)

	Ist	Plan				
Bezeichnung	30.06.2021	2021	2022	2023	2024	2025
Geschäftsführer	1	1	1	1	1	1
Büro Geschäftsführung	1	1	1	1	1	1
Organisation	1	1	1	1	1	1
Versicherungen, Kundenkontakte	1	1	1	1	1	1
Systemadministration	1	1	1	1	1	1
Qualitätsbeauftragter	1	1	1	1	1	1
Bl. BOKraft (2 MA in Pers.union)	0,5	0	0	0	0	0
Betriebsrat freigestellt	1	1	1	1	1	1
Bereich Technik	1	1	1	1	1	1
Technischer Einkauf	1	1	1	1	1	1
Technischer Service	1	1	1	1	1	1
Ltr. Wst. Deuben	1	1	1	1	1	1
Wst. Deuben	6	6	6	6	6	6
Reinigung/Objektbetreuung Deuben	0,75	2	2	2	2	2
Ltr. Wst. Colditz	1	1	1	1	1	1
Wst. Colditz	5	5	5	5	5	5
Reinigung Colditz	0	1	0	0	0	0
Reinigung Grimma	1	1	1	1	1	1
Ltr. Wst. Zwenkau	1	1	1	1	1	1
Wst. Zwenkau	5	6	6	6	6	6
Reinigung Zwenkau	1,75	3	2	2	2	2
Bereich Betrieb	1	1	1	1	1	1
Aus- und Weiterbildung Fahrdienst	1	1	1	1	1	1
Ltr. Betriebssteuerung	1	1	1	1	1	1
Leitstelle Muldentäl	6	6	6	6	6	6
Leitstelle Zwenkau	2	2	2	2	2	2
Ltr. Fahrbetrieb Muldentäl	1	1	1	1	1	1
Disposition Deuben	1	1	1	1	1	1
Fahrdienst Deuben	61,5	74	74	74	74	74
Disposition Grimma	0,75	1	1	1	1	1
Verwaltung Grimma	1	1	1	1	1	1
Fahrdienst Grimma	56,5	61	60	60	60	60
Verwaltung/Disposition Colditz	1	1	1	1	1	1
Fahrdienst Colditz	34,75	38	38	38	38	38
Ltr. Fahrbetrieb Zwenkau	0,5	1	1	1	1	1
Disposition Zwenkau	1	2	2	2	2	2
Verwaltung Zwenkau	1	1	1	1	1	1
Fahrdienst Zwenkau	94,25	104	101	101	101	101
Bereich Markt	1	1	1	1	1	1
Ltr. Verkehrsplanung	1	1	1	1	1	1
Verkehrsplanung MTL, Zwenkau	2,75	4	4	4	4	4
Fahr- u. Dienstplan, Zusatzverkehre Zw.	0	1	1	1	1	1
Ltr. Verkehrsservice und -Information	1	1	1	1	1	1
Verkehrsservice und -Information	3	3	3	3	3	3
Ltr. Datenmanagement	1	1	1	1	1	1
MDV, EAV, Tarif	1	1	1	1	1	1
Fahrgastzählung	1	1	1	1	1	1
Datenmanagement	1	1	1	1	1	1
Ltr. Marketing/Vertrieb	1	1	1	1	1	1
Marketing, Mafo	1	1	1	1	1	1
ABO-Verwaltung	1	1	1	1	1	1
Kaufmännischer Bereich	1	1	1	1	1	1
Buchhaltung	2	2	2	2	2	2
Personalverwaltung	2	2	2	2	2	2
Controlling	1	1	1	1	1	1
Azubi	2	4	4	4	4	4
gesamt	322	364	358	358	358	358

Regionalbus Leipzig GmbH			
Investitionsplan 2022			
Bereich	Maßnahme		Euro
Markt			148.000
	Digitalisierungsmaßnahmen		
	Informations- und Vertriebsprozesse		1.370.000
Organisation, IT			167.900
Kaufmännischer Bereich			1.900
Betrieb			5.000
Objekt und Technik			144.500
Investitionen Fahrzeuge			
	Busse		380.000
sonstige GWG			2.700
Summe			2.220.000



**JAHRESABSCHLUSS
zum 31.12.2020
und Lagebericht**

Prüfungsbericht

**Muldentalkliniken GmbH
Gemeinnützige Gesellschaft,
Wurzen**

ECOVIS WIRTSCHAFTSTREUHAND GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht haben wir den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, der zugleich Jahresabschluss des Krankenhauses Muldentalkliniken, Wurzen und Grimma, ist – bestehend aus der Bilanz 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020, der zugleich den Lagebericht des Krankenhauses darstellt, geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften der Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Krankenhausträgersgesellschaft und des Krankenhauses zum 31. Dezember 2020 sowie jeweils deren Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Krankenhausträgersgesellschaft und des Krankenhauses. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB i. V. m. § 35 Abs. 3 Satz 1 SächsKHG erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB i. V. m. § 35 Abs. 2 Satz 1 SächsKHG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften der KHBV in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Krankenhausträgersgesellschaft und des Krankenhauses vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Krankenhausträgersgesellschaft und des Krankenhauses zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Krankenhausträgersgesellschaft und des Krankenhauses vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Krankenhausträgersgesellschaft und des Krankenhauses zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Krankenhausträgersgesellschaft und des Krankenhauses vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB i. V. m. § 35 Abs. 2 Satz 1 SächsKHG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können,
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Krankenhausträgersgesellschaft und des Krankenhauses abzugeben,
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben,
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Krankenhausträgersgesellschaft oder des Krankenhauses zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Krankenhausträgersgesellschaft oder das Krankenhaus ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen können,
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Krankenhausträgersgesellschaft und des Krankenhauses vermittelt,
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Krankenhausträgersgesellschaft und des Krankenhauses,
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Dresden, 5. März 2021

ECOVIS Wirtschaftstreuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Christoph Daut
Wirtschaftsprüfer

gez. Sven Blechschmidt
Wirtschaftsprüfer"

7. SCHLUSSBEMERKUNG

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F.).

Der Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt 2 wiedergegeben.

Dresden, 5. März 2021

ECOVIS Wirtschaftstreuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Christoph Daut
Wirtschaftsprüfer


Sven Blechschmidt
Wirtschaftsprüfer



Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird.

[illegible]

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020
der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen

	2020 EUR	2019 EUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	57.781.445,14	52.872.494,05
2. Erlöse aus Wahlleistungen	136.462,88	172.976,47
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.383.230,64	2.549.717,87
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	104.038,69	116.388,64
4a. Umsatzerlöse nach § 277 Absatz 1 des Handelsgesetzbuchs	3.135.222,83	3.993.509,26
5. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-44.787,23	-250.550,61
6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	786.970,77	606.486,84
7. Sonstige betriebliche Erträge	266.967,93	278.597,89
	<u>64.549.551,65</u>	<u>60.339.620,41</u>
8. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	35.084.175,60	34.627.428,39
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.721.453,06	6.747.349,58
	<u>41.805.628,66</u>	<u>41.374.777,97</u>
9. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.166.804,59	7.880.263,27
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.062.278,84	5.533.128,46
	<u>13.229.083,43</u>	<u>13.413.391,73</u>
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	1.167.938,95	1.140.867,33
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.150.490,21	3.198.013,81
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.429.181,70	1.449.238,57
13. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.677.029,40	3.580.561,70
14. Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.573.730,79	4.929.317,33
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	48.814,14	16.467,40
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	107.487,36	126.251,85
17. Steuern	24.248,93	73.041,37
18. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	<u>1.070.404,68</u>	<u>-251.611,57</u>

Anlage 1.2

Lagebericht der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, für das Geschäftsjahr 2020

I. Allgemeines

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen (kurz: Muldentalkliniken), betreibt die Betriebsstätten in Grimma und Wurzen laut Krankenhausplan als Einrichtungen der Regelversorgung, um die bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet, d. h., die stationäre und ambulante Betreuung von Patienten, sicherzustellen.

Sie sind im Krankenhausplan des Freistaates Sachsen mit insgesamt 355 Planbetten aufgenommen.

Eine Aufteilung auf die Fachabteilungen wurde wie folgt vorgenommen:

	Betten
Chirurgie (davon 10 Betten ITS)	108
Innere Medizin (davon 4 Betten ITS)	188
Gynäkologie und Geburtshilfe	28
Pädiatrie	20
Urologie	10
Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde	0
Augenheilkunde	1
Gesamt	355

Die zum Konzern gehörende Soziale Dienste Muldental gGmbH, Wurzen (vormals Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis), mit drei Altenpflegeheimen und einer Gesamtkapazität von 140 Pflegeplätzen und einem ambulanten Pflegedienst bietet stationäre und ambulante Altenpflege in hoher Qualität an. Die Soziale Dienste Muldental gGmbH betreibt darüber hinaus medizinische Versorgungszentren an den Standorten Colditz, Brandis, Grimma und Wurzen zur ambulanten medizinischen Betreuung von Patienten im Einzugsgebiet.

Die Tochtergesellschaft Servicegesellschaft Muldental mbH erbringt unternehmensinterne Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Catering und Unterhaltsreinigung sowie Rezeption, Sicherheit, Facility-Management/Betriebstechnik und Sterilisation von medizinischen Instrumenten und Verbrauchsmaterial, für den Konzern der Muldentalkliniken GmbH.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Vermögensplan,
- Stellenübersicht.

Der Wirtschaftsplan wird um einen Liquiditätsplan ergänzt.

Mit den Kostenträgern wurden für das Jahr 2020 im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen Leistungen nach Art und Menge sowie ein dazugehöriges Budget vereinbart. Eine Genehmigung der Vereinbarung durch die Aufsichtsbehörde steht noch aus.

Dabei wurden die allgemeinen Krankenhausleistungen durch Fallpauschalen (DRG) gemäß Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) vergütet. Seit 2020 wurden die Kosten des Pflegepersonals der bettenführenden Abteilungen aus den Fallpauschalen ausgegliedert und gesondert vergütet. Für die Abrechnung der Leistungen im stationären Bereich erfolgte die Ermittlung eines Erlösbudgets.

Folgende Bewertungsrelationen lagen dem Budget zu Grunde:

Summe der effektiven Bewertungsrelationen inklusive Jahresüberlieger: 11.850,00

Das Gesamtbudget für die Muldentalkliniken betrug TEUR 58.187

Die Budgetverhandlung mit den Krankenkassen für das Jahr 2020 hat im September 2020 stattgefunden.

Die tatsächlich erbrachten Leistungen lagen mit 10.317 effektiven Bewertungsrelationen 12,9 % unterhalb der vereinbarten Leistungsmenge. Die für 2020 geplante Leistungsmenge von 11.616 CM-Punkten konnte nicht erreicht werden.

Das Geschäftsjahr 2020 war entscheidend durch einmalige Vorgänge geprägt. Hierzu gehören insbesondere die seit März 2020 geltenden Einschränkungen in der Corona-Pandemie. Diverse Verordnungen vom Bund und dem Land Sachsen sowie die veränderte Inanspruchnahme der Bevölkerung von medizinischen Leistungen haben zu einem erheblichen Einbruch der stationären und ambulanten Behandlungszahlen geführt. Zeitweise wurden Normalstationen geschlossen, um Kapazitäten auf die Behandlung von Corona-Patienten zu konzentrieren. Die betraf insbesondere auch Personalkapazitäten, die zeitweise pandemiebedingt sehr angespannt waren.

Den aufgrund der Pandemie gesunkenen Erlösen wurde durch diverse Maßnahmen des Gesetzgebers, wie Prämien für die Freihaltung von Bettenkapazitäten, Erhöhung des Pflegeentgeltwertes, Corona-Zuschlägen, die Verkürzung von Zahlungszielen der Krankenkassen u. ä. begegnet. Trotz der zum Teil sehr stark gestiegenen Aufwendungen für Schutzmaßnahmen und zeitweise erheblichen Personalausfällen führten insbesondere die Stützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand bis 30. September 2020 zu erheblichen Mittelzuflüssen bei der Gesellschaft. Somit konnten die pandemiebedingten Erlösausfälle und die durch den Sars-CoV-2-Virus bedingten Sachkostensteigerungen entsprechend kompensiert werden.

Die in der Strategietagung im Januar 2020 beschlossenen Maßnahmen zur Erlös- und Kostenoptimierung wurden, soweit unter Pandemie-Bedingungen möglich, umgesetzt.

Die Gesellschaft schloss das Jahr 2020 mit einem Jahresüberschuss von EUR 1.070.404,68 (Vorjahr EUR -251.611,57) ab. Das erzielte Jahresergebnis 2020 lag um TEUR 1.009 über der im Lagebericht 2019 aufgestellten Prognose zum Jahresergebnis 2020 und des Wirtschaftsplans von TEUR +61.

2. Leistungsdaten

Die Leistungen der Gesellschaft entwickelten sich im stationären Bereich im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie insgesamt rückläufig, wenn auch in den einzelnen Fachabteilungen durchaus unterschiedlich.

Aufgrund der Umstellung der Vergütungssystematik zum 1. Januar 2020 durch weitgehende Herauslösung der Kosten der Pflegepersonalkosten bettenführender Abteilungen aus dem DRG-System, ist die Leistungsentwicklung nicht mehr direkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Eine Orientierung bietet jedoch weiterhin die Anzahl der stationär behandelten Fälle:

Jahr	Planbetten im Jahresdurchschnitt	DRG-Fallzahl inkl. Überlieger	Ø Verweildauer
2020	355	16.038	5,00
2019	355	18.528	5,00
2018	355	18.545	5,20
2017	355	18.431	5,30
2016	355	18.881	5,50
2015	355	18.127	5,77
2014	355	18.420	5,70
2013	365	18.059	5,72
2012	365	18.172	5,81
2011	375	17.891	6,04
2010	375	17.542	6,17
2009	375	17.120	6,27
2008	375	16.629	6,76
2007	375	16.086	6,88
2006	415	15.600	7,11
2005	435	15.447	7,17
2004	459	15.516	7,64
2003	459	15.772	8,58

3. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2020 wurde bei Umsätzen in Höhe von TEUR 64.283 (Vorjahr: TEUR 60.061) ein Jahresergebnis von TEUR 1.070 (Vorjahr: TEUR -252) erwirtschaftet.

Die Leistungsmenge war aufgrund der schwachen Auslastung rückläufig. Daher ist die Steigerung der Umsätze aus Krankenhausleistungen auf pandemiebedingte Zuschüsse von Bund, Land und Sozialversicherungsträgern zurückzuführen. Die Ausgleichsprämien für die Freihaltung von Bettenkapazitäten und Intensivkapazitäten waren 2020 mit TEUR 5.702 in den Umsatzerlösen enthalten.

Gleichzeitig führte der gegenüber dem Vorjahr gestiegene Landesbasisfallwert zu einem Erlösanstieg in Höhe von ca. TEUR 1.378.

Die Ausgleichsbeträge für das Geschäftsjahr 2020 betragen aufgrund unterjähriger Anpassung des Landesbasisfallwerts TEUR -45 (Vorjahr: TEUR 412).

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung der Beschäftigten (VK) der Krankenhäuser und die dazugehörigen Personalkosten (EUR) im Vergleich des Jahres 2020 zu 2019:

	2020	2019
Vollkräfte	541	549
Personalkosten in TEUR	41.806	41.375
Personalaufwandsquote (Personalaufwand / Umsatzerlöse)	65,8	69,3 %

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2019 um TEUR 431 (+1,0 %) gestiegen. Der Rückgang beim Personalbestand führte durch Vergütungssteigerungen aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD dazu, dass der Personalaufwand nicht gleichmäßig zum Personalbestand sank.

Die Anzahl der Vollkräfte war insbesondere im Pflegebereich rückläufig, da nicht alle vakanten Stellen mit geeigneten Bewerbern zeitnah besetzt werden konnten. Darüber hinaus konnte der ursprünglich geplante Stellenaufbau in der Pflege aufgrund der geringeren Auslastung in der Corona-Pandemie und der geringen Verfügbarkeit von Pflegekräften am Arbeitsmarkt nicht umgesetzt werden.

Die zeitweise geringe Auslastung der Stationen wurde in der ersten Jahreshälfte 2020 dazu genutzt, um Rückstände bei Urlaub und Mehrstunden abzubauen.

Für die betriebliche Altersversorgung wurden Beiträge von insgesamt 5,2 % abgeführt. Dabei änderte sich der Anteil Arbeitgeber/Arbeitnehmer im Vergleich zum Jahr 2019 nicht.

Die Personalaufwandsquote hat sich auf vergleichbarer Basis gegenüber dem Vorjahr auf 65,8 % der Umsatzerlöse verringert. Dies resultiert aus den unterproportional gestiegenen Personalaufwendungen bei den durch Einmaleffekte gestiegenen Umsatzerlösen. Die Personalaufwandsquote näherte sich 2020 einem branchenüblichen und zufriedenstellenden Niveau an und sollte beibehalten werden.

Die Materialaufwendungen sind im Berichtsjahr um TEUR 184 gesunken. Zwar kam es zu gestiegenen Aufwendungen für Schutzmaterial und Laborleistungen. Der dennoch insgesamt zu verzeichnende Rückgang resultiert jedoch aus gesunkenem Aufwand für Reinigung und Beköstigung wegen der Strukturverbesserungen bei der Tochter Servicegesellschaft Muldental mbH. Darüber hinaus gab es deutlich geringere Waren- und Leistungseinkäufe in Zusammenhang mit der gesunkenen Fallzahl.

	2020	2019
Materialaufwandsquote (Materialaufwand / Umsatzerlöse)	20,8 %	22,5 %

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Berichtsjahr ein Anstieg um TEUR 2.644 zu verzeichnen.

Die auf ein Normalniveau steigenden Instandhaltungsaufwendungen verursachen einen Kostenanstieg um TEUR 1.035. Die Maßnahme Brandschutz Grimma wurde in 2020 bis auf Restarbeiten abgeschlossen und beeinflusste die Gewinn- und Verlustrechnung aufgrund der Verwendung von Rückstellungen nur teilweise.

In 2020 waren erheblich gestiegene Aufwendungen für Beratung und IT zu verzeichnen. Hintergrund sind hier Projekte zur Optimierung von Betriebsabläufen in verschiedenen Bereichen (z. B. Reinigung, Küche, Radiologie, Facility-Management, Materialversorgung). Die IT-Aufwendungen stiegen wegen der konsequenten Umsetzung der Digitalisierung und Optimierung von Betriebsabläufen (z. B. Digitalisierung Patientenakte, innerbetriebliche Logistik).

Im Jahr 2020 wurde die Tochtergesellschaft Soziale Dienste Muldental gGmbH mit einem Ertragszuschuss in Höhe von TEUR 500 unterstützt. Ziel war der Ausgleich der Verluste in der Corona-Pandemie und die Unterstützung des Restrukturierungsprozesses des Betriebsbereichs Medizinische Versorgungszentren in der Tochtergesellschaft.

Durch die Genehmigung von zusätzlichen Fördermitteln für das Programm eHealth Sax wurden einmalige Fördermittelerträge in Höhe von TEUR 120 generiert.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund sinkender Zinsaufwendungen um TEUR 51 verbessert.

4. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen von TEUR 57.987 lag um TEUR 459 unter dem des Jahres 2019 (TEUR 58.446). Das Vermögen betrifft Sachanlagen, Finanzanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände mit 83,7 %, im Übrigen das Umlaufvermögen. Die Finanzierung erfolgt mit 16,3 % durch Eigenkapital, mit 69,9 % durch langfristiges Fremdkapital und mit 13,8 % mit kurzfristigen Fremdmitteln.

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zu 2019 durch Abschreibungen um TEUR 1.026 verringert und ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Bei den Zugängen handelt es sich im Wesentlichen um Ersatzinvestitionen im klinischen Bereich, Lizenzen und EDV-Hardware. Im Jahr 2020 wurden zusätzlich eine neue, digitale Telefonanlage für den Firmenverbund sowie ein neues Patientenentertainment für die beiden Krankenhäuser in Betrieb genommen. Die gemäß dem Wirtschaftsplan erheblichen Investitionen in Höhe von TEUR 2.673 wurden wesentlich durch vorhandene Fördermittelguthaben aus pauschalen Fördermitteln finanziert.

Die Höhe der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist deutlich rückläufig. Gründe hierfür sind die aufgrund der Corona-Pandemie niedrigeren abrechenbaren Leistungen zum Bilanzstichtag sowie die vorübergehend erheblich verkürzten Zahlungsfristen der Krankenkassen.

Die Forderungen aus dem Krankenfinanzierungsrecht bezüglich der Budgetausgleiche der Vorjahre haben sich in 2020 auf ca. Mio. EUR 1,2 verringert. Aufgrund der Genehmigung des Budgets 2019 per 1. Januar 2020 flossen hier in erheblichem Umfang Ausgleichsforderungen zu. Im Verlauf des Jahres 2021 ist aufgrund der Budgetvereinbarung 2020 mit weiteren Mittelzuflüssen aus Ausgleichen von ca. Mio. EUR 1 zu rechnen.

Gegenüber der Tochtergesellschaft Soziale Dienste Muldentalkliniken gGmbH bestehen ausschließlich Forderungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Tochtergesellschaft kann auf eine Kontokorrentvereinbarung mit den Muldentalkliniken zurückgreifen, um Liquiditätsschwankungen auszugleichen.

Die Veränderung des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresüberschuss des Jahres 2020. Dies führte zu einer Erhöhung des bilanziellen Eigenkapitals um TEUR 1.070.

Die Rückstellungen verringerten sich gegenüber 2019 um TEUR 331. Es verringerten sich insbesondere die voraussichtlichen Rückzahlungsverpflichtungen gegen Krankenkassen aufgrund der in 2020 gesunkenen abrechenbaren Leistungen und veränderten Regularien für die Prüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK).

Die Verbindlichkeiten sanken gegenüber dem Vorjahr um ca. TEUR 599. Dies resultiert aus dem Abbau noch nicht verwendeter Fördermittel.

Gleichzeitig wurden in Höhe von TEUR 967 Fremdfinanzierungen in Form von Bankkrediten und Mietkäufen (sonstige Verbindlichkeiten) aufgenommen, um die hohen Investitionen langfristig zu refinanzieren.

Die Liquidität war einschließlich der vorhandenen Kreditlinien im Jahresverlauf jederzeit ausreichend, um sämtlichen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Unterstützend hierbei wirkte insbesondere der Krankenhaus-Rettungsschirm des Bundes und des Freistaats Sachsen, welcher die Liquiditätsmäßigen Auswirkungen der Corona-Pandemie zeitnah aufhob.

5. Gesamtaussage

Wir beurteilen den Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft unter den gegebenen Bedingungen des abgelaufenen Geschäftsjahres als zufriedenstellend.

Das Jahr 2020 war besonders geprägt von einem ungewöhnlichen Umfeld, das keinen Vergleich zu früheren und wohl auch zukünftigen Jahren bietet.

Die Unterstützungsmaßnahmen von Bund, Land und Sozialversicherungen für einen wirtschaftlichen Ausgleich der z. T. sehr erheblichen Auswirkungen der Corona-Pandemie haben sich positiv auf die Gesellschaft ausgewirkt. Die Gesellschaft hat das Jahr 2020 trotz schwierigster Rahmenbedingungen weiter genutzt, um umfangreiche Veränderungen in Strukturen und Prozessen zu realisieren und weitere Optimierungen vorzubereiten. Maßnahmen zur Kostenreduktion in den Bereichen Beköstigung, Reinigung und Personal wurden in 2020 ergebniswirksam.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft hat sich im Jahresverlauf verbessert.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Unmittelbar bestandsgefährdende Risiken sind für die Muldentalkliniken GmbH derzeit nicht abzuleiten. Der Überschuss des Jahres 2020 hat den Finanzierungsspielraum der Gesellschaft leicht verbessert. Im Jahr 2021 ist durch zufließende Ausgleichsforderungen von den Krankenkassen mit einer weiteren Verbesserung der Liquiditätslage zu rechnen.

Dennoch muss aufgrund des ungewissen zukünftigen Verlaufs der Corona-Pandemie mit erheblichen wirtschaftlichen Risiken gerechnet werden. Inwieweit hier Stützungsmaßnahmen von Bund und Land Risiken ausgleichen können, bleibt abzuwarten. Die Geschäftsführung ist bemüht, den Finanzierungsrahmen der Gesellschaft entsprechend auszuweiten.

Infolge der Verabschiedung des Krankenhausstrukturgesetzes wird sich zukünftig die Vergütung der Krankenhäuser verstärkt an Qualitätsmerkmalen orientieren. Die Möglichkeiten zur Ausweitung der stationären Leistungen werden durch die Regelung des Fixkostendegressionszuschlags weiter eingeschränkt.

Der Gesetzgeber hat die Regulierung der Krankenhäuser, u. a. durch die Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PPugV) und weiteren Auflagen, deutlich verschärft. Auch wenn Regulierungen im Rahmen der Corona-Pandemie teilweise ausgesetzt wurden, ist weiterhin mit einer hohen Regulierungsdichte zu rechnen.

Risiken für die Kliniken ergeben sich weiterhin durch strukturelle Veränderungen im Gesundheitswesen:

- Ein Teil der bisher stationären Leistungen kann nur noch ambulant erbracht werden, woraus tendenziell ein Absinken der stationären Fallzahl resultiert. Durch Verbesserung des stationären Leistungsangebots bzw. durch strukturelle Anpassungen ist dieser Entwicklung entgegenzuwirken.
- Festlegung von Mindestmengen bei bestimmten Eingriffen. Bei Unterschreitung werden diese Leistungen nicht mehr von den Kostenträgern finanziert.
- Die zunehmende Bildung von Zentren für bestimmte Erkrankungen führt zur Lenkung von Patienten in andere Krankenhäuser, wenn am eigenen Krankenhaus die Bedingungen für ein solches Zentrum nicht geschaffen werden können.
- Verschärfung der Strukturvoraussetzungen für medizinische Leistungsbereiche, z. B. Mindestqualifikation von Mitarbeitern sowie Mindestbesetzung etc.
- Ein hoher Grad regulatorischer Eingriffe erzeugt erheblichen Verwaltungsaufwand und engt die Spielräume der Krankenhäuser bei der Gestaltung ihres Leistungsangebots weiter ein.

Durch die Teilnahmemöglichkeit an der ambulanten Versorgung, wie z. B. das Betreiben von Medizinischen Versorgungszentren, die Einbindung von Krankenhäusern in die ambulante Notfallversorgung und die Schaffung medizinischer Zentren am eigenen Krankenhaus, ergeben sich gleichzeitig neue Chancen für die Profilierung. Parallel können die Vorteile der Unternehmensgruppe genutzt werden, um weitere Angebote im Bereich Gesundheit und Versorgung im Markt zu platzieren.

Ein besonderes Risiko stellt nach wie vor der Mangel an medizinischen Fachkräften dar. Es ist weiterhin schwierig, freie Facharztstellen und freie Stellen mit medizinischem Fachpersonal zeitnah zu besetzen.

Die bereits in den Berichten vergangener Jahre genannten erschwerenden Faktoren zur zusätzlichen Altersversorgung und Steigerung im Sachkostenbereich wirken weiter fort.

Ein wesentliches Risiko sieht die Geschäftsführung zum einen in deutlich überhöhten Tarifsteigerungen für Ärzte (Marburger Bund) und für die übrigen Beschäftigten (TVÖD) durch beträchtliche Personalkostenerhöhungen, die durch die Krankenkassen wegen gesetzlicher Vorgaben nicht vollständig ausgeglichen werden. Zum anderen sehen wir in den Forderungen der Gewerk-

schaften nach einer Maximalbegrenzung von zu leistenden Diensten je Monat ein Risiko für kleinere medizinische Fachabteilungen, wie die Pädiatrie oder Gynäkologie und Geburtshilfe. Der hierdurch erzeugte Fachkräftebedarf wird auf dem derzeitigen Arbeitsmarkt für die Gesellschaft nicht zu gewinnen sein. Allerdings stellen wir mittlerweile fest, dass der geltende Tarifvertrag bei der Personalakquise von den Arbeitnehmern als attraktiv wahrgenommen wird.

Der Tarifabschluss für Ärzte (Laufzeit ab Januar 2019 bis September 2021) brachte eine Erhöhung der Entgelte um 2,0 % im Januar 2020. Zum 1. Januar 2021 steigen die Tabellenentgelte um weitere 2,0 %.

Im Jahr 2020 fanden Tarifverhandlungen bei den übrigen Beschäftigten (TVÖD) statt. Folgende lineare Steigerungen waren in 2020 vor Abschluss des neuen Tarifvertrages zu verzeichnen: Anlage A ab 1. März 2020 um 1,06 % und Anlage E (Pflege) ebenfalls ab 1. März 2020 um 0,96 %.

Die Laufzeit des neuen Tarifabschlusses ist vom 1. September 2020 bis zum 31. Dezember 2022. Zu Beginn der Laufzeit wird es sieben Leermomente geben, so dass es erst am 1. April 2021 zur ersten linearen Erhöhung der Tabellenentgelte kommt.

Seit dem Jahr 2020 liegt die Patientenakte nach Behandlungsende in vollständig digitalisierter Form vor. Langfristiges Ziel ist eine vollständige digitale Aktenführung. Weitere Projekte im IT-Bereich mit den Schwerpunkten Materialversorgung, Apotheke, Personalverwaltung und Labordiagnostik sind begonnen und werden Abläufe und Behandlungsqualität in Teilen deutlich verbessern. Mit der Verabschiedung des Krankenhauszukunftsgesetzes (KHZG) soll die Digitalisierung der deutschen Krankenhäuser im Zeitraum bis 2025 mit erheblichen Fördermitteln vorangetrieben werden. Die Muldentalkliniken arbeiten an der Vorbereitung entsprechender förderfähiger IT-Projekte, welche die Abläufe und das Angebot der Kliniken mittelfristig deutlich verbessern werden.

Die Zusammenarbeiten der beiden Klinikstandorte soll in den nächsten Jahren weiter verbessert und intensiviert werden. Die Vorhaltung von Doppelstrukturen wird minimiert und die Spezialisierungen sollen effizient auf beide Standorte verteilt werden. Eine stärkere Integration mit den Tochtergesellschaften (gemeinsamer Einkauf, Zentralisierung von Prozessen) wurde bereits in 2020 umgesetzt und soll in den Folgejahren weiter konsequent ausgebaut werden, um die Ressourcen noch effizienter einzusetzen.

Die bereits seit vielen Jahren diskutierte engere Verzahnung der beiden Standorte, insbesondere im Bereich der Chirurgie, wurde in der ersten Jahreshälfte 2020 vorbereitet und ab Ende 2020 wirksam umgesetzt. Weitere Leistungsbereiche (Labor, Radiologie, innerbetriebliche Logistik, Bettenreinigung, Pflege) wurden hierzu auf Optimierungspotential untersucht. Soweit sinnvoll, ist hier in absehbarer Zukunft mit Strukturanpassungen zu rechnen.

Die Geschäftsführung erwartet für das Jahr 2021 aufgrund der mit der Corona-Pandemie im Zusammenhang stehenden Risiken ein negatives Ergebnis für die Muldentalkliniken. In den Folgejahren ist wieder mit leicht positiven Jahresüberschüssen zu rechnen.

IV. Prognosebericht

Wir erwarten für das Jahr 2021 einen schwierigen Geschäftsgang. Abhängig vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie ist zumindest zeitweise mit Einschränkungen bei der Leistungserbringung und damit bei den Umsätzen zu rechnen.

Im Jahresverlauf 2021 soll nach Möglichkeit ein Aufbau von Personal, insbesondere im pflegerischen und pflegeunterstützenden Bereich, erfolgen. Die daraus resultierenden Mehraufwendungen werden in der seit 2020 geltenden Vergütungssystematik von den Kostenträgern übernommen und im Rahmen der Budgetvereinbarung verhandelt.

Seit 2019 wurde bereits eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in den Bereichen Personalbesetzung, Einkauf von Dienstleistungen, IT und in der Unternehmensorganisation begonnen und teilweise abgeschlossen. Ziel ist eine fortdauernde Optimierung wesentlicher Betriebsbereiche. Die

begonnenen Maßnahmen werden in 2021 fortgeführt bzw. weitere Maßnahmen sind in Planung. Diese werden zu einer Anpassung der Kosten an das derzeitige Leistungsniveau führen.

Dies betrifft insbesondere auch die weitere standortübergreifende Verzahnung des medizinischen Leistungsangebots. Hier sind für 2021 insbesondere Maßnahmen in den Bereichen Gynäkologie und Chirurgie geplant.

Im Jahr 2021 soll die mehrjährige medizinische Unternehmensstrategie aktualisiert werden. Davon abgeleitet sind weitere strategische Maßnahmen in den Bereichen Gebäude, IT und Personal abzuleiten und zu entwickeln.

Derzeit wird eine weitere Baumaßnahme am Standort Wurzen („Muldentalkliniken 2030“) geplant. Es liegt bisher kein Förderbescheid für diese Maßnahme vor, weshalb die konkrete Umsetzung noch nicht abzusehen ist.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2021 von einem Jahresfehlbetrag von TEUR -460 bei leicht steigenden Umsätzen aus. Aufgrund der möglichen Auswirkungen der Corona-Pandemie wurden hier Risiken möglichst umfassend abgebildet.

Mit der Umsetzung der vorbezeichneten Maßnahmen werden wir auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

V. Kennzahlen gemäß § 11 Abs. 7 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags

Kennzahlen § 99 Abs. 2 SächsGemO		Plan 2020	Ist 2020	Ist 2019	Ist 2018
Arbeitsproduktivität		1,45	1,52	1,44	1,40
Effektivverschuldung	TEUR	848	-2.792	-1.625	-3.249
Eigenkapitalquote	%	13,98	16,16	14,20	14,38
Eigenkapitalrendite	%	0,73	11,42	-3,03	-40,42
Fremdkapitalquote	%	86,02	83,74	85,69	85,62
Gesamtkapitalrendite	%	0,00	1,84	-0,72	-6,02
Investitionsdeckung	%	114,77	137,56	115,49	290,88
kurzfristige Liquidität	%	116,51	118,25	96,83	91,00
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	109,61	118,94	108,81	102,47
Vermögensstruktur	%	82,08	83,68	84,76	83,17

VI. Negativerklärung zur Frauenquote

Eine Festlegung von Zielgrößen für den Frauenanteil an bestimmten Führungspositionen sowie Fristen zu deren Erreichung ist nicht erfolgt.

Wurzen, 18. Januar 2021

Mike Schuffenhauer
Geschäftsführer

Anlage zum Lagebericht: Entgeltbericht

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresmittel 672 Arbeitnehmer.

Maßnahmen zur Entgeltgleichheit ergeben sich bereits aus den anzuwendenden Tarifverträgen „Marburger Bund“ und TVÖD-K.

Mitarbeiter werden unabhängig vom Geschlecht nach einheitlichen Kriterien tariflich eingruppiert. Insofern ist Entgeltgleichheit gegeben.

Mitarbeiterstruktur 2020:

Durchschnitt	Männlich	Weiblich	Gesamt
Gesamtzahl der Beschäftigten	120	552	672
Gesamtzahl der Vollzeitbeschäftigten	93	248	341
Gesamtzahl der Teilzeitbeschäftigten	27	304	331

Muldentalkliniken GmbH
Gemeinnützige Gesellschaft

Wirtschaftsplan 2022

Stand: September 2021

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Vorbericht	3
Übersicht Prämissen	4
1. Erfolgsplan	5
2. Liquiditätsplan	6
3. Finanzplanung und Investitionsprogramm	
A. Erfolgsplan	7
B. Liquiditätsplan	8
C. Investitionsprogramm	9
4. Stellenübersicht	10

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2022

Der Wirtschaftsplan der Muldentalkliniken enthält die Planvorstellungen 2022 basierend auf den geltenden Rechtsvorschriften. Als Grundlage der Wirtschaftsplanerstellung dienen der Jahresabschluss 2020 sowie die Monatsabschlüsse Januar bis Juni 2021 der Muldentalkliniken.

Für die Erlösermittlung im Wirtschaftsplan wurde die mit den Chefarzten der Kliniken abgestimmte Leistungsplanung um eine MDK-Verlustquote von 5,0% (entspricht einer MDK-Prüfquote von 10,0% und einem Verlustanteil von 50%) gemindert und mit einem gegenüber 2021 um 2,0% gesteigerten Landesbasisfallwert multipliziert. Die Pflegeerlöse wurden in Höhe der geplanten stationären Pflegepersonalkosten in Übereinstimmung mit der Pflegepersonalabgrenzungsvereinbarung geplant.

In die Personalkostenplanung wurden die in 2022 umzusetzenden Tarifierhöhungen sowohl im Ärztlichen als auch im Nichtärztlichen Dienst eingearbeitet. Für den Ärztlichen Dienst wurde eine Tarifsteigerung von 3,0% zum 01.01.2022 sowie eine Erhöhung des Bereitschaftsdienstentgeltes geplant. Für den Pflegedienst und das übrige Personal ergibt sich eine Tarifsteigerung von 1,8% zum 01.04.2022 entsprechend des Tarifabschlusses TVöD, im Pflegedienst zusätzlich eine Erhöhung der Pflegezulage ab 01.03.2022 und eine Erhöhung der Jahressonderzahlung.

Neben den Tarifsteigerungen wird im Pflegedienst auch von einem deutlichen Anstieg der Vollkräfte ausgegangen, der sich aus drei Effekten zusammensetzt: Umsetzung weiterer zu erwartender Vorgaben im Zusammenhang mit der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung, Einstellung von Pflegeassistenten und Umsetzung des Anrechnungsschlüssels Auszubildender entsprechend der Rahmenvereinbarung gemäß § 17a Abs. 2 Nr. 1 KHG. Ausbildungskostenfinanzierungsvereinbarung (Auszubildende im 1. Lehrjahr werden jeweils voll angerechnet).

In Summe weist der Wirtschaftsplan 2022 ein moderat ausgeglichenes, positives Ergebnis auf, wobei dieses auf Grund einer Vielzahl von verschiedenen Planungsprämissen (s. Übersicht Prämissen Wirtschaftsplan 2022) einer Schwankung unterliegen kann.

Der Investitionsplan beinhaltet neben der Darstellung der Investitionen auf Grundlage der Pauschalen Fördermittel die Investitionsmaßnahmen "Wurzen Bauzielplanung 2030" und "Automatisierungssystem DDC4000", das Verbundprojekt "AMPEL" mit der Universität Leipzig, die Investitionsmaßnahmen in Verbindung mit den Projekten "Radiologie", "Angioanlage Grimma", "Küche" und "Umbau Labor", Investitionen zur Finanzierung der umzusetzenden Telematikinfrastruktur gemäß § 291a Abs. 7a SGB V und Investitionen im Rahmen des am 09.10.2020 verabschiedeten Krankenhaus-Zukunftsgesetzes (KHZG) zur Unterstützung der Digitalisierung der Krankenhäuser.

Zur Sicherung der Liquidität der Muldentalkliniken wird im Planungszeitraum verstärkt auf eine Fremdfinanzierung der Investitionsmaßnahmen abgestellt. Dies wurde im Liquiditätsplan unter Punkt 28 „Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Investitionskrediten“ eingearbeitet.

Mike Schuffenhauer
Geschäftsführer

Übersicht Prämissen Wirtschaftsplan 2022

1.	Vorbehaltlich weiterer Auswirkungen der Corona-Pandemie in 2022, auch vorbehaltlich Corona-bedingter Minderleistungen	n.b.
2.	Vorbehaltlich des Verhandlungsergebnisses der BEV 2022 mit den Krankenkassen	n.b.
3.	Vorbehaltlich festzulegender Maßnahmen aus den Strategiesitzungen	n.b.
4.	Steigerung Landesbasisfallwert in Höhe Steigerung Vorjahr -> keine Annahme Steigerung in Höhe Veränderungsrate i.H.v. 2,29%	2,0%
5.	MDK-Prüfquote	10,0%
6.	MDK-Verlustquote	5,0%
7.	Ausgliederung Pflegeerlöse in Höhe der stationären Pflegepersonalkosten	15.902 TEUR
8.	Tarifierhöhung Ärztlicher Dienst ab 01.01.2022, zusätzlich Erhöhung Bewertung Bereitschaftsdienst-Entgelt Ärztlicher Dienst ab 01.01.2022	3,0%
9.	Tarifierhöhung Pflegedienst ab 01.04.2022, zusätzlich Erhöhung Pflegezulage ab 01.03.2022, Erhöhung Jahressonderzahlung	1,8%
10.	Tarifierhöhung sonstige Diensten ab 01.04.2022	1,8%
11.	Steigerung Vollkräfte Pflegedienst im Vergleich zum WP 2021 zur weiteren Umsetzung PpUGV	6,05 VK
12.	Steigerung Vollkräfte Pflegedienst im Vergleich zum WP 2021 auf Grund Einstellung Pflegeassistenten	9,38 VK
13.	Steigerung Vollkräfte Pflegedienst im Vergleich zum WP 2021 auf Grund geändertem Anrechnungsschlüssel Azubis 1. Lj.	12,09 VK
14.	Erhöhter Investitions- und somit Finanzierungsbedarf, insb. Radiologie Wurzen, Angioanlage Grimma, Küchen Grimma und Wurzen, Kosten Digitalisierung in Umsetzung KHZG	9.034 TEUR

1. Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	Ist 2020 EUR	Plan 2021 EUR	Plan 2022 EUR
1.	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	57.781.445	59.445.551	63.284.300
2.	Erlöse aus Wahlleistungen	136.463	163.800	161.700
3.	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.383.231	2.361.800	2.406.100
4.	Nutzungsentgelte der Ärzte	104.039	96.800	103.400
4a.	Umsatzerlöse nach § 277 HGB, soweit nicht in 1.-4.	3.135.223	3.049.902	3.197.900
5.	Bestandsveränderungen der unfertigen Leistungen	-44.787,23	0	0
6.	Zuweisung u. Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 9	786.971	729.400	753.400
7.	sonstige betriebliche Erträge	266.969	22.700	45.300
Summe von 1. - 7.:		64.649.552	65.869.953	69.952.100
8.	Personalaufwand			
a)	Löhne, Gehälter	35.084.170	37.778.800	39.783.100
b)	soz. Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung/ Unterstützung	6.721.453	7.217.100	7.624.600
9.	Materialaufwand			
a)	Aufwendung f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.166.605	9.481.500	8.570.500
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.062.279	4.200.250	4.981.200
Summe von 8. - 9.:		55.034.712	68.677.650	60.959.400
Zwischenergebnis:		9.614.840	7.192.303	8.992.700
10.	Erträge aus Zuwendung zur Finanzierung von Investitionen	1.167.939	1.863.727	3.026.700
11.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des SAV	3.150.490	3.252.100	3.466.500
12.	Aufwendung aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des SAV	1.429.182	1.827.127	3.026.700
13.	Aufwendung für nach dem KHG geförderte, nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	0	0	0
Summe von 10. - 13.:		2.889.247	3.118.700	3.466.500
14.	Abschreibungen auf immaterielle VG des AV und Sachanlagen	3.677.029	3.635.800	4.546.300
15.	sonstige betriebliche Aufwendungen	7.573.731	6.733.698	7.567.600
Summe von 14. - 15.:		11.250.760	10.569.498	12.133.900
Zwischenergebnis:		1.163.327	-268.495	345.300
16.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
17.	Erträge aus anderen Wertpapieren und aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
18.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	48.814	13.700	13.300
19.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	107.467	188.103	163.700
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.094.654	-432.898	194.900
20.	Steuern	24.249	27.400	29.600
21. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag		1.070.405	-460.298	165.100
22.	Entnahme aus Kapitalrücklagen	0	0	0
23. Bilanzgewinn/-verlust		1.070.405	-460.298	165.100

2. Liquiditätsplan

	Bezeichnung	Ist 2020 EUR	Plan 2021 EUR	Plan 2022 EUR
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	1.070.405	-460.296	165.100
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	3.677.029	3.835.600	4.546.300
3	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-3.150.490	-3.262.100	-3.486.500
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	22.144	0	0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-), z. B. aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge	0	0	0
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	3.391.282		
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-330.448	0	0
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	611.958		
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	0	0	0
10	Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	58.673	174.403	150.400
11	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	5.350.552	287.805	1.375.300
12	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	0	0
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-2.239.250	-3.818.000	-6.951.200
15	(-) Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-433.876	0	-2.083.100
16	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
17	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0
18	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0
19	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0
20	(+) Einzahlungen aus Sonderposten für Investitionen / Förderung zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.167.939	2.218.727	3.371.700
21	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten für Investitionen	0	0	0
22	(+) Einzahlungen aus passivierten Beiträgen	0	0	0
23	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Beiträgen	0	0	0
24	(+) erhaltene Zinsen	48.814	13.700	13.300
25	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-1.456.372	-1.595.573	-5.649.300
26	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0	0
27	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0	0	0
28	(+) Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Investitionskrediten	641.394	2.200.000	4.000.000
29	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-96.437	-673.280	-1.548.800
30	(-) gezahlte Zinsen	-107.487	-186.103	-163.700
31	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	436.470	1.338.617	2.287.600
32	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 23, 28)	4.329.649	40.849	-1.986.500
33	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0	0	0
34	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	-122.792	4.206.857	4.247.706
35	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	4.206.857	4.247.706	2.261.206

Kapitalflussrechnung in sinngemäßer Anwendung des DRS 20 mit indirekter Darstellung des Mittelzu- / Mittelabflusses aus laufender Geschäftstätigkeit

3. Finanzplanung und Investitionsprogramm

A. Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	Plan 2021 TEUR	Plan 2022 TEUR	I. Folgejahr 2023 TEUR	II. Folgejahr 2024 TEUR	III. Folgejahr 2025 TEUR
1.	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	59.446	63.284	64.550	65.841	67.158
2.	Erlöse aus Wahlleistungen	164	162	163	165	167
3.	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.362	2.406	2.430	2.465	2.479
4.	Nutzungsentgelte der Ärzte	97	103	104	105	106
4a.	Umsatzerlöse nach § 277 HGB, soweit nicht in 1.-4.	3.050	3.198	3.230	3.262	3.295
5.	Bestandsveränderungen der unfertigen Leistungen	0	0	0	0	0
6.	Zuweisung u. Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 9	729	753	761	769	778
7.	sonstige betriebliche Erträge	23	45	46	46	47
	Summe von 1. - 7.:	65.870	69.952	71.286	72.643	74.027
8.	Personalaufwand					
a)	Löhne, Gehälter	37.779	39.783	40.181	40.784	41.599
b)	soz. Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung/Unterstützung	7.217	7.625	7.701	7.816	7.973
9.	Materialaufwand					
a)	Aufwendung f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.462	8.571	8.571	8.571	8.699
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.200	4.981	4.981	4.981	5.055
	Summe von 8. - 9.:	58.678	60.959	61.433	62.152	63.327
	Zwischenergebnis:	7.192	8.993	9.851	10.491	10.700
10.	Erträge aus Zuwendung zur Finanzierung von Investitionen	1.684	3.027	18.083	1.732	1.059
11.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des SAV	3.262	3.487	3.808	3.941	3.941
12.	Aufwendung aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des SAV	1.827	3.027	18.083	1.732	1.059
13.	Aufwendung für nach dem KHG geförderte, nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	0	0	0	0	0
	Summe von 10. - 13.:	3.119	3.487	3.808	3.941	3.941
14.	Abschreibungen auf immaterielle VG des AV und Sachanlagen	3.836	4.546	5.347	5.605	5.791
15.	sonstige betriebliche Aufwendungen	6.734	7.588	7.588	7.588	7.588
	Summe von 14. - 15.:	10.569	12.134	12.935	13.193	13.378
	Zwischenergebnis:	-268	345	724	1.239	1.263
16.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0
17.	Erträge aus anderen Wertpapieren und aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0
18.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	13	13	14	14
19.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	188	164	362	323	271
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-433	195	376	930	1.006
20.	Steuern	27	30	30	30	31
21.	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-460	165	346	900	974
22.	Entnahme aus Kapitalrücklagen	0	0	0	0	0
23.	Bilanzgewinn/ -verlust	-460	165	346	900	974

3. Finanzplanung und Investitionsprogramm

B. Liquiditätsplan

	Bezeichnung	Plan 2021 TEUR	Plan 2022 TEUR	Plan 2023 TEUR	Plan 2024 TEUR	Plan 2025 TEUR
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-460	165	346	900	974
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	3.636	4.546	5.347	5.605	5.791
3	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-3.262	-3.487	-3.808	-3.941	-3.941
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0	0	0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-), z. B. aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge	0	0	0	0	0
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind					
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	0	0	0	0	0
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind					
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	0	0	0	0	0
10	Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	174	150	348	309	258
11	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	288	1.375	2.233	2.873	3.082
12	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	0	0	0	0
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-3.818	-5.951	-22.604	-1.789	-1.340
15	(-) Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	-2.083	-740	-219	0
16	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0
17	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0
18	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0
19	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0
20	(+) Einzahlungen aus Sonderposten für Investitionen	2.219	3.372	17.948	1.550	1.059
21	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten für Investitionen	0	0	0	0	0
22	(+) Einzahlungen aus passivierten Beiträgen	0	0	0	0	0
23	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Beiträgen	0	0	0	0	0
24	(+) erhaltene Zinsen	14	13	13	14	14
25	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-1.586	-5.649	-5.382	-445	-268
26	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0	0	0	0
27	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0	0	0	0	0
28	(+) Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Investitionskrediten	2.200	4.000	5.500	500	50
29	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-673	-1.549	-1.855	-1.993	-1.977
30	(-) gezahlte Zinsen	-186	-164	-362	-323	-271
31	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	1.339	2.288	3.284	-1.816	-2.198
32	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 23, 28)	41	-1.987	135	613	616
33	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0	0	0	0	0
34	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	4.207	4.248	2.261	2.396	3.009
35	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	4.248	2.261	2.396	3.009	3.625

Kapitalflussrechnung in sinngemäßer Anwendung des DRS 20 mit indirekter Darstellung des Mittelzu- / Mittelabflusses aus laufender Geschäftstätigkeit

3. Finanzplanung und Investitionsprogramm
C. Investitionsprogramm

lfd. Nr.	Aufgabenbereich Investitionen Investitionsförderungsmaßnahmen	Plan 2021 TEUR	Plan 2022 TEUR	Plan 2023 TEUR	Plan 2024 TEUR	Plan 2025 TEUR	Finanzplanungszeitraum	davon außerhalb des Finanzplanungszeitraumes	
							Voraussichtliche Gesamtausgaben	vorher veranschlagt	in späteren Jahren zu veransch.
1.	Einzelförderung § 10 SächsKHG Krankenhaus Wurzen Bauzielplanung 2030	200	40	16.000	122	0	16.102	200	0
	Automatisierungssystem DDC4000 (Gebäudeleittechnik)	0	200	150	150	0	500	0	0
2.	Pauschale Fördermittel Pauschale Fördermittel lfd. Jahr	1.046	1.059	1.059	1.059	1.059	4.234	1.046	0
	Pauschale Fördermittel Vorjahre	623	90	0	0	0	90	623	0
3.	Projektförderung Verbundprojekt "AMPEL" mit der Universität Leipzig	106	90	0	0	0	90	106	0
	Projekte Digitalisierung/ Krankenhaus-Zukunftsfonds	459	1.876	740	216	0	2.837	459	0
	Projekt Telematikinfrastruktur	105	105	0	0	0	105	105	0
	Fördermittel Bettenaufbau Corona	300	0	0	0	0	0	300	0
4.	Eigenmittelfinanzierung Krankenhaus Wurzen Bauzielplanung 2030	50	10	4.000	31	0	4.041	50	0
	Verbundprojekt "AMPEL" mit der Universität Leipzig	12	10	0	0	0	10	12	0
	Projekte Digitalisierung/ KH-Zukunftsfonds	197	0	0	0	0	0	197	0
	Projekt Radiologie	0	2.000	0	0	0	2.000	0	0
	Projekt Angiocanlage Grimma	0	1.500	0	0	0	1.500	0	0
	Projekt Küche	0	750	0	0	0	750	0	0
	Projekt Laborumbau	0	250	0	0	0	250	0	0
	sonstige aus Eigenmitteln zu finanzierende Investitionen	721	1.013	1.395	426	261	3.117	721	0
5.	Summe Investitionsprogramm	3.818	9.034	23.344	2.008	1.340	35.726	3.818	0

Verwendung Pauschale Fördermittel

Die pauschalen Fördermittel werden auf der Grundlage des Sächsischen Krankenhausfinanzierungsgesetzes (Sächs KHG) § 11 für die Wiederbeschaffung einschließlich der Ergänzungsbeschaffung von kurzfristigen Anlagegütern (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände), ausgenommen Gerauchs- und Verbrauchsgüter verwendet.

4. Stellenübersicht

Personalgruppen	Geplante Vollkräfte 2021	Ist-VK 30.06.2021	Geplante Vollkräfte 2022
Ärztlicher Dienst	110,27	103,67	111,64
Pflegedienst	239,86	229,36	267,38
Med.-technischer Dienst	85,40	77,88	77,88
Funktionsdienst	66,35	58,77	67,97
Klinisches Hauspersonal	-	-	-
Wirt.- u. Versorgungsdienst	5,28	5,25	3,48
Technischer Dienst	-	1,84	-
Verwaltungsdienst	34,75	33,76	35,11
Sonderdienst	10,08	9,61	10,83
Sonstiges Personal	-	-	-
Gesamt-Vollkräfte:	551,99	520,14	574,28

Soziale Dienste Muldental gGmbH (vormals Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH)

- Übersicht über wirtschaftliche Lage und künftige Entwicklung

1. Gründung

Die Gesellschaft – ehemals Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH - wurde mit notariellem Vertrag vom 30.06.2006 gegründet. Der Kreistag des Muldentalkreises hat mit Beschluss Nr. 169/III/06 vom 05.10.2006 der mittelbaren Beteiligung des Muldentalkreises an der Altenheimgesellschaft gGmbH rückwirkend zum 01.10.2006 zugestimmt. In 2020 fand die Umbenennung der Altenheimgesellschaft in Soziale Dienste Muldental gGmbH und die Sitzverlagerung nach Wurzen statt (Mitteilung vom Registergericht über die Eintragung im Handelsregister am 09.09.2020/ Tag der Eintragung 07.09.2020).

2. Gesellschafter und Anteile

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 EUR und wird zu 100% von der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft Wurzen gehalten.

3. Gesellschaftszweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Allgemeinheit auf dem Gebiet der Altenhilfe, insbesondere durch den Betrieb von Senioren- und Altenpflegeheimen inkl. der damit erforderlichen Nebeneinrichtungen und -betriebe sowie durch ambulante Pflegedienste und durch den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren als Einrichtungen der Wohlfahrtspflege.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar dienen, insbesondere zur Durchführung ambulanter, teilstationärer und stationärer Altenpflege, häuslicher Krankenpflege und ambulanter medizinischer Versorgung.

4. Wirtschaftliche Verhältnisse zum 31.12.2020

Die Gesellschaft erzielte zum 31.12.2020 einen Jahresüberschuss von 167 TEUR (Vj. Jahresfehlbetrag von -128 TEUR).

In der ambulanten und stationären Altenpflege ergaben sich aufgrund der Pandemie Erlösausfälle und Mehrkosten, die von den Kostenträgern jedoch weitgehend ausgeglichen wurden.

Die Umsatzerlöse stiegen in 2020 von 8.712 TEUR auf 8.949 TEUR.

Die Umsätze der Altenpflegeheime einschließlich des ambulanten Pflegedienstes sind weitgehend von den Pflegegraden, die den Heimbewohnern durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen zugewiesen werden sowie der Auslastung der Pflegeplätze abhängig.

Seit 2017 wird mit dem Pflegestärkungsgesetzes III (PSG III) das Ziel verfolgt, die ambulante Versorgung zu stärken. Aufgrund der finanziellen Anreize sollen nur noch schwer pflegebedürftige Personen stationär versorgt werden. Im Übrigen wird der ambulanten Versorgung der Vorzug gegeben. Neben einer Ausweitung der Erlöse aus ambulanter Pflege (+26%) verbesserte sich in 2020 trotz Pandemie die Belegung in den Altenheimen. Die Belegung wurde hin zu schwerer pflegebedürftigen Personen gesteuert.

In der stationären Pflege konnten für 2020 höhere Pflegesätze mit den Kostenträgern verhandelt werden, so dass die Erlöse aus der Altenpflege insgesamt gesteigert wurden. Diese dienten insbesondere auch der Deckung von deutlich gestiegenen Vergütungen der Mitarbeiter. Hierzu wurde mit der Arbeitnehmervertretung eine Vergütungsvereinbarung für den Bereich „Stationäre Pflege“ verhandelt und konsentiert. Die Umsatzerlöse für die gesamte Altenpflege stiegen in 2020 um ca. 493 TEUR (+10,3%) gegenüber dem Vorjahr. Die Umsatzerlöse in den MVZ werden primär von den in den Praxen erbrachten Leistungen bestimmt, sind aber auch wesentlich von dem für den KV-Bereich Sachsen gültigen Honorarverteilungsvertrag abhängig. Die Minderung gegenüber dem Vorjahr um 384 TEUR (-11,7%) resultiert v.a. aus einem Rückgang der Anzahl der behandelten Patienten in diversen Arztpraxen.

Hier wirkten sich die in den Vorjahren begonnenen Umstrukturierungen und Sanierungsmaßnahmen bei diversen Arztpraxen aus. Dabei wurden in Wurzen zwei Standorte aufgelöst und die dort betriebenen Arztpraxen an die Hauptniederlassung verlegt bzw. vorübergehend stillgelegt. Außerdem wurde in Wurzen eine gynäkologische Arztpraxis mit einem halben Versorgungsauftrag durch die Verlagerung eines halben Versorgungsauftrages in Colditz aufgrund örtlich zu geringer Patientenzahlen eröffnet. In Colditz wurden die beiden getrennten Standorte ebenfalls an einem Standort zusammengeführt und Personal und Arztstühle entsprechend konsolidiert. Die Auswirkungen der Maßnahmen waren in 2020 nur einen Teil des Jahres wirksam. Die Personalaufwendungen für 133,1 Vollkräfte (Vorjahr: 139,1 VK) stiegen im Geschäftsjahr 2020 um 461 TEUR. Hier machten sich die Umstrukturierungsmaßnahmen im Bereich der Arztpraxen bemerkbar, welche

kostenentlastend wirkten. Außerdem wurden die Vergütungen der Mitarbeiter in der stationären Altenpflege in 2020 deutlich angehoben, um die Attraktivität als Arbeitgeber zu stärken.

Im Bereich der stationären Altenpflege konnten die Personalprobleme trotz Ausfällen in der Pandemie weitgehend besser gelöst werden als in den Vorjahren. Der Rückgriff auf Fremdpersonal wurde gegenüber dem Vorjahr um 281 TEUR vermindert. Dies führte zusammen mit einer höheren Belegung zu einer deutlich verbesserten Wirtschaftlichkeit der stationären Altenpflege.

Das Finanzergebnis beträgt -33 TEUR und beinhaltet Zinsaufwendungen für Darlehen in Höhe von 32 TEUR. Hier machte sich das günstige Zinsniveau mit einer Absenkung der Finanzierungskosten bemerkbar.

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen von 5.616 TEUR betrifft Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände mit 78,0%, Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit 21,5% und liquide Mittel mit 0,5%. Die Finanzierung erfolgt mit 49,7% durch Eigenkapital (einschließlich Sonderposten) und mit 51,3% durch Fremdkapital (Rückstellungen, Verbindlichkeiten, Verwahrgeldkonto).

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist wegen Defiziten von wenigen Praxen in den MVZ weiterhin unbefriedigend.

Wie bereits im Vorjahr erwartet, war wegen der durch das Pflegestärkungsgesetzes III veränderten Vergütungssituation im ambulanten und stationären Pflegebereich ab dem Jahr 2017 der kostendeckende Betrieb von Pflegeheimen herausfordernd. Hier konnten in 2020 trotz Pandemie deutliche Verbesserungen erreicht werden. Die Belegung der Pflegeplätze betrug im Jahresdurchschnitt 93,4% (Vorjahr 93,2%) und wurde damit leicht verbessert. Gleichzeitig wurden deutlich höhere durchschnittliche Pflegegrade betreut. Dieser Trend wird auch in den Folgejahren weiter konsequent verfolgt. Das aktive und gezielte Belegungsmanagement der Altenheime ist somit ein wesentliches Kernelement für den wirtschaftlichen Erfolg. Dem wird bei der Aufnahme neuer Bewohner*innen Rechnung getragen.

Die Personalgewinnung und Personalentwicklung unter Berücksichtigung des demographischen Wandels bleibt eine wachsende Herausforderung. Für das Jahr 2021 werden bei den Kostenträgern für den stationären Bereich erneut deutlich höhere Pflegesätze beantragt. Diese sollen es ermöglichen, weiter deutliche Lohnsteigerungen bei den Beschäftigten umzusetzen und somit die Attraktivität der Gesellschaft als Arbeitgeber zu erhöhen.

Die Geschäftsführung prüft laufend Optionen zur Fortentwicklung der stationären Pflegeeinrichtungen und der Verzahnung mit ambulanten Versorgungsangeboten.

Gleichzeitig stärkt die seit 2017 gültige Vergütungssituation die ambulante Pflege. Dieser Tatsache trägt die Gesellschaft Rechnung, indem die ambulante Pflege mit den nötigen personellen und finanziellen Ressourcen für eine Angebotsausweitung ausgestattet wurde. Das Wachstum des ambulanten Pflegedienstes führte zu einem deutlich positiven Ergebnis 2020 für diesen Betriebsbereich. Es ist davon auszugehen, dass auch zukünftig im Bereich der ambulanten Versorgung ein Wachstum stattfinden wird. Aufgrund der verbindlichen Einführung eines Pflegemindestlohnes für das Jahr 2021 muss die SDM in diesem Bereich nachjustieren, um einerseits die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen und um andererseits auch eine Personalstabilität durch eine bessere finanzielle Entlohnung zu erreichen. Die Herausforderung wird es sein, die gestiegenen Personalkosten bei den Kostenträgern durch höhere Vergütungen der erbrachten Leistungen gegen zu finanzieren.

Zur Verbreiterung des Angebots prüft die Gesellschaft derzeit die Ausweitung des Geschäftsfeldes auf die Bereiche Tagespflege und ambulant betreutes Wohnen. Hierzu finden bereits erste Gespräche mit den Beteiligten statt.

Den Chancen aus der Ausweitung im ambulanten medizinischen Bereich stehen die Risiken hinsichtlich der Nachbesetzung in den Arztpraxen gegenüber. So konnten im Jahr 2020 ausgeschiedene Ärzte nicht zeitnah nachbesetzt werden. Dieser Herausforderung will die Geschäftsführung durch spezielle Personalentwicklung im Zusammenwirken mit den Fachabteilungen der Muldentalkliniken begegnen. Hierzu wurde u. a. der Weiterbildungsverbund Muldental gegründet, welchem die MVZ beigetreten sind.

Die seit 2017 laufende Umsetzung von Maßnahmen zur finanziellen Gesundung defizitärer Arztpraxen hatte zum Ziel, für die Medizinischen Versorgungszentren bis Ende 2019 insgesamt ein angeglichenes Jahresergebnis zu erreichen. Die Maßnahmen wurden nun im Verlauf 2020 weitgehend umgesetzt, insbesondere mit der räumlichen und organisatorischen Konzentration von Arztsitzen. Diese führen zur Optimierung der betrieblichen Prozesse und der Verbesserung des Angebots für die Patienten. Das angestrebte Ziel wurde noch nicht wie geplant vollumfänglich erreicht, da die umgesetzten Maßnahmen nur für einen Teil des Jahres 2020 wirksam wurden. Darüber hinaus führen einige Maßnahmen wegen der Vergütungssystematik der Kassenärztlichen Vereinigung erst mit Zeitverzögerung zu steigenden Umsätzen.

Weitere Optimierungspotentiale (z. B. fachgruppengleiche MVZ) wurden identifiziert und befinden sich in Vorbereitung und Prüfung durch einen Fachanwalt.

Die größte Herausforderung für die Zukunft sieht die Gesellschaft in der sich fortlaufenden, veränderten Gesetzgebung, insbesondere der verstärkten Forderung nach ambulanter Leistungserbringung. Aber auch die Gewinnung, das Halten und das Entwickeln von Fachkräften vor dem Hintergrund der Demographie stellt gleichfalls eine sehr große Herausforderung dar. Die Gesellschaft geht jedoch davon aus, dass insbesondere durch die eingeleiteten und vorgenommenen Maßnahmen auch für den Bereich stationäre Pflege eine qualitativ und wirtschaftlich nachhaltige Leistungserbringung gewährleistet werden kann.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Soziale Dienste Muldental gGmbH nicht erkennbar.

6. Wesentliche Kennzahlen aus der Wirtschaftsplanung 2022

Die Wirtschaftsplanung 2022 geht von Erträgen in Höhe von 10.148 TEUR (Vj. 10.055 TEUR) und Aufwendungen in Höhe von 9.843 TEUR (Vj. 9.669 TEUR) aus. Hieraus ergibt sich ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 304 TEUR (Vj. 368 TEUR).

In den Gesamterträgen sind Erträge aus Pflegeleistungen in Höhe von 10.032 TEUR (Vj. 9.934 TEUR) enthalten.

Der Personalaufwand erhöht sich um 349 TEUR auf 6.567 TEUR. Die Stellenübersicht enthält gegenüber dem Plan 2021 einen Rückgang der Vollkräfte um 0,93 VK. Es sind 139,69 Vollkräfte für 2022 geplant.

Die im Wirtschaftsplan dargestellten Aufwendungen und Erträge für den vollstationären Pflegebereich werden weiterhin durch die Pflegesatzverhandlung vom 01.04.2021 bestimmt. Zentrale Rolle spielt dabei die Berücksichtigung der Vierten Pflegearbeitsbedingungs-verordnung (4. PflegeArbbV) mit Steigerung des Mindestlohnes zum 01.04.2022 für die Pflegefach- und hilfskräfte.

Des Weiteren wurde das im Juli 2021 beschlossene Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz – GVWG) in die Planung für das Jahr 2022 einbezogen. Durch die Änderungen im § 72 SGB XI sind auch die hieraus zu erwartenden Lohnkostensteigerungen (Anwendung Tarif) in die Planung mit eingeflossen.

Die Kosten für Fremdpersonal sollen weiterhin auf ein absolut notwendiges Mindestmaß reduziert werden. Für die übrigen Positionen diene als Grundlage die aktuelle Prognose des Jahres 2021 und bekannte bzw. erwartete Änderungen im Jahr 2022.

Die Aufwendungen und Erträge für den Wirtschaftsplan des ambulanten Pflegebereiches werden ebenfalls entscheidend zum Einen durch die Vierte Pflegearbeitsbedingungs-verordnung (4. PflegeArbbV) mit einer Steigerung des Mindestlohnes zum 01.04.2022 für die Pflegefach- und hilfskräfte und zum Anderen durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) bestimmt.

Die Wirtschaftsplanung 2022 im MVZ-Bereich zeigt die voranschreitenden Umstrukturierungen. Eingearbeitet wurden insbesondere folgende Prämissen:

- entstehende Effekte durch die Umstrukturierung der MVZ in fachgleiche MVZ (MVZ Gynäkologie und MVZ Allgemeine Medizin),
- Nachbesetzung der offenen Stelle im Chirurgischen MVZ Wurzen zum 01.04.2022.

Auf Grund eines regelmäßigen Reportings der Quartalszahlen gegenüber den jeweiligen MVZ-Leitern ist eine zeitnahe Ergebnissteuerung möglich.

Servicegesellschaft Muldental mbH Wurzen

- Übersicht über wirtschaftliche Lage und künftige Entwicklung

1. Gründung

Die Gesellschaft wurde mit notariellem Vertrag vom 05.12.2006 gegründet. Der Kreistag des Muldentalkreises hat mit Beschluss Nr. 209/III/06 vom 07.12.2006 der mittelbaren Beteiligung des Muldentalkreises an der Servicegesellschaft Muldental mbH (SGM) zugestimmt.

2. Gesellschafter und Anteile

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 EUR und wird zu 100% von der Muldentalkliniken GmbH - Gemeinnützige Gesellschaft Wurzen gehalten.

3. Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering einschließlich der Spül- und Wirtschaftsdienste, Sicherheits- und Empfangsdienste, Sterilgutversorgung sowie Hol- und Bringendienste, vorwiegend für die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft und deren Beteiligung.

4. Wirtschaftliche Verhältnisse zum 31.12.2020

Die Servicegesellschaft erzielte zum 31.12.2020 einen Jahresüberschuss von 2,3 TEUR (Vj. 20,8 TEUR). Im Geschäftsjahr 2020 waren durchschnittlich 86 Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführung; 65 Vollkräfte) beschäftigt.

Die Umsatzerlöse des Berichtszeitraums in Höhe von 3.424 TEUR (Vj. 3.534 TEUR) setzen sich wie folgt zusammen:

	2020		2019	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse aus Catering	1.407	41,1	1.377	39,0
Umsatzerlöse aus Reinigung	899	26,3	1.310	37,1
Umsatzerlöse aus Sterilisation	602	17,6	563	15,9
Umsatzerlöse aus Sicherheits- und Empfangsdienst	329	9,6	282	8,0
Einkaufsleistungen	120	3,5	0	0,0
Facility-Management	66	1,9	0	0,0
Sonstige Umsatzerlöse	1	0,0	2	0,1
	3.424	100,0	3.534	100,0

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die SGM ist mit dem Ziel, die Prozesse der Muttergesellschaft zu verbessern, gegründet worden.

Zukünftig ist von steigenden Einkaufspreisen und Personalkosten auszugehen. Diesem Risiko wird dadurch entgegengewirkt, dass die Verträge und Budgets mit der Muttergesellschaft an Preiserhöhungen und Tarifierhöhungen angepasst werden.

Sofern die Muttergesellschaft oder die Schwestergesellschaft Soziale Dienste Muldental gGmbH erwägen, weitere Dienstleistungen an die Servicegesellschaft auszugliedern, ist eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit möglich.

Eine Akquise von Kunden außerhalb des Konzerns Muldentalkliniken ist kurzfristig nicht geplant. Dies kann sich ändern, sofern ein in Planung befindliches Projekt des Konzerns im Bereich Betreutes Wohnen am Standort Brandis umgesetzt wird. Mit einer Inbetriebnahme ist jedoch nicht vor 2023 zu rechnen.

Die Risiken der Gesellschaft begründen sich im Leistungsgeschehen der verbundenen Unternehmen. Diese zeichnen sich auf kurz- und mittelfristige Sicht als sehr stabil ab.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Servicegesellschaft Muldental mbH nicht abzuleiten.

6. Wesentliche Kennzahlen aus der Wirtschaftsplanung 2022

Der Wirtschaftsplan enthält die Planvorstellungen für das Jahr 2022. Als Grundlage der Wirtschaftsplanerstellung diente die aktuelle Prognose des Jahres 2021 basierend auf dem Monatsabschluss Juni 2021. Tarif- und Preisentwicklungen wurden, soweit bekannt, berücksichtigt.

Eine grundlegende Änderung des Wirtschaftsplanes 2022 gegenüber dem Wirtschaftsplan 2021 betrifft die Erbringung der Cateringdienstleistungen ab dem 01.03.2022 in Eigenregie, d.h., die laufenden Verträge mit der Klüh Catering GmbH und der Klüh Care Management GmbH enden zum 28.02.2022.

Der Wirtschaftsplan 2022 weist Erträge in Höhe von 4.232 TEUR (Vj. 4.227 TEUR) und Aufwendungen in Höhe von 4.191 TEUR (Vj. 4.204 TEUR) aus. Daraus ergibt sich ein Überschuss von 41 TEUR (Vj. 23 TEUR). Die Stellenübersicht der Gesellschaft sieht insgesamt 74,01 Vollkräfte (Vj. 83,09 VK) vor.



M&P AUDIT

**Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020 und
des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2020**

**KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH
Großpösna**

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH, Großpösna

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH, Großpösna, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH, Großpösna, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Halle (Saale), 31. März 2021

CONNEX.M&P Audit
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

ppa. Ebersbach
Wirtschaftsprüfer

Dr. Geiger
Wirtschaftsprüfer

E. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen (Finanz- und Anlagenbuchhaltung) der Gesellschaft erfolgt auf einer eigenen EDV-Anlage unter Verwendung des Programms Software Sage 100 - Rechnungswesen Teilgebiet Finanzbuchhaltung der Firma Sage Software GmbH & Co. KG, Frankfurt. Die Softwarebescheinigung der BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft vom 29. August 2016 für das Programm wurde uns vorgelegt.

Die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung wird über einen externen Dienstleister abgewickelt.

Das von der Gesellschaft eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) sieht dem Geschäftszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor. Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtszeitraum keine nennenswerten organisatorischen Veränderungen erfahren.

Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der von der Schüllermann und Partner AG, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Leipzig, geprüften Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Geschäftsjahrs ordnungsgemäß geführt.

Die Informationen, die aus den weiteren geprüften bzw. zur Prüfung herangezogenen Unterlagen entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften bzw. zur Prüfung herangezogenen Unterlagen nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Jahresabschluss

Die Gesellschaft ist zum Abschlussstichtag als mittelgroße Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 2 HGB einzustufen. Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 wurde gemäß § 12 Abs. 1 der Satzung nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften aufgestellt. Darüber hinaus wurden ergänzende Vorschriften des GmbH-Gesetzes beachtet.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die deutschen handelsrechtlichen Vorschriften zu Ansatz, Ausweis und Bewertung sind in allen wesentlichen Belangen beachtet worden. Die Gliederung der Bilanz (Anlage I) erfolgt nach dem Schema des § 266 Abs. 2 und 3 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage II) wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Soweit in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgen die entsprechenden Angaben weitgehend im Anhang.

In dem von der Gesellschaft aufgestellten Anhang (Anlage III) sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt. Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge gemäß § 285 Nr. 9 HGB wird unter Anwendung der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB zu Recht verzichtet.

Der Jahresabschluss entspricht damit nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

3. Lagebericht

Die Prüfung des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2020 (Anlage IV) hat ergeben, dass der Lagebericht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags entspricht.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften entspricht und in seiner Gesamtaussage, wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang ergibt, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung oder sonstiger maßgeblicher Rechnungslegungsgrundsätze ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt (§ 264 Abs. 2 HGB).

Im Übrigen verweisen wir hierzu auch auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Abschnitt III.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

Zu den im Jahresabschluss der XELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang (Anlage III).

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Wesentlichen unverändert zum Vorjahr angewandt.

3. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen, die das Jahresergebnis wesentlich beeinflusst haben, sind uns im Verlauf der Prüfung nicht bekannt geworden.

BILANZ zum 31. Dezember 2020

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG für das Geschäftsjahr 2020
KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH, Großpösna

	2020 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	10.922.500,49	10.664.767,10
2. Sonstige betriebliche Erträge	74.227,44	186.145,05
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-701.330,61	-623.662,97
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.190.707,04	-2.515.511,21
	-2.892.037,65	-3.139.174,18
4. Rohergebnis	8.104.690,28	7.711.737,97
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-3.757.310,45	-3.381.035,83
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-889.656,27	-726.692,79
- davon für Altersversorgung: € 1.732,47 (Vorjahr: € 643,44)		
	-4.646.966,72	-4.107.728,62
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.357.529,01	-1.247.453,01
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.290.716,02	-1.387.946,57
8. Betriebsergebnis	809.478,53	968.609,77
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-83.703,36	-109.242,97
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-210.273,36	-252.839,86
11. Ergebnis nach Steuern	515.501,81	606.526,94
12. Sonstige Steuern	-28.018,41	-26.198,39
13. Jahresüberschuss	487.483,40	580.328,55

KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH,

Großpösna

LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr 2020

I. Grundlagen der Gesellschaft

Die KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH ist ein Tochterunternehmen des Landkreises Leipzig. Der Landkreis ist einziger Gesellschafter. Gegenstand des Unternehmens ist die Abfallentsorgung auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig, insbesondere das Einsammeln und Befördern der vom Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zu erfassenden Abfälle, deren Verwertung und Beseitigung, soweit diese Aufgabe nicht vom Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen wahrgenommen wird, sowie die Erbringung weiterer Dienstleistungen im Bereich der Abfallwirtschaft und des Recyclings.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Berichtsjahr wurde im Wesentlichen von der Covid 19 Pandemie bestimmt. Durch die weitgehende Systemrelevanz der Erfassung haushaltnah anfallender Abfälle waren viele Abfallwirtschaftsbetriebe von den pandemiebedingten wirtschaftlichen Einschränkungen nicht betroffen. Andererseits mussten sie umfangreiche Vorkehrungen treffen, um ihre Mitarbeiter vor der Übertragung von Corona-Viren in den Unternehmen zu schützen.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsätze der Gesellschaft betrugen im Berichtsjahr 10,9 Mio. EUR und liegen damit 2,4 % über dem Vorjahresniveau. Dabei wurde der durch die schrittweise Einführung der Biotonne im Landkreis Leipzig erzielte Umsatzzuwachs von 0,5 Mio. EUR durch marktbedingt gefallene Papiererlöse abgeschwächt. Diese Vermarktungssituation hatte keine Auswirkungen auf das Ergebnis des Auftrages Papiererfassung, da den niedrigeren Vermarktungserlösen entsprechend niedrigere auftragsbezogene Einkaufskosten im gleichen Umfang gegenüberstanden. Mehrmengen im Bereich der Sperrabfallentsorgung kompensierten erwartete Umsatzrückgänge bei der Restabfallentsorgung, welche auf Anpassungen des vorgehaltenen Behältervolumens durch die Grundstückseigentümer nach Umstellung des Veranlagungssystems des Landkreises beruhen.

Gemäß Gesellschaftsvertrag der KELL GmbH werden die Umsätze im Wesentlichen mit dem Landkreis Leipzig erzielt.

3. Geschäftsergebnis

Das Geschäftsergebnis beträgt im Berichtsjahr 487 Tsd. EUR und liegt damit erneut über den Erwartungen der Geschäftsführung. Die Abweichung zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf den gestiegenen Personalkosten bei für den Kalkulationszeitraum 2019/2020 konstant vereinbarten Entgelten.

4. Produktiver Geschäftsbetrieb

Dem höheren Umsatzvolumen stehen entsprechende Kostensteigerungen gegenüber. Insbesondere die schrittweise Einführung der Biotonne verursachte im Vergleich zum Vorjahr höhere Personal-, Fahrzeug- und Abschreibungskosten.

Der zunehmend gesamtwirtschaftlichen Vollbeschäftigung geschuldet, erhöhten sich die Personalkosten um 2,3 %. Hinzu kam die schrittweise Einstellung von 10 neuen Mitarbeitern für die Bioabfallsammlung sowie eine Erhöhung der Personalarückstellungen im Vergleich zum Vorjahr.

Die Aufwendungen für Kraftstoffe lagen preisbezogen auf Vorjahresniveau. Durch zusätzliche Fahrzeuge für die Einsammlung der Bioabfälle sind sie mengenmäßig jedoch gestiegen. Auch die Aufwendungen für Reparaturen erhöhten sich, da mehrere relativ neuwertige, aber nicht mehr der Garantie unterliegende Fahrzeuge unerwartete Komponentenausfälle aufwiesen. Die Kosten der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 7 % gesunken. Grund ist im Vorjahr einmalig erforderliche Doppelbelastung im Bereich der Gebührenveranlagung durch die Umstellung des Veranlagungssystems des Landkreises.

Die durch die Einführung der Biotonne entstandenen zusätzlichen Kosten konnten durch die höheren Umsatzerlöse kompensiert werden. Den restlichen Kostensteigerungen stehen durch die vertraglich vereinbarten zweijährigen Kalkulationszeiträume mit dem Auftraggeber Landkreis weitgehend fixe Entgelte gegenüber, so dass das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ca. 130 Tsd. EUR unter dem Wert des Vorjahres liegt.

5. Beschaffung und Investitionen

Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von rund 1.700 Tsd. EUR getätigt. In europaweiten bzw. nationalen Vergabeverfahren wurden Fahrzeuge, Behälter sowie Verwertungsdienstleistungen ausgeschrieben.

Die durchgeführten Investitionen entsprachen den bestätigten Investitionsplanungen bzw. wurden durch Einzelentscheidungen mit dem Gesellschafter abgestimmt.

6. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Investitionsmaßnahmen im Fahrzeug- und Behälterbereich des Geschäftsjahres 2020 wurden durch Fremdkapitalaufnahme in Höhe von 1.100 Tsd. EUR finanziert.

Dass anhaltend niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt begünstigte die Kreditaufnahme und führte zusammen mit der weiteren planmäßigen Tilgung der bestehenden Kredite zur weiteren positiven Entwicklung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr.

7. Personal- und Sozialbereich

Durch die schrittweise Einführung der Biotonne erhöhte sich im Berichtsjahr der Mitarbeiterbestand. Die Fortführung der bisher für den Landkreis erbrachten Leistungen erforderte kein zusätzliches Personal.

Die Mehrzahl der Mitarbeiter befindet sich in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen. Die Fluktuationsrate ist extrem niedrig. Die damit verbundene Kontinuität im Personalbereich erlaubt es uns, die hohe Sach- und Fachkunde sowohl an den Wertstoffhöfen und in der Tourenentsorgung als auch in unserer Tätigkeit als Verwaltungshelfer des Landkreises aufrecht zu erhalten.

Erhebliche Anstrengungen mussten unternommen werden, um die pandemiebedingten Verschärfungen der Arbeitsschutzvorschriften umzusetzen. Dabei kam eine Vielzahl von Instrumenten wie z.B. Arbeitszeitverlagerung, mobiles Arbeiten sowie vorbeugende Hygienevorschriften zum Einsatz.

Der Mitarbeiterbestand entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	31.12.2020	31.12.2019
Angestellte	31	31
Arbeiter	83	73
Aushilfskräfte	0	0
	<u>114</u>	<u>104</u>

8. Umweltschutz

Der Betriebshof sowie die durch die Gesellschaft betriebenen Wertstoffhöfe wurden im Berichtsjahr genehmigungskonform betrieben. Es gab keine Störungen.

9. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Im ersten Lockdown von April bis Mai stellte der Besuch eines Wertstoffhofes keinen triftigen Grund für das Verlassen der eigenen Wohnung dar. Aus diesem Grund blieben während dieser Zeit die Wertstoffhöfe geschlossen.

III. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Im Berichtszeitraum erfüllte die Gesellschaft im Wesentlichen die bestehenden Verträge mit dem Landkreis Leipzig. Vor diesem Hintergrund waren Erweiterungsinvestitionen nur im Bereich der schrittweisen Einführung der Biotonne notwendig. Insbesondere durch diese Erweiterungsinvestitionen in Fahrzeuge und Behälter stieg das Sachanlagevermögen. Zusammen mit dem stichtagsbezogen größerem Forderungsbestand erhöhte sich die Bilanzsumme um 530 Tsd. EUR.

Die laufenden Tilgungen, der erwirtschaftete Jahresüberschuss sowie der Verzicht des Gesellschafters auf eine Ausschüttung haben den Verschuldungsgrad der Gesellschaft weiter reduziert. Er beträgt nur noch 1,1 (VJ: 1,2). Die Eigenkapitalquote stieg trotz höherer Bilanzsumme auf 48 % (VJ: 46 %).

Die Geschäftsführung erwartet unter Beachtung fortlaufender Ersatzinvestitionen eine stabile Vermögenssituation der Gesellschaft.

2. Finanzlage

Aufgrund des erneut sehr guten operativen Ergebnisses in Verbindung mit den zurückgeflossenen Abschreibungen aus den in den Vorjahren getätigten Investitionen konnte die Gesellschaft im Berichtsjahr einen positiven cash flow aus der betrieblichen Tätigkeit in Höhe von 1.512 Tsd. EUR erwirtschaften.

Der Zahlungsmittelabfluss aus dem Investitionsbereich lag 2020 bei 1.684 Tsd. EUR und wurde durch die Kreditaufnahme in Höhe von 1.100 Tsd. EUR gegenfinanziert.

Insgesamt hat sich der Zahlungsmittelbestand im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Dies ist insbesondere mit der Eigenfinanzierung des Behälterbestandes der Biotonne zu bewerten. Diese zunehmende Eigenfinanzierung von Sachanlagen gibt der Gesellschaft in Verbindung mit dem hohen Finanzmittelbestand genügend Spielraum für weitere Finanzierungsvorhaben, ausreichend Stabilität und Flexibilität.

3. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft ist weiterhin sehr stabil. Sie übertrifft im Geschäftsjahr mit 487 Tsd. EUR erneut unsere Erwartungen. Die Umsatzrentabilität nach Steuern vom Einkommen und Ertrag beträgt 4,5 %.

Auch wenn die Kostensteigerungen insbesondere im Personalbereich kalkulationsbedingt nicht vollumfänglich durch höhere Umsatzerlöse kompensiert werden konnten, sind die damit verbundenen Auswirkungen auf das Jahresergebnis geringer als erwartet.

Durch das Geschäftsmodell der KELL ist auch weiterhin von stabilen, wenn auch niedrigeren Ertragsenerwartungen auszugehen. Bedingt durch die nur geringen Risiken im Geschäftsmodell der KELL GmbH sind die für die Zukunft zu erwartenden Gewinnmargen ebenfalls entsprechend niedrig einzuschätzen.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die KELL hat sich als der kommunale Entsorger im Landkreis Leipzig etabliert. Die Verträge mit dem Landkreis Leipzig bilden eine entsprechend langfristige Geschäftsgrundlage für die KELL.

Nach der schrittweisen flächendeckenden Einführung der Biotonne im Berichtsjahr wird die erstmalige ganzjährige Erfassung dieser Abfallart in 2021 zu einem weiteren Umsatzanstieg führen. Parallel dazu wird der Umfang der Restabfallentsorgung weiter sinken. Insgesamt ist jedoch ein Anwachsen des Auftragsvolumens in 2021 zu erwarten.

Die durch die Umstellung des Veranlagungssystems verursachte Veränderung der Struktur des im Kreisgebiet ausgestellten Behältersystems wird sich auch in 2021 fortsetzen, wenn auch mit einer geringeren Dynamik. Dies betrifft sowohl den Rückgang der für Restabfall bereitgestellten Behälter als auch die Zunahme an Behältern mit höherem Volumen. Die Gesellschaft erwartet deshalb nochmals ein höheres Investitionsvolumen für die Beschaffung größerer Behälter sowie u. U. notwendige Teilwertabschreibungen auf nicht mehr benötigte kleinere Behälter.

Da der Landkreis dem Unternehmen alle betriebsnotwendigen Aufwendungen zur Erfüllung der Verträge in Form von Entgelten ersetzt, erstrecken sich Risiken im Wesentlichen auf den operativen Bereich. Zur Abdeckung dieser Risiken hat die Gesellschaft entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Strategische Risiken sind nicht zu erkennen.

Neben dem dargestellten Auftragswachstum durch die Biotonne erlauben die In-House-Verträge mit dem Landkreis nur unwesentliche Akquisitionen und damit nur ein beschränktes Wachsen der Gesellschaft. Somit stehen den überschaubaren Risiken auch nur geringe Chancen gegenüber. Beides steht einer stabilen Entwicklung der Gesellschaft jedoch nicht im Wege.

V. Sonstige Angaben

1. Verwendung von Finanzinstrumenten

Die KELL finanziert sich vorwiegend über klassische Kredite. Es existieren weiterhin Miet- und Leasingverträge für Fahrzeuge sowie Büro- und Geschäftsausstattung. Die eingeräumten Kontokorrentlinien wurden 2020 nicht beansprucht.

Die Gesellschaft hat für ein variables Investitionsdarlehen ein Zinssicherungsgeschäft (Forward Swap) abgeschlossen.

Für die Finanzierung der Wertstoffhöfe im Landkreis sowie die Finanzierung eines Teils des Behältersystems für die Erfassung von Restabfall und Papier wurden durch den Gesellschafter Landkreis Leipzig Bürgschaften gestellt.

2. Forschung und Entwicklung

Forschung und Entwicklung wurde von unserer Gesellschaft in 2020 nicht betrieben.

3. Bestehende Zweigniederlassungen

Im Berichtsjahr unterhielt die KELL keine Zweigniederlassungen.

Großpösna, 24.03.2021

Adam
Geschäftsführer

Meissner
Geschäftsführer

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2022

1. Erfolgsrechnung 2022 (Budget 2022)

Die Planung der Erfolgsrechnung für das Geschäftsjahr 2022 wurde auf der Datenbasis des Geschäftsjahres 2021, der bestehenden Kommunalverträge sowie sonstiger Verträge mit schuldrechtlichen Charakter sowie der zur Leistungserfüllung der Kommunalverträge erforderlichen Personalkapazitäten durchgeführt.

Für das Geschäftsjahr 2022 wurden die Umsätze im kommunalen Bereich entsprechend dem Vertrag über die Einsammlung, den Transport und die Verwertung / Beseitigung von Abfällen aus dem Gebiet des Landkreises Leipzig vom 14.07.2016 geplant, der eine Laufzeit vom 01.01.2017 bis 31.12.2040 hat.

Darüber hinaus ist der mit Datum vom 14.07.2016 abgeschlossene Geschäftsbesorgungsvertrag über die Durchführung aller Verwaltungs- und Vollzugsaufgaben des Auftraggebers als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, dessen Laufzeit unbefristet (erstmalig kündbar zum 31.12.2040) ist, Planungsgrundlage für das Budget 2022.

Bestandteil der gültigen Dienstleistungs- und Geschäftsbesorgungsverträge ist die Preisbasis der für die Jahre 2021 bis 2022 erstellten LSP Kalkulation. Die Planung wurde entsprechend den vertragsgemäßen Abrechnungsmodalitäten der Leistungen in zeitraumabhängige und leistungsabhängige Entgeltbestandteile vorgenommen. Dies gewährleistet der KELL die Refinanzierung der für die Entsorgungsdienstleistung anfallenden Fixkosten, unabhängig von saisonalen Leistungsschwankungen.

Im Rahmen der Erstellung der LSP-Kalkulation 2021/2022 wurden insbesondere steigende Personalkosten aufgrund des durch Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung im Jahr 2019 beschlossenen Personal- und Entgeltkonzeptes und höhere Logistikaufwendungen durch gestiegene Abfallmengen im Bereich Sperrabfall, PPK (Papier, Pappen und Kartonaugen) sowie Grünschnitt gegenüber dem letzten Kalkulationszeitraum 2019-2020 berücksichtigt. Darüber hinaus sind die Kostenentwicklungen der vergangenen zwei Jahre in die Preisbildung der aktuellen LSP-Kalkulation eingeflossen. Daraus resultierend erfolgten Preis Anpassungen bei allen leistungsabhängigen Entgelten sowie bei den zeitraumabhängigen Pauschalen.

Insgesamt sind im kommunalen Bereich Umsatzsteigerungen in Höhe von 880 T€ gegenüber dem Budget 2021 zu verzeichnen. Diese Umsatzsteigerung resultiert allein aus der Erholung des Papierpreismarktes im Bereich PPK. Weitere Umsatzsteigerungen aus der Einführung der durch das Kreislaufwirtschaftsgesetz vorgegebenen flächendeckenden Getrennterfassung von Bioabfall im Holsystem im Landkreis Leipzig sind für das Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahresbudget nicht zu erwarten.

Die Umsätze im Bereich Restabfall wurden auf Basis der effektiven Behälterentleerungen des Geschäftsjahres 2021 und der für das GJ 2022 gültigen Entsorgungspreise beurteilt. Die bereits im Vorjahr zu verzeichnende Reduktionen der Behälterentleerungen der kleinen Zweiradgefäße aufgrund des Wechsels der Veranlagungsform von haushaltsbezogener zu grundstücksbezogener Veranlagung verstetigte sich im GJ 2021 (- 9 %). Weitere Ursache für die Reduktion im Zweiradbereich ist darüber hinaus auch in der flächendeckenden Einführung der Biotonne zu sehen. Die in dem Vorjahr erhöhten Behälterentleerungen im Bereich von 240 Liter MBG und 1,1 m³ MGB stagnierten im GJ 2021 und verblieben auf dem Niveau des GJ 2020. Für das Budget 2022 werden die Mengendaten des GJ 2021 und keine weitere Reduktion der Behälterentleerungen im Zweiradbereich unterstellt. Das Gesamtaufkommen an Restabfall wird als leicht rückläufig (26.000 t / GJ 2021 ca. 26.500 / VJ 2020 27.400 t/p.a.) eingeschätzt. Im Ergebnis dieser Mengenveränderungen und unter Zugrundelegung des gegenüber Vorjahresbudget unveränderten Preisniveaus verzeichnet der Planansatz

2022 Umsatzreduktionen im Bereich Restabfall in Höhe von -24 T€ gegenüber dem Budgetansatz 2021.

Im Bereich der Behältermieten Restabfall sind im GJ 2021 keine weiteren wesentlichen Änderungen am Gesamtbehälterbestand gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Änderung der Veranlagungsform aufgetreten. Insgesamt basiert der Budgetansatz des GJ 2022 im Bereich der Behältermieten Restabfall auf der Anzahl der derzeit bemieteten Behälter und liegt im Wesentlichen auf Vorjahresniveau.

Der Bereich der Sperrabfallentsorgung umfasst im Geschäftsjahr 2022 weiterhin die Entsorgung über die Wertstoffhöfe im Bringsystem, die Entsorgung im Holsystem mittels loser Sammlung sowie mittels Containerabfuhr. Mit der Umstellung von der gewichtsbezogenen Erfassung von Sperrabfall an den Wertstoffhöfen (Bringsystem) auf eine durch Pauschalgebühren abgegoltene Anlieferung hat sich das Gesamtsperrrabfallaufkommen incl. Altholz seit dem Jahr 2019 kontinuierlich erhöht (2018 7.900 t / 2021 ca. 10.500 t). Eine Fortführung dieser Tendenz ist nicht zu erwarten, so dass für den Budgetansatz 2022 eine stagnierende bzw. leicht rückläufige Mengenentwicklung unterstellt (9.600 t) wurde. Gegenüber dem Budget 2021 führen diese Mindermengen und unter Zugrundelegung der gemäß LSP Kalkulation 2021/2022 gültigen Preise lediglich zu einer Minderung der Umsätze in Höhe von -7 T€, welches sich auch im Nettoertrag widerspiegelt. Der Ausweis der Minderumsätze gegenüber dem Vorjahresbudget in Höhe von -70 T€ resultiert vorwiegend aus der Veränderung der an den Landkreis Leipzig weiterberechneten Verwertungskosten für Altholz. Die Ergebnisse der Neuausschreibung der Verwertungsleistungen ab dem GJ 2021 lagen unter dem Budgetansatz des GJ 2021 und führen in der Folge im Budgetansatz 2022 zu verminderten auftragsbezogenen Kosten und weiterberechneten Umsatzerlösen von -63 T€.

Das System der entgeltspflichtigen Grünabfallentsorgung über die im Landkreis Leipzig installierten Wertstoffhöfe hat sich etabliert. Die im Vorjahresbudget unterstellte Mengenprognose (4.115 t) bestätigte sich in den IST-Mengen des GJ 2021 nicht (ca. 3.040 t). Für das Budget 2022 wurde daher mit diesen verminderten Mengenansatz geplant, was zu Umsatzrückgängen im Grünabfallbereich gegenüber dem Budget 2021 führt. Die Verwertungsleistung des Grünabfalles muss für das GJ 2022 neu ausgeschrieben werden und entsprechende Ausschreibungsergebnisse liegen zum Zeitpunkt der Budgeterstellung noch nicht vor. Erwartete marktbezogene Preisanpassungen wurden im Budget 2022 berücksichtigt. Da diese Verwertungskosten an den Landkreis Leipzig weitergereicht werden, ergeben sich daraus keine Auswirkungen auf den Nettoertrag.

Seit dem Inkrafttreten des Verpackungsgesetzes zum 01.01.2019 ist die KELL GmbH nicht mehr Vertragspartner der Dualen Systeme. Für das Budget 2022 werden entsprechend den gültigen Verträgen mit dem Landkreis Leipzig die 100%ige Entsorgung der Mengen an PPK im Landkreis Leipzig berücksichtigt.

Grundlage des Budgets 2022 sind die Entleerungsdaten des GJ 2021 sowie die gem. LSP-Kalkulation 2021/2022 vereinbarten Preise. Gegenüber dem Vorjahresbudget wurden Mehrkipnungen von 7% angesetzt. Dies resultiert aus den realisierten Kippungszahlen des GJ 2021, die um ca. 4% über den IST-Vorjahreswerten liegen. Dies spiegelt sich auch in der Anzahl der bemieteten MGB im PPK Bereich wieder, die mit ca. 1.260 Stck. über dem Vorjahresniveau liegen. Wesentliche Mehrmengen liegen jedoch im Bereich PPK nicht vor.

Die seit dem Geschäftsjahr 2016 gültigen Verträge zur Verwertung der PPK-Menge mussten mit Wirksamkeit ab dem GJ 2022 neu ausgeschrieben werden. Die Ausschreibungsergebnisse im Bereich des Umschlags und der Verwertung PPK wurden im Budget 2022 entsprechend berücksichtigt und führen im Vergleich zum Vorjahresbudget zu Kostensteigerungen in Höhe von 183 T€, die an den Landkreis weiter berechnet werden und somit keine Auswirkung auf den Nettoertrag haben.

Aufgrund der im laufendem Geschäftsjahr weiter zu verzeichnenden Erholung des Papierpreismarktes wurde für das Jahr 2022 ein um 49,00 €/t höherer Vermarktpreis gegenüber dem Vorjahresbudget angesetzt. Aufgrund der 100%igen Rückvergütung der Vermarktungserlöse an den Landkreis Leipzig erhöhen sich jedoch gleichzeitig die auftragsbezogenen Kosten, so dass sich im Ergebnis aus der Vermarktung keine Auswirkungen auf den Nettoertrag im Vergleich zum Vorjahresbudget ergeben. Insgesamt erhöhte sich der Nettoertrag im Budget aus Eigenleistungen um rund 81 T€ gegenüber dem Budget 2021.

Der Bereich der Sonderabfallentsorgung wurde im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung an Subunternehmer vergeben und umfasst die mobile und stationäre Sammlung im Landkreis Leipzig. Auf Basis der Mengendaten des GJ 2021 wurden keine Mengensteigerungen bei der Sonderabfallentsorgung im Budgetansatz 2022 gegenüber dem Jahr 2021 berücksichtigt. Zusätzliche Kostensteigerungen sind ausschreibungsbedingt aufgrund gültiger Preisgleitklauseln zu verzeichnen und spiegeln die derzeitigen Marktverhältnisse in diesem Bereich wieder. Auswirkungen auf den Nettoertrag aufgrund des durchlaufenden Postens dieses Entsorgungsbereiches bestehen für die KELL GmbH nicht.

Leichte Mehrmengen im Bereich der Schrottentsorgung und erhöhte Verwertungspreise sind für den Budgetansatz 2022 fortgeschrieben worden.

Für das Geschäftsjahr 2022 sind keine Änderungen im Betrieb der Wertstoffhöfe und der dortigen Erfassung der Elektro-/Elektronikgeräte im Landkreis Leipzig vorgesehen. Aufgrund der gestiegenen Anforderungen im Betriebsregime der Wertstoffhöfe sowohl aus gesetzlichen Rahmenbedingungen der Elektroaltgeräteverordnung sowie der Batterieverordnung, als auch in Folge der gestiegenen Mengen an Sperrabfall und Grünabfall, sind im Rahmen der Erstellung der LSP-Kalkulation 2021/2022 durch Preisanpassungen berücksichtigt worden. Diese wurden im Budget 2022 fortgeschrieben.

Die Umsätze im Bereich Bioabfall wurden auf Basis der effektiven Behälterentleerungen des Geschäftsjahres 2021 und der für das GJ 2022 gültigen Entsorgungspreise beurteilt und umfassen die flächendeckende Entsorgung der Biotonne im gesamten Landkreis Leipzig. Aufgrund der schrittweisen Einführung der Biotonne wurde dem Vorjahresbudget Plandaten der LSP-Kalkulation zugrunde gelegt, die in der Folge die Minderumsätze in Höhe von 130 T€ begründen. Gegenüber den Plandaten der LSP-Kalkulation sind im Budget 2022 130.300 Stck. Behälterentleerungen weniger sowie ca. 4.500 Stck. bemietete MGB geringer budgetiert. Im Ergebnis sind daraus Minderumsätze in Höhe von 130 T€ gegenüber Vorjahresbudget zu verzeichnen.

Die Umsätze im Rahmen des ab Oktober 2016 wirksamen Geschäftsbesorgungsvertrages wurden auf Grundlage der aktuell gültigen LSP-Kalkulation 2021/2022 budgetiert. Die Umsätze berücksichtigen alle Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Durchführung sämtlicher Verwaltungs- und Vollzugsaufgaben als Verwaltungshelfer i.S.d. § 4 SächsKAG durch den Landkreis Leipzig als öffentlich rechtlicher Entsorgungsträger auf die KELL GmbH übertragen wurden. Die Abweichung in Höhe von 109 T€ gegenüber dem Vorjahresbudget resultiert aus erst nach Abschluss der Budgetierung 2021 kalkulierten Entgelten für die Geschäftsbesorgung im Rahmen von Aufgabenübernahmen mit den Dualen Systemen.

Übrige landkreisfremde Leistungen liegen nur in unbedeutendem Umfang vor.

Chancen im Rahmen neuer Vertragsabschlüsse bestehen für das Budget 2022 aufgrund der begrenzten Marktteilnahme nicht.

Risiken, hier insbesondere gravierend vom Budget abweichende Wertstoffpreisentwicklungen, können aufgrund der mit dem Landkreis vereinbarten 100 %igen Rückvergütung, für das Budget der kommunalen Gesellschaft nicht mehr auftreten.

Die Planung der auftragsbezogenen Kosten wurde im Einzelnen nach Menge und Preis in Übereinstimmung mit der Umsatzentwicklung vorgenommen.

Für die Bereiche der Beseitigung/Verwertung von Sonderabfällen, Gartenabfällen, Altholz/Kunststoffe sowie PPK erfolgte/erfolgt die öffentliche Ausschreibung der Entsorgungsleistung mit der Folge, dass die im Vergabeverfahren bezuschlagten Entgelte unter Berücksichtigung eventuell gültiger Preisgleitklausen als Subunternehmerkosten im Budget 2022 berücksichtigt wurden. Weitere auftragsbezogene Kosten umfassen die Rückvergütung der Vermarktungserlöse für PPK und Schrott an den Landkreis Leipzig.

Für das Budget 2022 ergibt sich ein Nettorohrertrag in Höhe von 10.457 T€ (VJ Budget 10.437 T€).

Im Personalbereich wurden für das Budget 2022 die Kosten der gemäß Personalplanung erforderlichen Mitarbeiter berücksichtigt. Die Personalplanung spiegelt die erforderlichen Personalkapazitäten zur Aufgabenerfüllung des Entsorgungs- und Geschäftsbesorgungsvertrages entsprechend den Ansätzen der aktuellen LSP-Kalkulation wieder. Wesentlich neue Aufgabenfelder, die den Aufbau zusätzlicher Personalkapazitäten bedarf, liegen für das GJ 2022 nicht vor.

Die im Vorjahresbudget berücksichtigten Neueinstellungen im gewerblichen Bereich insbesondere aufgrund der flächendeckenden Entsorgung der Biotonne im Landkreis Leipzig und der im Zusammenhang mit gestiegenen Mengenaufkommen erweiterten Fahrzeugkapazitäten wurden für das Budget 2022 fortgeschrieben. Zusätzliche Erweiterungen sind für das GJ 2022 nicht vorgesehen.

Der im Zusammenhang mit Umsatzerweiterungen stehende Personalaufbau im gewerblichen Bereich in den letzten Geschäftsjahren, erforderte in der Folge zur Absicherung einer ordnungsgemäßen Entsorgung auch den moderaten Aufbau von Personalkapazitäten im Bereich Disposition und Personalverwaltung sowie IT, die im GJ 2021 noch nicht vollumfänglich realisiert werden konnten. Insofern erfolgte für den Planansatz 2022 im Angestelltenbereich die Berücksichtigung der noch nicht besetzten Stellen. Dies betrifft ebenso die erforderlichen Personalkapazitäten im Bereich Abfallwirtschaft für die vollumfängliche Prüfung der im Rahmen der Einführung der Biotonne ermöglichten Beantragung einer Eigenkompostierung.

Zur qualitäts- und termingerechten Erfüllung der Entsorgungsaufgaben der KELL werden zukünftig weiterhin Fachkräfte am Markt akquiriert werden müssen. Die Marktentwicklung bei Berufskraftfahrern als auch bei Mitarbeitern des mittleren Managements ist weiterhin sehr angespannt und wird sich in der Zukunft aufgrund des Demografiewandels noch weiterhin verschärfen. Zusätzliche standortbezogene Markteinflüsse bestehen aufgrund der Nähe zur Stadtreinigung Leipzig, die aufgrund ihrer derzeit bestehenden Altersstruktur in den nächsten Jahren einen hohen Bedarf an Berufskraftfahrern haben wird und nach Tarifvertrag öffentlichen Dienst vergüten. Gleiches gilt im Angestelltenbereich auch für den attraktiven Arbeitgeber Landkreis Leipzig.

Um die derzeitige Lohn- und Gehaltsstruktur der KELL auf diese zukünftige Entwicklung auszurichten, wurde in der Aufsichtsratssitzung vom 03.12.2019 ein Personal- und Lohnkonzept beschlossen, welches eine schrittweise Anpassung der Entlohnung der KELL Mitarbeiter an das Niveau der Vergütung des öffentlichen Dienstes über einen Zeitraum von 8 Jahren vorsieht. Dementsprechende anteilige Mehraufwendungen wurden im Budget 2022 berücksichtigt.

Das Budget im Bereich der Fahrzeug- und Anlagenkosten steht im ursächlichen Zusammenhang mit den im Rahmen der Entsorgungsverträge vorzuhaltenden Kapazitäten. Sie wurden in Übereinstimmung mit den in der LSP-Kalkulation zugrunde gelegten Mengen- und Leistungsansätzen budgetiert und berücksichtigen insbesondere die Mehraufwendungen durch

neue Fahrzeuganschaffungen im Rahmen der Bioabfallentsorgung, als auch der gestiegenen Mengenaufkommen. Die Dieselverbrauchskosten wurden auf Basis des in der LSP-Kalkulation prognostizierten Mineralölpreises budgetiert und aufgrund des volatilen Preismarktes mit Risikoaufschlägen versehen. Weitere Preissteigerungen bei den Verbrauchskosten, hier insbesondere bei Reparaturen und Ersatzteile, wurden im Budget 2022 in Ansatz gebracht. Die seit Jahren verstärkten Ersatzinvestitionen im Fahrzeugbereich tragen zur Kostendämpfung insbesondere im Reparaturbereich bei.

Im Bereich der Sachkosten sind Einsparungspotentiale durch Optimierung von Vertragsverhältnissen bzw. verstärktem Kostenmanagement im Bereich von Serviceleistungen und Verbrauchsmaterialien weitestgehend ausgeschöpft, so dass sich der Budgetansatz 2022 an den Istkosten des Geschäftsjahres 2021 orientiert.

Für den angemieteten Betriebsstandort Großpöna wurden im Budget 2022 vertraglich vereinbarte Aufwendungen für Raum- und Betriebskosten bzw. Mietaufwendungen berücksichtigt.

Die zur Aufgabenerfüllung des Geschäftsbesorgungsvertrages erforderlichen Aufwendungen konnten im Budget 2022 im Wesentlichen auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Aufgrund der verstärkten Digitalisierung von Verwaltungsprozessen sowie der Umsetzung von Richtlinien und Gesetzen ist eine funktionierende IT-Umgebung unverzichtbar. Damit im Zusammenhang stehende Aufwendungen für technischen Service und Beratung führen auch im Budget 2022 zu Kostensteigerungen.

Die Abschreibungs- und Kapitalkosten wurden unter Berücksichtigung der in Vorjahren getätigten sowie der für das Geschäftsjahr 2022 geplanten Investitionen und der bestehenden planmäßigen Zins- und Tilgungsleistungen der Kreditverbindlichkeiten budgetiert.

Für die in den Vorjahren realisierten umfangreichen Investitionen in die Fahrzeugtechnik und Behälteranschaffungen zur Erfüllung des Entsorgungsvertrages für den gesamten Landkreis Leipzig sowie für die Schaffung der Wertstoffhöfe sind erhebliche Kreditaufnahmen erfolgt. Aufgrund des historisch niedrigen Zinsniveaus und unter Berücksichtigung der durch den Landkreis Leipzig erteilten Bürgschaften konnte die Fremdkapitalaufnahme zu günstigen Konditionen erfolgen. Für das Geschäftsjahr 2022 sind weitere Neu- bzw. Ersatzinvestitionen (1.190 T€) budgetiert, die in Höhe von 500 T€ durch Investitionskredite finanziert werden sollen. Eine weitere Inanspruchnahme von Bürgschaften des Landkreises Leipzig ist nicht vorgesehen.

2. Personalplanung 2021

Ausgangspunkt der Personalplanung ist der voraussichtliche Personalbestand zum 31.12.2021. Für das GJ 2022 hat die Gesellschaft ihre Personalplanung mit eigenem Stammpersonal durchgeführt. Der Einsatz von Leiharbeitskräften im gewerblichen Bereich erfolgt zur Abdeckung von Mehrkapazitäten in Urlaubszeiten bzw. bei erhöhtem Krankenstand. Der Personalbedarf des Geschäftsjahres 2022 orientiert sich an der im Rahmen der LSP Kalkulation ermittelten Kapazität zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Kommunalvertrag.

Der Aufbau eigener Personalkapazitäten zur Erfüllung der Aufgaben des Geschäftsbesorgungsvertrages wurde bereits in Vorjahren abgeschlossen. Projektbezogene zusätzliche Personalkapazitäten wurden befristet im Unternehmen gebunden.

3. Investitionsplanung 2022

Die in der Investitionsplanung ausgewiesenen Anschaffungen betreffen einerseits Ersatzinvestitionen im Bereich der Fahrzeuge und technischen Anlagen bzw. Behälter in Höhe von

990 T€. Darüber hinaus sind im Geschäftsjahr 2022 weitere Anpassungen in der IT-Infrastruktur erforderlich, die Investitionsmaßnahmen in Höhe von ca. 150 T€ umfassen. Unter Berücksichtigung des planmäßigen Einsatzes von Eigenmitteln ist eine Fremdkapitalaufnahme für die Finanzierung der Fahrzeugtechnik in Höhe von 500 T€ vorgesehen.

Aufgrund von Ausschreibungs- und Lieferfristen bei Fahrzeug- und Behälterinvestitionen erfolgen die Anschaffungen erst zeitversetzt und führen demzufolge auch erst zeitversetzt zu Liquiditätsabflüssen bzw. Kreditaufnahmen.

Die übrigen Investitionen umfassen im Wesentlichen Aufwendungen für Ersatzinvestitionen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

4. Liquiditätsplan 2022

Im Rahmen der Liquiditätsplanung wurden für das Geschäftsjahr 2022 alle zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen sowie alle Finanzierungsverpflichtungen aus bestehenden Kreditverbindlichkeiten und Neuinvestitionen berücksichtigt. Im Ergebnis der Liquiditätsplanung ergibt sich ein positiver cash flow aus der operativen Geschäftstätigkeit vor Investitionen (1.019 T€). Unter Berücksichtigung des weiteren Schuldenabbaus und der Neukreditaufnahme (-273 T€) und der erforderlichen Investitionsfinanzierung -1.177 T€ ergibt sich ein negativer cash flow im Geschäftsjahr 2022 in Höhe von 431 T€.

Unter Verwendung der vorhandenen liquiden Mittel (2.424 T€) schließt das Geschäftsjahr jedoch mit einem positiven Finanzmittelendbestand in Höhe von 1.993 T€ ab.

Erbes
Leiterin Kfm. Bereich

Budget 2022 - Kurzfristige Erfolgsrechnung

	Januar in EUR	Februar in EUR	März in EUR	April in EUR	Mai in EUR	1. Entwurf Juni in EUR	Juli in EUR	August in EUR	September in EUR	Oktober in EUR	November in EUR	Dezember in EUR	Summe in EUR	Hochrechnung 2021 in EUR
1 Umsatz	1.091.360	1.090.360	1.127.360	1.127.360	1.090.360	1.090.360	1.090.360	1.090.360	1.090.360	1.127.360	1.127.360	1.091.674	13.234.629	12.892.095
2 Subunternehmerkosten	30.786	29.786	66.786	66.786	29.786	29.786	29.786	29.786	29.786	66.786	66.786	31.069	507.719	311.207
3 Verwertungs-/Beseitigungskosten	38.002	38.002	38.002	38.002	38.002	38.002	38.002	38.002	38.002	38.002	38.002	38.010	456.028	426.161
4 Wareneingangskosten	147.873	147.873	147.873	147.873	147.873	147.873	147.873	147.873	147.873	147.873	147.873	147.883	1.774.481	1.696.441
5 Sonst. auftragsbez. Kosten	3.300	3.300	3.300	3.300	3.300	3.300	3.300	3.300	3.300	3.300	3.300	3.300	39.800	43.861
6 Auftragsbezogene Kosten	218.961	218.961	255.961	255.961	218.961	218.961	218.961	218.961	218.961	255.961	255.961	220.261	2.777.836	2.437.691
7 Netto - Rohergebnis	871.398	871.398	871.398	871.398	871.398	871.398	871.398	871.398	871.398	871.398	871.398	871.413	10.456.792	10.454.404
8 Löhne	293.563	293.542	293.830	294.245	297.320	297.961	298.327	298.481	299.378	299.538	299.694	299.694	3.565.279	3.355.986
9 Gehälter	124.740	125.412	126.430	125.408	125.418	125.418	125.418	125.418	125.418	125.470	125.482	125.491	1.504.865	1.447.472
10 Sozialabgaben	78.170	78.302	78.364	78.443	79.069	80.006	81.014	79.318	79.498	79.527	81.256	70.564	952.532	921.571
11 sonstige Personalkosten	13.200	13.200	13.200	13.200	13.200	13.200	13.200	13.200	13.200	13.200	13.200	13.223	158.423	152.450
12 Personalkosten	509.674	510.456	510.824	511.293	515.012	516.285	517.959	516.493	517.735	517.735	519.632	517.971	6.180.899	5.877.501
13 Treibstoffe, Öle	54.833	54.833	54.833	54.833	54.833	54.833	54.833	54.833	54.833	54.833	54.833	54.833	658.000	590.716
14 Reiten	5.833	5.833	5.833	5.833	5.833	5.833	5.833	5.833	5.833	5.833	5.833	5.833	70.000	63.866
15 Reparaturen	22.333	21.833	15.833	15.833	15.833	15.833	15.833	15.833	15.833	15.833	21.833	22.333	215.000	187.420
16 Kfz-Steuer / -Versicherungen	8.472	8.472	8.472	8.472	8.472	8.472	8.472	8.472	8.472	8.472	8.472	8.493	101.865	97.097
17 Sonstige Kfz-Kosten	3.749	3.749	3.749	3.749	3.749	3.749	3.749	3.749	3.749	3.749	3.749	3.761	45.000	59.608
18 Kfz-Kosten	96.221	94.721	88.721	88.721	88.721	88.721	88.721	88.721	88.721	88.721	94.721	95.254	1.089.585	998.706
19 Raumkosten	25.331	26.363	25.331	25.331	26.363	25.331	25.331	26.363	25.331	25.331	26.363	25.359	308.128	308.128
20 Betriebskosten	26.289	26.289	26.289	26.289	26.289	26.289	26.289	26.289	26.289	26.289	26.289	26.321	315.500	310.386
21 Reisekosten / Werbung	5.082	5.082	5.082	5.082	5.082	5.082	5.082	5.082	5.082	5.082	5.082	5.082	61.000	30.883
22 Verwaltungskosten	41.331	41.331	41.331	41.331	41.331	41.331	41.331	41.331	41.331	41.331	41.331	41.359	486.000	407.089
23 Sachkosten	98.033	98.033	98.033	98.033	98.033	98.033	98.033	98.033	98.033	98.033	98.033	98.137	1.180.628	1.086.498
24 Gewinnausschüttungen														
25 sonst. betriebl. Ergebnis														
26 EBITDA	168.470	167.166	173.820	173.351	168.600	168.359	166.685	167.119	167.080	166.909	167.980	160.050	2.005.680	2.514.356
% vom Umsatz	15,4%	15,3%	15,4%	15,4%	15,5%	15,4%	15,3%	15,3%	15,3%	14,8%	14,9%	14,7%	15,2%	0
27 Abschreibungen	113.008	113.008	113.008	113.008	113.008	113.008	113.008	113.008	113.008	113.008	113.008	113.014	1.366.102	1.428.885
28 Leasing/Mieten	40.206	40.206	40.206	40.206	40.206	40.206	40.206	40.206	40.206	40.206	40.206	40.216	482.482	470.868
29 EBIT	15.256	13.942	20.606	20.137	15.386	15.146	13.471	13.905	13.866	13.695	4.766	6.820	166.986	613.603
% vom Umsatz	1,4%	1,3%	1,8%	1,8%	1,4%	1,4%	1,2%	1,3%	1,3%	1,2%	0,4%	0,6%	1,3%	0
30 Zinsaufwand	1.924	1.913	8.893	1.892	1.882	8.399	1.860	1.850	1.850	1.829	1.818	11.592	56.032	52.374
31 Zinserträge														
32 Finanzergebnis	1.924	1.913	8.893	1.892	1.882	8.399	1.860	1.850	1.850	1.829	1.818	11.592	56.032	52.374
33 Betriebsergebnis	13.333	12.029	11.714	18.245	13.504	6.746	11.611	12.055	1.685	11.867	2.948	-4.772	110.964	561.229
34 Außerordentliches Ergebnis														
35 Ergebnis vor Steuern	13.333	12.029	11.714	18.245	13.504	6.746	11.611	12.055	1.685	11.867	2.948	-4.772	110.964	561.229
% vom Umsatz	1,2%	1,1%	1,0%	1,6%	1,2%	0,6%	1,1%	1,1%	0,2%	1,1%	0,3%	-0,4%	0,8%	4,4%
36 Cash Flow	126.341	125.037	124.722	131.253	126.572	119.754	124.619	125.063	114.693	124.675	115.956	108.242	1.467.066	1.991.114

ERFOLGSPLANUNG

GESCHÄFTSJAHR 2022

Positionen	IST-2020 GJ 2020 in EUR (EUR)	PLAN-2021 Budget 2021 in EUR (EUR)	PLAN-2022 Budget 2022 in EUR (EUR)	PLAN-2023 Budget 2023 in EUR (EUR)	PLAN-2024 Budget 2024 in EUR (EUR)	PLAN-2025 Budget 2025 in EUR (EUR)
1. Umsatzerlöse	13.922.500,49	12.054.244,00	13.246.833,00	13.521.300,00	13.976.000,00	14.130.000,00
2. sonstige betriebliche Erträge	74.227,44	48.856,00	47.843,00	48.000,00	48.000,00	48.000,00
3.a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	701.330,81	851.540,00	960.496,00	981.300,00	990.000,00	980.000,00
3.b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.190.707,04	2.080.871,00	3.491.900,00	3.492.300,00	3.599.000,00	3.615.000,00
3. Materialaufwand und auftragsbezogene Kosten	2.892.037,85	3.212.811,00	4.452.376,00	4.453.300,00	4.579.000,00	4.585.000,00
4.a) Löhne und Gehälter	3.757.510,45	4.738.227,00	4.709.744,00	4.892.300,00	5.069.000,00	5.264.000,00
4.b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	989.658,27	1.057.126,00	1.052.954,00	1.094.300,00	1.134.000,00	1.173.000,00
- davon für Altersversorgung	1.732,47	11.841,00	1.841,00	12.000,00	12.000,00	12.000,00
4. Personalaufwand	4.846.868,72	5.795.353,00	5.762.698,00	5.986.300,00	6.203.000,00	6.417.000,00
5.a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen, sowie auf erworbene Aufwendungen für die Inangestellung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	1.357.529,01	1.479.474,00	1.856.102,00	1.812.300,00	1.875.000,00	1.294.000,00
5. Abschreibungen	1.357.529,01	1.479.474,00	1.856.102,00	1.812.300,00	1.875.000,00	1.294.000,00
6.a) Sonstige betriebl. Aufwendungen	1.290.716,02	1.530.360,00	1.527.718,00	1.530.300,00	1.553.000,00	1.553.000,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.290.716,02	1.530.360,00	1.527.718,00	1.530.300,00	1.553.000,00	1.553.000,00
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	93.700,38	93.150,00	56.304,00	47.300,00	62.000,00	73.000,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	725.775,17	325.417,00	139.548,00	241.000,00	252.000,00	256.000,00
a) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	210.273,38	257.552,00	386.300,00	34.300,00	37.000,00	0,00
b) sonstige Steuern	26.018,41	30.128,00	28.583,00	28.000,00	30.000,00	30.000,00
	236.291,77	297.680,00	414.583,00	83.300,00	87.000,00	30.000,00
10. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	487.483,40	27.737,00	-275.035,00	178.000,00	185.000,00	226.000,00

Personalplan KELL GmbH 2022

	31.12.2021	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Durchschnitt
Geschäftsleitung														
Beschäftigte	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4,0
Angestellte Verwaltung														
Beschäftigte	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28,0
Ersatzeinstellung														0,0
gewerbliche Arbeitnehmer														
Beschäftigte	86	86	86	86	86	86	86	86	86	86	86	86	86	86,0
davon Azubi	0													0,0
davon Kraftfahrer	82	82	82	82	82	82	82	82	82	82	82	82	82	82,0
Ersatzeinstellung Fahrer														0,0
Ersatzeinstellung Werkstatt														0,0
Beschäftigte gesamt ohne Ersatzstellen	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118,0
kum. Ersatzeinstellungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0
Unternehmensangehörige gesamt	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118,0

Investitionsplan 2022 (vorläufig vor Ausschreibung)

Bezeichnung	Art	Anzahl	Laufzeit	Einzelpreis [€]	Investkosten [€]
I. Entsorgungsbereiche					
Pressenüllfahrzeuge incl. Identifizierung	Ersatzinvestition	2	5	137.700,00	275.400,00
Abseiler	Ersatzinvestition	1	5	30.000,00	30.000,00
Träger für Abroller	Ersatzinvestition	1	5	28.500,00	28.500,00
techn. Anlagen	Ersatzinvestition	pauschal	5	10.000,00	10.000,00
Container					
Abwischbehälter 82m³ bis 40 m³	Ersatzinvestition	4	5	6.700,00	26.800,00
Behälter Bereich Wurden (50%)	Ersatzinvestition grau 60 Liter Wurden	5.400	10	18,00	97.200,00
	Ersatzinvestition grau 120 Liter Wurden	5.400	10	32,00	173.280,00
	Ersatzinvestition grau 340 Liter Wurden	450	10	25,00	11.250,00
	Ersatzinvestition grau 1,7 m³ Wurden	110	10	175,00	19.250,00
Behälter	Ersatzinvestition grau 340 Liter	500	10	25,00	12.500,00
	Ersatzinvestition grau 1,7 m³	500	10	80,00	40.000,00
	Ersatzinvestition grau 340 Liter	1.000	10	25,00	25.000,00
	Ersatzinvestition grau 1,7 m³	500	10	80,00	40.000,00
	Ersatzinvestition grau 60 Liter	1.000	10	18,00	18.000,00
	Ersatzinvestition grau 120 Liter	0	10	32,00	0,00
	Bohlkasten	500	10	18,00	9.000,00
	Elektroboxen	500	2	28,00	14.000,00
Müllreisscontainer 20 m³	Ersatzinvestition	1	10	15.000,00	15.000,00
III. Werkstatt	Ersatzinvestition	pauschal	5	10.000,00	10.000,00
Zwischensumme:					699.570,00
IV. Allgemeiner Betrieb					
Geschäftsausstattung			5		50.000,00
EDV			4		150.000,00
Zwischensumme:					250.000,00
Summe					1.189.570,00

dev.

500.000,00 EK 2022
689.570,00 EK 2023

Kapitalmäßig
Dienstfahrzeuge Geschäftsführung

Leasing

1 Fahrzeug

Dez 22

Kommentar Mittelfristplanung der Geschäftsjahre 2022 bis 2027

Grundlage der Mittelfristplanung ist das Budget 2022 und der vorläufige Bilanzvortrag für das Geschäftsjahr 2021 sowie deren Fortschreibung auf die Jahre 2023 bis 2027. Im Rahmen der Erfolgsrechnung sind insbesondere nachfolgende Planungsprämissen zugrunde gelegt:

Für das Geschäftsjahr 2022 wurde ausgehend von dem gültigen Entsorgungsvertrag mit dem Landkreis Leipzig die Mengen- und Preissituation entsprechend der LSP-Kalkulation 2021/2022 zugrunde gelegt. Umsätze mit den Dualen Systemen wurden aufgrund des Inkrafttretens des Verpackungsgesetzes und der damit im Zusammenhang stehenden Verantwortlichkeit des öffentlich rechtlichen Entsorgungsträgers nicht mehr budgetiert. Darüber hinaus ist der im Geschäftsjahr 2016 neu abgeschlossene Geschäftsbesorgungsvertrag Planungsgrundlage.

Die im Gl 2021 flächendeckend umgesetzte getrennte Bioabfallsammlung im Landkreis Leipzig gemäß § 11 Abs. 1 Kreislaufwirtschaftsgesetz wurde in der Mittelfristplanung ab 2022 ff. verstetigt. Im übrigen wurde für die Planung der Geschäftsjahre 2023 bis 2027 von einer konstanten Umsatzentwicklung ausgegangen, da die kommunale Gesellschaft sich nur geringfügig am Markt gewerblich beteiligen kann. Satzungsmäßige Leistungseinschränkungen bzw. -erweiterungen können zum heutigen Zeitpunkt nicht verifiziert werden.

Die auftragsbezogenen Kosten wurden im Verhältnis zur Umsatzentwicklung sowie der vertraglich gebundenen Subunternehmerleistungen und unter Berücksichtigung der mit dem Landkreis Leipzig wirksamen vertraglichen Vereinbarung zur Erlösbeteiligung bei der Vermarktung des PPK geplant. Aufgrund der im letzten Gl zu verzeichnenden Entspannung am Papiermarkt wurden die Vermarktungserlöse PPK dieser Tendenz angepasst. Kostensteigerungseffekte bei gebundenen Subunternehmerleistungen wurden berücksichtigt.

Die Personalkostenentwicklung im Geschäftsjahr 2023ff. wurde aus dem Budget 2022 fortgeschrieben. Beginnend ab dem Geschäftsjahr 2021 setzt die Gesellschaft eine schrittweise Anpassung der Entgeltstruktur der KELL GmbH in Anlehnung der Vergütungsmodalitäten des TVöD gemäß Aufsichtsratsbeschluss aus dem Jahr 2019 durch. Zur qualitäts- und termingerechten Erfüllung der Aufgaben der KELL GmbH werden zukünftig weiterhin Fachkräfte am Markt akquiriert werden müssen. Die Marktentwicklung bei Berufskraftfahrern als auch bei Mitarbeitern des mittleren Managements ist weiterhin sehr angespannt und wird sich in der Zukunft aufgrund des Demografiewandels noch weiterhin verschärfen. Die derzeitige Lohn- und Gehaltsstruktur der KELL muss neben weiteren Personalbindungsmaßnahmen auf diese zukünftige Entwicklung ausgerichtet werden, um Fachkräfte im Unternehmen zu halten bzw. neues Personal am Markt zu gewinnen.

Die Entwicklung der Sach- und Kfz-Kosten wurde in der Mittelfristplanung im Zusammenhang mit den zugrunde gelegten Leistungsansätzen, hier insbesondere die mit der Kapazitätserweiterung im Rahmen der Bioabfallentsorgung verbundenen Kosten, sowie nach betrieblichen Kennzahlen budgetiert. Weitere Preissteigerungen (insbesondere Energie, Kraftstoffe, Ersatzteile) im Rahmen der inflationären Entwicklung wurden berücksichtigt.

Im Bereich der Abschreibungen wurden die gemäß Investitionsplanungen erforderlichen Ersatz- und Neuinvestitionen vor allem im Bereich der Fahrzeugtechnik / Behälter eingearbeitet.

Ab dem Geschäftsjahr 2023 wurde ein turnusmäßiger Ersatz von ca. jährlich 8 % des Behälterbestandes (19.000 Stck./p.a) geplant. Die Ermittlung der Abschreibung erfolgte anhand der Vorschauliste aus dem Buchwerk 2021 für die bilanzierten Vermögensgegenstände zzgl. geplanter Investitionen für die Folgezeiträume.

Die Gesamtinvestitionen sind über Kreditfinanzierung bzw. nach Leistungsfähigkeit mit Eigenmitteln, hier insbesondere für die laufenden Behälterinvestitionen, abzusichern. Aufgrund der umfangreichen Neuinvestitionen im Zusammenhang mit der flächendeckenden Bioabfallentsorgung im Geschäftsjahr 2020 wurde eine Fremdkapitalaufnahme für die Anschaffung der Entsorgungsfahrzeuge vorgenommen. Die vorhandenen Liquiditätsreserven ermöglichten eine Eigenfinanzierung des Behälterbestandes Bio in 2020 sowie der Behälterersatzinvestitionen im Gebiet Wurzen in 2021/2022, eine Kreditaufnahme erfolgte nicht. Die in den Folgeperioden vorgesehenen turnusmäßigen Ersatzinvestitionen im Behälterbereich machen jedoch eine Fremdkapitalfinanzierung von 50 % der Anschaffungskosten erforderlich.

Dabei wurde für die Kreditfinanzierung im Bereich der Fahrzeugtechnik eine Kreditlaufzeit von 5 Jahren und für die Behälteranschaffungen von 10 Jahren unterstellt. Neben den bereits in Anspruch genommenen Bürgschaften wurde keine weitere Gesellschafterunterstützung durch Bürgschaftserteilungen unterstellt. Für die bestehenden Kreditverbindlichkeiten wurden planmäßige Zins- und Tilgungsleistungen in die einzelnen Planungszeiträume eingearbeitet. Eine Inanspruchnahme des Kontokorrentkredites wurde im Geschäftsjahr 2022 in Höhe von 250 T€ budgetiert. Die Inanspruchnahme resultiert vorwiegend aus unterjährigem Zwischenfinanzierungsbedarf bzw. spiegelt die Finanzierungsaufwendungen für Bereitstellungszinsen, Verwarentgelte und Bürgschaftsentgelten wieder.

Für das Geschäftsjahr 2021/2022 ist durch die erfolgte, einen zweijährigen Kalkulationszeitraum umfassende, LSP-Kalkulation die jährlichen Kostensteigerung sowohl im Personalbereich als auch in den Kfz- und Sachkosten sowie Abschreibungs- und Kapitalkostenveränderungen in der Preisbildung für die kommunalen Dienstleistungen berücksichtigt. Ab dem Planungsjahr 2023 führen budgetierte Personalkostensteigerungen bzw. Abschreibungs- und Kapitalkostenveränderungen über die dann neu zu erstellende LSP-Kalkulation zu entsprechenden Umsatzanpassungen.

Aufgrund fehlender Verlustvorträge sind in der Liquiditätsplanung Steuern vom Einkommen und Ertrag zu berücksichtigen und wurden entsprechend vorliegender Vorauszahlungsbescheide budgetiert. Aufgrund der in den Zeiträumen 2020 bis 2026 geplanten bzw. realisierten umfangreichen Behälterinvestitionen und deren steuerlichen Sofortabschreibung vermindern sich die steuerlichen Belastungen sukzessive bzw. bestehen ab dem Geschäftsjahr 2025 wieder Verlustvorträge, die zur Kompensation anfallender Steuern vom Einkommen und Ertrag genutzt werden können.

Verpflichtungen aus der Stilllegungsanordnung der Deponie Holzhausen, hier insbesondere Monitoring, wurden in der Liquidität jährlich geplant.

Gemäß Empfehlung des Aufsichtsrates verzichtet der Gesellschafter Landkreis Leipzig bisher vorerst auf Ausschüttungen, um die Gesellschaft bei den anstehenden Investitionsprojekten im Rahmen der Eigenfinanzierungen zu unterstützen. Darüber hinaus dient der

Verzicht auf Ausschüttungen der Aufrechterhaltung einer Mindesteigenkapitalquote in Höhe von 20 %. Aufgrund der anhaltend positiven Geschäftslage der KELL GmbH wurde ab dem Jahresergebnis 2022 in 2023 Ausschüttungen an den Gesellschafter in der Liquiditätsplanung vorgesehen.

Mit der vorliegenden Mittelfristplanung für die Geschäftsjahre 2022 bis 2027 sollen insbesondere

- die Entsorgungssicherheit bei gleichzeitig weitgehender Gebührenstabilität im Landkreis Leipzig
- eine ausreichende Liquidität zum planmäßigen Abbau der Fremdverschuldung
- eine planmäßige Investitionsquote
- eine hohe Kreditwürdigkeit durch stabiler Eigenkapitalquote bei gleichzeitiger Sicherstellung einer eigenständigen Finanzierungsfähigkeit ohne Gesellschafterunterstützung

gewährleistet werden.

Erbes
Leiterin Kfm. Bereich

KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025
		(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	487	295	111	212	222	226
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.357	1.479	1.356	1.312	1.375	1.284
3	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
5	Sonstige zahlungswirksame Aufwendungen (-) und Erträge (+), z. B. aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge	0	0	0	0	0	0
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-228					
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	79	307	448	84	87	50
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	260					
9	Ein- (-) und Auszahlungen (+) aus außerordentlichen Posten	0	0	0	0	0	0
10	<u>Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</u>	1.435	1.467	1.019	1.440	1.510	1.460
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	18	0	0	0	0	0
12	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
13	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.702	-1.406	-1.177	-1.304	-1.344	-1.394
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
15	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
16	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0
17	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
18	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
19	(+) Einzahlungen aus Sonderposten für Investitionen	0	0	0	0	0	0
20	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten für Investitionen	0	0	0	0	0	0
21	(+) Einzahlungen aus passivierten Beiträgen	0	0	0	0	0	0

	Bezeichnung	Ist 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
22	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Beiträgen	0	0	0	0	0	0
23	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-1.684	-1.406	-1.177	-1.304	-1.344	-1.394
24	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0	0	0	0	0
25	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0	0	0	56	-107	-112
26	(+) Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Investitionskrediten	1.100	720	650	812	752	902
27	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-877	-1.056	-1.123	-902	-874	-802
28	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	223	-336	-273	-146	-229	-12
29	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 23, 28)	-26	-277	-431	-10	-63	54
30	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0	0	0	0	0	0
31	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	3.166	2.376	2.424	1.993	1.963	1.920
32	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	3.142	2.101	1.993	1.983	1.920	1.974

Anfangsbestand aktualisiert gemäß
Liquiditätsvorschau GJ 2021 gegenüber
Planungsansatz 2021

Kapitalflussrechnung in sinngemäßer Anwendung des DRS 2 mit indirekter Darstellung des Mittelzu- / Mittelabflusses aus laufender Geschäftstätigkeit

Plan-GuV 2022 bis 2027 in T€							
Zeile	GuV-Position	2022	2023	2024	2025	2026	2027
1	Umsatzerlöse	13.235	13.521	13.976	14.130	14.340	14.696
2	- Erlösminderungen	0	0	0	0	0	0
3	= Nettoumsatz	13.235	13.521	13.976	14.130	14.340	14.696
4	-/- Bestandsveränderung	0	0	0	0	0	0
5	- Aktivierte Eigenleistung	0	0	0	0	0	0
6	= Betriebsleistung	13.235	13.521	13.976	14.130	14.340	14.696
7	- Zinsertrag	0	0	0	0	0	0
8		0	0	0	0	0	0
9	sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	0	0	0
10	= Betriebsertrag	13.235	13.521	13.976	14.130	14.340	14.696
11	- auftragsbezogene Kosten	-2.778	-2.778	-2.833	-2.833	-2.833	-2.833
12	- Personalkosten	-6.181	-6.420	-6.652	-6.881	-7.109	-7.386
13	- Abschreibungen	-1.356	-1.312	-1.375	-1.284	-1.243	-1.311
14	- Kapitalkosten	-56	-47	-62	-73	-92	-94
15	- Kfz-/Anlagenkosten	-1.090	-1.090	-1.144	-1.144	-1.144	-1.144
16	- Verwaltungskosten	-1.663	-1.663	-1.688	-1.688	-1.688	-1.688
17	davon für Mieten u. Leasing	482	482	482	482	482	482
18	davon für Versicherungen	0	0	0	0	0	0
19	davon für Bürobedarf	0	0	0	0	0	0
20	davon für Reisekosten	0	0	0	0	0	0
21	davon für Beratung	0	0	0	0	0	0
22	davon für Sonstiges	0	0	0	0	0	0
23	= Betriebsaufwand	-13.124	-13.309	-13.754	-13.904	-14.109	-14.457
24	= Betriebsergebnis	111	212	222	226	231	239
25	- Neutrale Erträge	0	0	0	0	0	0
26	Neutrale Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
27	= Gewinn / Verlust	111	212	222	226	231	239

Liquiditätsübersicht 2022 bis 2027 in T€						
	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Umsatzerlöse	13.235	13.521	13.976	14.130	14.340	14.696
Sonstige betr. Erträge	0	0	0	0	0	0
Neutrale Erträge	0	0	0	0	0	0
Sonstige Einzahlungen (Fömi)	0	0	0	0	0	0
Summe Einzahlungen	13.235	13.521	13.976	14.130	14.340	14.696
auftragsbezogene Kosten	-2.778	-2.778	-2.833	-2.833	-2.833	-2.833
Personalkosten	-6.181	-6.420	-6.652	-6.881	-7.109	-7.386
Kapitalkosten	56	47	62	73	92	94
Kfz-/Anlagenkosten	-1.090	-1.090	-1.144	-1.144	-1.144	-1.144
Verwaltungskosten	1.663	1.663	1.688	1.688	1.688	1.688
Steuerlast	-398	-34	-37	0	0	0
Investitionen	-1.177	-1.304	-1.344	-1.394	-1.294	-1.304
Sonstige Auszahlungen (Dep. Holz.)/Aussch.	-50	-105	-156	-161	-163	-165
Summe Auszahlungen	-13.392	-13.441	-13.917	-14.175	-14.323	-14.615
Über-/Unterdeckung	-158	80	59	-45	17	81
Finanzierung:						
Guthaben KI	2.424	0	0	0	0	0
Wertpapiere	0	0	0	0	0	0
Kontokorrentkredit	0	0	0	0	0	0
Tilgung KfW-Kredit	-159	-159	-131	-52	0	0
Tilgung bestehende Kredite CoBa/HVB/DKB/SL	114	662	511	354	186	126
Investitionskredite neu (incl. Tilgung)	0	730	520	505	197	177
Finanzierung insgesamt	2.151	-90	-122	100	11	51
Liquidität je Periode	-431	-10	-63	55	28	132
Liquidität kumulativ	1.993	1.983	1.920	1.974	2.002	2.134

Investitionsübersicht 2020 bis 2026 in T€						
Bezeichnung	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Fahrzeuge (9 Jahre)	500	490	430	580	380	490
AfA für Investition 1	31	30	37	64	42	54
Container / Behälter (10 Jahre)	457	644	644	644	644	644
AfA für Investition 2	25	40	48	64	64	64
technische Anlagen (4 Jahre)	10	10	10	10	10	10
AfA für Investition 3	1	1	2	2	2	2
BGA (5 Jahre)	50	50	50	50	50	50
AfA für Investition 4	3	4	10	10	10	10
Gebäude/baul. Anlagen (20 Jahre)	0	0	0	0	0	0
AfA für Investition 5	0	0	0	0	0	0
EDV (4 Jahre)	150	100	200	100	200	100
AfA für Investition 7	31	21	50	33	67	33
Ertüchtigung TAM (10 Jahre)	10	10	10	10	10	10
AfA für Investition 8	1	1	1	1	1	1
Investition 9	0	0	0	0	0	0
AfA für Investition 9	0	0	0	0	0	0
Investition 10	0	0	0	0	0	0
AfA für Investition 10	0	0	0	0	0	0
Summe Investitionen	1.177	1.304	1.344	1.394	1.294	1.304
Summe Abschreibungen	92	97	148	175	186	165

Zins und Tilgung

Zins und Tilgung 2022 bis 2027 in T€						
	2022	2023	2024	2025	2026	2027
1. Kontokorrentkredit						
Anfangsbest. Planperiode	0	0	0	0	0	0
Erhöhung	250	0	0	0	0	0
(-) Tilgung	-250	0	0	0	0	0
Endbestand Planperiode	0	0	0	0	0	0
Zinssatz						
Zinsen (pro Periode I)	20	0	0	0	0	0
2. KfW-Kredite						
Anfangsbest. Planperiode	501	342	-50	52	0	0
Erhöhung	0	0	0	0	0	0
(-) Tilgung	-159	-159	-131	-52	0	0
Endbestand Planperiode	342	183	52	0	0	0
Zinssatz						
Zinsen (pro Periode I)	0	2	1	0	0	0
3. Bestehende Kredite CoBa/HVB/DKB/VB						
Anfangsbest. Planperiode	2.218	2.104	1.442	932	578	391
Erhöhung	600	0	0	0	0	0
(-) Tilgung	-714	-662	-511	-354	-165	-126
Endbestand Planperiode	2.104	1.442	932	578	391	265
Zinssatz						
Zinsen (pro Periode I)	34	34	26	20	14	9
4. Investitionskredit neu ab 2023						
Anfangsbest. Planperiode	0	0	730	1.250	1.756	1.963
Erhöhung	0	812	752	902	702	812
(-) Tilgung	0	62	232	397	505	635
Endbestand Planperiode	0	730	1.250	1.756	1.953	2.130
Zinssatz						
Zinsen (pro Periode I)	0	11	35	53	78	85
Summe Erhöhungen	850	812	752	902	702	812
Summe Tilgungen	-1.123	-902	-874	-802	-691	-761
Summe Zinsen	56	47	62	73	92	94
Summe Kredite	2.446	2.356	2.233	2.333	2.344	2.395

4.830
-5.151

Bericht

Breitband GmbH Landkreis Leipzig
Borna

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020 und des
Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2020

Auftrag: 30444

6 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

46. Nach dem abschließenden Ergebnis meiner Prüfung habe ich mit Datum vom 10. Juni 2021 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Breitband GmbH Landkreis Leipzig, Borna

Prüfungsurteile

Ich habe den Jahresabschluss der Breitband GmbH Landkreis Leipzig, Borna, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus habe ich den Lagebericht der Breitband GmbH Landkreis Leipzig, Borna, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den Regelungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den Regelungen des Gesellschaftsvertrages und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Ich habe meine Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Meine Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ meines Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Ich bin von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und habe meine sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Ich bin der Auffassung, dass die von mir erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der Geschäftsführerin und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die Geschäftsführerin ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den Regelungen des Gesellschaftsvertrages in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist die Geschäftsführerin verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen

Auftrag: 30444

ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist die Geschäftsführerin dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist die Geschäftsführerin verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den Regelungen des Gesellschaftsvertrages entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist die Geschäftsführerin verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den Regelungen des Gesellschaftsvertrages zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Meine Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den Regelungen des Gesellschaftsvertrages entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übe ich pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahre eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifiziere und beurteile ich die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, plane und führe Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlange Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

Auftrag: 30444

- gewinne ich ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteile ich die Angemessenheit der von der Geschäftsführerin angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von der Geschäftsführerin dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehe ich Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von der Geschäftsführerin angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmens-tätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls ich zu dem Schluss komme, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, bin ich verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, mein jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Ich ziehe meine Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum meines Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteile ich die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteile ich den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führe ich Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehe ich dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteile die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen gebe ich nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Ich erörtere mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die ich während meiner Prüfung feststelle.“

KOMM-TREU

47. Ich erstatte den vorstehenden Prüfungsbericht in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).
48. Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf meiner vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichtes in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor meiner erneuten Stellungnahme, sofern hierbei mein Bestätigungsvermerk zitiert oder auf meine Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Markkleeberg, den 10. Juni 2021

KOMM-TREU GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

ST

Dr. Thomas Schmechel
Wirtschaftsprüfer



Auftrag: 30444

Breitband GmbH Landkreis Leipzig, Borna

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

1 Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die flächendeckende Versorgung von privaten Haushalten und Gewerbebetrieben in den Städten und Gemeinden des Landkreises Leipzig und deren Ortsteilen mit hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen durch Planung, Errichtung und Betrieb der hierzu erforderlichen Netzinfrastruktur (Betreibermodell). Dabei soll die Finanzierung entsprechend der Beschlussfassung der Gesellschafter ohne finanzielle Eigenmittel des Landkreises und der beteiligten Kommunen erfolgen, sondern ausschließlich über Fördermittel, die der Bund und der Freistaat Sachsen zur Verfügung stellen, sichergestellt werden.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entwickelten sich bis 2019 zunächst stabil. Im Herbst 2019 zeichnete sich, mit Ausblick auf 2020, eine leichte Schwächephase ab. Im Ergebnis muss festgestellt werden, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt um 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr sank. Nach zehn Jahren Wirtschaftswachstum in Folge ging die Wirtschaftsleistung Deutschlands somit erstmals wieder deutlich zurück. Zurückgegangen war das BIP zuletzt im Jahr 2009, als Deutschland wie die meisten anderen Länder weltweit von den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen war. Grund für den starken Einbruch 2020 sind die Auswirkungen der Corona-Krise und der damit einhergehende Shutdown der Wirtschaft.

2.2 Geschäftsverlauf

Nach der Beantragung der Fördermittel für die definierten Fördergebiete vom 3.12.2019 stellte der Fördermittelgeber (ateneKOM) Ende Dezember 2019 eine Reihe von Nachforderungen.

In Bearbeitung und zur Präzisierung dieser Nachforderungen fanden im Januar 2020 zwei Beratungen/Abstimmungen mit der ateneKOM statt.

Bis Ende Januar konnte der Großteil der Nachforderungen geliefert werden. Zur Abgabe der geforderten Patronatserklärung erging am 4. März 2020 der notwendige Kreistagsbeschluss des Landkreises Leipzig, die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde genehmigte diesen Beschluss mit Bescheid vom 10.3.2020. Somit wurden alle Nachforderungen zu den Fördermittelbescheiden zum 17.3.2020 vollständig erfüllt.

Die Fördermittelbescheide des Bundes in vorläufiger Höhe ergingen daraufhin am 25.5.2020 in der ursprünglich beantragten Höhe von 18.572.692 € für das Fördergebiet Nord und 19.043.089 € für das Fördergebiet Süd.

Mit Vorliegen dieser Bescheide konnten am 26.5.2020 zwei Anträge auf Kofinanzierung der Maßnahmen durch den Freistaat Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen gestellt werden.

Mit Bescheiden vom 22.6.2020 bewilligte die Landesdirektion Sachsen die Kofinanzierung des Breitbandausbauvorhabens wie beantragt in Höhe von 9.286.346 € für das Fördergebiet Nord und 9.521.544 € für das Fördergebiet Süd.

Parallel zu den Fördermittelanträgen für den eigentlichen Breitbandausbau wurde am 1.2.2020 ein Fördermittelantrag bei der ateneKOM für die techn./juristische Unterstützung bei der „Erstellung von Ausschreibungsunterlagen sowie der Durchführung und Begleitung der Ausschreibungen bis zur Vergabe für Netzplanung und -errichtung, Betrieb des Netzes und Bauüberwachung“ gestellt. Mit Bescheid vom 18.8.2020 bewilligte die ateneKOM dazu Fördermittel in Höhe von 50.000 €. Am 18.9.2020 wurden bei der Landesdirektion Sachsen Fördermittel für diese Beratungsleistungen und gleichzeitig die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns beantragt. Im Jahr 2020 ergingen dazu keine positiven Bescheide.

2.3 Ertragslage

Die Gesellschaft hatte im Jahr 2020 nur Kosten des laufenden Geschäftsbetriebes, insbesondere im Zusammenhang mit der Beantragung von Fördermitteln.

Die Ausgaben wurden durch Mittel des Landkreises aus § 22b Abs. 4 a) SächsFAG gedeckt.

2.4 Finanzlage

Aufgrund der eingeworbenen Finanzmittel und der FAG-Mittel – bei geringen Ausgaben - ist die finanzielle Situation gut.

2.5 Vermögenslage

Die Gesellschaft weist eine angemessene Eigenkapitaldecke auf.

3 Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

3.1 Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft geht – mit ihrem Geschäftszweck der Errichtung von Breitbandnetzen – bewusst Risiken ein. Dazu zählen insbesondere:

- Fehlende bzw. versagte Fördermittel für den Netzausbau
- Fehlschlagen von Zwischenfinanzierungen
- Baukostenüberschreitungen
- Unterdeckungen im laufenden Betrieb der zu errichtenden Breitbandnetze, unter anderem aufgrund der Rückgangs der Bevölkerungszahlen im ländlichen Raum

Die Gesellschaft geht davon aus, dass die Risiken beherrschbar, mithin nicht bestandsgefährdend, sind.

Die Risiken werden insbesondere beherrscht, indem Bauaufträge erst ausgelöst werden, wenn die Finanzierung gesichert ist.

3.2 Prognosebericht

Nach Erläuterungen zu offenen Fragen der Landesdirektion Sachsen wurde am 1.2.2021 der förderunschädliche vorzeitige Maßnahmebeginn genehmigt.

Ziel der Gesellschaft für das Jahr 2021 ist die Vorbereitung und Durchführung der Ausschreibungen zur Netzplanung und -errichtung sowie die Suche eines Netzbetreibers für das NGA-Breitbandausbauprojekt des Landkreises Leipzig.

Alle diese Ausschreibungen werden aufgrund der Größe europaweit auszuschreiben sein.

Weiterhin sollen alle Mitverlegungsmöglichkeiten nach TKG §77 identifiziert, geprüft und nach Möglichkeit genutzt werden. In Vorbereitung auf die Umsetzung von Mitverlegungsmöglichkeiten hat die Breitband GmbH Landkreis Leipzig beim Fördermittelgeber des Bundes (ateneKOM) den „vorfristigen Maßnahmebeginn“ vor Erteilung der Hauptanträge beantragt und bereits genehmigt bekommen. Ein Materialkonzept in Anlehnung an das für den geförderten Breitbandausbau verbindlichen Materialkonzeptes des Bundes in der Version 4.1 vom 2.4.2019 wurde erstellt und soll für diese Mitverlegungen zur Anwendung kommen.

Aktuell beschäftigen sich mehrere Telekommunikationsunternehmen im Landkreis Leipzig mit eigenwirtschaftlichen Breitbandausbau. Die privatwirtschaftlichen Ausbauaktivitäten zwingen zu Anpassungen im landkreisweiten Ausbauvorhaben, da auch „weiße Flecke“ betroffen sind. Derzeit laufen Gespräche mit der ateneKOM um eine förderunschädliche Vorgehensweise zur Anpassung des Landkreisprojektes abzustimmen.

Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung mit einer Neuauflage die Breitbandförderung, dem sogenannten Graue-Flecken-Förderprogramm. Die bisherige Aufgreifschwelle von 30 Mbit/s wurde auf 100 Mbit/s erhöht. Damit sind anders als bisher seit dem 26.04.2021 alle Anschlüsse, denen im Download weniger als 100 Mbit/s zuverlässig zur Verfügung stehen, förderfähig. Die Durchführung dieses Förderprogramms wird für unser Landkreisprojekt von einem neuen Projektträger, der PwC GmbH, begleitet. Voraussetzung ist wieder ein Markterkundungsprogramm, welches am 10.05.2021 startete.

Borna, den 27. Mai 2021



Katrin Friebe

Geschäftsführerin

Aktivseite	31.12.2020		31.12.2019		Passivseite	31.12.2020		31.12.2019	
	EUR	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	EUR
A. Umlaufvermögen					A. Eigenkapital				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					I. Gezeichnetes Kapital		22.000,00		22.000,00
I. sonstige Vermögensgegenstände	20,00		60,92		B. Rückstellungen				
II. Kassenbestand, Bankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	106.746,74		122.041,65		I. sonstige Rückstellungen		4.274,20		5.754,00
		106.766,74		122.098,05	C. Verbindlichkeiten				
B. Rechnungsabgrenzungsposten		785,00		0,00	I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	177,51		171,45	
					davon mit einer Restschuld beizubehaltend (in EUR: 177,51 / 51,55)				
					II. sonstige Verbindlichkeiten	77.270,68		96.094,12	
					davon gezeichnetes Kapital (in EUR: 77.270,68 / 22.000,00)		77.270,68		96.094,00
					davon mit einer Restschuld beizubehaltend (in EUR: 77.270,68 / 51,55)				
SUMME AKTIVA		<u>107.553,48</u>		<u>122.098,05</u>	SUMME PASSIVA		<u>107.553,48</u>		<u>122.098,05</u>

**Breitband GmbH Landkreis Leipzig
Borna**

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2020**

	2020	2020	2019
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
1. Umsatzerlöse		0,00	1.134,45
2. sonstige betriebliche Erträge		15.683,30	6.854,35
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		0,00	-1.134,45
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-5.400,00		-1.530,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-1.796,40</u>		<u>-476,61</u>
		-7.196,40	-2.036,61
5. sonstige betriebliche Aufwendungen		-8.486,90	-4.847,74
6. Jahresüberschuss		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Breitband GmbH Landkreis Leipzig, Borna

Anhang für das Geschäftsjahr 2020

Allgemeine Angaben

Die Breitband GmbH Landkreis Leipzig hat ihren Sitz in Borna und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Leipzig (Reg.Nr. HRB 36766). Die Gesellschaft wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 19.09.2019 errichtet und am 15.10.2019 in das Handelsregister eingetragen.

Der vorliegende Jahresabschluss ist nach den §§ 242 ff. und den §§ 264 ff. des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Vorschriften des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) sowie den einschlägigen Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags aufgestellt.

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB. Gemäß Gesellschaftsvertrag ist die Gesellschaft verpflichtet, den Jahresabschluss nach den Kriterien für große Kapitalgesellschaften aufzustellen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist entsprechend § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Die flüssigen Mittel sind in Höhe ihres Nennwerts angesetzt.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Bei Bildung der Rückstellungen ist den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung getragen worden. Sie sind in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Bei der Bewertung von Rückstellungen werden erwartete Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem jeweiligen Erfüllungsbetrag passiviert.

Angaben zu einzelnen Posten der Bilanz

Eigenkapital

Das Stammkapital von EUR 25.000,00 ist mit dem Nennbetrag angesetzt.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten.

Verbindlichkeiten

	Bilanzjahr EUR	davon Restlaufzeit bis 1 Jahr EUR	davon Restlaufzeit mehr als 1 Jahr EUR	davon Restlaufzeit mehr als 5 Jahre EUR
Verbindlichkeiten	77.956,89	77.956,89	0,00	0,00

	Vorjahr EUR	davon Restlaufzeit bis 1 Jahr EUR	davon Restlaufzeit mehr als 1 Jahr EUR	davon Restlaufzeit mehr als 5 Jahre EUR
Verbindlichkeiten	93.356,05	93.356,05	0,00	0,00

Unter den Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern von EUR 77.779,38 EUR enthalten.

Sonstige Angaben

Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Über die in der Bilanz ausgewiesenen Schuldposten hinaus bestehen keine langfristigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

Arbeitnehmer

Zum Bilanzstichtag ist bei der Gesellschaft lediglich die Geschäftsführerin als geringfügig Beschäftigte angestellt.

Honorare des Abschlussprüfers

Das für den Abschlussprüfer der Gesellschaft im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar beträgt insgesamt 2.450,00 EUR. Dies betrifft ausschließlich Abschlussprüferleistungen.

Organe der Gesellschaft und Gesamtbezüge

Die Gesellschafterversammlung vom 19.09.2019 bestellte Frau Katrin Friebe zur Geschäftsführerin.

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Dem Aufsichtsrat gehörten folgende Personen an:

Name, Vorname; Funktion; ausgeübter Beruf; Wohnort

Graichen, Henry; Vorsitzender; Landrat; Neukieritzsch

Pöge, Thomas; stellv. Vorsitzender; Bürgermeister; Thallwitz OT Böhlitz

Laqua, Bernd; Mitglied; Bürgermeister; Leulitz

Spiske, Jens-Reiner Bernd; Mitglied; Bürgermeister/Arzt; Markranstädt

Zillmann, Robert; Mitglied, Bürgermeister; Colditz

Beyer, Bernd; Mitglied; Geschäftsführer; Leipzig

Dr. Pohler, Matthias; Mitglied; Geschäftsführer; Leipzig

Eine Aufsichtsratsvergütung wurde nicht gezahlt.

Borna, den 27. Mai 2021



Friebe, Katrin
Geschäftsführerin

Breitband GmbH Landkreis Leipzig

Wirtschaftsplan 2022

Stand: 14.06.2021

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Vorbericht	3
1. Erfolgsplan	4
2. Liquiditätsplan	5
3. Finanzplanung und Investitionsprogramm	
A. Erfolgsplan	6
B. Liquiditätsplan	7
C. Investitionsprogramm	8
4. Stellenübersicht	9

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2022

Der Wirtschaftsplan enthält die Planvorstellungen 2022 basierend auf den geltenden Rechtsvorschriften. Als Grundlage zur Wirtschaftsplanerstellung dienten die derzeit vorliegenden laufenden Personal- und Sachkosten für das Jahr 2022 der GmbH. Einnahmen aus dem Netzbetrieb wurden für den Betrachtungszeitraum nicht berücksichtigt, da nicht davon auszugehen ist, dass eine Fertigstellung in den kommenden vier Jahren gewährleistet werden kann.

In die Personalkostenplanung sind ausschließlich die Geschäftsführerkosten eingeplant.

Die geplanten sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten insbesondere Aufwendungen für Software, Dienstreisen, Werbungskosten, Tagungsgebühren/Weiterbildung, Buchführungskosten, Versicherungen/Beiträge und sonstige Kosten.

In Summe weist der Wirtschaftsplan Verluste aus. Das liegt an der Darstellung. Lt. Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bakertilly werden die vereinnahmte Fördermittel nicht über die Erträge abgebildet, sondern über die Kapitalflussrechnung.

Der Investitionsplan beinhaltet die laufenden Personal- und Sachkosten (Mittel aus § 22 b Nr. 4 b SächsFAG) in Höhe von 100 TEUR jährlich.

In den Einzelplänen sind für die Jahre 2023 ff. Finanzströme aus den beantragten Fördermitteln in Höhe von 64,8 Millionen Euro, gleichmäßig verteilt auf 3 Jahre abgebildet. Die Fördermittel sind bis 2023 genehmigt, eine Verlängerung wird zu gegebener Zeit beantragt. In die Planung eingeflossen sind die Bundesförderung nach Abrechnungsfortschritt (60%), die Landesförderung DIOS (30%) und die FAG Aufstockung auf 100%. Die Auszahlung der Positionen erfolgt nach Baufortschritt, Abnahmen und Rechnungsstellungen. Frühester Baubeginn ist 2022. Auftretende "Liquiditätslücken" müssen über Zwischenfinanzierungen abgedeckt werden.

Katrin Friebe
Geschäftsführerin

1. Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	Ist 2020 EUR	Plan 2021 EUR	Plan 2022 EUR
1.	Umsatzerlöse	0	0	0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4.	sonstige betriebliche Erträge	15.683	0	0
	Summe von 1. - 4.:	15.683	0	0
5.	Personalaufwand	7.196	7.200	7.200
a)	Löhne, Gehälter	5.400	5.400	5.400
b)	soz. Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung/ Unterstützung	1.796	1.800	1.800
6.	Materialaufwand	0	0	50.000
a)	Aufwendung f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	50.000
	Summe von 5. - 6.:	7.196	7.200	57.200
	Zwischenergebnis:	8.487	-7.200	-57.200
7.	Abschreibungen auf immaterielle VG des AV und Sachanlagen	0	0	0
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen	8.487	10.000	10.000
	Summe von 7. - 8.:	8.487	10.000	10.000
	Zwischenergebnis:	0	-17.200	-67.200
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
10.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
11.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0	0	0
12.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	-17.200	-67.200
13.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
14.	sonstige Steuern	0	0	0
15.	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0	-17.200	-67.200

3. Finanzplanung und Investitionsprogramm

A. Erfolgsplan

Hfd. Nr.	Bezeichnung	Plan 2021 TEUR	Plan 2022 TEUR	I. Folgejahr 2023 TEUR	II. Folgejahr 2024 TEUR	III. Folgejahr 2025 TEUR
1.	Umsatzerlöse	0	0	0	0	0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0
4.	sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	0	0
	Summe von 1. - 4.:	0	0	0	0	0
5.	Personalaufwand	7.200	7.200	7.200	7.200	7.200
a)	Löhne, Gehälter	5.400	5.400	5.400	5.400	5.400
b)	soz. Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung/ Unterstützung	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800
6.	Materialaufwand	0	50.000	100.000	100.000	100.000
a)	Aufwendung f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	0	0
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	50.000	100.000	100.000	100.000
	Summe von 5. - 6.:	7.200	57.200	107.200	107.200	107.200
	Zwischenergebnis:	-7.200	-57.200	-107.200	-107.200	-107.200
7.	Abschreibungen auf immaterielle VG des AV und Sachanlagen	0	0	0	0	0
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	Summe von 7. - 8.:	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	Zwischenergebnis:	-17.200	-67.200	-117.200	-117.200	-117.200
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0
10.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0
11.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
12.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-17.200	-67.200	-117.200	-117.200	-117.200
13.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0
14.	sonstige Steuern	0	0	0	0	0
15.	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-17.200	-67.200	-117.200	-117.200	-117.200

3. Finanzplanung und Investitionsprogramm

C. Investitionsprogramm

lfd. Nr.	Aufgabenbereich Investitionen Investitionsförderungs- maßnahmen	Plan 2021 EUR	Plan 2022 EUR	Plan 2023 EUR	Plan 2024 EUR	Plan 2025 EUR
1.	Einzelförderung	0	0	21.600.000	21.600.000	21.600.000
2.	Pauschale Fördermittel	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
3.	Projektförderung	550.000	0	0	0	0
4.	Eigenmittelfinanzierung	0	0	0	0	0
	sonstige aus Eigenmitteln zu finanzierende Investitionen					

4. Stellenübersicht

Personalgruppen	Geplante Vollkräfte 2021	Ist-VK 2021 30.06.2021	Geplante Vollkräfte 2022
Geschäftsführung	0,125	0,125	0,125
Koordination Breitband	1,00	-	-
Verwaltungsdienst	-	-	-
Sonstiges Personal	0,50	-	0,50
Gesamt-Vollkräfte:	1,625	0,125	0,625



Bericht
über die Prüfung
des Jahresabschlusses und des Lageberichtes
zum 31. Dezember 2020
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH
Leipzig

B. Grundsätzliche Feststellungen

1. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir zu der Beurteilung der Lage des Unternehmens durch die gesetzlichen Vertreter, insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestandes und der künftigen Entwicklung des Unternehmens unter Berücksichtigung des Lageberichtes Stellung, soweit die geprüften Unterlagen und der Lagebericht eine solche Beurteilung erlauben.

Der Jahresabschluss wurde unter der Annahme der Geschäftsführung (Going Concern) aufgestellt, also nicht unter Auflösungs- bzw. Zerschlagungsgesichtspunkten.

Die Geschäftsführung beurteilt die Lage des Unternehmens in zusammengefasster Form wie folgt:

- Die Gesellschaft ist bei der Akquisition von Aufträgen von der Veröffentlichung von Förderprogrammen abhängig; die Eigenakquisition von Aufträgen ist nur eingeschränkt möglich;
- sie ist bei der Ausgestaltung und dem Beginn von Projektanträge weiterhin stark abhängig von durch sie nicht beeinflussbare Faktoren.
- Die wirtschaftliche Situation ist zum Bilanzstichtag als stabil zu bezeichnen.
- Die Gesellschaft verfügt über 15 laufende Projekte.
- Durch zeitlich begrenzte Projektarbeiten müssen die Grundkosten der Gesellschaft durch eigene akquirierte Aufträge gedeckt werden.
- Die Risiken aus einer überwiegend unentgeltlichen Antragstellung für EU-Projekte liegen in einem relativ hohen Personal- und Zeitaufwand zur Entwicklung von Anträgen, die selbst im Falle einer erfolgreichen Antragsstellung nicht im vollen Umfang vergütet werden.
- Soweit Zahlungen der Fördermittelgeber/Vertragspartner nicht fristgerecht erfolgen, kann die Gesellschaft zur Absicherung der Liquidität auf einen Kontokorrentkredit in Höhe von 145.000 Euro zurückgreifen.
- Die Geschäftsführung beschäftigt die Mitarbeiter überwiegend projektbezogen, wodurch eine längerfristige konsistente Personalplanung kaum möglich ist.

Auf Grund der von uns geprüften Unterlagen, sowie der von uns im Rahmen der Abschlussprüfung durchgeführten Analysen zur Lage der Gesellschaft ergeben sich aus unserer Sicht keine Einwendungen gegen die Einschätzung des gesetzlichen Vertreters zur Lage der Gesellschaft.

2. Prüfung von Beihilfen

Gem. IDW PS 700 sind wir als Abschlussprüfer gehalten, die Prüfung von Beihilfen vorzunehmen. Wir haben festgestellt, dass im Prüfungszeitraum keine derartigen Beihilfen an die Gesellschaft geleistet wurden.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH, unter dem Datum 11. Mai 2021 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit

diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhält-

nissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

Halle (Saale), den 11. Mai 2021

Henschke und Partner mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dipl.-Kfm. Jochen Henschke
Wirtschaftsprüfer

(keine eigenhändige Unterschrift und keine Siegelführung; IDW PH 9.450.2)

Bilanz zum 31. Dezember 2020

[illegible]

**Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom
01. Januar bis 31. Dezember 2020**

	<u>2020</u>	<u>2019</u>
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	571.019,80	311.932,54
2. Erhöhung/ Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-196.870,00	73.777,64
3. sonstige betriebliche Erträge	21.103,88	19.667,25
4. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.524,59	26.099,95
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	187.038,76	201.359,82
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>39.573,75</u>	<u>43.057,56</u>
	226.612,51	244.417,38
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	6.207,21	4.984,18
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	79.605,81	98.565,23
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8,14	1.324,16
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	1.178,43	0,00
10. Ergebnis nach Steuern	<u>70.116,99</u>	<u>29.986,53</u>
11. sonstige Steuern	163,48	154,00
12. Jahresüberschuss	<u>69.953,51</u>	<u>29.832,53</u>

Aufbauwerk Region Leipzig GmbH, Leipzig

Anhang für das Geschäftsjahr 2020

I. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH hat ihren Sitz in Leipzig. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Leipzig unter HRB 8541 eingetragen.

II. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses werden die geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches sowie die ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes betreffend Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) beachtet.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a HGB auf. Von den ihr eingeräumten Erleichterungen wurde bei der Erstellung des Jahresabschlusses kein Gebrauch gemacht. Gem. § 96a Abs. 1 Nr. 8 SächsGemO und § 13 des Gesellschaftsvertrages wurde der Jahresabschluss nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften erstellt.

Die zur Erläuterung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erforderlichen Angaben sind, soweit gesetzlich zulässig, in den Anhang übernommen.

Der vorliegende Jahresabschluss ist unter Beibehaltung der für den Vorjahresabschluss angewandten Gliederungs- und Bewertungsgrundsätzen aufgestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren (§275 Abs. 2 HGB) aufgestellt.

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten erfasst und werden entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Die Bilanzierung der Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um lineare Abschreibungen (§ 253 I und III HGB). Den planmäßigen Abschreibungen liegen die voraussichtlichen Nutzungszeiten zugrunde. Bei Zugängen erfolgt die Abschreibung pro rata temporis gemäß R 7.4 Abs. 2 EStR. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis EUR 800,00 wurden entsprechend § 6 Abs. 2a EStG im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen (§ 253 III Satz 5 HGB) waren nicht erforderlich.

Folgende Nutzungsdauern wurden zugrunde gelegt:

	Nutzungsdauer in Jahren
Software	1 – 3
Büro- und Geschäftsausstattung	3 – 8

Die in Arbeit befindlichen Projektaufträge werden mit unter dem Bilanzposten „Vorräte“ als unfertige Leistungen ausgewiesen. Sie werden mit den direkt zurechenbaren Fremdleistungen, Personalkosten sowie angemessenen Projekt- und Verwaltungsgemeinkosten aktiviert.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden zu den jeweiligen Nominalwerten angesetzt. Für Ausfallrisiken bestehen angemessene Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 1% des Nettoforderungsbestandes.

Die flüssigen Mittel sind mit Nominalwerten angesetzt (§ 253 I HGB).

Auf der Aktivseite sind als Rechnungsabgrenzungsposten Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Das gezeichnete Kapital entspricht dem Gesellschaftsvertrag und ist zum Nennwert bilanziert.

Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen wurden in Höhe der erhaltenen öffentlichen Fördermittel gebildet. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter und wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen gezeigt. Die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens betragen im Geschäftsjahr EUR 3.670,00 (Vj. EUR 3.060,18).

Die sonstigen Rückstellungen bestehen in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme und berücksichtigen die am Bilanzstichtag erkennbaren Risiken und sind mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist (§ 253 I Satz 2 HGB). Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag nach § 253 I HGB bilanziert.

IV. Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagespiegel) ist als Anlage zu diesem Anhang dargestellt.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind sämtlich innerhalb eines Jahres fällig (im Vorjahr hatten ebenfalls sämtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen eine Restlaufzeit bis 1 Jahr).

Sonstige Vermögensgegenstände haben mit EUR 1.030,09 (Vj. TEUR 1) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Gesellschaftern bestehen zum Abschlussstichtag nicht (Vj. TEUR 0,1).

3. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten (§ 268 V Satz 1 HGB, § 285 Nr. 1 und Nr. 2 HGB):

	Restlaufzeit			Gesamt
	bis 1 Jahr EUR	über 1 Jahr EUR	über 5 Jahre EUR	2020 EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vj. in TEUR)	0,00 (51)	0,00 (0)	0,00 (0)	0,00 (51)
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen (Vj. in TEUR)	503.758,71 (623)	0,00 (0)	0,00 (0)	503.758,71 (623)
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vj. in TEUR)	2.013,31 (16)	0,00 (0)	0,00 (0)	2.013,31 (16)
4. sonstige Verbindlichkeiten (Vj. in TEUR)	83.140,72 (29)	0,00 (0)	0,00 (0)	83.140,72 (29)
Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten (Vj. in TEUR)	588.912,74 (719)	0,00 (0)	0,00 (0)	588.912,74 (719)

Für die Verbindlichkeiten bestehen im üblichen Umfang branchenübliche bzw. kraft Gesetzes entstehende Sicherheiten.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 19.166,31 € (Vorjahr: TEUR 0).

4. Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen wurden gebildet für:

Abschluss- und Prüfungskosten	EUR	9.400,00	(Vj. TEUR 9)
Projektabrechnungsrisiken	EUR	5.157,00	(Vj. TEUR 7)
Aufbewahrungsverpflichtung	EUR	4.300,00	(Vj. TEUR 4)
Zertifizierungskosten	EUR	1.930,00	(Vj. TEUR 1)
Personalkosten	EUR	560,00	(Vj. TEUR 0)

V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse resultieren aus den folgenden Geschäftsfeldern:

- Erbringung von Leistungen im Rahmen von Werkverträgen	TEUR	181
- Entwicklung und Koordination von EU-Projekten (Zuschüsse)	TEUR	382
- Vermietung von Büroräumen	TEUR	8

Sämtliche Umsätze wurden im Inland erzielt.

VI. Sonstige Angaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum 31. Dezember 2020 bestanden folgende sonstige finanzielle Verpflichtungen (§ 285 Nr. 3a HGB):

Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen sowie aus Service- und Wartungsverträgen bestehen bis zum erwarteten Vertragsende in Höhe von TEUR 50.

2. Beschäftigte Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr 2020 waren durchschnittlich 6 Arbeitnehmer beschäftigt.

Die Zahl der im Durchschnitt beschäftigten Mitarbeiter setzt sich wie folgt zusammen:

Geschäftsführer		1
Angestellte		5
davon Teilzeit	4	
davon in Elternzeit	1	
Mitarbeiter gesamt		6

3. Geschäftsführung

Alleinige Geschäftsführerin ist seit dem 01. September 2003 Frau Silvana Rückert, Leipzig.

Der ausgeübte Beruf entspricht der Organstellung.

Folgende Bezüge wurden im Geschäftsjahr 2020 an die Mitglieder der Geschäftsführung gewährt:

Name	festes Jahres- grundgehalt	einmalige Vergütung	erfolgsabhäng. Vergütung	Gesamt- vergütung	Art der Alters- versorgung	Beiträge Alters- versorg.
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR
Silvana Rückert	70	0	5	75	RV (gesetzlich)	0

4. Aufsichtsrat / Beirat

Gemäß Gesellschaftsvertrag vom 28. November 2001 ist ein Aufsichtsrat nicht mehr vorgesehen.

Zur Unterstützung der Gesellschaft bei der Erreichung ihrer Ziele und zur Beratung der Geschäftsführung, insbesondere in wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Arbeitsbeschaffung, Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsstrukturentwicklung, ist gem. § 11 der Satzung ein Beirat gebildet worden. Der Beirat besteht aus acht Mitgliedern und ist im Geschäftsjahr 2020 wie folgt besetzt:

Herr Jürgen Vogel, Vorsitzender des Beirats	Geschäftsführer der RSG Steuerberatungsgesellschaft mbH Döbeln, Leisnig
Herr Dr. rer. pol. Steffen Preissler, stellvertretender Vorsitzender des Beirats	Abteilungsleiter Wissens- und Technologietransfer des Fraunhofer-Zentrum für Internationales Management und Wissensökonomie
Frau Dr. Gabriele Goldfuß	Referatsleiterin im Referat Internationale Zusammenarbeit der Stadt Leipzig
Frau Katharina Landgraf	Mitglied des Bundestages (CDU)
Frau Constanze Krehl	Mitglied des europäischen Parlaments (SPD)
Herr Dr. Peter Jahr	Mitglied des europäischen Parlaments (CDU)
Herr Henning Kuschnig (bis 29.02.2020)	Referatsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Herr Dr. Manfred Graetz	Landrat a.D. (CDU), Mitglied des Kreistages des Landkreises Mittelsachsen (CDU)
Herr Dr. Dominik Meister	Leiter der Abteilung Justizariat der Sächsischen Aufbaubank Förderbank
Herr Andreas Grieb (kommissarisch ab 01.03.2020, Bestellung durch die Gesell- schafterversammlung steht noch aus)	Referat für Ländliche Entwicklung im Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung

Die Mitglieder des Beirates erhielten für das Geschäftsjahr 2020 keine Bezüge.

5. Abschlussprüferhonorar

Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar i.S.d. § 285 Nr. 17 HGB beträgt EUR 4.200,00 und beinhaltet ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

6. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Stichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag haben sich nicht ereignet.

7. Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2020 in Höhe von EUR 253.241,35 auf neue Rechnung vorzutragen.

Leipzig, den 10. 05.2021

Silvana Rückert
Geschäftsführerin

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein. Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Regionalförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u.a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen. Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union.

Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die zumeist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätzlich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

2. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft erbringt keine Forschungsleistungen.

Die Entwicklung neuer Projekte ist ein essenzielles Aufgabenfeld der Gesellschaft zur Sicherung und Aufrechterhaltung der eigenen Geschäftstätigkeit. Der Entwicklungsprozess findet permanent und begleitend zum Tagesgeschäft statt und richtet sich zeitlich nach der Veröffentlichung von Ausschreibungen in den einzelnen Programmen der Europäischen Kommission, des Bundes und des Freistaats Sachsen. Bei der Auswahl von neuen Projektansätzen spielen insbesondere die Entwicklung, Förderung und Weiterentwicklung von technischen sowie gesellschaftlichen Innovationen für die Region eine entscheidende Rolle. Zur Ermittlung von Innovationspotentialen pflegt die Gesellschaft regelmäßigen Kontakt

mit Vertretern der Gesellschafter, besucht entsprechende Veranstaltungen und steht in regelmäßigem Austausch mit regionalen und überregionalen Experten.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Entwicklungen im europäischen Markt wie bspw. die zunehmenden Anforderungen an das europäische Projektmanagement und eine rückläufige Zahl an Agenturen bieten gute Wachstumschancen für die Gesellschaft. Die wesentlichen Stärken der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH liegen in einem sehr gut funktionierenden internationalen Netzwerk und einer daraus resultierenden hohen Projektnachfrage sowie der spezifischen Kompetenz im europäischen Projektmanagement, gepaart mit umfangreichen Erfahrungen und Referenzen. Dennoch ist die Gesellschaft und ihr Geschäftsfeld sehr stark von nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig, wie der Veröffentlichung von Förderprogrammen, deren Ausgestaltung (Förderquoten/mögliche Antragsteller) und dem Start bewilligter Projektanträge. Die Förderperiode 2014-2020 befindet sich in der Auslaufphase. Bedingt durch die COVID-19 Pandemie kam es bei der Umsetzung der Projekte zu Verzögerungen, sodass mehrere Projekte bis maximal sechs Monate verlängert werden mussten. Dies wirkt sich für die Gesellschaft positiv aus, da durch die Verlagerung dieser Umsätze in das Jahr 2021 die Ausfälle in der Übergangszeit abgemildert werden. Laut aktueller Prognosen werden die neuen Förderprogramme für die nächste Förderperiode nicht vor Ende 2021 / Anfang 2022 zur Verfügung stehen. Der Start neuer Projekte wird frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2022 prognostiziert.

2. Geschäftsverlauf

Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens stellte sich im Jahresverlauf 2020 stabil dar. Die Gesellschaft verfügt derzeit über 15 Projekte, wovon zehn als Auftragnehmer umgesetzt werden. Im Geschäftsjahr 2020 wurde ein Fördervolumen von insgesamt rund 15 Millionen Euro akquiriert, davon 5 Millionen Euro für die Region.

3. Lage

3.1 Ertragslage

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2020 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 69.953,51 Euro ab (Vorjahr: Jahresüberschuss 29.832,53 Euro).

Die Gesamtleistung in Höhe von 395.253,68 Euro sank gegenüber dem Vorjahr leicht um 10.123,75 Euro aufgrund der auslaufenden Förderperiode. Die Umsatzerlöse stiegen aufgrund abgeschlossener Projekte und höherer Umsätze im Rahmen von Werkverträgen um 259.087,26 Euro, während die Bestandsveränderungen um 196.870,00 Euro sanken. Zusätzliche Erträge konnten auch im Jahr 2020 durch die Untervermietung der Büroräume generiert werden.

Die Aufwendungen für Personal sind um 17.804,87 Euro gesunken, was auf die Kündigung eines Mitarbeiters in der zweiten Jahreshälfte zurückzuführen ist.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 79.605,81 Euro und sind ebenfalls gegenüber dem Vorjahr gesunken (-18.959,42 Euro).

3.2 Finanzlage

Zum 31.12.2020 verfügt die Gesellschaft über positive liquide Mittel i. H. v. 321.548,14 Euro (Vorjahr: 201.142,36 Euro). Darin enthalten sind 35.000 Euro ESF-Fördermittel für die Projektpartner von RESQUE 2.0, welche am 06.01.2020 weitergeleitet worden sind.

3.3 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr um 64.122,27 Euro verringert. Vermögensseitig ist diese Veränderung im Wesentlichen auf die Verringerung der in Arbeit befindlichen Aufträge (-196.870,00 Euro) und das Guthaben bei Kreditinstituten (+101.239,47 Euro) gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen. Auf der Passivseite der Bilanz wirkte sich die Verringerung der Verbindlichkeiten auf erhaltene Anzahlungen um 119.513,52 Euro aus. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 280.341,35 Euro (Vorjahr: 210.387,84 Euro). Die Eigenkapitalquote beträgt 31,0 %.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung ziehen wir die Kennzahlen des Cashflows und die Gesamtleistung heran.

Die Gesamtleistung errechnet sich aus den Umsatzerlösen, der Bestandsveränderung und Sonstigen Erlösen und sank gegenüber dem Vorjahr um 10.123,75 Euro auf 395.253,68 Euro.

Der Cashflow auslaufender Geschäftstätigkeit beträgt im Geschäftsjahr 172.000 Euro (Vj. 65.000 Euro).

C. Prognosebericht

Da sich die aktuelle Förderperiode 2014-2020 bereits in der Auslaufphase befindet, wurden im Jahr 2020 mehrere Projekte (u.a. MOVECIT, REFREsh und RURES) beendet. Das Jahr 2021 ist geprägt von Abschlussarbeiten weiterer Projekte. Die letzten Projekte aus der vorangegangenen Förderperiode 2014-2020 werden im Frühjahr 2022 beendet sein.

Die Gesellschaft erwartet, wie im Wirtschaftsplan dargestellt, für die Jahre 2021 und 2022 positive Jahresergebnisse (2021: 135.000 Euro, 2022: 56.000 Euro); für die Folgejahre ab 2023 werden negative Jahresergebnisse erwartet (2023: -13.000 Euro, 2024: -16.000 Euro).

Auch für das Jahr 2021 plant die Gesellschaft, unterjährig den Kontokorrentkredit in Anspruch zu nehmen. Dies ist ursächlich auf die von der Gesellschaft nur begrenzt steuerbare Auszahlung der Fördermittel zurückzuführen. Die Geschäftsführung geht weiterhin davon aus, dass die geplanten Fördermittel kontinuierlich zur Auszahlung kommen. Mit einem Vorfinanzierungszeitraum bei Schlussabrechnungen von bis zu neun Monaten muss gerechnet werden.

D. Chancen –und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Entwicklung und Sicherung der Gesellschaft ist an die erfolgreiche Generierung von EU-Projekten gebunden. Dieses Risiko ist dem Geschäftsmodell der Gesellschaft inhärent und konnte in der Vergangenheit bisher erfolgreich bewältigt werden. Dies stellt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die aktuelle Förderperiode 2014 bis 2020 auslaufen wird und ab dem

Jahr 2021 die neue Förderperiode beginnt, wiederum eine erhebliche Herausforderung für die Gesellschaft dar. Aufgrund rückläufiger Fördermittel für Sachsen richtet die Gesellschaft ihren Fokus auf transnationale Programme mit direkter Auszahlung der EU, welche gegenwärtig das Hauptgeschäft der Gesellschaft darstellen.

Die Kofinanzierung der laufenden Projekte erfolgt aus eigener Kraft (Eigenanteile zwischen 15 und 20%). Die erforderlichen Mittel werden im Geschäftsfeld Auftragstätigkeiten erwirtschaftet. Es erfolgt keine Subventionierung durch die Gesellschafter.

Die Risiken aus einer überwiegend unentgeltlichen Antragstellung für EU-Projekte liegen in einem hohen Personal- und Zeitaufwand zur Entwicklung von Anträgen, die selbst im Falle einer erfolgreichen Antragsstellung nicht in vollem Umfang vergütet werden.

Außerdem stellt die teilweise sehr langfristige Nachbereitung von Projekten nach Beendigung ihrer Laufzeit und damit des förderfähigen Zeitraums eine Belastung dar.

Die Organisationsstruktur des Aufbauwerks ist auf eine flexible personelle Grundstruktur beschränkt, die entsprechend den jeweiligen Projektaufgaben angepasst wird. Die Gesellschaft beschäftigt ihre Mitarbeiter überwiegend projektbezogen. Im Geschäftsjahr 2020 waren durchschnittlich sechs Arbeitnehmer beschäftigt.

2. Chancenbericht

Die Methodenkompetenz und die daraus resultierende Anpassungsfähigkeit ermöglichen, dass sich die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH auf verschiedene regionale Branchenschwerpunkte konzentrieren und anpassen kann. Dies gilt auch für den Fall von veränderten Förderschwerpunkten der EU in den jeweils neu startenden Förderperioden. Die Kernkompetenzen des Aufbauwerks liegen in der Entwicklung und Umsetzung von EU-Projekten und sind damit universell. Diese Kompetenzen in Verbindung mit den lokalen Rahmenbedingungen eröffnen deutliche Wachstumschancen mit dem Ziel, weitere Mittel für die Regionalentwicklung in Leipzig bzw. Mitteldeutschland zu akquirieren. Dazu trägt auch eine wachsende europäische regionale Vernetzung bei.

3. Gesamtaussage

Das strategische und operative Handeln der Gesellschaft ist wesentlich geprägt von einem Selbstverständnis als Dienstleister für die Region Leipzig.

Der Rückgang der Fördermittel für Sachsen in den nächsten Jahren ist eine große Herausforderung für die Region. Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH kann dies abfedern durch verstärkten Zugriff auf Fördermittel, die in zentraler Verwaltung der EU-Kommission liegen.

4. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Für den Fall, dass die Zahlungen der Fördermittelgeber/Vertragspartner nicht fristgerecht erfolgen, kann die Gesellschaft auf einen Kontokorrentkredit i. H. von 145.000 Euro zurückgreifen. Der Kredit dient zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko, welcher auch im Jahr 2021 für Übergangszeiträume bis zum Eingang der Fördermittel in Anspruch genommen werden soll.

E. Zweigniederlassungsbericht

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Leipzig, den 10.05.2021

Silvana Rückert, Geschäftsführerin



Wirtschaftsplan 2022

Stand: 28.10.2021
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

Erfolgsplan / GuV 2022 - 2025

Wirtschaftsplan 2022

Stand: 28.10.2021
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

Erfolgsplan / GuV		2022 bis 2025							
Ud. Nr.	Aufbauwerk Region Lollpitz GmbH Angaben in vollen T.Ü.R.	Ist 2020	Erwartung 2021	Planjahr 2022	Halbjahr 1 2022	Halbjahr 2 2022	2023	Folgedahre 2024	2025
1.	Umsatzerlöse	571	365	1.212	400	812	397	122	76
2.	Ertragsveränderungen F&E	157	328	762	170	592	57	318	388
	a) Ertragsveränderungen		196	298	110	186	110	198	161
	b) Ertragsveränderungen	197		1.000	300	700	250		
3.	Sonstige betriebliche Erträge	21	15	15	7	8	15	15	15
4.	Gesamtertrag	395	308	525	237	288	469	505	477
4.	Materialeinwand	12	27	70	25	45	50	73	90
	a) BE-B und bezogene Waren		0	0	0	0	0	0	0
	b) bezogene Leistungen	12	27	70	25	45	50	73	90
5.	Fertigungsaufwand	227	226	285	188	161	285	285	285
	a) Löhne und Gehälter	187	187	225	105	120	225	225	215
	b) sonstige Angaben	40	39	60	28	42	60	60	60
	- davon in Altersversorgung								
6.	Abschreibungen	6	4	5	2	3	5	5	5
	a) auf Immo. A. und auf SAV	6	4	5	2	3	5	5	5
	b) auf VG des Umlaufvermögens								
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	80	90	90	45	45	90	90	90
II.	Zwischenergebnis	71	108	75	32	43	39	95	17
9.	Sonstige Erträge und Erträge								
10.	Aufwendungen aus Verlustübernahme								
11.	Erträge aus Verlustübernahme			3	0	5	3	5	3
	- davon an verbundene Unternehmen								
III.	Finanzergebnis	0	0	-3	0	-3	-3	-3	-3
12.	Ertrag vom Umlaufvermögen und vom Umlauf	1							
IV.	Ergebnis nach Steuern	70	108	72	32	40	36	92	14
13.	Sonstige Steuern	0							
	Ergebnis ohne Ergebnisabführung	70	108	72	32	40	36	92	14

Ud. Nr.	Aufbauwerk Region Lollpitz GmbH Angaben in vollen T.Ü.R.	Ist 2020	Erwartung 2021	Planjahr 2022	Halbjahr 1 2022	Halbjahr 2 2022	2023	Folgedahre 2024	2025
14.	Ausgleichszuflüsse / Minderbeträge								
15.	Auf Grund Gewinnabführungsvertrag								
16.	Erträge aus Verlustübernahme								
V.	Jahresüberschuss / -fehlbetrag	70	108	72	32	40	36	92	14
17.	Gewinn-/Verlustvortrag aus Vorjahr								
18.	Ertragsteuern Rücklagen								
19.	Ertragsteuern Rücklagen								
VIII.	Bilanzgewinn/Bilanzverlust	70	108	72	32	40	36	92	14
	Nachrichtlich								
	Ausschüttung / Gewinnrücklagen								
	Verlust / Ausgleich nach Gewinnrücklagen								
	Vortrag auf neue Rechnung	70							
	Umsatzsteuern Gewinnrücklagen								
	Ertragsteuern Gewinnrücklagen								
	Ertragsteuern Kapitalrücklagen								
	Gesamtertrag	325	373	453	205	208	433	453	453
	Gesamtertrag	395	508	525	237	288	469	535	477

Ud. Nr.	Aufbauwerk Region Leipzig GmbH Angaben in millionen EUR	Ist 2020	Erwartung 2021	Planjahr 2022	Halbjahr 1 2022	Halbjahr 2 2022	2023	Folgekahre 2024	2025
1.	UP Umsatzerlöse	671	665	1.212	403	810	147	122	86
		671	665	1.212	403	810	147	122	86
3.	UP Sonstige betriebliche Erträge	21	15	15	7	8	13	15	15
		21	15	15	7	8	13	15	15
4a.	UP RHP und bezogene Waren	0	0	0	0	0	0	0	0
4b.	UP bezogene Leistungen	12	50	76	25	45	50	70	80
		12	50	76	25	45	50	70	80
7.	UP Sonstige betriebliche Aufwendungen	80	99	90	45	45	90	90	90
		80	99	90	45	45	90	90	90

Finanzplan 2022 - 2025

Wirtschaftsplan 2022

Stand: 28.10.2021
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

Finanzplan (in Anlehnung an DRG 21 direkt)		2022 bis 2025					
Ufd. Nr.	Aufbauwerk Region Leipzig GmbH Angaben in vollen TÜR	Ist 2020	Erwartung 2021	Planjahr 2022	Folgejahre 2023 2024 2025		
1.	Laufende Geschäftstätigkeit						
	Erzielung von Einnahmen i. Verkaufsergebnisse, Waren u. Di.	374	493	510	454	520	462
-	Auszahlung an Lieferanten und Beschäftigte	-244	-280	-360	-340	-360	-370
	Auszahlung aus Rückzahlungen von Zuwendungen, Zuschüssen, Zuweisungen						
+	Sonstige Einzahlungen, die nicht der Inv./Fin.tätigkeit zuzurechnen sind						
+	Sonstige Auszahlungen, die nicht der Inv./Fin.tätigkeit zuzurechnen sind						
+	Einzahlung aus außerordentlichen Posten						
-	Auszahlung aus außerordentlichen Posten						
+/-	Ertragsteuern						
+/-	Sonstige Einzahlungen und Auszahlungen	-9	-207	-175	-175	-175	-175
	Mittelzu-/abfluss aus lfd. Geschäftstätigkeit	121	6	-25	-61	-35	-83
2.	Investitionstätigkeit						
+	Einzahlungen aus Abgängen Immat. AV						
+	Auszahlungen für Investitionen Immat. AV						
+	Einzahlungen aus Abgängen SAV						
-	Auszahlungen für Investitionen SAV		-2	-12	-2	-2	-2
+	Einzahlungen aus Abgängen FAV						
+	Auszahlungen für Investitionen FAV						
-	Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis						
-	Auszahlungen für Abgänge zum Konsolidierungskreis						
+	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
+	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten						
-	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten						
+	Erhaltene Zinsen						
+	Erhaltene Dividenden						
+/-	Sonstige Einzahlungen und Auszahlungen						
	Mittelzu-/abfluss aus Investitionstätigkeit	0	-2	-12	-2	-2	-2
3.	Finanzierungstätigkeit						
+	Einzahlungen aus EK-Zuführungen der Stadt Leipzig						
+	Einzahlungen aus EK-Zuführungen von anderen Gesellschaftern						
-	Auszahlungen aus EK-Herabsetzung der Stadt Leipzig						
-	Auszahlungen aus EK-Herabsetzung an übrige Unternehmensseigner						
+	Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten der Stadt Leipzig		50	50	50	50	50
+	Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten Dritter und Begebung von Anleihen						
-	Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten der Stadt Leipzig						
-	Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten Dritter und Anleihen		-50	-50	-50	-50	-50
+	Einzahlung aus erhaltenen Zuweisungen der Stadt Leipzig						
+	Einzahlung aus erhaltenen Zuweisungen, Zuschüssen Dritter						
-	Rückzahlungen von Zuwendungen, Zuschüssen, Zuweisungen						
+	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten						
-	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten						
-	Gezahlte Zinsen		-3	-3	-3	-3	-3
-	Auszahlungen an die Gesellschafter in Stadt Leipzig						
-	Auszahlungen an übrige Unternehmensseigner und Minderheitsgesellschaften						
-	U. u. Auszahlungen aus Ergebnisabführungsvertrag						
+/-	Sonstige U. u. Auszahlungen						
	Mittelzu-/abfluss aus Finanzierungstätigkeit	0	-3	-3	-3	-3	-3
4.	Zahlungswirksame Veränd. der Finanzmittel	121	1	-40	-66	-20	-88
+/-	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderung des Finanzmittelfonds						
+/-	Konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds						
	Finanzmittelbestand Anfang der Periode	201	322	323	283	217	197
	Finanzmittelbestand Ende der Periode	322	323	283	217	197	109
	Bestand Cash Management	0	0	0	0	0	0
	davon Bestand Cash Pooling						
	davon Liquiditätsbewirtschaftung						
	liquide Mittel (ohne Cash Management)	322	323	283	217	197	109

Liquidität 2022

Wirtschaftsplan 2022

Stand: 28.10.2021
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

Baufläche [in Anrechnung auf DBS 21 durch]		2022												
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH		Angaben in voller DEUR												
Uz. Nr.	Bezeichnung der Zahlungs- und Zuwendungen	Planjahr	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober	November	Dz.
1.	Investitionsfähigkeit													
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	5,7			5,3	4,9		1,3		100	5,3		24	1,3
	- Auszahlungen für Anlagenplan (Anl. IV)	-100	-24	-24	-4,9	-4,9	-24	-24	-24	-24	-4,9	-24	-12	-4,9
	- Auszahlungen aus Einzahlungen von Zuwendungen, Zuschüssen, Zuerkennung	0												
	- Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	- Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	- Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	- Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	- Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	- Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	- Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
1.1	Mittelzu-/abfluss aus d. Investitionsfähigkeit	-12,3	-24	-24	-4,9	-4,9	-24	-24	-24	-24	-4,9	-24	-12	-4,9
2.	Investitionsfähigkeit													
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	- Auszahlungen für Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	- Auszahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	- Auszahlungen für Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	- Auszahlungen für Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	- Auszahlungen für Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	- Auszahlungen für Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	- Auszahlungen für Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	- Auszahlungen für Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	- Auszahlungen für Anlagenplan (Anl. IV)	0												
2.1	Mittelzu-/abfluss aus d. Investitionsfähigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Aufbauwerk Region Leipzig GmbH		Angaben in voller DEUR												
Uz. Nr.	Bezeichnung der Zahlungs- und Zuwendungen	Planjahr	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober	November	Dz.
3.	Finanzierungsfähigkeit													
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Auszahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Auszahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einzahlungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
3.1.	Mittelzu-/abfluss aus Finanzierungsfähigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Finanzierungsfähigkeit													
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)	0												
	3.1.1.	Mittelzu-/abfluss aus Finanzierungsfähigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzierungsfähigkeit														
Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)		0												
Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)		0												
Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)		0												
Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)		0												
Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)		0												
Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)		0												
Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)		0												
Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)		0												
Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)		0												
Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)		0												
Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)		0												
Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)		0												
Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)		0												
Einrichtungen aus Anlagenplan (Anl. IV)		0												

Bilanz 2022 - 2025

Wirtschaftsplan 2022

Stand: 28.10.2021
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

Bilanz		2022 bis 2025					
Pos.	Aufbauwerk Region Leipzig GmbH Kontingenzplan (ZPK)	Ist 2020	Erwartung 2021	Planjahr 2022	2023	Ergebnisjahr 2024	2025
Aktiva							
A. Anlagevermögen		12	10	10	14	11	8
1. Immaterielle Vermögensgegenstände							
II. Sachanlagen		12	10	10	14	11	8
III. Finanzanlagen							
B. Umlaufvermögen		69	1.100	796	736	887	1.106
1. Vorräte		100	837	139	102	170	176
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		60	0	221	316	80	70
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		60	0	221	316	80	70
2. Forderungen gegen sonstige Unternehmen							
3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen							
4. Forderungen gegen die Generalversammlung							
5. Sonstige Vermögensgegenstände		1	0	1	0	0	0
III. Wertpapiere							
IV. Guthaben aus Lieferungen und Leistungen		122	221	280	217	177	100
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1	1	1	1	1	1
D. Sondervermögen gem. § 13 (3) HGB							
E. Aktive latente Steuern							
F. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensver.							
G. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag							
Summe Aktiva		100	1.121	796	730	890	1.185
Passiva							
A. Eigenkapital		280	600	401	527	600	523
1. Gezeichnetes Kapital (Nennkapital, bis 100 Anteile je Akt.)		26	26	26	26	26	26
II. Kapitalrücklage		2	2	2	2	2	2
1. Gewinnrücklage							
2. Rücklage für Anteile an Herausgeber des oder mehrheitlich beteiligter Unternehmen							
3. Sonstige Kapitalrücklagen							
4. Andere Gewinnrücklagen		3	2	2	2	2	2
5. Sonstige Kapitalrücklagen							
III. Gewinnrücklage		180	292	191	452	470	381
IV. Jahresüberschuss/abgang		70	138	73	36	32	13
V. Jahresgewinn/abgang							
VI. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag							
VII. Durch den Gewinn für Anteile an anderen Unternehmen							
B. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalherkunft							
C. Sonderposten zur Finanzierung des KVV		12	0	0	0	0	0
1. Sonderposten zur Finanzierung des KVV		12	0	0	0	0	0
2. Sonderposten zur Finanzierung des KVV							
3. Weitere Sonderposten							
D. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen							
E. Verbindlichkeiten		24	30	21	20	20	20
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen							
2. Verbindlichkeiten		1					
3. Sonstige Verbindlichkeiten		23	30	21	20	20	20
F. Verbindlichkeiten		180	721	210	150	210	522
1. Verbindlichkeiten							
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		104	691	191	100	100	490
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		104	691	191	100	100	490
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		3	0				
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		3	0				
6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen							
7. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen							
8. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen							
9. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen							
10. Sonstige Verbindlichkeiten		83	40	40	30	40	20
11. Sonstige Verbindlichkeiten		83	40	40	30	40	20
G. Rechnungsabgrenzungsposten							
H. latente Steuern							
Summe Passiva		100	1.121	796	730	890	1.185
Freiholdverbindlichkeiten		0	0	0	0	0	0

Personal 2022 - 2025

Wirtschaftsplan 2022

Stand: 28.10.2021
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

Personal		2022 bis 2025								
Aufbauwerk (Region Leipzig GmbH)										
Zeilen Nr.		Ist 2020			Erwartg. 2021	Planjahr 2022	Folgejahre			
							2023	2024	2025	
A. Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse										
	Beschäftigte Personen									
	zum Ende des Zeitraumes	5			6	6	6	6	6	6
	davon Frauen	3			3	3	3	3	3	3
B. Durchschnittliche Anzahl										
	Beschäftigte Personen	6,00								
	Volzeitäquivalente (VZA)/Vollkräfte (VK)	4,05			3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25
	Auszuübende									
C. Aufgliederung der VZA/VK										
	Angaben in Volzeitäquivalenten (Krankenhäuser nicht enthalten)	Ist 2020			Erwartg. 2021	Planjahr 2022	Folgejahre			
							2023	2024	2025	
1	Geschäftsführer/in	1,00			1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
2	Techniker/in	0,95			0,95	0,95	0,95	0,95	0,95	0,95
3	Sachverständiger/Praktiker	0,80			2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
4	Sachverständiger/Rechnungswesen	0,80			0,80	0,80	0,80	0,80	0,80	0,80
5	geringfügig Beschäftigte	0,50			0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50
6										
7										
8										
9										
10										
11										
12										
13										
14										
15										
16										
17										
18										
19										
20										
	Summe	4,05			3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25
	zusammen Teilzeitstellen	4,00			4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00
D. Stellenübersicht nach § 21 SächsEigStG										
		Ist	Plan	Ist	Plan	Erwartg.	Planjahr	Folgejahre		
		2020	30.6.	2021	30.6.	2021	2022	2023	2024	2025
	Stellen (Angabe in VZA)									
	nachrichtlich: Beamte									
	Aufgliederung der Stellen nach Betriebszweigen:									
1	Betriebszweig 1									
2	Betriebszweig 2									
3	Betriebszweig 3									
4	Betriebszweig 4									
5	Betriebszweig 5									
6	Betriebszweig 6									
7	Betriebszweig 7									
8	Betriebszweig 8									

Beschäftigte:

Beschäftigte, die in einem vertraglichen Arbeitsverhältnis zur der Lohn und Gehaltsliste stehen, unabhängig von der Dauer und individuellen Arbeitszeit (inkl. Urlaubs- und Krankenvertretung, Mutterschutz)

nicht einzubeziehen sind: Azubis, ABW, Zbis, nebenamt. Beschäftigte, Praktikanten, Arbeitnehmer in Elternzeit

Volzeitäquivalente:

Die Volzeitäquivalente errechnen der Zahl der auf Normalarbeitszeit umgerechneten Beschäftigungsverhältnisse.

Sie ergeben sich, indem das Arbeitsvolumen durch die Stundenzahl dividiert wird, die normalerweise im Durchschnitt je Vollarbeitsplatz im Unternehmen gesetzt wird. Dies bedeutet, ruhende Arbeitsverhältnisse (Elternzeit, Altersteilzeit in Freizeitsphase) und Langzeitkranke (ab 6 Wochen) sind herauszurechnen und Teilzeit ist zu bereinigen.

(Angabe bis zwei Dezimalstellen nach dem Komma, z. B. 1/4 Stelle = 0,25 VZA)

Vollkräfte (nur für Krankenhäuser):

Ermittlung analog zur Krankheitsstatistik (Umrechnung der Beschäftigten auf die volle tarifliche Arbeitszeit mit den besonderen Umrechnungskorrekturen z. B. für Krankheitsgeschüler, Schüler in der Krankenpflege und zweifach arbeitende, d. h. einschließl. Auszubildende)

durchschnittlich Beschäftigte:

Zur Berechnung der durchschnittlich Beschäftigten ist die Summe der Beschäftigten zu den jeweiligen Monatsenden auch die Anzahl der Monate zu teilen.

Gemäß § 285 Nr. 2 HGB in Verbindung mit § 267 Abs. 5 HGB gilt für das Gesamtjahr die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer der vierte Teil der Summe aus den Zahlen der jeweils am 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember beschäftigten Arbeitnehmer abzüglich der im Ausland beschäftigten Arbeitnehmer, wozu ohne die Zahlen zur Ausbildung Beschäftigten.

Stellen:

Stellen sind in Volzeitäquivalenten auszuweisen; bei Teilzeitarbeit ist gemäß dem Voll-/Teilzeitgesetz anzugeben.

Zur Ermittlung der Anzahl der Stellen wird stets von den für die Erfüllung der Aufgaben im Haushaltsjahr erforderlichen Stellen ausgegangen, unabhängig davon, ob diese tatsächlich sind oder nicht. Die Teilzeitarbeitsstellen müssen einen Altersteilzeit und Elternzeit Stellen ohne Auswirkungen auf die Stellenzahl im Stellenplan.

Investitionen 2022 - 2025

Wirtschaftsplan 2022

Stand: 28.10.2021
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig

- Jahresabschluss 2020

BHB Treuhand GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020 und des Lageberichts für das Wirtschaftsjahr 2020

**Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur
des Landkreises Leipzig
Borna**

Ansichtsexemplar - endgültige Fassung -

BHB TREUHAND GMBH WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig, Borna
Prüfungsbericht zum 31. Dezember 2020

Seite 2

2. Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Lage des Eigenbetriebes

2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung des gesetzlichen Vertreters

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir nachfolgend in unserer vorangestellten Berichterstattung zur Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes im Jahresabschluss und im Lagebericht durch den Betriebsleiter Stellung.

Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund eigener Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebes ab, die wir im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben. Hierzu gehören vertiefende Erläuterungen und die Angabe von Ursachen zu den einzelnen Entwicklungen sowie eine kritische Würdigung der zu Grunde gelegten Annahmen, nicht aber eigene Prognoserechnungen. Unsere Berichtspflicht besteht, soweit uns die geprüften Unterlagen eine Beurteilung erlauben.

Insbesondere gehen wir auf die Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit und auf die Beurteilung der künftigen Entwicklung des Eigenbetriebes ein, wie sie im Jahresabschluss und im Lagebericht ihren Ausdruck gefunden haben.

Die von uns geprüften Unterlagen i.S.v. § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB umfassten jene Unterlagen, die unmittelbar Gegenstand unserer Abschlussprüfung waren, also die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie alle Unterlagen, wie Kostenrechnungsunterlagen, Planungsrechnungen, wichtige Verträge, Protokolle und Berichterstattungen an das Aufsichtsorgan, die wir im Rahmen unserer Prüfung herangezogen haben.

Die Darstellung und Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes und seiner voraussichtlichen Entwicklung durch den Betriebsleiter im Jahresabschluss und im Lagebericht halten wir für zutreffend.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung ist die Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zutreffend.

Geschäftsverlauf und Lage des Eigenbetriebes

Hervorzuheben sind insbesondere folgende Aspekte:

Mit Wirkung zum 1. Januar 2019 hat der Landkreis Leipzig die beiden bisherigen Eigenbetriebe „WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig“ und „Musikschulen des Landkreises Leipzig“ zu einem neuen Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ zusammengeführt.

Das Jahr 2020 endete mit einem ausgeglichenen Ergebnis, welches maßgeblich aus den Zuschüssen des Landkreises resultiert. So wird in Höhe des nicht verbrauchten Zuschusses von 865,9 TEuro eine Verbindlichkeit gegenüber dem Landkreis ausgewiesen. Umsatzerlöse konnten in Höhe von 2.807,7 TEuro erzielt werden und lagen damit pandemiebedingt deutlich unter dem Planansatz. Von dem vom Landkreis zusätzlich zur Verfügung gestellten Pandemiezuschüssen i.H.v. 850,0 TEuro musste nur ein ganz geringer Teil verwendet werden. Gegenüber der ursprünglichen Pandemieprognose kam es sowohl zu deutlichen Mehreinnahmen als auch Minderausgaben.

Die Sanierung des Musikschulgebäudes in Borna, Dautzoner Straße 24, wurde in 2020 fortgesetzt. Der Eigenbetrieb erhält zur Finanzierung der Baumaßnahme Zuschüsse vom Landkreis Leipzig.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung des Eigenbetriebes im Lagebericht basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume vorhanden sind. Wir halten diese Darstellung für plausibel. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf folgende Kernaussagen hinzuweisen:

BHB TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig, Borna
Prüfungsbericht zum 31. Dezember 2020

Seite 3

Die wirtschaftliche Lage des neuen Eigenbetriebes wird auch künftig wesentlich durch die Zuwendungen des Landkreises Leipzig bestimmt werden. Für das Jahr 2021 liegt ein bestätigter Wirtschaftsplan vor. In der Zuschussgewährung sieht der Betriebsleiter keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt.

Aufgrund der Corona-Pandemie ergeben sich jedoch für das Wirtschaftsjahr 2021 gravierende Abweichungen zum Wirtschaftsplan. Es wird mit einer pandemiebedingten Reduzierung der Erlöse und Aufwendungen i.H.v. 1,2 Mio. Euro gerechnet. Eine Erhöhung des Landkreiszuschusses ist nicht geplant. Es wird eingeschätzt, dass 2021 ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden kann.

Risiken bestehen weiterhin in den Auswirkungen der Corona-Pandemie, insbesondere mit den damit verbundenen Einschränkungen sowohl in der Musik- und Kunstschule als auch in der Volkshochschule.

Die Fördermittelbescheide für die Zuschüsse des Freistaates Sachsen für 2021 liegen noch nicht vor. Die vorgesehenen Einnahmen sind in ihrer Höhe risikobehaftet. Auch die bisher jährlich von den Sparkassen Leipzig und Muldentafel erhaltenen Spenden sind risikobehaftet.

Ein latentes Risiko sieht der Betriebsleiter in der sozial- und arbeitsrechtlichen Einstufung der Verträge mit den Honorarkräften. Zur Minimierung dieses Risikos wird eine weitere Umwandlung von Honorarkräften in Festanstellungsverhältnisse angestrebt.

Des Weiteren wird die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften im Honorarbereich für eine Flächenauslastung im Landkreis Leipzig als problematisch eingeschätzt.

BHB TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig, Borna
Prüfungsbericht zum 31. Dezember 2020

Anlage 5 / Seite 1

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Kommunalen Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig, Borna

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Kommunalen Eigenbetriebes Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig, Borna, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Kommunalen Eigenbetriebes Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig, Borna, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung und den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2020 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung und den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 32 SächsEigBVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung, den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung und den deutschen, für Eigenbetriebe geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

BHB TREUHAND GMBH WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig, Borna
Prüfungsbericht zum 31. Dezember 2020

Anlage 5 / Seite 2

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung und den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung und den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 32 SächsEigBVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebes abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

BHB TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig, Borna
Prüfungsbericht zum 31. Dezember 2020

Anlage 5 / Seite 3

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebes.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Dresden, den 4. August 2021

BHB Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Berthold Hußendörfer
Wirtschaftsprüfer

Bilanz zum 31. Dezember 2020

AKTIVSEITE		31.12.2020 EUR	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR	31.12.2019 EUR	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR
A. Anlagevermögen							
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			25.929,85		9.470,42	4.803.070,31	4.803.070,31
II. Sachanlagen						3.352.264,29	3.352.493,85
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		7.019.791,47		7.263.016,16		165.002,34	160.017,11
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		413.654,82		408.387,27			
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		2.061.095,40	9.434.541,89	349.108,54	8.034.509,98	86.592,62	233.462,24
B. Umlaufvermögen							
I. Vorräte			1.109,93		2.441,25	1.381.968,15	279.628,46
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe							
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände aus Lieferungen und Leistungen		106.588,50		263.518,02		2.269.102,52	2.414.354,49
2. Forderungen gegen den Landkreis		421.305,05		25.202,88			
3. sonstige Vermögensgegenstände		8.606,85	536.800,40	7.182,61	235.903,51		
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			2.077.703,12		1.091.187,86	42.492,44	111.103,47
C. Rechnungsabgrenzungsposten			5.008,48		4.570,23		
			12.140.893,27		9.438.083,23	12.140.893,27	9.438.083,23
PASSIVSEITE							
A. Eigenkapital							
I. Kapitalrücklage							
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum							
C. Rückstellungen							
1. sonstige Rückstellungen							
D. Verbindlichkeiten							
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 86.592,62 EUR (Vorjahr: 233.462,24 EUR)							
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis, davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 1.381.968,15 EUR (Vorjahr: 279.628,46 EUR)							
3. Sonstige Verbindlichkeiten, davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr: 2.269.102,52 EUR (Vorjahr: 329.327,79 EUR)							
E. Rechnungsabgrenzungsposten							

Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020

	2020	2020	2019	2019
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		2.807.685,95		4.139.045,79 €
2. Sonstige betriebliche Erträge				
a) Zuschuss Landkreis	3.290.142,84		3.002.560,50	
b) Landeszuschüsse	983.095,86		955.594,90	
c) Erstattung Agentur für Arbeit	37.962,21		0,00	
d) Zuschuss sonstige Fördermittel/Projekte	221.338,62		155.177,50	
e) Spenden / Sponsoring	211.108,61		225.887,94	
f) Sonstige betriebliche Erträge	17.603,29		25.516,27	
g) Auflösung von Ertragszuschüssen	161.136,79		154.120,15	
h) Auflösung von Rückstellungen	<u>38.986,11</u>	4.961.374,33	<u>16.051,10</u>	4.534.908,36
3. Materialaufwand				
Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.272.999,39</u>	1.272.999,39	<u>1.727.992,96</u>	1.727.992,96
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	4.090.955,03		4.330.197,38	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
davon für Altersvorsorge: 146.036,61 EUR	<u>947.786,04</u>	5.038.741,07	<u>971.828,21</u>	5.302.025,59
(Vorjahr: 155.083,23 EUR)				
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		361.209,43		376.693,90
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		1.095.831,54		1.266.389,70
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		573,15		0,00
davon aus der Abzinsung von Rückstellungen: 573,15 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR)				
8. Ergebnis nach Steuern		852,00		852,00
9. sonstige Steuern		852,00		852,00
10. Jahresüberschuss(+) / Jahresfehlbetrag (-)		0,00		0,00

Anhang zum Jahresabschluss vom 31.12.2020 des Kommunalen Eigenbetriebes „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“

I. Allgemeine Angaben

Der Kommunale Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“, mit Sitz in Borna, wurde zum 01.01.2019 gegründet.

Der Landkreis Leipzig führt diesen Eigenbetrieb als selbstständiges Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Sinne von § 63 SächsLKrO i. V. m. § 95a Abs. 1 SächsGemO und § 1 SächsEigBVO.

Die Satzung für den neuen Eigenbetrieb wurde mit dem Beschluss BV-2018/119 am 14.11.2018 beschlossen. Mit Beschluss BV-2020/070 wurde die 1. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung beschlossen.

Der Eigenbetrieb ist gemeinnützig tätig und entsprechend der Satzung ist eine Gewinnerzielungsabsicht auf Dauer ausgeschlossen.

Als Betriebsleiter wurde mit Beschluss BV-2018/115 Herr Dr. Klaus-Dieter Anders bestätigt. Nach § 13 dieser Satzung ist die Betriebsleitung für die Aufstellung des Jahresabschlusses zuständig.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage des § 63 SächsLKrO i. V. m. der SächsGemO, den Rechnungslegungsvorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) in der Fassung vom 22.09.2018 und des Handelsgesetzbuches (HGB) in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) aufgestellt. Für Eigenbetriebe gelten die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgte entsprechend § 31 Abs. 1 SächsEigBVO i. V. m. §§ 242 bis 287 und 289 HGB.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden gegenüber dem Vorjahresabschluss unverändert vorgenommen.

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Gegenstände des Sachanlagevermögens wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, gemäß der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt.

Für geringwertige Wirtschaftsgüter von 250,01 EUR bis 800,00 EUR wurde vom Wahlrecht der Sofortabschreibung Gebrauch gemacht, so dass geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800,00 EUR im laufenden Wirtschaftsjahr vollständig abgeschrieben wurden. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 250,00 EUR wurden als Aufwendungen behandelt.

Die Vorräte wurden mit dem letzten Einstandspreis, unter Beachtung des Niederstwertprinzips, bewertet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände, der Kassenbestand sowie Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nominalwert bewertet worden.

Wertberichtigungen auf risikobehaftete Forderungen wurden in angemessener Höhe vorgenommen.

Bei den in der Bilanz unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesenen Beträgen handelt es sich um Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, welche Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag darstellen.

Die Gliederung der Bilanz wurde um den Passivposten „Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen“ erweitert.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag gem. § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB, welcher nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist. Dabei wurden künftige Kosten- und Preissteigerungen einbezogen. Sofern die Laufzeit der sonstigen Rückstellungen größer als ein Jahr ist (Archivierungsrückstellung), erfolgte eine Abzinsung gem. § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden, durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (Abzinsungssätze bekanntgegeben von der Deutschen Bundesbank).

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde nach den Grundsätzen des IDW RS HFA 3 gebildet. Danach ist bereits handelsrechtlich eine Rückstellung zu berücksichtigen, wenn der oder die Mitarbeiter bereits zum Bilanzstichtag aufgrund der vorliegenden tarifvertraglichen Vereinbarung einen unentziehbaren Anspruch hat bzw. haben. Der Arbeitgeber hat aufgrund der tarifvertraglichen Vereinbarung eine Stillhalteverpflichtung und der Arbeitnehmer ein Optionsrecht. Zum Stichtag waren zwei Mitarbeiter in der Rückstellung zu berücksichtigen. Da die Restlaufzeiten der Vereinbarungen zum Bilanzstichtag mehr als ein Jahr betragen, sind die ermittelten Werte abzuzinsen. Der diesbezügliche Rechnungszinsfuß wurde gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem seiner Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre angesetzt und beträgt 0,49 % bzw. 0,71 %. Bei der Ermittlung der Rückstellung für 2020 wurde eine jährliche Kostensteigerung der Personalkosten von 2 % berücksichtigt. Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen beinhalten Zinsaufwendungen aus der Abzinsung der Rückstellung für Altersteilzeit i. H. v. 573,15 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR), § 277 Abs. 5 HGB.

Die Rückstellungen decken die erkennbaren Risiken und Verpflichtungen in angemessener Höhe ab. Beträge wurden sachgerecht ermittelt oder geschätzt.

Die gesamten Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag bewertet und passiviert.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten umfasst Einnahmen vor dem Stichtag, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

III. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist dem Anlagenspiegel (Anhang zum Anhang) zu entnehmen.

2. Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen enthält Vorräte und hauptsächlich liquide Mittel und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie übrige Forderungen.

Die Vorräte, hier der Flüssiggasbestand des Schullandheimes Bennewitz, wurden mit dem letzten Einstandspreis unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen resultieren aus der Erbringung von Leistungen des Eigenbetriebes für Gebühren des Musikschulunterrichts, Instrumentengebühren sowie Entgelte für Kurse der Volkshochschule und der Nutzung des Schullandheims, für die bis zum Bilanzstichtag kein Zahlungseingang zu verzeichnen war.

Die Forderungen gegenüber dem Landkreis resultieren überwiegend aus dem Kommunalen Jobcenter für die Betreuung des Berufsqualifikationszentrums, dem Umbau des Musikschulgebäudes Deutzener Straße, dem Pandemiezuschuss des Landkreises Leipzig und der Gutschrift für Abfallgebühren.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit bis zu 1 Jahr.

3. Eigenkapital

Vom Wahlrecht des § 11 Abs. 2 Satz 1 SächsEigBVO wurde kein Gebrauch gemacht. Demnach wurde auf die Festsetzung eines Stammkapitals für den kommunalen Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ verzichtet. Dies ist in § 3 der Satzung normiert.

Der Eigenbetrieb verfügt über eine Kapitalrücklage, die aus der Bewertung des Landkreises zum 01.01.2019 aus dem Saldo von Vermögen und Schulden sowie übergebener Eigenmittelanteile des Landkreises Leipzig für Gebäude und Ausstattung des jeweiligen kommunalen Eigenbetriebes „Musikschulen des Landkreises Leipzig“ (MS) und „Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig“ (WALL) resultiert. Der Saldo wurde in der Bilanz unter Kapitalrücklage ausgewiesen.

Die vom Landkreis zugewiesenen laufenden Zuschüsse werden durch den Eigenbetrieb nur insoweit ertragswirksam vereinnahmt, dass sich ein Jahresergebnis von 0,00 EUR ergibt. Die danach nicht verbrauchten Zuschüsse werden in der Bilanz als Verbindlichkeit gegenüber dem Landkreis ausgewiesen.

4. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse resultiert aus erhaltenen Zuschüssen der öffentlichen Hand sowie Sachspenden und Schenkungen von Vermögensgegenständen. Er wurde ertragswirksam, anteilig in Höhe des Prozentsatzes der planmäßigen Abschreibungen, auf das mit Zuschüssen finanzierte Anlagevermögen aufgelöst.

5. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen wurden gebildet für:			
Art	„Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig“	„Volkshochschule Landkreis Leipzig“	gesamt
Rückzahlung Fördermittel	10.758,10 €	0,00 €	10.758,10 €
Leistungsentgelt	17.601,00 €	23.475,00 €	41.076,00 €
Urlaub	6.376,52 €	34.537,00 €	40.913,52 €
interne Jahresabschlusskosten	5.665,60 €	8.249,40 €	13.915,00 €
Wirtschaftsprüfer	3.497,50 €	3.497,50 €	6.995,00 €
Betriebskosten	3.000,00 €	0,00 €	3.000,00 €
Aufbewahrungspflichten	2.200,00 €	1.000,00 €	3.200,00 €
Altersteilzeit	26.795,95 €	7.430,24 €	34.226,19 €
GEMA / VG Wort u.ä.	0,00 €	10.918,53 €	10.918,53 €
gesamt	75.894,67 €	89.107,67 €	165.002,34 €

Die Beträge wurden sachgerecht ermittelt oder geschätzt.

6. Verbindlichkeiten

Sämtliche Verbindlichkeiten haben Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr. Durch die pandemiebedingte Aussetzung von Projekten kann sich dies im Einzelfall auf ein Folgejahr verschieben.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis i.H.v. 1.381.968,15 EUR resultieren insbesondere aus nicht verbrauchten Zuschüssen i.H.v. 865.857,16 EUR (davon 841.789,41 EUR Pandemiezuschuss), i.H.v. 116.879,02 EUR aus Leistungsverrechnungen sowie 384.373,96 EUR aus Baurechnungen für den Umbau des Objektes Borna, Deutzener Str. 24. Darüber hinaus enthalten die sonstigen Verbindlichkeiten noch Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis aus Zuschüssen für den Umbau des Gebäudes in Borna, Deutzener Straße 24 i.H.v. 1.934.818,32 EUR.

7. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt wurden Gebühren und Kursentgelte sowie Projektmittel, die in 2020 zutlossen, aber für 2021 einen Ertrag darstellen.

8. Erträge

Der Eigenbetrieb hat Erträge in Höhe von 7.769.060,28 EUR erzielt. Davon entfallen auf die Volkshochschule 3.975.801,20 EUR und auf die Musik- und Kunstschule 3.793.259,08 EUR. In den Sonstigen Erträgen sind Zuschüsse des Landkreises in Höhe von 3.290.142,84 EUR enthalten; davon entfallen auf die Volkshochschule 1.058.026,72 EUR und auf die Musik- und Kunstschule 2.232.116,12 EUR. In Bezug auf die weitere Unterteilung in den einzelnen Betriebsteilen wird auf den Lagebericht verwiesen.

IV. Sonstige Pflichtangaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Zum Stichtag 31.12.2020 waren 97 Mitarbeiter*Innen im Eigenbetrieb beschäftigt; davon:

- Betriebsleitung und Verwaltungsleitung des Eigenbetriebes	2
- „Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig“	55
- „Volkshochschule Landkreis Leipzig“	40

Für das BerufsQualifikationsZentrum, für die Projektbereiche Deutsch, Mehrgenerationenhaus Markranstädt sowie für die Fachbereichsarbeit der VHS waren zum 31.12.2020 acht Mitarbeiter*Innen befristet beschäftigt.

Zur Beurteilung der Finanzlage hinsichtlich wesentlicher Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen entsprechend § 285 S. 1 Nr. 21 HGB wird wie folgt ausgeführt: Beziehungen bestehen insbesondere zum Landkreis Leipzig als Träger des Eigenbetriebes. Der Landkreis gibt auf Grundlage des Wirtschaftsplanes einen Zuschuss an den Eigenbetrieb (Wirtschaftsjahr 2020 Plan: 3.306.000,00 EUR); darüber hinaus werden im Rahmen von Leistungsverrechnungen Geschäftsvorfälle wie Personalverwaltung, Versicherungen u. ä. abgebildet. Es wurde ein zusätzlicher Pandemiezuschuss seitens des Landkreises i. H. v. 850.000,00 EUR gewährt.

Der Eigenbetrieb ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse Sachsen (ZVK Sachsen). Hier besteht eine mittelbare Pensionsverpflichtung, auf deren Bilanzierung zulässigerweise verzichtet wurde.

Das Honorar des Abschlussprüfers für die Prüfungsleistung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 beträgt 6.995,00 EUR (brutto).

Dem Betriebsausschuss gemäß Betriebssatzung gehörten im Jahr 2020 an:

Herr Henry Graichen, Vorsitzender	Landrat
Herr Karsten Frosch	k. A.,
Herr Stefan Müller	Heimleiter, ehrenamtlicher Bürgermeister
Frau Heike Helbig	Dipl. Kauffrau (FH)
Herr Oliver Fritzsche	Landtagsabgeordneter / Dipl. Geograph
Herr Stefan Meißner	k. A.
Herr Gerd Berger	k. A.
Frau Gisela Fritzsche	k. A.
Herr Reiner Rahmlow	Musiker
Herr Michael Hultsch	Apotheker, Bürgermeister
Herr Thomas Glaser	selbständiger Handwerker
Frau Evelyn Müller	Verwaltungsangestellte, Rentnerin
Frau Maria Gangloff	k. A.
Herr Ulrich Gäbel	k. A.
Frau Diane Apitz	k. A.,

Die Mitglieder des Betriebsausschusses erhalten für ihre diesbezügliche Tätigkeit keine Entschädigung durch den Eigenbetrieb.

Betriebsleitung:

Zum Betriebsleiter des Eigenbetriebes wurde Herr Dr. Klaus-Dieter Anders bestellt. Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Betriebsleiters wird unter Anwendung des § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

In Bezug auf Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Stichtag wird auf die Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf den Eigenbetrieb verwiesen. Ausführliche Erläuterungen hierzu sind im Lagebericht dargestellt.

Die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes wird wesentlich durch die Zuwendungen des Landkreises Leipzig (Verlustrückgleich) bestimmt.

Borna, den 30.04.2021

Dr. Anders
Betriebsleiter
Kommunaler Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“

Lagebericht des Kommunalen Eigenbetriebes „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ für das Wirtschaftsjahr 2020

1.) Wirtschafts- und Geschäftsbericht

Mit Wirkung zum 01.01.2019 hat der Landkreis Leipzig die beiden bisherigen kommunalen Eigenbetriebe „WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig“ und „Musikschulen des Landkreises Leipzig“ zu einem neuen Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ zusammengeführt.

Mit Beginn des Schuljahres 2020/2021, zum 01.08.2020, wurden die bisherigen Musikschulen Muldental „Theodor Uhlig“ und die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ zur **Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig** sowie die Volkshochschule Muldental und die Volkshochschule Leipziger Land zur **Volkshochschule Landkreis Leipzig** zusammengeführt. In diesem Zusammenhang erfolgte die 1. Änderung der Betriebssatzung.

In der Geschäftsordnung für den Kommunalen Eigenbetrieb wurden die entsprechenden Zuständigkeiten festgelegt. Der Leiter der Volkshochschule Landkreis Leipzig vertritt den Betriebsleiter bei Abwesenheit.

Die inhaltliche Arbeit der beiden Betriebsteile wird wie folgt erläutert:

A) Volkshochschule / Schullandheim

Im Jahr 2020 wurde die Fusion der Volkshochschulen Muldental und Leipziger Land vollzogen. Der Name der neuen Bildungs-/ Weiterbildungseinrichtung lautet **Volkshochschule Landkreis Leipzig**. Zum Betriebsteil gehört weiterhin das Schullandheim Bennewitz.

Die Volkshochschule des Landkreises stellte auch im Jahre 2020 mit ihrem klassischen grundständigen Kursangebot ein gemeinnütziges und für jedermann zugängliches Bildungsangebot in den Fachbereichen politisch-gesellschaftliche Bildung, Sprachen, Gesundheit, berufliche Bildung, kulturelle Bildung sowie Grundbildung/Alphabetisierung für den ländlichen Raum auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig bereit.

Dieser Bildungsbeitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge verknüpft sich mit den besonderen Herausforderungen des ländlichen Raumes an die Ausbringung qualitativ hochwertiger, bedarfsgerechter und bezahlbarer Bildungs- und Begegnungsangebote flächendeckend vor Ort.

Neben der Umsetzung eines flächendeckenden, grundständigen VHS-Angebotes wurden durch erfolgreiche Projektakquise zusätzliche Mittel z. B. vom Sächsischen Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) oder von verschiedenen Bundesministerien für weitere innovative Themenangebote eingeworben.

Dazu gehören z. B. Projekte zur eigenen Mitarbeiterfortbildung, für Schüler „Junior Ranger“ oder Ferienkurse für Schüler „talentCAMPus“.

Das Projekt Mehrgenerationenhaus (MGH) in Markranstädt wird seit 2008 erfolgreich fortgeführt und jährlich durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben gefördert – im Jahr 2020 mit 54 TEUR.

Durch die Zusammenarbeit mit anderen anerkannten Trägern der sächsischen Erwachsenenbildung/Weiterbildung wurden verschiedene Projekte, wie z. B. das Projekt „Pfadwechsel“ mit ARBEIT UND LEBEN Sachsen, fortgeführt.

Das Schullandheim bietet Schulklassen die Möglichkeit, für eine Woche das Klassenzimmer mit den Erlebnisräumen in der Natur zu tauschen. Pandemiebedingt musste das Schullandheim im Wirtschaftsjahr 2020 für 7 Monate schließen. Die Auslastung sank daher von ca. 61 % (2019) auf 15 % (2020).

An der Volkshochschule wurden im Jahr 2020 insgesamt 1.313 Kurse mit 30.449 Unterrichtsstunden sowie 12.756 Teilnehmer*innen durchgeführt. Pandemiebedingt ergibt sich damit eine Reduzierung der Kursausbringung gegenüber 2019 in Höhe von 32% und eine Minderung an Teilnehmenden in Höhe von 43%.

Die Umsatzerlöse reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,014 Mio. EUR.

Die Umsatzerlöse im klassischen VHS-Bereich (inklusive Projekte) lagen für die Volkshochschule um ca. 816,6 TEUR unter den Ansätzen des Wirtschaftsplanes. Der Grund liegt darin, dass auf Grund der Pandemie im betreffenden Wirtschaftsjahr zweimal die laufenden Bildungsprozesse „unterbrochen“ worden, und damit zusätzliche Verwaltungsprozesse bis hin zu umfangreichen Entgeltrückzahlungen mit großem Aufwand verknüpft waren. Das forderte zusätzliche personelle und materielle Ressourcen. Das Frühjahrs-/Sommersemester 2020 fand demzufolge ohne Einschränkungen nur im Januar und Februar statt. Der Neustart im Herbst des Jahres bzw. die Fortführung der Kurse erfolgte unter strengen Hygieneauflagen, wobei sich auf Grund der notwendigen Distanzformate, vor allem im Gesundheitsbereich, große Herausforderungen mit Blick auf die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten ergaben. Im Kern bedeutete dies sowohl Neuamrichtungen von Unterrichtsräumen oder auch die Halbierung der Anzahl der Teilnehmenden in den Kursen. Bei gleichzeitigen Entgeltausfällen wurden so höhere Kursausbringungskosten verzeichnet. Mit dem Neustart im Mai 2020 hielt die Volkshochschule Landkreis Leipzig den Kursbetrieb über die Sommermonate in reduzierter Form vor. Damit entstanden zudem gute Voraussetzungen für ein vollumfängliches Kurs-Programm im Herbst-/Wintersemester. Durch die erneute Schließung der Bildungseinrichtung in den Monaten November und Dezember 2020 verringerten sich jedoch die ausgebrachten Stunden und die Zahl der Teilnehmenden insgesamt beträchtlich.

Die Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter des Landkreises Leipzig (KJC) wurde fortgeführt. Die Erträge aus der Arbeit im BerufsqualifikationsZentrum lagen mit 12,7 TEUR unter dem Planansatz. Die in diesem Betriebsteil geführten Bewerbercenter arbeiten auf der Grundlage einer Vollkostendeckung und leisten zudem einen positiven Deckungsbeitrag zu den allgemeinen Betriebs- und Personalkosten. Die vom Plan abweichenden Ergebnisse haben ihre Ursache darin, dass das Auftragsvolumen mit dem KJC in der Regel erst nach Erstellung des Wirtschaftsplanes verhandelt werden kann.

Das Schullandheim erreichte hinsichtlich der Umsatzerlöse pandemiebedingt ein Ergebnis von 33,9 TEUR; die Umsatzerlöse liegen damit 81,1 TEUR unter dem Ansatz des Wirtschaftsplanes. Grund dafür ist die angeordnete Schließung des Schullandheimes im Zeitraum März bis August 2020; ab November 2020 erfolgte die erneute Schließung.

Der Rückgang an Umsatzerlösen in Höhe von 128,2 TEUR im Bereich Migration Deutsch als Fremdsprache (DaF) sowie Deutsch als Zweitsprache (DaZ) zum Vergleichszeitraum des Vorjahres ergibt sich gleichfalls aus den bereits dargestellten Gründen der Einschränkungen durch die Pandemie. Im Wirtschaftszeitraum wurden Bundesmittel zur Verringerung der Pandemiefolgen in Form von Fördermitteln aus dem SoFEG für ausgefallene Integrations- und Berufssprachkurse beantragt.

B) Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig

Die **Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig** ist zum 01.08.2020 aus der Fusion der Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ und der Musikschule Muldentale „Theodor Uhlig“ hervorgegangen.

Im Haushaltsjahr 2020 unterbreitete die Musik- und Kunstschule im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 35 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Jahr 2020 von insgesamt 3.774 Schülerinnen und Schülern ganzjährig in Anspruch genommen (Vorjahr: 4.328 Schüler*innen); hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. das Programm des Verbandes deutscher Musikschulen „Jedem Kind ein Instrument“. Die Schülerzahl in diesem Programm beträgt noch einmal ca. 650.

An der Musik- und Kunstschule wurden durchschnittlich 1.600 Jahreswochenstunden unterrichtet. Die Musik- und Kunstschule bietet dabei Unterricht in folgenden Bereichen an:

- Grundfächer (Musikalische Früherziehung, Instrumentenkarussell u.ä.)
- Instrumental- und Vokalfächer (Streich-, Zupf-, Blas-, Schlag-, Tasteninstrumente, Vokalfächer)
- Ensemblefächer
- Ergänzungsfächer (Tanz, Musiktheorie u.ä.).

Bedingt durch die Corona-Schutz-Verordnungen des Freistaates Sachsen fand vom 16.03.2020 bis 28.05.2020, vom 02.11.2020 bis 30.11.2020 sowie vom 14.12.2020 bis 18.12.2020 kein Unterricht in Präsenz statt. In der Zeit vom 01.06.2020 bis 17.07.2020 fand der Unterricht in Präsenz nur sehr eingeschränkt statt. Zum Beginn des neuen Schuljahres lief der Unterrichtsbetrieb vom 31.08.2020 bis 16.10.2020 überwiegend normal mit kleinen Einschränkungen.

Durchschnittlich 80% des instrumentalen und vokalen Einzelunterrichts wurden während der Einschränkungen alternativ (überwiegend als Onlineunterricht) fortgesetzt. Allerdings musste in den Schließzeiten der Unterricht im Bereich der Grund-, Ensemble- und Ergänzungsfächer nahezu vollständig eingestellt werden. Während in normalen Wirtschaftsjahren die Gebührenbescheide einmalig erstellt werden, mussten mit einem hohen Aufwand 2020 zwei zusätzliche Bescheide hinsichtlich Korrekturen und Gebührenrückerstattungen erstellt werden. Die Pandemie führte zu einem Verlust an Umsatzerlösen in Höhe von ca. 390 TEUR.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region führt die Musik- und Kunstschule innerhalb eines Haushaltsjahres i. d. R. über 300 Veranstaltungen durch. Im Haushaltsjahr 2020 konnten auf Grund der Corona-Pandemie nur sehr wenige Veranstaltungen durchgeführt werden. Insgesamt gestaltete die Musik- und Kunstschule 69 Veranstaltungen und erreichte dabei ca. 4850 Zuhörer*innen.

Im Wirtschaftsjahr 2020 wurden die Bauarbeiten am neuen Gebäude der Musik- und Kunstschule fortgesetzt. Das Gebäude in 04552 Borna, Deutzeener Str. 24, wird im Wirtschaftsjahr 2021 an den Eigenbetrieb übergeben.

Im Vergleich mit dem Wirtschaftsplan (Erfolgsplan) 2020 lässt sich für den Gesamtbetrieb folgendes feststellen:

	Plan 2020	Ist 2020	Erläuterungen (Abweichung mehr als 5%)
	TEUR	TEUR	
1. Umsatzerlöse	3.849,39	2.807,69	Mindereinnahmen aus pandemiebedingter Schließung der Betriebsteile
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.101,04	4.961,37	
Erträge GESAMT	8.950,43	7.769,06	
5. Materialaufwand	2.100,76	1.273,00	Verminderte Honorarzahungen durch pandemiebedingte Schließung der Betriebsteile sowie Umwidmung von Honoraren in Personalkosten durch befristete Anstellungsverhältnisse im Berufsqualifikationszentrum
6. Personalaufwand	4.971,38	5.038,74	
7. Abschreibungen	443,60	361,21	Senkung, da die Fertigstellung des Gebäudes der Musikschule in Borna erst 2021 erfolgt
8. Sonstiger Aufwand	1.434,69	1.096,11	Senkung durch pandemiebedingte Schließung der Betriebsteile
Aufwendungen GESAMT	8.950,43	7.769,06	
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	0,00	0,00	

Darüber hinaus wird für die beiden Betriebsteile wie folgt ausgeführt:

A) Volkshochschule Landkreis Leipzig

Aufwendungen	EURO
1. Umsatzerlöse	1.853.567,55
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.064.206,93
Zuschuss Landkreis	1.058.026,72
3. Materialaufwand	787.109,40
4. Personalaufwand	
a) Löhne und Gehälter	1.879.488,37
b) Soziale Abgaben incl. Altersvorsorge	444.298,14
5. Abschreibungen	170.695,18
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	655.754,62
7. Sonstige Zinsen und Erträge	53,04
8. Interne Verrechnung mit der Musikschule (-)	38.009,53
9. <i>Ergebnis nach Steuern</i>	<i>499,00</i>
10. Sonstige Steuern	499,00
11. Jahresüberschuss(+)/ Jahresfehlbetrag (-)	0,00

Angesichts der vollzogenen Anordnung zur Stilllegung des VHS-Betriebs im März 2020 und des damit verbundenen drohenden Verlusts von Teilnahmeentgelten sowie weiterer unmittelbarer Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Haushaltslage der Volkshochschule, stellte der Landkreis im laufenden Jahr zusätzliche Finanzmittel i. H. v. 560 TEUR als Soforthilfe zur Verfügung. Grundlage dafür war eine Hochrechnung der VHS zum 30.06.2020. Trotz des Bemühens um eine objektive Einschätzung der zu erwartenden Entwicklungen zeigt sich mit dem Jahresabschlussergebnis, dass der Pandemiezuschuss seitens des Landkreises durch die VIIS nicht in Anspruch genommen werden musste. Ursächlich hierfür sind:

Nicht geplante Mehreinnahmen

- Erstattung von Kurzarbeitergeld durch die Bundesagentur für Arbeit i. H. v. 27,2 TEUR,
- Mehreinnahmen gegenüber Pandemicprognose im Juni 2020 im Fachbereich Deutsch i. H. v. 145,6 TEUR,
- Mehreinnahmen aus dem Bundesprogramm Mehrgenerationenhäuser i. H. v. 1,4 TEUR,
- Mehreinnahmen im klassischen Bereich der Volkshochschule gegenüber ursprünglicher Prognose in Höhe von 114,0 TEUR (der unerwartet hohe Zuspruch der Teilnehmenden zum Wiedereintritt in die fortgesetzten Kurse des Herbst-/Wintersemesters, aber auch in neue Kursangebote, wurde selbst in den optimistischsten Voraussagen der sächsischen VHS-Communities sowie im Landesverband der sächsischen Volkshochschulen nicht vorausgesehen),

- Auflösung einer Rückstellung in Höhe von 35,2 TEUR für den Abriss Anbau Raumzelle Geithain.

Nicht geplante Minderausgaben

- In einer Reihe von Aufwandspositionen wurden gegenüber dem Planansatz 198,3 TEUR eingespart: z. B. Mieten und Betriebskosten 20,1 TEUR, Reisekosten Lehrgangsteilnehmer 21,1 TEUR, Werbungskosten 46,8 TEUR; weitere Einsparungen ergaben sich in Positionen wie z. B. Verbrauchsmaterialien, Porto und Bürobedarf.
- Vorsorglich wurden auf Grund der erneuten Pandemielage auf geplante Investitionen im zweiten Halbjahr verzichtet, wodurch sich zudem verminderte Abschreibungen in Höhe von 36 TEUR ergaben.

B) Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig

Aufwendungen	EURO
1. Umsatzerlöse	954.118,40
2. Sonstige betriebliche Erträge	607.024,56
Zuschuss Landkreis	2.232.116,12
3. Materialaufwand	485.889,99
4. Personalaufwand	
a) Löhne und Gehälter	2.211.466,66
b) Soziale Abgaben incl. Altersvorsorge	503.487,90
5. Abschreibungen	190.514,25
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	440.076,92
7. Sonstige Zinsen und Erträge	520,11
8. Interne Verrechnung mit der Volkshochschule (+)	38.009,53
9. <i>Ergebnis nach Steuern</i>	353,00
10. Sonstige Steuern	353,00
11. <i>Jahresüberschuss(+)/ Jahresfehlbetrag (-)</i>	<i>0,00</i>

Der Kommunale Eigenbetrieb erhielt im Wirtschaftsjahr 2020 für die Arbeit der Musikschulen Fördermittel des Freistaates Sachsen in Höhe von 385.665,00 EUR.

Angeichts der pandemiebedingten Schließung ab März 2020 und den oben bereits dargestellten weiteren Schließungsphasen stellte der Landkreis im laufenden Jahr zusätzliche Finanzmittel i. H. v. 290 TEUR als Pandemihilfe zur Verfügung. Grundlage dafür war eine Hochrechnung der Musikschule zum 30.06.2020. Trotz des Bemühens um eine objektive Einschätzung der aktuellen Lage zeigt sich mit dem Jahresabschlussergebnis, dass der Pandemiezuschuss durch die Musikschule nahezu vollständig nicht in Anspruch genommen werden musste.

Ursächlich hierfür sind:

Nicht geplante Mehreinnahmen

- Erstattung von Kurzarbeitergeld durch die Bundesagentur für Arbeit i. H. v. 10,8 TEUR,

Nicht geplante Minderausgaben

- Minderausgaben im Bereich der Honorare i. H. v. 180 TEUR sowie in den Personalkosten in Höhe von 100 TEUR,
- In einer Reihe von Aufwandspositionen (incl. Abschreibungen) wurden gegenüber dem Planansatz 110 TEUR eingespart (z. B. Reisekosten, Werbungskosten, Aufwendungen für Neustrukturierung im Rahmen der Fusion u. ä.)

2.) Prognose

A) Volkshochschule Landkreis Leipzig / Schullandheim

Auf Grund der Pandemie seit März 2020 veränderten und immer noch anhaltenden Rahmenbedingungen für das Angebot und die Ausbringung von VHS-Kursen und -Veranstaltungen sowie Belegungen im Schullandheim ist für das Jahr 2021 und abschbar darüber hinaus mit großen Auswirkungen zu rechnen.

Es ist dabei von folgenden Rahmenbedingungen auszugehen:

- Der Corona-Shut-Down an den Volkshochschulen seit November 2020 dato hat dazu geführt, dass sämtliche Einnahmen über die Teilnehmerentgelte von einem Tag auf den anderen weggebrochen sind und damit eine zentrale Finanzierungssäule bis heute fehlt. Die fortwährende Pandemie trifft durch den permanenten Kursausfall die Institution Volkshochschule im Kern.
- Pandemiebedingt und vor dem Hintergrund der geltenden behördlichen Anordnungen zu einem Hygienemanagement gestalten sich selbst vereinzelt zugelassene Präsenzformate sehr aufwändig und kostenintensiv. Das betrifft z.B. besondere Hygienemaßnahmen wie Testungen oder Kleingruppenformate bis Einzelcoaching in entsprechenden Räumlichkeiten.
- Neben diesen strukturbedingten verringerten Teilnehmerzahlen – die entsprechend auch zu geringeren Einnahmen führen – ist auch weiterhin von einer größeren Vorsicht und Zurückhaltung in der Bevölkerung auszugehen, da Gruppensituationen in geschlossenen Räumen vermieden werden.
- Ein weiterer Grund für einen signifikanten Rückgang der Teilnehmerzahlen liegt in neuen privaten und beruflichen Lebenssituationen. Vermehrte Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und unsichere (wirtschaftliche) Zukunftsaussichten werden das Weiterbildungsverhalten mit beeinflussen.

- Weiterhin spielt eine wichtige Rolle, dass ein Wiedereinstieg der Volkshochschule spätestens im Juni 2021 erfolgen müsste, um zumindest ein reduziertes Kursprogramm für das Herbst-/Wintersemester 2021/22 vorzubereiten. Viele der ausgesetzten Kurse lassen sich aus Raumgründen, aus Termingründen der Kursleitenden oder aus Gründen bei den ehemals Teilnehmenden nicht nachholen. Andere Kurse, bei denen dies gelingen könnte, müssten u. U. geteilt werden, da die ehemalige Gruppengröße den Verhältnissen im zweiten Semesterhalbjahr weiterhin nicht entsprechen könnten. Hierzu müssen zusätzliche Kursräume und auch Kursleitende zur Verfügung stehen.
- Eventuell könnte die Volkshochschule ab September 2021 zwar in den gewohnten Semesterrhythmus einsteigen. Diese Startphase in das neue und reguläre Herbstsemester wird allerdings weiterhin mit den oben genannten pandemiebedingten Nachwirkungen zu kämpfen haben. Es ist davon auszugehen, dass lediglich ca. 35% der vorjährigen Teilnehmerzahl in 50% der vorjährigen Kurse im September 2021 erreicht werden.
- Es folgt von November bis Jahresende 2021 voraussichtlich eine Stabilisierungsphase. In dieser könnten ca. 50% der vorjährigen Teilnehmerzahlen in 70% der vorjährigen Kurse erreicht werden.
- Die Dimension der Ungewissheit der vorstehend geschilderten Eventualitäten erschwert zum jetzigen Zeitpunkt eine seriöse Prognose konkreter Einnahmeverluste und Minderausgaben. Hierzu müssen zum Halbjahr 2021 belastbare Aussagen folgen. Als wesentliche Gegenmaßnahme zur Verminderung der Pandemie-Schäden wurden ab Januar 2021 21 Mitarbeiter*innen der Volkshochschule zur Unterstützung des Gesundheitsamtes des Landkreises Leipzig abgeordnet. Gleichwohl müssen zur Wahrung des Profils der Volkshochschule bzw. des Schullandheims und der Sicherung ihrer wichtigsten Arbeits- und Organisationsstrukturen Teile des Kollegiums und die Betriebsleitung in der Bildungseinrichtung verbleiben.

B) Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig

- Auch im Jahr 2021 bestehen durch die Corona-Schutz-Verordnungen des Freistaates Sachsen erhebliche Einschränkungen des Unterrichtsbetriebs. Bis zum 12.02.2021 war jeglicher Präsenzunterricht untersagt. Seit dem 15.02.2021 findet instrumentaler und vokaler Einzelunterricht für besondere Ausnahmen und seit dem 08.03.2021 für Schüler*innen, die sich auf das Nichtvorliegen einer Infektion mit SARS-CoV-2 testen lassen haben, statt. Es wird prognostiziert, dass bis zum Ende des Schuljahres weiterhin erhebliche Einschränkungen des Unterrichtsbetriebs bestehen werden. Vor allem durch die komplette Aussetzung des Unterrichts im Elementarbereich (Musikalische Früherziehung u. ä.) entsteht ein Gebührenaufschlag von ca. 7.500,00 EUR pro Unterrichtswoche. Zu Grunde gelegt, dass der Unterrichtsbetrieb mit Beginn des Schuljahres 2021/2022 normal beginnen kann, wird ein Gesamtaufschlag bei den Gebühreneinnahmen von ca. 270 TEUR prognostiziert.
- Seit dem 01.01.2021 befinden sich ca. zwei Drittel der angestellten Musikpädagog*innen in personenbezogener Kurzarbeit. Durch die daraus resultierenden Minderausgaben in den Personalaufwendungen sowie geringere Aufwendungen im Honorarbereich können ca. 200 TEUR des Gebührenaufschlags kompensiert werden. Mit dem Halbjahresbericht des Eigenbetriebes ist diese Prognose zu konkretisieren.

- Für die Fördermittel des Freistaates (Landeszuschuss) liegen noch keine entsprechenden Zuwendungsbescheide vor. Die vorgesehenen Einnahmen aus dem Landeszuschuss sind in ihrer Höhe risikobehaftet.
- Durch die Corona-Pandemie wird mit einem Rückgang der Teilnehmer gerechnet. Neben Kündigung auf Grund Beschränkungen, findet die Nachwuchsarbeit im Elementarbereich nicht statt. Die angestrebte Zahl von ca. 300 Teilnehmer*innen, die aus den Elementarangeboten in den vokalen und instrumental Unterricht bzw. in den Tanz wechseln, ist voraussichtlich nicht zu halten. Darum wird ein Rückgang der Schüler- wie der Jahrswochenstundenzahl prognostiziert. Vor September 2021 ist diesbezüglich keine belastbare Prognose möglich.

C) Allgemein

Für den gesamten Eigenbetrieb wird eingeschätzt, dass auch im Wirtschaftsjahr 2021 ein ausgeglichenes Ergebnis vorgelegt werden kann. Entsprechend Wirtschaftsplan 2021 sind Erlöse und Aufwendungen in einer Gesamthöhe von 8.732.652 EUR geplant. Diese werden sich, vor allem pandemiebedingt, um ca. 1,2 Mio. EUR reduzieren; eine Erhöhung des Landkreiszuschusses ist nicht geplant.

3.) Chancen und Risiken

A) Allgemein

In den Beratungen der Betriebsleitung wird das Risikomanagement für den Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2021 fortgeschrieben. Bezüglich der Auswirkungen der Corona-Pandemie wird auf Pkte. 1 und 2 des Lageberichts verwiesen. Darüber hinaus wird wie folgt festgestellt:

- Die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes wird wesentlich durch die Zuwendungen des Landkreises Leipzig (Verlustrückgang) bestimmt. Für das Wirtschaftsjahr 2021 liegt ein bestätigter Wirtschaftsplan vor, so dass die Aufgaben auch weiterhin wahrgenommen werden können. Nach Einschätzung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes sind in der Zuschussgewährung keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt.
- Hinsichtlich der Corona-Pandemie-bedingten Mehraufwendungen bzw. Mindererträgen ist der Eigenbetrieb im ständigen Austausch mit dem Landkreis als Träger des Eigenbetriebes. Die Höhe eines möglichen Defizites ist im Halbjahresbericht darzustellen.
- Als wesentliche Gegenmaßnahme zur Verminderung der Pandemie-Schäden wurde im Bereich der Musik- und Kunstschule ab 01. Januar 2021 Kurzarbeit angeordnet. Diese ist personenbedingt und unterliegt durch die unterschiedlichen Öffnungsmöglichkeiten entsprechend der Allgemeinverfügungen des Freistaates Sachsen starken Schwankungen. Derzeit ist geplant, die Kurzarbeit zunächst bis zum 31.07.2021, dem Beginn des neuen Schuljahres, fortzusetzen. Die Abrechnung mit der Agentur für Arbeit erfolgt monatlich. Derzeit ist von einer Erstattung des Kurzarbeitsgelds durch die Agentur für Arbeit von ca. 80 TEUR auszugehen. Im Bereich der Volkshochschule sind derzeit 21 Mitarbeiter*innen an das Gesundheitsamt des Landkreises abgeordnet. Durch den Landkreis erfolgt eine Erstattung der diesbezüglichen Personalaufwendungen.

- Der Liquiditätsplan bzw. das Investitionsprogramm für das Wirtschaftsjahr 2021 ist wesentlich von der Umsetzung des IT-Konzeptes im Rahmen der Zusammenführung der Betriebsteile geprägt. Hier steht eine Umsetzung derzeit noch aus.
- Bezüglich der Spenden der beiden Sparkassen Leipzig und Muldentäl gibt es noch keine Aussagen. Die Spenden sind daher risikobehaftet. Im 1. Quartal fanden mehrere Gespräche mit den Vertretern der Sparkasse Leipzig und der Sparkasse Muldentäl statt.
- Für die Planung der Personalkosten liegen aktuelle Abschlüsse der Tarifparteien für das Wirtschaftsjahr 2021 vor; die Entgelte erhöhen sich ab April 2021 um 1,4%.
- Das Risiko bei der Einwerbung von Projektmitteln ist aufgrund sich ständig ändernder Förderbedingungen nicht sicher zu beschreiben. Trotzdem sollte die Akquise und Umsetzung von thematischen Fördermittelprojekten aus Landes- und Bundesmitteln ausgebaut werden.
- Aktuelle Urteile der Sozial- und Arbeitsgerichte hinsichtlich der Beurteilung von Honorarverträgen an Volkshochschulen und Musikschulen stellen ein latentes Risiko dar. Zur Minimierung des Risikos wird eine weitere Umwandlung von Honorarstunden in Feststellungsverhältnisse angestrebt.
- Die Liquidität des Eigenbetriebes ist durchgängig gegeben, so dass hier keine Risiken prognostiziert werden.
- Der bisherige Betriebsleiter beendet seine Tätigkeit beim Landkreis Leipzig zum 30.09.2021. Die Nachbesetzung ist durch den Landkreis in Vorbereitung.
- Weitere Risiken sind derzeit nicht erkennbar.
- Kern des Risikomanagements des Kommunalen Eigenbetriebes ist ein Risikofrüherkennungssystem. Dies beinhaltet
 - Risikoidentifikation,
 - Risikobewertung,
 - Risikobewältigung einschließlich Risikokommunikation,
 - Risikoüberwachung einschließlich Risikofortschreibung und
 - Dokumentation.
- Gegenüber dem Landratsamt Leipzig, Finanzverwaltung, wird regelmäßig ein Bericht zur Bewertung der Risiken erstellt.

B) Volkshochschule Landkreis Leipzig / Schullandheim

- Die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften auf Honorarbasis für eine wohnortnahe Ausbringung von Bildungsdienstleistungen in der gesamten Fläche des Landkreises Leipzig bleibt weiterhin Kern der Risikoeinschätzung für die künftige VHS-Arbeit. Strukturell und logistisch erweist es sich als Risiko, dass für angebotene und oft gut gebuchte Kurse nur sehr schwer fachlich qualifizierte Dozenten in der Fläche gewonnen werden können. Diese Entwicklung lässt sich nur teilweise durch höhere Honorare ausgleichen. Für die Zukunft der Volkshochschulen wird dies, auch nach Einschätzung der Landes- und Bundesverbände der Volkshochschulen, zu einer ernsthaften Herausforderung.

Durch die befristete Festanstellung von Lehrpersonal in den Fachbereichen Fremdsprachen und Gesundheit sollte bis Ende 2020 erprobt werden, ob damit eine Problemlösung herbeigeführt werden kann. Nicht nur pandemiebedingt konkretisierte sich die Erkenntnis, dass eine Festanstellung von „reinem“ Lehrpersonal für die klassischen VHS-Kursformate sowie deren logistischen Herausforderungen gegenwärtig nicht adaptierbar und finanziell tragbar sind. Die bisherigen Auswertungen lassen nun ein deutliches Risiko erkennen, da die Festanstellung von Lehrpersonal, welches „nur“ unterrichtend tätig ist, sich auf Grund der aktuellen grundständigen Förderparadigmen von Volkshochschulen als finanziell problematisch erweist. Die o. g. befristeten Arbeitsverhältnisse wurden daher im Wirtschaftsjahr 2020 vollständig beendet.

- Eine Prüfung der Kostendeckung der seit 2017 erhöhten Honorarzahungen an frei- und nebenberufliche Lehrkräfte in den klassischen Fachbereichen der Volkshochschule erfordert für das Jahr 2021 eine entsprechende Entgeltanpassung. Die dafür notwendigen Kalkulationsgrundlagen wurden im ersten Halbjahr 2020 überarbeitet und für die fusionierten Volkshochschulen angepasst. Die avisierte Anwendung für das Herbst-/Wintersemester 2020/21 wurde auf Grund der durch die Pandemie erschwerten gesellschaftlichen Verwertungsbedingungen für die Erwachsenen-/Weiterbildung in das Frühjahr-/Sommersemester 2021 verschoben. Gegenwärtig durchläuft der Entwurf der neuen Entgeltsatzung der fusionierten Volkshochschulen die Ausschüsse des Kreistages, um auf der Sitzung des Kreistages am 19.05.2021 zur Abstimmung vorgelegt zu werden.
- Bezüglich der Landestförderung für anrechnungsfähige grundständige Unterrichtseinheiten gilt mindestens, dass der aktuelle Fördersatz pro Unterrichtseinheit Grundförderung erhalten bleibt. Zudem dienen als Berechnungsgrundlage für die Landestförderung 2021 die geleisteten Stunden des Jahres 2019. In der Haushaltplanung des Freistaates für 2021/22 kann weiter mit zusätzlichen Fördermitteln für die anerkannten sächsischen Erwachsenenbildungseinrichtungen für Personal, Sachkosten und Investitionen in den Bereichen politische-gesellschaftliche Bildung, Grundbildung, Digitalisierung und Inklusion gerechnet werden.
- Die bis dato als Risiko eingestufte mögliche Verringerung des Auftragsvolumens seitens des Kommunalen Jobcenters (KJC) im Bereich des BerufsQualifikationsZentrums hat sich insofern relativiert, als dass für die Jahre 2021 bis Ende 2024 ein längerfristiger Vertrag mit dem KJC abgeschlossen werden konnte.
- Die mit Blick auf den Punkt Geschäftsverlauf beschriebene Situation im Bereich Migration DaF/DaZ stellt weiterhin ein zusätzliches äußeres Risiko dar. Die zu erwartende Zunahme an DeuFöV-Kursen (Berufssprachkurse) konnte, abgesehen von den aktuellen pandemischen Einschränkungen, zur Abmilderung dieser Entwicklungen beitragen. Wie bereits im letzten Lagebericht ausgeführt, könnten Maßnahmen zur beruflichen und kulturellen Integration von Zugewanderten neben dem sprachlichen ein weiterer profilbildender Arbeitsschwerpunkt für die Institution Volkshochschule sein. Es ist weiterhin zu erwarten, dass sich aus der gesellschaftlichen Herausforderung der beruflich-betrieblichen Integration von Migranten neben den zurückgehenden allgemeinen Sprachkursen ein weiteres Arbeitsfeld für die Volkshochschulen in diesem Kontext ergeben könnte. Das indiziert die bereits angesprochene Zunahme von Sprachkursen mit beruflicher Orientierung (DeuFöV-Kurse). Allerdings fehlen aus unserer Sicht diesbezüglich systematische, überschaubare Förderstrukturen, die eine entsprechende Beteiligung der Volkshochschule möglich machen.

- Das Risiko bei der Einwerbung von Projektmitteln ist aufgrund sich ständig ändernder Förderbedingungen nicht sicher zu beschreiben. Obgleich die Akquise und Umsetzung von thematischen Fördermittelprojekten aus Landes- und Bundesmitteln ausgebaut werden sollte.
- Als Chance und große Organisationsanforderung ist die Arbeit der vergangenen Wochen zur Adaption der QM-Systeme der beiden ehemaligen Volkshochschulen zum einheitlichen Qualitätsmanagementsystem QES^{plus}, inklusive der Zertifizierung nach AZAV, der Volkshochschule des Landkreises Leipzig zu bewerten. Der fast einwöchige Zertifizierungsprozess durch den akkreditierten Zertifizierer TÜV Thüringen wird voraussichtlich im Monat Mai 2021 abgeschlossen sein.

C) Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig

- Kern der Risikoeinschätzung für die Arbeit der Musik- und Kunstschule ist die Entwicklung der Einschränkungen, die durch den Verlauf der Bekämpfung der Coronapandemie bedingt werden. Sollten die aktuellen Beschränkungen, nach denen lediglich Einzelunterricht mit Einschränkungen in Präsenz möglich ist, über weitere Monate bestehen bleiben, stehen der Musik- und Kunstschule große Einschnitte bei der Anzahl der Belegung von Kursen, bei der Anzahl der Neuanmeldungen, bei der Auslastung der Tanzkurse und bei der Entwicklung der Gesamtschülerzahl und Gesamtstundenzahl bevor. Dadurch ist die Höhe der Gebühreneinnahmen stark risikobehaftet. Die elementaren Kurse in der Musikalischen Früherziehung sowie die externen Jeki-Angebote („Jedem Kind ein Instrument“) sind für die Nachwuchsgewinnung der Musik- und Kunstschule entscheidend. Dass aus diesen Bereichen bereits im Jahr 2020 kein Nachwuchs gewonnen werden konnte, die Kurse auch im aktuellen Betrieb nicht stattfinden und dadurch darüber hinaus keine Nachwuchsakquise möglich ist, stellt für die Musik- und Kunstschule ein Risiko dar.
- Anders als im vokalen und instrumentalen Einzelunterricht ist im Tanzunterricht ein Onlineangebot nur sehr eingeschränkt möglich. Obwohl der Fachbereich Tanz vielfältige alternative digitale Angebote für die Schüler*innen bereitgestellt hat, ist hier ein deutlicher Rückgang der Belegungszahl in den Tanzgruppen zu verzeichnen. Die künftige Auslastung Tanzbereich und die damit verbundenen Gebühreneinnahmen im Tanz sind damit risikobehaftet.
- Zur Minderung der Risiken erfolgt derzeit eine digitale Werbung für Unterrichtsangebote, für Teilnehmer aus Kursen gibt es Angebote zum Ausprobieren von verschiedenen Instrumenten, an mehreren Orten sind (nach Möglichkeit) Tage der offenen Tür geplant. Für alle diesbezüglichen Angebote hat der Förderverein der Musik- und Kunstschule seine Unterstützung zugesichert.
- Durch die Coronapandemie stehen alle geplanten Veranstaltungen und Konzerte der Musik- und Kunstschule unter dem Risiko, dass sie nicht stattfinden können. Für die Öffentlichkeitsarbeit sind Veranstaltungen eine entscheidende Säule. Die Reichweite des Angebots ist damit weiter eingeschränkt.
- Der Entwurf der neuen Gebührensatzung für die Musik- und Kunstschule, die gegenwärtig die Ausschüsse des Kreistages durchläuft und am 19.05.21 dem Kreistag zur Abstimmung vorgelegt werden soll, sieht neben einer Erhöhung der Gebühren eine Gleitklausel, nach der die Gebühren in den kommenden Jahren jährlich um 1,5% steigen, vor. Dies bietet die Chance einer zeitnahen Anpassung der Gebühreneinnahmen an steigende Kosten.

Die der Gebührenkalkulation zugrunde gelegte gebührenfähige Bemessungseinheit in Form der Jahreswochenstundenzahl ist risikobehaftet, da in diese die pandemiebedingten Minderungen nicht mit einbezogen werden konnten. Für die Fördermittel des Freistaates (Landeszuschuss) liegen keine entsprechenden Zuwendungsbescheide vor. Die vorgeschienen Einnahmen aus dem Landeszuschuss sind in ihrer Höhe risikobehaftet. Ein erhöhtes Risiko bei der Akquise weiterer Fördermittel kann nicht festgestellt werden. Die Mittel werden direkt projektbezogen eingeworben.

- Chancen für die Musik- und Kunstschule ergeben sich aus der Fusion der bisherigen Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ und der Musikschule Muldentale „Theodor Uhlig“. Hier wird eine territoriale Erweiterung des Angebots geplant, wodurch die Musik- und Kunstschule in der Fläche breiter aufstellt sein wird. Des Weiteren haben die alternativen Unterrichtsangebote eine Beschleunigung der Digitalisierung ausgelöst, die vielseitige Chancen für die künftige Arbeit und das künftige Angebot aufweisen.

- Schwierigkeiten gibt es nach wie vor bei der Gewinnung von Honorarkräften für Unterrichtsorte, die weit von der Stadt Leipzig entfernt sind. Für das Schuljahr 2019/2020 wurde eine Erhöhung der Honorare im Bereich der Musikschulen vorgenommen. Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass die derzeitigen Honorare trotzdem ca. 20% unter den vergleichbaren Sätzen der Stadt Leipzig liegen, so dass die Gewinnung von Honorarlehrkräften weiterhin sehr schwierig ist.

- Für Musik- und Kunstschule sind Investitionen für die Ausstattung des neuen Gebäudes in der Deutzer Straße 24, 04552 Borna geplant. Außerdem soll ein neues Logo für die fusionierte Musikschule und die Ausstattung aller Hauptstandorte mit WLAN investiert werden.

4.) Finanzbeziehungen zum Landkreis

Die Finanzbeziehungen zum Landkreis Leipzig spiegeln sich im Wirtschaftsjahr 2020 insbesondere in folgenden Positionen wider:

- a) Zuschuss des Trägers auf Grundlage des Wirtschaftsplanes bzw. des Haushaltsplanes des Landkreises,
- b) Leistungsverrechnung für in Anspruch genommene Leistungen (insbesondere Leistungen des Haupt- und Personalamtes für Versicherungen, Arbeitssicherheit, Personalverwaltung u. ä.) und
- c) Zuschuss des Trägers für die Baumaßnahme Musikschulgebäude, 04552 Borna, Deutzer Straße 24.
- d) Zuschuss des Trägers im Rahmen der Corona-Pandemie; von den ursprünglich im Wirtschaftsjahr 2020 avisierten 850 TEUR mussten lediglich 8.210,59 EUR in Anspruch genommen werden.

Dies sind Zuschüsse im Sinne des § 27 Abs. 3 SächsLigBVO.
Kredite wurden nicht getätigt.

Borna, den 30.04.2021

Dr. Anders
Betriebsleiter
Kommunaler Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“

Kommunaler Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“

Wirtschaftsplan 2022

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorbericht
2. Erfolgsplan
3. Liquiditätsplan / Investitionsprogramm
4. Finanzplan
5. Stellenübersicht

1. Vorbericht

I. ALLGEMEINES

1. Gemäß Beschluss des Kreistages des Landkreises Leipzig BV-2018/080 hat der Kommunale Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ seine Tätigkeit zum 01.01.2019 aufgenommen.
Mit Beschluss BV-2018/119-1 wurde die entsprechende Betriebssatzung beschlossen,
mit Beschluss BV 2018/115 wurde der Betriebsleiter gewählt.
Mit Beschluss BV-2020/070 wurde die 1. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung beschlossen.
Herr Dr. Ralph Egler ist mit Beschluss BV 2021/047 vom 21.07.2021 ab 01.10.2021 neuer Betriebsleiter des Eigenbetriebes.

2. Der Kommunale Eigenbetrieb "Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig" setzt sich aus den beiden Betriebszweigen

- a) Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig
- b) Volkshochschule Landkreis Leipzig

zusammen.

3. Für den Kommunalen Eigenbetrieb wurde eine Eröffnungsbilanz zum 01.01.2019 erstellt. Diese wurde entsprechend der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) § 11 Abs. 3 mit dem Jahresabschluss 2019 geprüft und der Rechtsaufsichtsbehörde vorgelegt.
Die Eröffnungsbilanz wurde mit Beschluss BV-2020/069 durch den Kreistag des Landkreises Leipzig bestätigt.
4. Der Wirtschaftsplan 2022 wurde mit einem Ergebnis von +/- 0,00 EUR aufgestellt.
Der Liquiditätsplan 2022 und auch der Finanzplan der Folgejahre sind ebenfalls mit dieser Zielstellung aufgestellt.
Der Wirtschaftsplan ist von äußerster Sparsamkeit geprägt.
Der Wirtschaftsplan ist durch einzelne Risiken belastet, die in den Erläuterungen zum Erfolgsplan dargestellt sind.
5. Der Wirtschaftsplan 2022 wird auf der Grundlage der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern für die kommunalen Eigenbetriebe im Freistaat Sachsen (SächsEigBVO) in der Fassung vom 10.12.2018 aufgestellt.

Entsprechend SächsEigBVO § 16 Abs. 1 ist der Wirtschaftsplan in

- Erfolgsplan
- Liquiditätsplan (incl. Investitionsprogramm)
- Finanzplan
- Stellenübersicht

zu gliedern.

Um die Arbeit transparent darzustellen, wurde die Gliederung des Erfolgsplanes durch eine weiterführende Darstellung der einzelnen Betriebszweige ergänzt.

Entsprechend SächsEigBVO §§18-20 ist in die Planung die Darstellung der Vorjahre einzubeziehen. Für das Wirtschaftsjahr 2020 liegt ein geprüfter und bestätigter Jahresabschluss vor (BV-2021/070).

6. Für den Beschluss zum Wirtschaftsplan werden folgende Angaben getroffen:

Im Erfolgsplan sind Erträge mit 8.576.867,00 EUR und Aufwendungen mit 8.576.867,00 EUR dargestellt.

Im Liquiditätsplan sind nachfolgende Mittelzu- bzw. -abflüsse dargestellt:

aus laufender Geschäftstätigkeit	261.600,00 EUR
aus Investitionstätigkeit	- 260.000,00 EUR
aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR

Es werden im Wirtschaftsjahr 2022 keine Kreditaufnahmen getätigt.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 0,00 EUR festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 500.000,00 EUR festgesetzt.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUM ERFOLGSPLAN

1. Anmerkung

Es ist zu erwarten, dass der Unterrichtsbetrieb beider Betriebszweige, sowohl der Musik- und Kunstschule als auch der Volkshochschule, im Wirtschaftsjahr 2022 weiterhin von erheblichen Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sein wird. Das Ausmaß der Einschränkungen kann beim derzeitigen Stand der Planung nicht vollumfänglich eingeschätzt werden.

Der Schuljahresbeginn 2021/2022 an der Musik- und Kunstschule wurde mit Auflagen, aber ohne Einschränkungen aufgenommen. In der Volkshochschule meldeten sich zum Semesterstart 2021/2022 ca. 60 Prozent der Teilnehmenden an. Die verminderte Inanspruchnahme von Grundkursen könnte Auswirkungen für die Belegung der Aufbaukurse im Jahr 2022 haben.

2. Umsatzerlöse

Die Gebührensatzung der Musik- und Kunstschule sowie die Entgeltordnung der Volkshochschule wurden zum 01.08.2021 geändert.

In der Gebührensatzung der Musik- und Kunstschule, die am 01.08.2021 in Kraft getreten ist, wurde eine Gleitklausel eingeführt, die eine jährliche Anpassung der Gebühren zum 01.08. um 1,5% vorsieht. Die erste Anpassung der Art ist ab 01.08.2022 vorgesehen. Zum letzten belastbaren Vergleichszeitraum 2019 wurde für die Musik- und Kunstschule eine reduzierte Jahreswochenstundenzahl zu Grunde gelegt. Hier wird erwartet, dass ab August 2022 das Niveau vor der Pandemie erreicht werden könnte.

Für die Volkshochschule ist, auch auf der Grundlage landesweit vergleichender Einschätzungen, ein Umsatzergebnis von 83% geplant.

Die Zusammenarbeit mit dem KJC im Bereich der Bewerbercenter wird fortgesetzt; die vorliegende Vertragsvereinbarung betrifft den Zeitraum von 2021 bis 2024.

Im Bereich Deutschkurse für Asylbewerber wird eine Ertragsabsenkung der BAMF-geförderten Integrationskurse um ca. 60 TEUR zum Planansatz 2021 erwartet. Der Rückgang begründet sich gleichfalls aus den Folgen der Corona-Pandemie. Zudem zeigen die temporären Schwankungen in der Migrationsentwicklung der Vergangenheit, dass entsprechende Prognosen eher unzuverlässig sein können.

3. Sonstige Einnahmen

Spenden

Die Einnahmen aus Spenden sind risikobehaftet.

Zuschüsse des Landes

a) Zuschüsse des Landes für Musikschulen

Für die Musikschule liegen noch keine Orientierungsdaten zur erwartenden Höhe des Zuschusses vor. Zugrunde gelegt wurde die Höhe des Zuschusses aus dem Wirtschaftsjahr 2021.

b) Zuschüsse des Landes für Volkshochschulen

Der übliche Berechnungszeitraum ist das Kalenderjahr, das dem Bewilligungszeitraum um zwei Jahre voranging. Auf Grund der Corona-Pandemie wurde die Landes-Förderung bis zum heutigen Tage auf der Grundlage der realen Umsetzung im Wirtschaftsjahr 2019 festgesetzt.

Bezüglich des Fördersatzes pro förderfähige Unterrichtsstunde ist derzeit weiterhin von einer Fortführung in der Höhe des Jahres 2021 auszugehen.

Zuschüsse des Landkreises

Die Zuschüsse des Landkreises betragen insgesamt 3.376.000,00 EUR.

In die Zuschüsse des Landkreises sind Kosten für die Leistungsverrechnung aufgenommen. Diese betragen für

Leistungen im Personalbereich und Versicherungen insgesamt	128.700,00 EUR
davon:	
Organisations- und Personalangelegenheiten	30.000,00 EUR
Zentrale Dienste	79.300,00 EUR
Vergabestelle	11.000,00 EUR
Allgemeine Rechtsangelegenheiten	400,00 EUR
Mieten	8.000,00 EUR

4. Personalkosten und Honorare

Für das Wirtschaftsjahr 2022 ist ab 01.04.2022 eine Tarifierhöhung um 1,8% vorgesehen und in den Personalkosten berücksichtigt. Die Sollarbeitszeit wird ab 01.01.2022 auf 39,5 Stunden angepasst. In den Personalkosten sind Aufwendungen für vier befristete Arbeitsverhältnisse im Bereich des Berufsqualifikationszentrums und ein befristetes Arbeitsverhältnis im Bereich Deutsch enthalten.

Für das Wirtschaftsjahr 2022 werden aus Gründen der Kostenersparnis zwei VZÄ Sachbearbeitung und eine VZÄ Pädagoge nicht nachbesetzt. Die strukturellen und fachlichen Auswirkungen für die Leistungserbringung müssen jedoch im Wirtschaftsjahr geprüft werden.

Entsprechend der angesetzten Mindereinnahmen an Gebühren- und Entgelten, reduzierte sich die Position Honorare.

5. Mieten/Mietnebenkosten/Betriebskosten

Die Kosten für Mieten, Reinigung und Hausmeisterleistungen sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen.

Auf Grund der Inbetriebnahme des Gebäudes der Musik- und Kunstschule in Borna, Deutzeener Straße 24, wurde eine Erhöhung der Betriebskosten eingeplant. Des Weiteren sind für den hohen Wartungslauf im Wirtschaftsjahr 2022 im Gebäude in Markkleeberg, Am Festanger erhöhte Kosten für Instandhaltung und Reparaturen berücksichtigt.

6. Projekte

Im Wirtschaftsplan 2022 sind Projekte wie folgt berücksichtigt:

Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig

- 1 Bündnisse für Bildung
- 2 Mitmachfonds des Freistaates Sachsen
- 3 Aufholpaket Kulturelle Jugendbildung

Volkshochschule Landkreis Leipzig

- 1 Entwicklung, Etablierung und Verstetigung des Bereiches politische Bildung an der Volkshochschule Landkreis Leipzig
- 2 Entwicklung, Etablierung und Verstetigung der Bereiche ökonomische, ökologische und digitale Grundbildung an der Volkshochschule Landkreis Leipzig
- 3 Mehrgenerationenhaus (MGH)
Förderung im Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- 4 TalentCAMPus
„Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ über DW e. V.
- 5 Junior Ranger
Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) über den DW e. V.

III. ERLÄUTERUNGEN ZU LIQUIDITÄTS- UND FINANZPLAN SOWIE ZUR STELLENÜBERSICHT

1. Investitionsplan

Im Investitionsplan sind im Wirtschaftsjahr 2022 insbesondere folgende Maßnahmen vorgesehen:

Erwerb von Softwarelizenzen	25.000,00 EUR
Bürotechnik	55.000,00 EUR
Möbiliar	40.000,00 EUR
Ersatzbeschaffung/Neukauf Musikinstrumente	65.000,00 EUR
Unterrichtsräume	35.000,00 EUR
Fahrzeuge	30.000,00 EUR
Geringwertige Wirtschaftsgüter	10.000,00 EUR
Gesamt:	260.000,00 EUR

Für die Folgejahre ist eine Zuordnung der Baumaßnahme 04552 Borna, Jahnstraße 24, nach Fertigstellung zum Eigenbetrieb geplant.

2. Finanzplan

Im Finanzplan wurde eine Personalkostensteigerung von ca. zwei Prozent in den Folgejahren berücksichtigt.

3. Stellenplan

Der Stellenplan ist unter Berücksichtigung der aktuellen Strukturen angepasst worden. Hinsichtlich der nachrichtlich aufgenommenen befristeten Beschäftigungsverhältnisse wird auf Punkt II. 4. des Vorberichts verwiesen.

2. Erfolgsplan (GESAMT)

	Wirtschaftsjahr 2020 IST	Wirtschaftsplan 2021 PLAN	Wirtschaftsplan 2022 PLAN
1. Umsatzerlöse			
1.1. Teilnehmergebühren/-entgelte	1.527.514,83 €	2.119.955,00 €	2.250.000,00 €
1.2. Kommunales Jobcenter/BQZ	588.761,18 €	494.131,00 €	508.720,00 €
1.3. Projekt MGH	54.970,80 €	60.000,00 €	77.500,00 €
1.4. Projekt Deutschkurse	643.600,99 €	762.950,00 €	701.618,00 €
1.5. Sonstige Projekte			
Zwischensumme	2.814.847,80 €	3.437.036,00 €	3.538.038,00 €
4. Sonstige betriebliche Erträge			
4.1. Zuschuss Landkreis	3.290.142,84 €	3.581.000,00 €	3.376.000,00 €
4.2. Landeszuschüsse	983.095,86 €	971.748,00 €	1.021.140,00 €
4.3. Projekte	252.604,19 €	239.868,00 €	177.169,00 €
4.4. Sonstige Erträge	55.205,06 €	91.500,00 €	82.500,00 €
4.5. Spenden	211.106,61 €	220.000,00 €	220.000,00 €
4.6. Auflösung Rücklagen/Rückstellungen	200.122,90 €	191.500,00 €	162.000,00 €
Zwischensumme	4.995.279,46 €	5.295.616,00 €	5.038.829,00 €
5. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.243.853,21 €	1.755.989,00 €	1.884.237,00 €
6. Personalaufwand			
6.1. Personalkosten	4.090.955,03 €	4.104.463,40 €	4.008.553,00 €
6.2. Soziale Abgaben	947.786,04 €	1.011.424,60 €	887.448,00 €
Zwischensumme	5.038.741,07 €	5.115.888,00 €	4.896.001,00 €
7. Abschreibungen	361.209,43 €	493.600,00 €	423.600,00 €
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
8.1. Aufwendungen	1.163.016,60 €	1.310.715,00 €	1.315.957,00 €
8.2. Projektausgaben	2.454,95 €	55.608,00 €	56.573,00 €
Zwischensumme	1.165.471,55 €	1.366.323,00 €	1.372.530,00 €
9. Sonstige Steuern	852,00 €	852,00 €	499,00 €
22. Jahresverlust (-) / Jahresüberschuss (+)	0,00 €	- €	- €

2. Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung) Einzelplan Eigenbetrieb

	Ist 2020	Plan 2021	Plan 2022 EB gesamt	davon 2022 Musikschule	VHS
Kontenklasse 4 - Betriebliche Erlöse					
Gebühren/Entgelte	1.453.151,17 €	2.029.955,00 €	2.160.000,00 €	1.240.000,00 €	920.000,00 €
Mahngebühren	125,00 €	500,00 €	500,00 €	500,00 €	- €
Stummliagebühren	446,84 €	500,00 €	500,00 €	500,00 €	- €
Sonstige betriebliche Erträge (inkl. KuG)	56.138,65 €	88.000,00 €	80.500,00 €	80.000,00 €	500,00 €
Spenden/Sponsoring	211.108,61 €	220.000,00 €	220.000,00 €	100.000,00 €	120.000,00 €
Zuwendung zum Verlustausgleich (LK)	3.290.142,84 €	3.581.000,00 €	3.376.000,00 €	1.993.582,00 €	1.382.418,00 €
Landeszuschuss	983.095,86 €	971.748,00 €	1.021.140,00 €	425.000,00 €	596.140,00 €
BQZ / Kommunales Jobcenter	558.761,18 €	494.131,00 €	508.720,00 €	- €	508.720,00 €
Deutschkurse	643.600,99 €	762.950,00 €	701.818,00 €	- €	701.818,00 €
Schullandheim	33.869,83 €	90.000,00 €	90.000,00 €	- €	90.000,00 €
Projekte	252.604,19 €	239.868,00 €	177.189,00 €	20.000,00 €	157.189,00 €
Mehrgenerationenhaus	54.970,80 €	60.000,00 €	77.500,00 €	- €	77.500,00 €
Zuschuss Agentur für Arbeit	1.494,57 €	2.500,00 €	1.000,00 €	- €	1.000,00 €
Auflösung von Rückstellungen	38.986,11 €	- €	- €	- €	- €
Auflösung Sonderposten	161.136,79 €	191.500,00 €	162.000,00 €	89.000,00 €	73.000,00 €
Betriebskosten Festanger	40.493,83 €	- €	- €	- €	- €
Summe Kontenklasse 4:	7.810.127,26 €	8.732.652,00 €	8.576.867,00 €	3.948.582,00 €	4.628.285,00 €
Kontenklasse 5 - Betriebliche Aufwendungen					
Honorare	830.327,38 €	1.188.231,00 €	1.289.750,00 €	645.000,00 €	644.750,00 €
Honorare Deutschkurse	351.406,23 €	443.698,00 €	422.315,00 €	- €	422.315,00 €
Honorare BQZ	33.474,00 €	69.120,00 €	101.700,00 €	- €	101.700,00 €
Honorare Projekte	28.645,60 €	54.940,00 €	70.472,00 €	- €	70.472,00 €
Summe Kontenklasse 5:	1.243.853,21 €	1.755.989,00 €	1.884.237,00 €	645.000,00 €	1.239.237,00 €
Kontenklasse 6 - Betriebliche Aufwendungen					
Löhne/Gehälter	4.090.955,03 €	4.104.463,40 €	4.008.553,00 €	2.118.770,00 €	1.889.783,00 €
soziale Abgaben	947.786,04 €	1.011.424,60 €	887.448,00 €	465.096,00 €	422.352,00 €
Künstlersozialkasse	19.695,54 €	25.200,00 €	27.090,00 €	27.090,00 €	- €
Abschreibungen	361.209,43 €	493.600,00 €	423.600,00 €	200.000,00 €	223.600,00 €
Lehr- und Unterrichtsmittel	4.709,43 €	10.000,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €	- €
Lehrgangsmaterialien	29.146,18 €	60.807,00 €	22.500,00 €	- €	22.500,00 €
Mieten	164.707,78 €	222.000,00 €	202.000,00 €	40.000,00 €	162.000,00 €
Verrechnung LRA Pers./Vers.	116.930,58 €	128.700,00 €	128.700,00 €	69.160,00 €	59.540,00 €
Gas, Strom, Wasser, Heizung	135.812,81 €	152.800,00 €	205.950,00 €	85.000,00 €	120.950,00 €
Reinigung / Hausmeister	126.236,81 €	156.000,00 €	162.310,00 €	86.000,00 €	76.310,00 €

	Ist 2020	Plan 2021	Plan 2022 EB gesamt	davon 2022	
				Musikschule	VHS
Alarmverfolgung	5.141,79 €	5.500,00 €	5.500,00 €	- €	5.500,00 €
Sonstige Grundstücksaufwendungen	17.817,72 €	12.500,00 €	14.000,00 €	4.000,00 €	10.000,00 €
Beiträge	26.091,76 €	19.500,00 €	20.000,00 €	3.000,00 €	17.000,00 €
Sonstige Abgaben	781,98 €	3.300,00 €	3.300,00 €	3.300,00 €	- €
Versicherung	496,18 €	1.300,00 €	5.850,00 €	500,00 €	5.350,00 €
Gebühr Kopierlizenz	17.683,95 €	17.500,00 €	17.500,00 €	17.500,00 €	- €
Standardsoftware	58.597,29 €	5.000,00 €	5.000,00 €	- €	5.000,00 €
Reparaturen/Wartung/Instandhaltung	156.295,62 €	187.481,00 €	199.791,00 €	53.600,00 €	146.191,00 €
Sonst. Reparaturen Instandhaltung BG	16.537,78 €	14.000,00 €	7.500,00 €	5.000,00 €	2.500,00 €
Kfz Versicherung	- €	2.550,00 €	- €	- €	- €
Kfz Kosten	1.682,63 €	4.150,00 €	3.000,00 €	- €	3.000,00 €
Kfz-Reparaturen	2.109,07 €	3.000,00 €	3.000,00 €	- €	3.000,00 €
Fremdfahrzeuge	- €	100,00 €	2.000,00 €	2.000,00 €	- €
Werbekosten	36.409,82 €	55.267,00 €	55.000,00 €	20.000,00 €	35.000,00 €
Reisekosten (hauptsächlich Bewirtung-Projekte)	2.687,89 €	1.100,00 €	1.100,00 €	- €	1.100,00 €
Reisekosten Arbeitnehmer	8.446,76 €	28.000,00 €	23.416,00 €	20.416,00 €	3.000,00 €
Reisekosten Lehrgangsteilnehmer	38.876,25 €	50.000,00 €	42.400,00 €	- €	42.400,00 €
Projektausgaben	2.454,95 €	55.608,00 €	56.573,00 €	20.000,00 €	36.573,00 €
Porto	18.358,12 €	21.000,00 €	21.000,00 €	7.000,00 €	14.000,00 €
Telefon	17.527,25 €	17.300,00 €	17.300,00 €	5.300,00 €	12.000,00 €
Bürobedarf	10.558,04 €	17.000,00 €	17.000,00 €	3.000,00 €	14.000,00 €
Zeitschriften/Bücher	2.963,31 €	3.750,00 €	3.750,00 €	750,00 €	3.000,00 €
Fortbildung	3.804,49 €	6.500,00 €	6.000,00 €	4.000,00 €	2.000,00 €
Rechts- und Beratungskosten	7.389,74 €	10.000,00 €	10.000,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €
Abschlusskosten	8.023,48 €	20.500,00 €	20.500,00 €	5.000,00 €	15.500,00 €
Sonstiger Betriebsbedarf	54.421,60 €	35.000,00 €	35.000,00 €	15.000,00 €	20.000,00 €
Geldverkehr	1.880,64 €	2.700,00 €	2.700,00 €	1.200,00 €	1.500,00 €
Abraum-/Abfallbeseitigung	2.533,91 €	5.000,00 €	5.000,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €
Umsatzsteuer	- €	3.200,00 €	12.800,00 €	6.400,00 €	6.400,00 €
Uneinbringliche Forderungen	10.575,36 €	2.000,00 €	2.000,00 €	2.000,00 €	- €
Periodenfremder Aufwand	190,04 €	1.000,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €	- €
Sachkosten Neustrukturierung	7.395,00 €	- €	- €	- €	- €
Summe Kontenklasse 6	6.565.422,05 €	6.975.811,00 €	6.692.131,00 €	3.303.582,00 €	3.388.549,00 €
Kontenklasse 7 - Betriebliche Erträge					
Kfz-Steuer	852,00 €	852,00 €	499,00 €	- €	499,00 €
Summe Kontenklasse 7	852,00 €	852,00 €	499,00 €	- €	499,00 €

	Ist 2020	Plan 2021	Plan 2022 EB gesamt	davon 2022 Musikschule	VHS
ÜBERSICHT DER KONTENKLASSEN					
Summe Kontenklasse 4 (Erlöse):	7.810.127,26 €	8.732.652,00 €	8.576.867,00 €	3.948.582,00 €	4.628.285,00 €
Summe Kontenklasse 5 (Aufwendungen):	- 1.243.853,21 €	- 1.755.989,00 €	- 1.884.237,00 €	- 645.000,00 €	- 1.239.237,00 €
Summe Kontenklasse 6 (Aufwendungen):	- 6.565.422,05 €	- 6.975.811,00 €	- 6.692.131,00 €	- 3.303.582,00 €	- 3.388.549,00 €
Summe Kontenklasse 7 (Erträge)	- 852,00 €	- 852,00 €	- 499,00 €	- €	- 499,00 €
Jahresverlust (-)/Jahresüberschuss (+)	0,00 €	- €	- €	- €	- €
Gesamthaushaltsumfang	7.810.127,26 €	8.732.652,00 €	8.576.867,00 €	3.948.582,00 €	4.628.285,00 €

3. Liquiditätsplan gesamt

	Bezeichnung	Ist 2020	Plan 2021 (Vorjahr)	Plan 2022 (Planjahr)	Plan 2023 (1. Folgejahr)	Plan 2024 (2. Folgejahr)	Plan 2025 (3. Folgejahr)
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	Periodenergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Abschreibungen (+) und Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	361.209,43	493.600,00	423.600,00	423.600,00	423.600,00	423.600,00
3	Zunahme (+) und Abnahme (-) der Rückstellungen	4.985,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-), z. B. aus der Auflösung von Sonderposten	-161.136,79	-191.500,00	-162.000,00	-162.000,00	-162.000,00	-162.000,00
5	Zunahme (-) und Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-239.803,82	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Zunahme (+) und Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.109.135,60	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Gewinn (-) und Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Abschreibungen (+)/ Zuschreibungen (-) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Mittelzu- /Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.074.389,65	302.100,00	261.600,00	261.600,00	261.600,00	261.600,00

	Bezeichnung	Ist 2020	Plan 2021 (Vorjahr)	Plan 2022 (Planjahr)	Plan 2023 (1. Folgejahr)	Plan 2024 (2. Folgejahr)	Plan 2025 (3. Folgejahr)
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-22.067,61	-30.000,00	-25.000,00	-25.000,00	-25.000,00	-25.000,00
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	(+) Einzahlungen aus Zuschüssen für Investitionen in das Anlagevermögen	1.334.104,21	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.431.258,82	-560.000,00	-235.000,00	-235.000,00	-235.000,00	-235.000,00
15	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	(+) Einzahlungen auf Sonderposten für Investitionen	31.347,83	40.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	(+) Einzahlungen aus passivierten Beiträgen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Beiträgen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-87.874,39	-550.000,00	-260.000,00	-260.000,00	-260.000,00	-260.000,00

	Bezeichnung	Ist 2020	Plan 2021 (Vorjahr)	Plan 2022 (Planjahr)	Plan 2023 (1. Folgejahr)	Plan 2024 (2. Folgejahr)	Plan 2025 (3. Folgejahr)
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
24	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	(+) Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes (Summe aus Nr. 10, 23, 28)	986.515,26	-247.900,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00
30	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestandes	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	1.091.187,86	1.000.000,00	752.100,00	753.700,00	755.300,00	756.900,00
32	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	2.077.703,12	752.100,00	753.700,00	755.300,00	756.900,00	758.500,00

INVESTITIONSPROGRAMM						
	bis zum Planjahr geleistete Aus- zahlungen bei mehrfährigen Vorhaben	Plan Wirtschafts- jahr	Plan 1. Folge- jahr	Plan 2. Folge- jahr	Plan 3. Folge- jahr	Plan bis Abschluss der Maßnahme bei mehrfährigen Vorhaben
		2022	2023	2024	2025	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
Finanzierungsmittel						
Zuführung zum Eigenkapital		0,0	0,0	0,0	0,0	
Einzahlungen in Sonderposten zum Anlagevermögen		0,0	0,0	0,0	0,0	
- davon empfangene Ertragszuschüsse		0,0	0,0	0,0	0,0	
Auflösung aus Sonderposten		-162,0	-162,0	-162,0	-162,0	
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens		0,0	0,0	0,0	0,0	
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens		0,0	0,0	0,0	0,0	
Einzahlung aus Abgängen des Finanzanlagevermögens		0,0	0,0	0,0	0,0	
Sonstige Investitionseinzahlungen		0,0	0,0	0,0	0,0	
Abschreibungen		423,6	423,6	423,6	423,6	
Summe		261,6	261,6	261,6	261,6	
Finanzierungsbedarf						
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellem Anlagevermögen		25,0	25,0	25,0	25,0	
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagevermögen		235,0	235,0	235,0	235,0	
- davon Grundstücke		0,0	0,0	0,0	0,0	
- davon Gebäude		0,0	0,0	0,0	0,0	
- davon Büro- u. Geschäftsausstattung		195,0	225,0	225,0	225,0	
1. Bürotechnik		55,0	75,0	75,0	75,0	
2. Mobiliar		40,0	40,0	40,0	40,0	
3. Musikinstrumente		65,0	75,0	75,0	75,0	
4. Ausstattung Unterr.-räume		35,0	35,0	35,0	35,0	
- davon Fahrzeuge		30,0	0,0	0,0	0,0	
- davon GWG		10,0	10,0	10,0	10,0	
Auszahlungen für Baumaßnahmen		0,0	0,0	0,0	0,0	
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen		0,0	0,0	0,0	0,0	
Sonstige Investitionsauszahlungen		0,0	0,0	0,0	0,0	
Summe		260,0	260,0	260,0	260,0	
nachrichtlich: veranschlagte VE						
Saldo aus Investitionstätigkeit		1,6	1,6	1,6	1,6	

4. Finanzplan gesamt

	2020 Ist	2021 Plan	2022 Plan	2023 Plan	2024 Plan	2025 Plan
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Liquiditätsplan						
Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.074.389,65	302.100,00	261.600,00	261.600,00	261.600,00	261.600,00
Mittelzu-/Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	-87.874,39	-550.000,00	-260.000,00	-260.000,00	-260.000,00	-260.000,00
Mittelzu-/Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	2.077.703,12	752.100,00	753.700,00	755.300,00	756.900,00	758.500,00
2. Erfolgsplan						
<i>Erträge (Einnahmen)</i>						
Umsatzerlöse (Gebühren)	2.814.847,80	3.437.036,00	3.538.038,00	3.759.165,00	3.759.165,00	3.759.165,00
Sonstige betriebliche Erträge	1.705.136,62	1.714.616,00	1.662.829,00	1.700.000,00	1.700.000,00	1.700.000,00
Zuschuss Landkreis	3.290.142,84	3.581.000,00	3.376.000,00	3.476.000,00	3.580.000,00	3.680.000,00
Zwischensumme Erträge	7.810.127,26	8.732.652,00	8.576.867,00	8.935.165,00	9.039.165,00	9.139.165,00
<i>Aufwendungen (Ausgaben)</i>						
Materialaufwand	1.243.853,21	1.755.989,00	1.884.237,00	2.119.767,00	2.119.767,00	2.119.767,00
Personalaufwand	5.038.741,07	5.115.888,00	4.896.001,00	4.993.921,00	5.093.799,00	5.193.799,00
Abschreibungen	361.209,43	493.600,00	423.600,00	423.600,00	423.600,00	423.600,00
Sachkosten	1.166.323,55	1.267.175,00	1.373.029,00	1.397.877,00	1.401.999,00	1.401.999,00
Zwischensumme Aufwendungen	7.810.127,26	8.732.652,00	8.576.867,00	8.935.165,00	9.039.165,00	9.139.165,00
Jahresverlust (-) / Jahresüberschuss (+)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

5. Stellenübersicht gesamt

	Wirtschaftsplan 2022			Wirtschaftsplan 2021		
	VbE Plan	Personen Plan	Entgeltgruppe Plan	VbE Plan	Ist 30.06.2021	
					VbE	Personen
1. Betriebsleitung						
Direktor	1,000	1	15	1,000	1,000	1
Verwaltungsleitung	1,000	1	12	1,000	1,000	1
Kaufmännische Leitung	1,000	1	11	1,000	1,000	1
Projektmanagement/Personal	1,000	1	10	0,000	0,000	0
Verwaltung	1,000	1	9b	2,000	1,875	2
Buchhaltung	1,000	1	9a	1,000	1,000	1
Verwaltung	2,000	2	7	2,000	1,900	2
Zwischensumme	8,000	8		8,000	7,775	8
2. Musikschule						
Schulleiter	1,000	1	14	1,000	1,000	1
Regionalleiter	1,000	1	11	2,000	1,000	1
Regionalleiter	3,000	3	10	2,000	1,800	2
Verwaltung	1,000	1	5	1,000	1,000	1
Verwaltung	2,000	2	8	2,000	1,850	2
Verwaltung	1,000	1	7	1,000	0,810	1
Verwaltung	0,500	1	8	0,500	0,850	1
Marketing	0,500	1	10	0,500	0,000	0
Musikpädagogen	32,000	45	9b	32,000	28,220	41
Musikpädagogen	1,800	3	9a	1,800	1,900	3
Hausmeister	1,000	1	5	1,000	0,000	0
Hausmeister	0,000	0	3	0,000	0,330	1
Zwischensumme	44,900	60		44,900	38,810	54
3. Volkshochschule						
Schulleiter	1,000	1	14	1,000	1,000	1
Stellv. Schulleiter	1,000	1	13	1,000	1,000	1
Fachbereichsleiter	6,000	6	12	6,000	5,375	6
Fachbereichsleiter	1,000	1	11	1,000	0,750	1
Pädagogische Mitarbeiter	4,000	4	9c	4,000	1,675	2
Pädagogische Mitarbeiter	1,000	1	9b	1,000	0,000	0
Marketing	2,000	2	11	2,000	1,600	2
Verwaltung	4,600	5	8	4,600	4,150	5
Verwaltung	2,500	3	7	2,500	2,375	3
Verwaltung	2,000	2	5	2,000	1,000	1
Hausmeister	2,000	2	5	2,000	2,000	2
Reinigung	2,000	2	2	2,000	1,000	1
Zwischensumme	29,100	30		29,100	21,925	25

	Wirtschaftsplan 2022			Wirtschaftsplan 2021		
	VbE Plan	Personen Plan	Entgeltgruppe Plan	VbE Plan	Ist 30.06.2021 VbE	Personen
4. Schullandheim						
Leiterin	0,800	1	11	0,800	0,800	1
Pädagogische Mitarbeiter	0,600	1	10	0,600	0,600	1
Verwaltung	0,800	1	3	0,800	0,800	1
Zwischensumme	2,300	3		2,300	2,200	3
Zwischensummen						
1. Betriebsleitung	8,000	8		8,000	7,775	8
2. Musikschule	44,900	60		44,900	38,310	54
3. Volkshochschule	29.100	30		29.100	21,925	25
4. Schullandheim	2.300	3		2.300	2,200	3
GESAMT	84,300	101		84,300	70,710	90
nachrichtlich: befristete Beschäftigungsverhältnisse in Projekten						
BerufsQualifikationsZentrum (BQZ)	3,000	4	9e	4,000	3,000	4
Projekt Deutsch	1,000	1	9e	1,000	1,000	1
Projekt Polit. Bildung			12	1,000	1,000	1
Zwischensumme	4,000	5		6,000	5,000	6

Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig

- Jahresabschluss 2020



Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst
und Brandschutz Landkreis Leipzig
Grimma

Kurzbericht Jahresabschluss 2020
Mandant: 34109/20

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Kommunalen Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig, Grimma:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig, Grimma, bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Eigenbetriebes Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften des § 31 Abs. 1 Satz 2 SächsEigBVO i. V. m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2020 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften des § 31 Abs. 1 Satz 2 SächsEigBVO und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB i. V. m. § 33 Abs. 1 SächsEigBVO erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB i. V. m. § 32 Abs. 2 SächsEigBVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften des § 31 Abs. 1 Satz 2 SächsEigBVO in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften des § 31 Abs. 1 Satz 2 SächsEigBVO entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften des § 31 Abs. 1 Satz 2 SächsEigBVO zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften des § 31 Abs. 1 Satz 2 SächsEigBVO entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB i. V. m. § 32 Abs. 2 SächsEigBVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Die Website des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) enthält unter <https://www.idw.de/idw/verlautbarungen/bestaetigungsvermerk/hgb-ja-non-pie> eine weitergehende Beschreibung der Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Diese Beschreibung ist Bestandteil unseres Bestätigungsvermerks.

Leipzig, am 5. Juli 2021



WRG
Audit GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Robbers
Wirtschaftsprüfer


Bodenhausen
Wirtschaftsprüfer



Kommunaler Eigenbetrieb "Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig", Grimma

Bilanz zum 31. Dezember 2020

Aktivseite

	31.12.2020		31.12.2019
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	17.038,41		9.437,08
2. Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen	<u>853.776,37</u>	870.814,78	975.109,24
II. <u>Sachanlagen</u>			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.160.553,94		3.308.210,71
2. Technische Anlagen und Maschinen	574.222,33		556.273,80
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.439.844,40		2.245.780,33
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>877.902,95</u>	<u>7.052.623,82</u>	<u>182.555,61</u>
		<u>7.923.438,40</u>	<u>7.277.366,75</u>
B. Umlaufvermögen			
I. <u>Vorräte</u>			
Waren		21.455,99	24.459,63
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.537.307,14		2.060.767,69
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>324.143,27</u>	2.861.450,41	599.983,54
III. <u>Guthaben bei Kreditinstituten</u>		<u>127.338,32</u>	<u>0,00</u>
		<u>3.010.244,72</u>	<u>2.660.210,86</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>23.608,51</u>	<u>4.785,42</u>
D. <u>Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</u>		<u>601.529,94</u>	<u>820.184,48</u>
		<u>11.558.821,57</u>	<u>10.767.547,49</u>

Passivseite

	31.12.2020		31.12.2019
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital			
I. Kapitalrücklage	1.188.229,73		1.188.229,73
II. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	218.654,52		-568.248,09
III. Verlustvortrag	-2.006.414,19		-1.440.166,10
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	801.529,94		820.184,46
		0,00	0,00
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		1.009.169,68	1.097.140,27
C. Sonderposten aus der Übertragung von Anlagevermögen		1.705.143,97	1.924.740,74
D. Sonderposten aus der Nutzungsüberlassung von Anlagevermögen		2,00	2,00
E. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		231.308,43	224.009,29
F. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.929.802,46		3.756.634,05
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	273.825,44		323.803,03
3. Sonstige Verbindlichkeiten	3.409.569,59		3.581.218,11
davon aus Steuern:	13.381,81 EUR	8.613.197,49	7.641.855,19
(31.12.2019: 12.097,31 EUR)			
davon aus sozialer Sicherheit:	897,66 EUR		
(31.12.2019: 866,93 EUR)			
		11.558.821,57	10.787.547,49

**Kommunaler Eigenbetrieb
"Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig", Grimma**

Gewinn- und Verlustrechnung 2020

	2020		2019
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	15.255.151,59		13.412.913,59
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>1.112.599,15</u>	16.367.750,78	1.032.353,76
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	656.993,65		463.108,82
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>11.326.415,95</u>	<u>11.983.409,60</u>	10.295.655,33
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	771.313,70		680.254,74
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	<u>153.746,39</u>	<u>925.060,09</u>	<u>152.072,84</u>
davon für Altersversorgung: 25.030,22 EUR (2019: 23.656,50 EUR)			
Zwischenergebnis		3.459.281,09	2.844.275,64
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.180.987,77	1.383.728,10
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.993.314,47	1.964.193,33
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	17,50
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>66.324,33</u>	<u>64.619,80</u>
9. Ergebnis nach Steuern		<u>218.654,52</u>	<u>-568.248,09</u>
10. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		<u>218.654,52</u>	<u>-568.248,09</u>

**Kommunaler Eigenbetrieb
„Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig“**

**Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2020
bis zum 31. Dezember 2020**

Anhang

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss des kommunalen Eigenbetriebes „Rettungsdienst und Brandschutz“ wurde auf der Grundlage der Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) in Verbindung mit der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) aufgestellt.

Das Gliederungsschema der Bilanz gemäß § 266 HGB i. V. m. § 26 SächsEigBVO wurde in Anwendung des § 265 Abs. 5 HGB erweitert. Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB angewendet.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss fußt auf einer positiven Fortführungsprognose. Diese wird vor allem durch einen Kassenkredit beim Landkreis (davon mit 3,0 Mio. € in Anspruch genommen) und durch eine bislang nicht genutzte Kreditlinie bei einem Kreditinstitut abgesichert. Über die abgerechneten Gebühren soll das entstandenen Defizit in den kommenden Jahren ausgeglichen werden.

Bilanz

Anlagevermögen

Anschaffungen und Herstellungen werden mit den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten in das Anlagevermögen aufgenommen. Sie werden regelgerecht über die normative Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Anschaffungskosten umfassen auch die direkten Anschaffungsnebenkosten und nachträgliche Anschaffungskosten.

Die planmäßigen Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 1 und 3 HGB werden linear vorgenommen. Die Nutzungsdauer für die Vermögensgegenstände richtet sich nach den steuerlichen AfA-Tabellen und im Bereich der rettungsdienstlichen Einsatzmittel nach den Vorgaben der Sozialleistungsträger als Finanzierungsträger dieses Anlagengutes. Die Anlagegüter werden über folgende Nutzungsdauern abgeschrieben:

Immaterielle Vermögensgegenstände:	3 Jahre
Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse:	5 bis 10 Jahre
Erbbaurechte:	50 Jahre
Gebäude:	bis 34 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung:	3 bis 20 Jahre

Für die beweglichen Gegenstände des Anlagevermögens mit Anschaffungskosten größer EUR 250,00 und kleiner EUR 1.000,00 (Vermögensgegenstände von geringem Wert mit selbstständiger Nutzung) wurde für betriebsnotwendige Anschaffungen ein Sammelposten gebildet. Der Sammelposten ist im Wirtschaftsjahr der Bildung und den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufzulösen. Scheidet ein derartiges Wirtschaftsgut aus dem Betriebsvermögen aus, wird der Sammelposten nicht vermindert.

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens ist gesondert im Anlagenspiegel (Anlage) dargestellt.

Der Eigenbetrieb verfügt über fünf Grundstücke mit Betriebsbauten. Der Vermögenszugang erfolgte zum 01. Januar 2018 durch Übertragung vom Landkreis Leipzig ohne eigene Anschaffungs- und Herstellungskosten des Eigenbetriebes. Wertmäßig wurde der Zugang mit dem am 01. Januar 2018 bestehenden Buchwert bilanziert und Sonderposten in von der Landkreisverwaltung übertragener Höhe zum jeweiligen Anlagengut gebildet. Die ertragswirksame Auflösung erfolgt über die Restnutzungsdauer.

Für drei mit Rettungswachen bestanden bzw. in Bau befindlichen Objekten in Zwenkau, Colditz und Markkleeberg bestehen Erbpachtverträge.

Für die im Rahmen der Erfüllung seiner Aufgaben im Wirtschaftsjahr 2014 geleisteten Investitionszuwendungen an die Stadt Leipzig zur Errichtung einer Integrierten Regionalleitstelle für den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz am Standort Leipzig wurde ein „Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen“ mit dem Restbuchwert bilanziert. In Anlehnung an § 36 Abs. 8 SächsKomHVO i. V. m. § 265 Abs. 1 und 5, § 266 Abs. 2 A I HGB ist der gebildete Sonderposten aufwandswirksam mit zehn Jahren für Gebäude und mit fünf Jahren für Technik abzuschreiben. Die Bildung des aktiven Sonderpostens hatte in Anlehnung an die Behandlung der passiven Sonderposten für erhaltene Investitionszuwendungen unabhängig von den eigentlichen Zahlungsströmen (kein Vermögensgegenstand im Sinne von § 246 Abs. 1 und § 247 HGB i. V. m. § 31 SächsEigBVO) zu erfolgen. Dem aktiven Sonderposten steht eine passivierende Verbindlichkeit zum 31. Dezember 2020 in Höhe von EUR 191.727,63 gegenüber.

Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs zum Verkauf gehaltene Vorräte werden nach §§ 240 und 256 HGB vereinfacht gruppenbewertet.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögensgegenstände werden entsprechend den allgemeinen Grundsätzen (§ 252 und § 253 HGB) bewertet.

Die Bewertungswahlrechte sowie die Ausübung der Ermessensspielräume stehen in Übereinstimmung mit den handelsrechtlichen Grundlagen.

Der Eigenbetrieb vollzieht auf alle zweifelhaften Forderungen sowie auf alle Forderungen mit Rechnungslegung älter als ein Jahr eine 100%ige Wertberichtigung.

Entsprechend der Annahme, dass demnach alle risikobehafteten Forderungen mittels Einzelwertberichtigung vollständig wertberichtigt sind, wird eine zusätzliche Pauschalwertberichtigung nicht ausgeübt.

Sämtliche Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind kurzfristig fällig.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Liquide Mittel werden zum Nennwert bilanziert.

Rechnungsabgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach § 250 HGB gebildet und umfassen Buchungen, deren Aufwand erst nach dem Abschlussstichtag entstanden sind.

Sonderposten

Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens werden in Höhe der jeweiligen Fremdfinanzierungsanteile gebildet und jährlich ertragswirksam anteilig auf die planmäßigen Abschreibungen und bei Anlagenabgängen aufgelöst.

Rückstellungen

Umfang und Höhe der Rückstellungen entsprechen einer vorsichtigen kaufmännischen Beurteilung. Die Bewertung erfolgte in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages.

Die sonstigen Rückstellungen gliedern sich zum 31. Dezember 2020 wie folgt auf:

	EUR
1. Jahresabschlusskosten	9.401,00
2. Personalkosten	56.308,35
3. Archivierungsrückstellungen	9.306,04
4. Rückstellungen Instandhaltungs- /Reparaturstau Vorjahre	156.293,04
Summe	231.308,43

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag bilanziert. Sie sind sämtlich unbesichert. Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten	Insgesamt	Restlaufzeit unter 1 Jahr	Restlaufzeit über 1 Jahr	davon Restlaufzeit über 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.929.802,46	1.053.408,36	3.876.394,10	1.536.097,88
Vorjahr	3.756.634,05	1.643.381,49	2.113.252,56	451.145,94
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	273.825,44	273.825,44	0,00	0,00
Vorjahr	323.803,03	323.803,03	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten*	3.409.569,59	3.409.569,59	0,00	0,00
Vorjahr	3.561.218,11	3.561.218,11	0,00	0,00
Gesamtbetrag	8.613.197,49	4.736.803,39	3.876.394,10	1.536.097,88
Vorjahr	7.641.655,19	5.528.402,63	2.113.252,56	451.145,94

* Der von der Landkreisverwaltung gewährte Kassenkredit wurde den sonstigen Verbindlichkeiten zugeordnet.

Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse beinhalten

Erlöse aus Rettungsdienstleistungen	EUR	14.864.843,79
Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten	EUR	245.547,13
Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen	EUR	144.760,67

Die Umsatzerlöse wurden im Inland erzielt.

Die Abrechnung der Ist-Erträge und -Aufwendungen erfolgt mit den Sozialleistungsträgern nach § 32 SächsBRKG jeweils im darauffolgenden Wirtschaftsjahr für das zurückliegende Wirtschaftsjahr. Über- oder Unterdeckungen werden im Rahmen der Entgeltrechnung im zweiten dem Abrechnungsjahr folgenden Wirtschaftsjahr ausgeglichen.

In den Umsatzerlösen sind EUR 14.319,89 periodenfremde Erlöse enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge schließen zum 31. Dezember 2020 in Höhe von EUR 1.112.599,19. Sie beinhalten allgemeine Deckungsmittel des Kreishaushaltes zur Sicherung der Aufgabenerfüllung in den Kostenträgersparten „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ und „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ in Höhe von EUR 738.709,66 unter Berücksichtigung nicht verbrauchter und im Rahmen des Jahresabschlusses als Verbindlichkeiten ausgewiesener Finanzierungsmittel; pandemiebedingte Leistungsverrechnungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums in Höhe von EUR 126.898,35; Erträge aus Erstattungen von Betriebsstoffen, Fremdleistungen und Verbrauchsmaterialien des Feuerwehrtechnischen Zentrums in Höhe von EUR 94.258,47; interne Leistungsverrechnungen in Höhe von EUR 62.870,95; Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen in Höhe von EUR 45.807,91; sonstige betriebliche Erträge in Höhe von EUR 19.650,00; periodenfremde Erträge und Erstattungen in Höhe von EUR 18.985,85, Erträge aus Säumniszuschlägen und Mahngebühren in Höhe von EUR 3.251,00; Erträge aus Erstattungen in Höhe von EUR 1.230,00; und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 937,00.

Materialaufwand

Der Materialaufwand schließt zum 31. Dezember 2020 mit einem Gesamtvolumen von EUR 11.983.409,60. Davon entfallen EUR 656.993,65 auf die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe einschließlich bezogene Waren und EUR 11.326.415,95 auf die Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe einschließlich bezogener Waren enthalten Energie-, Wasser- und Heizungsbezugskosten (EUR 16.026,91); Bewirtschaftungskosten für Rettungswachen, Notarztzimmer und die Standorte des Feuerwehrtechnischen Zentrums (EUR 158.094,82) und Aufwendungen für Betriebsstoffe und Verbrauchsmaterialien des Feuerwehrtechnischen Zentrums (EUR 84.650,41). Den Hauptanteil stellen die „medizinischen Verbrauchsmaterialien“ mit EUR 398.221,51 dar. Die Materialaufwendungen übersteigen mit TEUR 88 den Planansatzwert bedingt durch die pandemiebedingten Mehraufwendungen bei medizinischen Verbrauchsmaterialien im Bereich der persönlichen Schutzausrüstungen für die Beschäftigten des Rettungsdienstes.

Die Aufwendungen für bezogenen Leistungen enthalten im Wesentlichen die Budgetzahlungen unter Einschluss vertraglich zu gewährender Tarif- und Leistungsausgleiche in Höhe von EUR 10.174.419,05 an die Leistungserbringer; Aufwendungen für die Leistungen der Integrierten Regionalleitstelle für die Bearbeitung der rettungsdienstlichen Notrufe sowie Bestellungen des Krankentransportes in Höhe von EUR 835.159,92; Mieten für Rettungswachen, Notarztzimmer und Kraftfahrzeuge (EUR 96.423,38); Aufwendungen für Fremdleistungen (EUR 76.025,71); sonstige Aufwendungen zum Grundstücks- und Gebäudeunterhalt (EUR 17.489,54) sowie interne Verrechnungen von Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums in Höhe von EUR 126.898,35.

Der Planansatzwert wird zum 31. Dezember 2020 mit EUR 145.335,95 überschritten. Ergebnisbeeinflussende Ursache der Mehraufwendungen sind die pandemiebedingten Mehraufwendungen im Bereich der medizinischen Verbrauchsmaterialien sowie die pandemiebedingten Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums für Dritte.

Personalaufwand

Der Personalaufwand enthält die Löhne und Gehälter sowie sozialen Abgaben und Aufwendungen für die im Jahr 2020 durchschnittlich 16 beschäftigten Arbeitnehmer (14,875 Vollbeschäftigten-äquivalent) in Höhe von EUR 925.060,09. Das Jahresergebnis übersteigt mit EUR 31.525,09 den Planansatzwert und begründet sich in entgegen zur Planung durchgeführten veränderten sachgerechter buchungssseitigen Zuordnungen von Personalkostenerstattungen von Dritten in Höhe von EUR 45.173,41 zu den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Abschreibungen

Die Abschreibungen enthalten die jährlichen Abschreibungen, untergliedert in immaterielle Anlagegüter, Sachanlagen und GWG in Höhe von EUR 1.180.987,77. Bedingt durch den jeweiligen Zeitpunkt der Anschaffung bleiben die Abschreibungen mit EUR 203.397,23 unter den Planansatzwert.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von EUR 1.993.314,47 bleiben mit EUR 46.815,53 unter den Planansatzwert. Ursache hierfür sind in der Hauptsache Minderausgaben im Bereich der Aus- und Weiterbildung „Notfallsanitäter“ (TEUR - 209) und Fremdinstandhaltung der Funk- und Alarmierungstechnik (TEUR - 141) in Aufrechnung zu Mehrausgaben bei der Fremdinstandhaltung von Gebäuden (TEUR 76), höheren Aufwendungen für die Instandhaltung und Wartung von rettungsdienstlichen Kraftfahrzeugen (TEUR 65) und Medizintechnik (TEUR 30); der Bildung von Rückstellungen zur Behebung von Reparaturstaus im Feuerwehrtechnischen Zentrum in den Folgejahren (TEUR 110) sowie ungeplante Aufwendungen aus dem unvorhergesehenen Abgang von Vermögensgegenständen nach Unfalltotalschaden eines rettungsdienstlichen Einsatzmittels (TEUR 39). Die wesentlichen Aufwandspositionen in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen untergliedern sich in: Fremdinstandhaltungsaufwendungen in Höhe von EUR 898.827,26; Aufwendungen zur Sicherung der Notfallsanitäteraus- und -weiterbildung in Höhe von EUR 476.806,80; Telefon-, Daten- und Funknetzaufwendungen in Höhe von EUR 158.845,69; Versicherungsbeiträge für bewegliches und unbewegliches Anlagevermögen in Höhe von EUR 110.919,00; Aufwandsentschädigungen in Höhe von EUR 84.901,42; Rechts-/Gerichts- und Wirtschaftsprüfungskosten in Höhe von EUR 109.049,72; Aufwendungen für Geräte und Ausstattungen in Höhe von EUR 48.263,25; sonstige Aufwendungen zur Sicherung des laufenden Geschäftsbetriebes in Höhe von EUR 26.819,79; Gebühren in Höhe von EUR 3.137,51; Abschreibungen auf Forderungen in Höhe von EUR 9.577,13; Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen in Höhe von EUR 10.068,00; sonstige Personalaufwendungen in Höhe von EUR 16.478,25; Aufwendungen für

Erbpachtzinsen in Höhe von EUR 2.334,17 und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von EUR 6.859,54; den Abgang von Vermögensgegenständen in Höhe von EUR 38.971,44. Sachgerecht waren EUR 8.544,50 Skonti - Buchungen dem Aufwand gegenzusetzen.

III. Sonstige Pflichtangaben

a) Mitglieder des Betriebsausschusses

Vorsitzender	Herr Henry Graichen, Landrat
Kreisräte/-innen:	Herr Tim Barczynski, Schornsteinfegermeister Herr Gerd Berger, Installateur für Heizung/Sanitär Herr Dietmar Berndt, Bürgermeister Herr Michael Franz, Fachinformatiker Herr Michael Hutsch, Bürgermeister Frau Simone Luedtke, Oberbürgermeisterin Herr Stefan Meißner, Prüflingenieur Herr Stefan Müller, Heimleiter Herr Thomas Pöge, Bürgermeister Herr Siegfried Steffen Richter, Diplom Agraringenieur Oekonom Herr Holger Schulz, Bürgermeister Herr Lutz Simmler, Verwaltungsbetriebswirt Herr Oliver Urban, Rechtsanwalt
ab 08.10.2020	Herr Sebastian Weber, Selbständiger
bis 07.10.2020	Frau Susann Müller, Erzieherin

b) Angaben zur Betriebsleitung

Die Betriebsführung oblag im Wirtschaftsjahr 2020 Frau Carola Schneider. Der Betriebsleitung wurden im Wirtschaftsjahr 2020 Gesamtbezüge in Höhe von EUR 89.481,61 gewährt, wovon EUR 45.173,41 von externen Unternehmen für durch die Betriebsleiterin erbrachte Leistungen rückerstattet wurden.

c) Abschlussprüferhonorare

Entsprechend Eigenbetriebsrecht in Verbindung mit den Festlegungen der Betriebssatzung ist eine örtliche Rechnungsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt der Landkreisverwaltung sowie eine Jahresabschlussprüfung durch ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen durchzuführen. Nach § 21 SächsKompPrüfVO entstehen dem Eigenbetrieb keine Kosten für die örtliche Prüfung nach §§ 105 und 106 der Sächsischen Gemeindeordnung. Das vom Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr berechnete Gesamthonorar schlüsselt sich auf in:

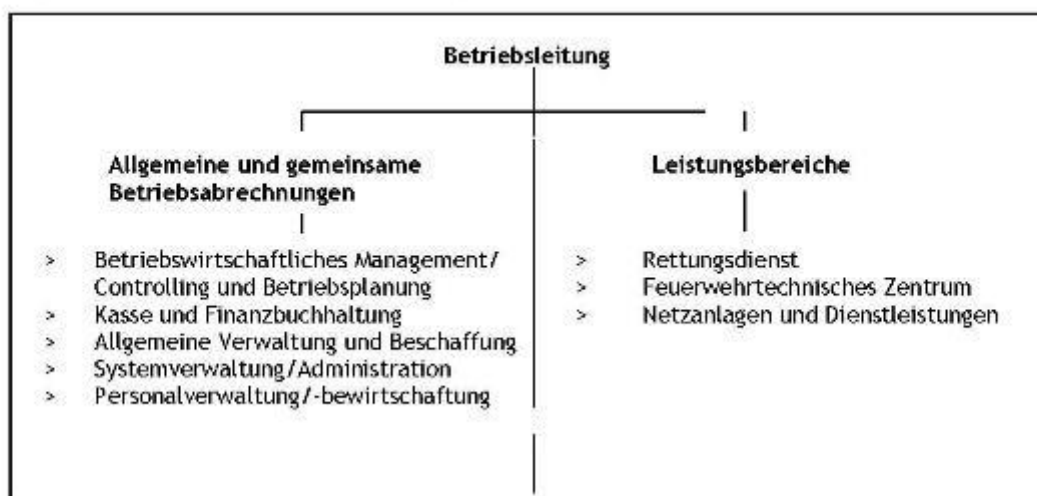
Art	Brutto in EUR	Netto in EUR
Abschlussprüfungsleistungen	9.401,00	7.900,00
Andere Bestätigungsleistungen	0,00	0,00
Steuerberatungsleistungen	0,00	0,00
Aufwandsersatz Rechnungsprüfungsamt Landkreis Leipzig	0,00	0,00
Gesamt:	9.401,00	7.900,00

d) Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen (§ 285 Nr. 21 HGB)

Als nahe stehende Unternehmen und Personen kommen neben dem Landrat, der Betriebsleitung und den Mitgliedern des Betriebsausschusses natürliche und juristische Personen in Betracht, die auf den Eigenbetrieb unmittelbar oder mittelbar ein Beherrschen sowie maßgeblichen Einfluss ausüben können. In diesem Sinne ist der Landkreis Leipzig als juristische Person des Eigenbetriebes zu verstehen.

Mit dem nahe stehenden Personenkreis sind geschäftsübliche Verbindungen angefallen. Darüber hinaus gehende Geschäfte wurden nicht getätigt, ebenso wurden keine Geschäfte mit Familienangehörigen dieses Personenkreises getätigt.

e) Betriebsstruktur und Beschäftigte



Während des Wirtschaftsjahres 2020 waren durchschnittlich folgende Arbeitnehmer beschäftigt:

	Vollzeitbeschäftigte	Personen
Betriebsleitung	0,50	1
Allgemeine und gemeinsame Betriebsabrechnungen	2,00	2
Leistungsbereiche	12,375	13
Summe	14,875	16

f) Investitionsmittelabfluss

Folgender Investitionsmittelabfluss besteht zum Bilanzstichtag:

Investitionsprogramm Wirtschaftsjahr 2019	Planansatz Jahr 2020 in EUR Übertrag Vorjahre	IST - Kosten Jahr 2020 in EUR	Übertrag Folgejahre in EUR	davon aus Kredit- genehmigungen Jahr 2020 in EUR Übertrag Folgejahr
Immaterielle Anlagen	3.600,00	15.554,62	0,00	3.480,00
Sonderposten Investitionszuschüsse IRLS (Auflösung Verbindlichkeiten)	191.727,63	0,00	191.727,63	0,00
Anzahlungen Anlagen im Bau	1.800.000,00 17.444,39	695.347,34	1.122.097,05	695.347,34 1.122.097,05
Technische Ausrüstungen	44.000,00	32.900,03	1.226,52	32.900,03 1.226,52
Digitalfunk und Netzanlagen	20.800,00	121.011,14	0,00	0,00
Medizinische Ausrüstungen	270.000,00	232.340,37	0,00	224.224,87
Geschäftsausstattungen	30.800,00	16.823,06	0,00	0,00
Kraftfahrzeuge	610.000,00	632.968,58	0,00	632.968,58
Maschinen und Geräte	25.000,00 35.630,67	69.580,82	0,00	0,00
GWG	50.000,00	49.504,90	0,00	0,00
Gesamt	2.854.200,00 53.075,06	1.866.030,86	1.123.323,57	1.588.920,82 1.123.323,57
*Nachfinanzierung aus 2019				*182.555,61

g) Erfolgsübersicht

Die Erfolgsübersicht nach den einzelnen Betriebszweigen stellt sich wie folgt dar:

	2020	2020	2020	2020
	Notfallrettung und Krankentransport	Feuerwehrtechnisches Zentrum	Netzanlagen und sonstige Dienstleistungen	GESAMT
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Betriebserträge				
a) nach Umsatzerlösen	14.864.843,79	0,00	0,00	14.864.843,79
b) sonstige Umsatzerlöse	0,00	144.760,67	0,00	144.760,67
c) aus Sonderposten	0,00	139.407,68	106.139,45	245.547,13
d) aus sonstigen Erträgen	58.143,58	781.819,89	272.635,72	1.112.599,19
2. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	505.923,44	141.263,99	9.806,22	656.993,65
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.125.633,06	189.491,26	11.291,63	11.326.415,95
3. Personalaufwand	484.814,59	304.718,18	135.527,32	925.060,09
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	851.769,12	218.943,83	110.274,82	1.180.987,77
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.669.868,31	211.570,98	111.875,18	1.993.314,47
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	66.324,33	0,00	0,00	66.324,33
Unternehmensergebnis				
Jahresfehlbetrag/				
Jahresüberschuss	218.654,52	0,00	0,00	218.654,52

IV. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2020 wurde fristgerecht zum 31. März 2021 aufgestellt.

In der Kostenträgersparten „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ besteht nach dem Bilanzstichtag resultierend aus Vorjahren wesentlicher weiterer Instandsetzungsaufwand, welchem nach Abstimmung mit der Finanzverwaltung des Landkreises Leipzig mit der Bildung entsprechender Rückstellungen im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2020 begegnet wurde. Die Kostenträgersparte schließt hiernach mit einem ausgeglichenen Ergebnis von EUR +/- 0,00.

Die Verhandlungen mit den Sozialleistungsträgern des Rettungsdienstes zum Jahresergebnis 2020 finden am 01. Juli 2021 statt. Im Ergebnis der Vorabstimmungen im Rahmen der Erstellung der Jahresrechnung zum Wirtschaftsjahr 2020 werden die Sozialleistungsträger das auf den Rettungsdienst entfallende positive Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2020 in Höhe von EUR 218.654,52 anerkennen. Es fließt in die Entgeltkalkulation des Wirtschaftsjahres 2022 ein.

Die Kostenträgersparte „Netzanlagen und sonstige Dienstleistungen“ schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis. Vom Landkreis Leipzig gewährte, jedoch nicht benötigte Finanzierungsmittel in Höhe von EUR 224.090,34 waren den sonstigen Verbindlichkeiten zuzuführen und fließen an den Kreishaushalt zurück.

Die Unterlagen zum Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2020 werden unter Einschluss der Prüfung der Buchführung, Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung, der Ordnungsgemäßheit der Betriebsführung und unter Einschluss der Prüferfordernisse nach § 53 Absatz 1 Nr. 2 Handelsgesetzbuch im Zeitraum Juni/Juli 2021 durch das vom Kreistag bestellte Wirtschaftsprüfungsunternehmen WRG Audit GmbH geprüft. Im Rahmen der Prüfungen ergaben sich Anpassungserfordernisse, die jedoch keinen Einfluss auf das Gesamtergebnis und die Wirtschaftslage des Eigenbetriebes haben. Der endgültig erstellte Prüfbericht des Wirtschaftsprüfungsunternehmens ist Bestandteil der Beschlussvorlage an den Kreistag des Landkreises Leipzig zur Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2020.

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Leipzig führt die örtlichen Erhebungen zur Prüfung des Jahresabschlusses nach §§ 105 und 106 der Sächsischen Gemeindeordnung vom 05. bis 09.07.2021 durch. Der Prüfbericht ist Bestandteil der Beschlussvorlage an den Kreistag des Landkreises Leipzig zur Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2020.

Aus der anhaltenden Pandemielage „SARS-CoV-2“ im Jahr 2021 ergeben sich Auswirkungen auf die laufende Geschäftstätigkeit des Eigenbetriebes, insbesondere mit zum Zeitpunkt nicht endgültig verlässlich abschätzbaren Auswirkungen in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“.

Weitere berichtspflichtige Ereignisse nach dem Abschlussstichtag sind nicht zu verzeichnen.

V. Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ in Höhe von EUR 218.654,52 ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Grimma, 31. März 2021/23.06.2021


Carola Schneider
Betriebsleiterin

Kommunaler Eigenbetrieb „Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig“

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020

I. Allgemeines

Der Kreistag des Landkreises Leipzig beschloss auf der Grundlage des § 95 a Sächsische Gemeindeordnung in seiner am 13. Dezember 2017 stattgefundenen öffentlichen Sitzung über die Bildung des kommunalen Eigenbetriebes „Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig“.

Der kommunale Eigenbetrieb nahm am 01. Januar 2018 seine Geschäftstätigkeit auf.

Die Rechtsverhältnisse des Eigenbetriebes werden durch die am 13. Dezember 2017 durch den Kreistag des Landkreises Leipzig beschlossene Betriebssatzung geregelt.

Gegenstand der Betriebstätigkeit des kommunalen Eigenbetriebes sind die Sicherstellung der Leistungen des Rettungsdienstes im Landkreis Leipzig, der Betrieb eines Feuerwehertechnischen Zentrums im Landkreis Leipzig zur Unterstützung der kreisangehörigen Kommunen in der Sicherstellung des Brandschutzes und die Gewährleistung des Betriebes der digitalen Funk- und Alarmierungsnetze im Landkreis Leipzig.

Die Leistungen des Rettungsdienstes werden für das Gebiet des Landkreises Leipzig mit einer Fläche von 1.651,30 km² und 258.325 Einwohnern (Stand 30. Juni 2020) erbracht.

Leistungen des Brandschutzes werden für 30 Stadt- und Gemeindefeuerwehren mit 141 Ortsfeuerwehren und 3.503 aktiven Kameraden geleistet.

Der kommunale Eigenbetrieb nimmt für den Landkreis Leipzig die Aufgabe als Träger des Rettungsdienstes wahr. Er bedient sich zur Disposition und Alarmierung der Einsatzmittel des Rettungsdienstes der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig.

Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben des Rettungsdienstes trat der kommunale Eigenbetrieb in vom vormaligen Rechtsträger des Rettungsdienstes (Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln) seit 01. Januar 2014 bestehende öffentlich - rechtliche Verträge mit Leistungserbringern zur Sicherstellung von Notfallrettung und Krankentransport ein:

- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst, Krankentransport und Hilfsdienste im Muldental GmbH, Grimma (Lose 2, 3)
- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Geithain e. V., Geithain (Los 4)
- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst und Krankentransport Leipzig und Umland GmbH, Zwenkau (Lose 5, 6)

Ab 01. Januar 2021 werden die Leistungen des Rettungsdienstes im Ergebnis wettbewerblichen Vergabeverfahrens neu vergeben.

II. Grundlage der Wirtschaftsführung

Auf den kommunalen Eigenbetrieb finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften der Sächsischen Gemeindeordnung nach § 95 a Abs. 4 unmittelbar Anwendung.

Das Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebes entspricht dem Haushaltjahr des Landkreises.

Grundlage der Wirtschaftsführung eines Wirtschaftsjahres ist der Wirtschaftsplan nach Maßgabe der §§ 16 bis 21 Sächsische Eigenbetriebsverordnung.

Der Kreistag des Landkreises Leipzig beschloss in seiner am 30. Oktober 2019 stattgefundenen Sitzung über den Wirtschaftsplan 2020 für den kommunalen Eigenbetrieb. Der Bescheid über die Rechtmäßigkeit des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2020 wurde am 30. Januar 2020 durch die Landesdirektion Sachsen erteilt. Die im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionstätigkeit sowie der festgesetzte Höchstbetrag für Kassenkredite wurden gleichzeitig genehmigt.

Die Finanzierung der dem kommunalen Eigenbetrieb obliegenden Aufgaben erfolgt durch Entgelte, Gebühren und allgemeine Deckungsmittel des Landkreises Leipzig für den Betrieb der Alarmierungs- und Nachrichtenübermittlungssysteme, Netzanlagen sowie für Leistungen des Feuerwehertechnischen Zentrums entsprechend Grundsatzbeschluss Nr. 2015/034 des Kreistages Landkreis Leipzig.

Im Wirtschaftsjahr 2020 flossen dem kommunalen Eigenbetrieb aus dem Kreishaushalt allgemeine Deckungsmittel in Höhe von EUR 962.800,00 zu, wovon EUR 224.090,34 nicht benötigt wurden und im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses den sonstigen Verbindlichkeiten zur Rückführung an den Kreishaushalt zuzuordnen waren.

Die nach § 32 SächsBRKG geführten Entgeltverhandlungen für den Rettungsdienst mit den Sozialleistungsträgern legten für das Wirtschaftsjahr 2020 Entgelte und Gebühren auf der Grundlage der Kalkulationen nach §§ 10 ff SächsKAG fest:

	Entgelte/Gebühren - Ist -
Gebühr Rettungstransportwagen	393,10 EUR/Einsatz
Gebühr Notarzteinsatzfahrzeug	269,40 EUR/Einsatz
Gebühr Krankentransportwagen	180,00 EUR/Einsatz
	zzgl. 4,80 EUR/km ab Besetzt - km 151

Der jeweilige Entgelt-/Gebührensatz enthält Erstattungsanteile für die Inanspruchnahme der Dienste der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig.

Im Wirtschaftsjahr 2020 wurden folgende Einsätze entgelt-/gebührenrelevant abgerechnet:

	Einsätze - Ist -
Krankentransporte	15.421 Einsätze = EUR 2.788.605,60
Rettungstransportwageneinsätze	23.419 Einsätze = EUR 9.206.008,90
Notarzteinsätze	10.601 Einsätze = EUR 2.855.909,40

III. Geschäftsverlauf

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten

Der kommunale Eigenbetrieb verfügt über das bewegliche Anlagevermögen, welches mit Beginn der Geschäftstätigkeit am 1. Januar 2018 von der Landkreisverwaltung des Landkreises Leipzig übertragen wurde.

Zum festen Anlagenbestand gehören:

- ein Grundstück mit einer Fläche von 11.112 m² in Deditz, welches mit einer MASTER -DAU- Anlage bebaut ist;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04668 Grimma, Heinrich - Zille - Straße 3, welcher mit einem Verwaltungsgebäude und einer Rettungswache bebaut ist;
- ein Grundstück in 04808 Wurzen, Kleegasse 1, welches mit einer Rettungswache bebaut ist;
- ein Gebäude in 04420 Markranstädt, Teichweg 14, welches mit einer Rettungswache in Form eines Containerbaus bestanden ist;
- Grund und Boden in Erbpacht in 04442 Zwenkau, Bahnhofstraße 102 mit einer seit 1. Februar 2017 in Betrieb befindlichen Rettungswache;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04552 Borna, OT Eula, Klingenbergstraße 6 mit einer Betriebsstätte des Feuerwehrtechnischen Zentrums und einer Rettungswache;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04687 Trebsen, Bahnhofstraße 7 a mit einer weiteren Betriebsstätte des Feuerwehrtechnischen Zentrums;
- Grund und Boden in Erbpacht in 04680 Colditz, Lastauer Straße 2 mit einer am 12. Mai 2021 in Betrieb gehenden Rettungswache.

Anlagen im Bau

Zum Bilanzstichtag befinden sich zwei Gebäude (Rettungswache Colditz und Rettungswache Markkleeberg), für welche Anzahlungen (EUR 695.347,34) im Wirtschaftsjahr 2020 geleistet wurden, im Bau. Die Aktivierung erfolgt mit Fertigstellung und Inbetriebnahme.

Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen

Für den Anteil Rettungsdienst an der Integrierten Regionallieferstelle Leipzig wurden im Wirtschaftsjahr 2020 keine Investitionszuwendungen geleistet. Dem gegenüber stehen aufrecht zu erhaltende Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 191.727,63.

Investitionen Bauvorhaben/Betriebs- und Geschäftsausstattungen

Wesentlichste Investitionen im Wirtschaftsjahr 2020 waren

- die Beschaffung von 4 Rettungstransportwagen im Wert von EUR 520.974,00;
- die Beschaffung eines Übergewichtigen - Krankentransportwagens im Wert von EUR 111.994,58;
- die Beschaffung medizinischer Ausrüstungen zur Ausstattung der neu beschafften Einsatzmittel des Rettungsdienstes in Höhe von EUR 232.340,37;
- Beschaffung von Funk- und Kommunikationstechnik für die neu beschafften Einsatzmittel des Rettungsdienstes in Höhe von EUR 32.900,03;
- Beschaffung von Mobiliar für die nach Bereichsplan Rettungsdienst ab 01. Januar 2021 in Betrieb gegangenen zusätzlichen Außenstellen des Rettungsdienstes in Höhe von EUR 12.150,86;
- Fortsetzung und Abschluss des im Jahr 2018 begonnenen Projektes „Harmonisierung des digitalen Funk- und Alarmierungsnetzes im Landkreis Leipzig“ mit Investitionen in Höhe von EUR 97.853,11 und EUR 23.158,03;
- Ersatzbeschaffungen von Anlagen und Maschinen des Feuerwehertechnischen Zentrums im Wert von EUR 69.580,82;

Weitere Investitionen betrafen ausschließlich betriebsnotwendige Anschaffungen:

- Immaterielle Vermögensgegenstände im Wert von EUR 15.554,62;
- Sonstige Geschäftsausstattungen für das Feuerwehertechnische Zentrum in Höhe von EUR 4.672,20;
- Geringwertige Wirtschaftsgüter in Höhe von EUR 49.504,90.

Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich im Wirtschaftsjahr 2020 wie folgt:

	Stand 31.12.2019 in EUR	Zugänge/ Einstellungen in EUR	Umbuchungen in EUR	Stand 31.12.2020 in EUR
Kapitalrücklagen	1.188.229,73	0,00	0,00	1.188.229,73
Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Vortrag auf neue Rechnung	-1.440.166,10	0,00	-568.248,09	-2.008.414,19
Jahresüberschuss	0,00	218.654,52	0,00	218.654,52
Jahresfehlbetrag	-568.248,09	0,00	+568.248,09	0,00
Summen	-820.184,46	218.654,52	0,00	-601.529,94

Zum 31. Dezember 2020 liegt kein Bestand an Eigenkapital vor, da der Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2020 nicht die Verlustvorträge aus den Jahren 2018 und 2019 deckt, die damit die Kapitalrücklagen übersteigen.

Das Wirtschaftsjahr 2020 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von insgesamt EUR 218.654,52, der vollständig auf den Kostenträger „Rettungsdienst“ entfällt.

Die Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ und „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ schließen das Wirtschaftsjahr 2020 ausgeglichen ab, da erübrigte Mittel des Feuerwehrtechnischen Zentrums den Rückstellungen zur Behebung von Investitions- und Reparaturstau aus Vorjahren und des Kostenträgers „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ den Verbindlichkeiten gegenüber der Landkreisverwaltung Landkreis Leipzig zuzuführen waren.

Umsatzerlöse, besondere Erträge und Leistungsentgelte

Im Bereich Rettungsdienst wurden im Wirtschaftsjahr 2020 Umsatzerlöse in Höhe von EUR 14.864.843,79 erzielt. Leistungsentgelte unter Einschluss zu leistender Tarifaufgleiche an Leistungserbringer des Rettungsdienstes wurden in Höhe von EUR 10.174.419,05 gezahlt.

Der Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ erzielte aus Umsatzerlösen EUR 144.760,67, wovon EUR 122.517,17 auf Erlöse aus Gebühren für Leistungen, EUR 22.243,50 auf Erlöse aus Mieten entfielen.

Im Bereich „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ wurden EUR 108.044,36 aus Leistungen für Dritte erzielt.

Lage des Eigenbetriebes

Das Wirtschaftsjahr 2020 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von EUR 218.654,52 ab.

Die Umsatzerlöse des Rettungsdienstes unterschritten unbenommen dieses erzielten Jahresüberschusses dennoch pandemiebedingt den Planansatzwert um TEUR 1.306, so dass die für den Ausgleich der Vorjahresverluste geplanten Erlöse nicht erzielt werden konnten.

Die Umsatzerlöse des Feuerwehrtechnischen Zentrums fielen durch zusätzliche Leistungen für Dritte im Digitalfunk mit TEUR 40 höher als geplant aus.

In der Kostenträgersparte „Netzanlagen und sonstige Dienstleistungen“ wurden keine typischen Umsatzerlöse erzielt. Die hierzu veranschlagten Planansätze in den Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 45 waren buchhalterisch sachgerecht den sonstigen betrieblichen Erträgen zuzuordnen.

Die Finanzierung rettungsdienstlicher Investitionen der Vorjahre erfolgte ausschließlich aus Marktkrediten, welche im Rahmen der regulären Abschreibungen über die festgelegten Nutzungsdauern refinanziert werden.

Für das Jahr 2020 sah der Wirtschaftsplan Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von TEUR 2.894,8 vor, welche dem entsprechend am freien Kreditmarkt aufgenommen wurden. Sie dienten der Finanzierung der Bauvorhaben der Rettungswachen Colditz und Markkleeberg, der Beschaffung von 3 Rettungstransportwagen und eines Übergewichtigen - Krankentransportwagens einschließlich Medizin-, Funk- und Kommunikationstechnik. Ein weiterer Rettungstransportwagen war nach Unfalltotalschaden aus Versicherungserstattungen und Restwerterlösen zu beschaffen.

Die Finanzierung weiterer Investitionen des Jahres 2020 erfolgte aus Abschreibungen und Zuweisungen des Freistaates Sachsen für Ausrüstungen und Ausstattungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums.

Die Schulden des kommunalen Eigenbetriebes gegenüber Kreditinstituten für Investitionskredite belaufen sich zum 31. Dezember 2020 auf EUR 4.929.802,46.

Im Wirtschaftsjahr 2020 wurden Tilgungen für Investitionskredite in Höhe von EUR 918.658,36 geleistet.

Die Inanspruchnahme von Kassenkrediten zur Sicherung der Finanzierung der laufenden Ausgaben der Verwaltung beträgt zum Bilanzstichtag EUR 3.000.000,00 und resultiert maßgeblich aus den Mindererlösen des Rettungsdienstes (TEUR 1.306) im Jahr 2020 und den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen des Rettungsdienstes sowie sonstigen rettungsdienstlichen Forderungen zum Bilanzstichtag (TEUR 2.537). Der Kassenkreditbestand zum Bilanzstichtag entfällt vollständig auf die Bereitstellung aus Mitteln der Landkreisverwaltung. Anfallende Zinsen wurden und werden nach marktüblichen Konditionen auf vertraglicher Grundlage vollumfänglich durch die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ finanziert.

IV. Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Kennzahlenentwicklung

Wirtschaftsjahr		2019	2020
Umsatz	TEUR	13.413	15.255
Materialaufwand	TEUR	10.759	11.983
Materialaufwandsquote	%	80,2	78,6
Personalaufwand	TEUR	842	925
Personalaufwandsquote	%	6,3	6,1
Durchschnittliche Abschreibungsquote	%	12,9	14,9
Abschreibungen	TEUR	1.384	1.181
Investitionen	TEUR	1.183	1.866
Finanzergebnis	TEUR	-65	-66
Jahresergebnis	TEUR	-568	219
Umsatzrentabilität	%	negativ	1,4
Eigenkapitalrentabilität	%	negativ	Negativ
Bilanzstichtag		31.12.2019	31.12.2020
Bilanzsumme	TEUR	9.967	11.559
Anlagevermögen	TEUR	7.277	7.923
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	2.690	3.034
Eigenkapital	TEUR	-820	-601
Eigenkapitalquote I	%	-8,2	-5,2
Sonderposten	TEUR	2.922	2.714
Eigenkapitalquote II	%	21,1	18,3
Rückstellungen	TEUR	224	231
Verbindlichkeiten	TEUR	7.642	8.613
Fremdkapitalquote	%	78,9	76,5
Eigenkapital + Sonderposten	TEUR	2.102	2.113
Eigenkapital + Sonderposten + langfr. Fremdkapital	TEUR	4.215	3.676
Anlagendeckungsgrad	%	28,9	26,7

Ertragslage und ergebnisbeeinflussende Faktoren

Aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung wurde die folgende wirtschaftliche Erfolgsrechnung entwickelt:

	2020	
	TEUR	%
Umsatzerlöse Rettungsdienst, Feuerwehrtechnisches Zentrum Netzanlagen, Dienstleistungen	15.009	91,7
Erlöse aus Auflösung von Sonderposten	246	1,5
Umsatzerlöse gesamt	15.255	93,2
Sonstige betriebliche Erträge	1.112	6,8
Betriebsleistung	16.367	100,0
Materialaufwand	11.983	73,2
Personalaufwand	925	5,7
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagen	1.181	7,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.993	12,2
Betriebsergebnis	285	1,7
Finanzergebnis	-66	-0,4
Jahresfehlbetrag/ -überschuss	219	1,3

Die Umsatzerlöse aus Leistungen der Kostenträgersparten stellen sich unter Einfluss zu beachtender ergebniswirksamer Posten dabei im Einzelnen wie folgt dar:

	2020 TEUR
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - RTW	9.206
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - KTW	2.788
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - NEF	2.856
Periodenfremde Erlöse Rettungsdienst	14
Erlöse Feuerwehrtechnisches Zentrum	145
Erlöse Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen	0
	15.009
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	246
Sonstige Erträge	1.112
	16.367

Rettungsdienst

Auf den Kostenträger „Rettungsdienst“ entfällt ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 218.654,52. Der Jahresüberschuss liegt mit TEUR 1.131 unter dem zur Abdeckung von Vorjahresverlusten im Rahmen des Wirtschaftsplanes veranschlagten Wert. Wesentliche ergebnisbeeinflussende Faktoren begründen sich im pandemiebedingten Einsatzrückgang sowie im Mehrbedarf an persönlichen Schutzausrüstungen für die Beschäftigten des Rettungsdienstes.

Die sonstigen betrieblichen Erträge übersteigen den Planansatz mit TEUR 3.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe und bezogene Waren übersteigt um TEUR 133 den Planansatzwert und resultiert im Wesentlichen aus dem Mehrbedarf an persönlichen Schutzausrüstungen.

Entsprechend des Grundsatzes der Vollständigkeit (§ 246 Abs. 1 HGB) weisen die Budgetzahlungen an Leistungserbringer die jahresbezogenen Aufwendungen im Ergebnis durchgeführter und ab 1. Januar 2014 umgesetzter Vergabeverfahren nach § 31 SächsBRKG in Höhe von TEUR 10.174 unter Einschluss zu leistender Tarifaufgleiche aus.

Die bezogenen Leistungen bleiben TEUR 79 unter dem Wirtschaftsplanansatz.

Die Personalkosten entsprechen dem Planwert.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen bleiben um TEUR 131 unter dem Planansatz. Ursache hierfür ist der Zeitpunkt der Beschaffungen von Einsatzmitteln, deren Ausrüstung und Ausstattung mit Zugang im IV. Quartal entgegen der geplanten Aktivierungen zum Halbjahr 2020.

In der Kostenartengruppe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten Einsparungen in Höhe von TEUR 36 erzielt werden, welche hauptsächlich aus der Abrechnung rettungsdienstlicher Aus- und Weiterbildungen resultieren.

Feuerwehrtechnisches Zentrum

Der Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Die Umsatzerlöse fielen durch Verschiebung von Leistungen des Digitalfunks aus dem Jahr 2019 in das Jahr 2020 um TEUR 41 höher als geplant aus.

Die Auflösung von Ertragszuschüssen zu Investitionen fällt um TEUR 11 geringer als geplant aus und begründet sich im Zeitpunkt der Beschaffung der im Jahr 2020 bezuschussten Anlagegüter.

In der Kostenartengruppe sonstiger betrieblicher Erträge sind Mehreinnahmen in Höhe von TEUR 161 zu verzeichnen, welche maßgeblich aus inneren Leistungsverrechnungen für pandemiebedingte Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums für den Landkreis Leipzig resultieren.

Der Materialaufwand schließt mit einem Mehrbedarf von TEUR 84 über dem Planansatz. Hierbei handelt es sich in der Hauptsache um im Rahmen innerer Leistungsverrechnung abzubildende Aufwendungen im Kontext zu den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Der Personalaufwand übersteigt um TEUR 47 den Planansatz und resultiert aus der Abrechnung der im Vorfeld eines Jahres schwer planbaren Einsatzfähigkeit im Rahmen der Bereitschaftsdienste sowie aus zu bildenden Rückstellungen für Mehrstunden und übertragene Urlaubsansprüche der Beschäftigten.

Die regulären Abschreibungen blieben infolge des Zugangs von Vermögensgegenständen überwiegend im IV. Quartal 2020 mit TEUR 24 unter dem Planansatz.

Die Kostenartengruppe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen schließt mit Mehraufwendungen in Höhe von TEUR 84. Ursache hierfür sind unabweisbare verschleißbedingte Instandsetzungen an den Gebäuden und Anlagen an beiden Standorten des Feuerwehrtechnischen Zentrums unter Berücksichtigung gebildeter Rückstellungen (TEUR 110) zur Fortsetzung der Behebung der Instandhaltungs- und Reparaturstaus aus Vorjahren in den Folgejahren.

Netzanlagen und Sonstige Dienstleistungen

Der Kostenträger „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis. Finanzierungsmittel des Landkreises Leipzig waren in Höhe von EUR 224.090,34 den sonstigen Verbindlichkeiten zur Rückführung an den Kreishaushalt zuzuführen.

Dieser resultiert maßgeblich aus geringeren Personalaufwendungen (TEUR 15) und Aufwendungen für Abschreibungen (TEUR 49) aufgrund vornehmlicher Anschaffungszeitpunkte im IV. Quartal; Einsparungen bei Rechts- und Beratungskosten (TEUR 40) sowie Fremdinstandhaltungen der Alarm- und Netzanlagen (TEUR 80) nach Inbetriebnahme des neuen Funk- und Alarmierungsnetzes im Landkreis Leipzig.

Vermögenslage

Der Vermögens- und Kapitalaufbau des kommunalen Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2020 wird anhand der nach Liquidationsgesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen dargestellt. Dabei wurden innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten als kurzfristig behandelt, alle anderen - soweit nicht besonders vermerkt - als mittel- und langfristig.

	TEUR	%
VERMÖGEN		
Anlagevermögen	7.923	97,7
abzüglich		
Sonderposten zum Anlagevermögen	-2.714	-34,5
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	5.209	63,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.537	30,8
Sonstige kurzfristige Posten	370	4,5
Flüssige Mittel	127	1,5
Kurzfristig gebundenes Vermögen	3.034	36,8
Vermögen insgesamt	8.243	100,0
KAPITAL		
Kapitalrücklage	1.188	14,4
Gewinn- / Verlustvortrag	-2.008	-24,4
Jahresfehlbetrag / -überschuss	219	2,7
Eigenkapital	-601	-7,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten =		
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	3.876	47,0
Sonstige Rückstellungen	231	2,8
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.053	12,8
Lieferantenschulden	274	3,3
Sonstige kurzfristige Posten	3.410	41,4
Kurzfristiges Fremdkapital	4.968	60,3
Kapital insgesamt	8.243	100,0

Das Bruttovermögen besteht zum 31. Dezember 2020 zu 63,2 % (TEUR 5.209) aus den von der Landkreisverwaltung dem Eigenbetrieb überlassenen eigenmittelfinanzierten Anlagevermögen und zu 36,8 % (TEUR 3.034) aus Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beträgt - 7,3% (TEUR -601). Mittel- und langfristiges Fremdkapital haben zum 31. Dezember 2020 einen Anteil von 47,0 % (TEUR 3.876). Der Anteil an kurzfristigem Kapital beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 60,3 % (TEUR 4.968).

Finanzlage

Nachfolgende Kapitalflussrechnung gibt einen Überblick zur Herkunft und Verwendung der Finanzmittel sowie zur Offenlegung der Finanzlage des Eigenbetriebes:

	2020 TEUR
Jahresergebnis	219
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.181
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	7
Auflösung von Sonderposten zum Anlagevermögen	-246
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)	-23
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-7
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-216
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-202
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	713
Erhaltene Zuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens (+)	61
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens (+)	46
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen (-)	-1.866
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	-1.759
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	2.895
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-) ¹⁾	-919
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	1.976
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	930
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	-3.803
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-2.873

¹⁾ ohne Tilgung für Kassenkredit

Die Sicherstellung der Liquidität war durch die zur Verfügung stehenden Kreditlinien im Wirtschaftsjahr gewährleistet.

V. Ausblick und Prognose der künftigen Entwicklung

Die Verhandlungen mit den Sozialleistungsträgern zum Jahresergebnis 2020 finden am 01. Juli 2021 statt. Im Ergebnis der Vorabstimmungen im Rahmen der Erstellung der Jahresrechnung zum Wirtschaftsjahr 2020 werden die Sozialleistungsträger den auf den Rettungsdienst entfallenden Jahresüberschuss in Höhe von EUR 218.654,52 anerkennen, unbenommen des pandemiebedingten Nichterreichens des Planziels von Mehrerlösen in Höhe von EUR 1.350.126,28 zur Deckung von Vorjahresverlusten. Hierdurch setzt sich die negative Entwicklung der Liquidität des Eigenbetriebes über das Wirtschaftsjahr 2021 fort. Liquiditätshilfen der Landkreisverwaltung werden deshalb auch fortführend im Jahr 2021 unverzichtbar sein. Eine Verbesserung der Liquiditätslage ist hier nach frühestens im II. Halbjahr 2021 zu erwarten.

Ab dem 01. Januar 2021 wurden die Leistungen des Rettungsdienstes im Landkreis Leipzig im Rahmen einer Änderung des Bereichsplanes „Rettungsdienst“ neu strukturiert und nach Durchführung eines Vergabeverfahrens nach § 31 SächsBRKG neu vergeben. Der damit verbundene Aufwuchs der Einsatzmittel des Rettungsdienstes mit einhergehender Erhöhung der Vorhaltezeiten führt ab 01. Januar 2021 zu einem Anstieg der Aufwendungen im Rettungsdienst um mehr als ein Drittel gegenüber denen des Durchschnitts der Vorjahre, welche sich dem entsprechend in den Entgelten und Gebühren ab dem 01. Januar 2021 negativ niederschlagen.

Im Jahr 2019 wurde mit Planungen zum Bau von zwei Rettungswachen in Colditz und in Markleeberg begonnen. Der Baubeginn für beide Objekte lag im Jahr 2020. Die Rettungswache Colditz wird planmäßig im Jahr 2021 in Betrieb gehen. Mit einer Fertigstellung der Rettungswache in Markleeberg wird im Jahr 2022 gerechnet. Die Investitionsplanung des Eigenbetriebes sieht infolge Verschleißes den Ersatzneubau einer Rettungswache in Markranstädt im Jahr 2022 mit Fertigstellung im Jahr 2023 vor.

Durch die über das Jahr 2020 hinausgehende Pandemielage werden auch für das Jahr 2021 Einnahmeausfallverluste in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ durch Einsatzzahlenrückgang erwartet, denen Mehraufwendungen im Bereich der medizinischen Verbrauchsmaterialien, insbesondere für persönliche Schutzausrüstungen gegenüber stehen.

Für die Kostenträgersparten „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ und „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ wird für die Folgejahre eine stabile Weiterentwicklung erwartet. Pandemiebedingte Leistungsrückstände werden mittelfristig lageabhängig ausgleichbar sein.

Nach dem Wirtschaftsplan 2021 wird ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Grimma, 31. März 2021/23.06.2021


Carola Schneider
Betriebsleiterin

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2022		
<p>Auf der Grundlage der § 63 Sächsische Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 99), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist; in Verbindung mit § 95a Sächsische Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist und der §§ 1 und 16 Sächsische Eigenbetriebsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 816), hat der Kreistag in seiner Sitzung am 13. Oktober 2021 folgenden Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb "Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig" beschlossen:</p>		
§ 1 Wirtschaftsplan		
Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt mit:		
1.	Erträgen aus dem Erfolgsplan in Höhe von	24.628.030,95 €
2.	Aufwendungen aus dem Erfolgsplan in Höhe von	24.628.030,95 €
3.	einem Jahresüberschuss in Höhe von	0,00 €
4.	einem Jahresfehlbetrag in Höhe von	0,00 €
§ 2 Liquiditätsplan		
Der Liquiditätsplan wird festgesetzt in den Mittelzu- und -abflüssen		
1.	aus laufender Geschäftstätigkeit mit	2.807.230,00 €
2.	aus Investitionstätigkeit mit	-5.114.225,00 €
3.	aus Finanzierungstätigkeit mit	3.762.772,00 €
4.	und mit einem Finanzmittelstand am Ende der Periode i.H.v.	7.403,00 €
§ 3 Kreditaufnahmen		
Die Aufnahme von Krediten wird festgesetzt:		
1.	für Investitionen und -fördermaßnahmen mit	4.973.754,00 €
§ 4 Verpflichtungsermächtigungen		
Es werden festgesetzt:		
1.	Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von	1.400.000,00 €
§ 5 Kassenkredite		
Der Höchstbetrag zur Inanspruchnahme wird festgesetzt:		
1.	für Kassenkredite mit	4.925.500,00 €

Anlagen zum Wirtschaftsplan

- 1 Vorbericht gemäß § 17 SächsEigBVO
- 2 Erfolgsplan gemäß § 18 Abs. 1 und 2 SächsEigBVO
- 3 Erfolgsübersicht nach § 18 Abs. 3 SächsEigBVO
- 3 a) Erfolgsübersicht nach § 28 Abs. 3 SächsEigBVO nach Betriebszweigen
- 4 Liquiditätsplan gemäß § 19 SächsEigBVO
- 5 Finanzplanung gemäß § 20 Abs. 1 SächsEigBVO
- 5 a) Darstellung der Finanzbeziehungen gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 1 SächsEigBVO
- 5 b) Verpflichtungsermächtigungen/Kredite gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 2 SächsEigBVO
- 6 Investitionsprogramm gemäß § 20 Abs. 3 SächsEigBVO
- 6 a) Anlage zum Investitionsprogramm
- 7 Stellenübersicht gemäß § 21 SächsEigBVO

Borna, 13.10.2021

Henry Graichen
Landrat

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2022 gemäß § 17 SächsEigBVO

1. Vorbemerkung

Dem Wirtschaftsplan ist gemäß § 17 SächsEigBVO i. g. F. ein Vorbericht beizufügen. Der Vorbericht legt den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Aufgaben, die durch den kommunalen Eigenbetrieb „Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig“ wahrgenommen werden und die zur Erfüllung eingesetzten Mittel und Strategien dar. Er erläutert die in den einzelnen Plänen (Anlagen 2 bis 7) dargestellten voraussichtlichen Entwicklungen.

2. Bildung, Geschäftsaufnahme, Aufgaben, Zusammenarbeit

Der Kommunale Eigenbetriebes „Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig“ wurde auf der Grundlage des Beschlusses Nummer 2017/143 des Kreistages des Landkreises Leipzig gebildet. Er nahm seine Geschäftstätigkeit am 01. Januar 2018 auf und unterhält eine Verwaltungsstelle mit Sitz in Grimma sowie zwei Betriebsstätten des Feuerwehrtechnischen Zentrums Landkreis Leipzig in Borna, OT Eula und in Trebsen.

Hauptaufgaben des Kommunalen Eigenbetriebes „Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig“ sind insbesondere

- die Sicherstellung einer bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Versorgung der Bevölkerung des Landkreises Leipzig mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes;
- der Betrieb eines Feuerwehrtechnischen Zentrums zur Unterstützung der Sicherstellung der Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Feuerwehren und Katastrophenschutzeinheiten im Landkreis Leipzig;
- die Gewährleistung der Einrichtung, Unterhaltung und des Betriebes der Alarmierungs- und Nachrichtenübermittlungssysteme (Netzanlagen) im Landkreis Leipzig sowie die Erbringung sonstiger Dienstleistungen.

Auf Grundlage des § 31 des Gesetzes zur Neuordnung des Brandschutzes, Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes im Freistaat Sachsen (SächsBRKG) wurden die Leistungen des Rettungsdienstes nach Durchführung eines nationalen Vergabeverfahrens ab dem 01. Januar 2021 für die Dauer von fünf Jahren mit einer Verlängerungsoption von zwei Jahren der Rettungsdienstbereiche des Landkreises Leipzig an nachstehend genannte Leistungserbringer auf der Grundlage Öffentlich rechtlicher Verträge mit Einfluss der Angebotskalkulationen in die jeweilige Wirtschaftsplanung vergeben:

NORD: DRK Rettungsdienst, Krankentransport und Hilfsdienste im Muldentale GmbH
OST: DRK Rettungsdienst, Krankentransport und Hilfsdienste im Muldentale GmbH
SÜD-OST: DRK Kreisverband Geithain e. V.
MITTE: DRK Rettungsdienst, Krankentransport Leipzig und Umland gGmbH
WEST: DRK Rettungsdienst, Krankentransport Leipzig und Umland gGmbH

3. Grundsatzaussagen zur Wirtschaftsplanung

Der Wirtschaftsplan 2022 wurde auf der Grundlage des § 95a SächsGemO in Verbindung mit §§ 17 bis 21 SächsEigBVO aufgestellt und gegliedert.

Maßgebliche Grundlagen der Wirtschaftsplanung 2022 sind

- die Ergebnisse der Entgeltverhandlungen nach § 32 SächsBRKG mit den Sozialleistungsträgern für die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“
- die Bildung von Planansätzen auf der Grundlage der Jahresrechnung des Wirtschaftsjahres 2020 und des zum 30. Juni 2021 erreichten IST – Standes in den Kostenträgersparte „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ und „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ unter Beachtung der IST - Prognosen bis zum 31. Dezember 2021.

Gemäß § 63 SächsLKO, § 95a SächsGemO i. V. mit § 6 Abs. 1 Nr. 9 der Betriebssatzung ist der Kreistag für die Festsetzung des Wirtschaftsplanes nach Vorberatung des Betriebsausschusses (§ 7 Abs. 5 Betriebssatzung) zuständig.

Für den Beschluss zum Wirtschaftsplan des Wirtschaftsjahres 2022 werden folgende grundsätzliche Aussagen getroffen:

- Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2022 ist ausgeglichen.
- Der Wirtschaftsplan umfasst im Erfolgsplan Aufwendungen und Erträge in Höhe von 24.628.030,95 EURO.
- Der Liquiditätsplan umfasst Mittelzu- und -abflüsse
 - aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.807.230,00 EURO
 - aus Investitionstätigkeit in Höhe von – 5.114.225,00 EURO
 - aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 3.762.772,00 EUROund endet mit einem Finanzmittelstand am Ende der Periode in Höhe von 7.403,00 EURO.
- Im Wirtschaftsjahr 2022 sind Kreditaufnahmen für Investitionen im Rettungsdienst in Höhe von 4.973.754,00 EURO vorgesehen.

- Der Wirtschaftsplan 2022 sieht Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen in Höhe von 1.400.000,00 EURO für die Errichtung einer Rettungswache in den Jahren 2022/23 vor.
- Zur Sicherung der Geschäfte der laufenden Verwaltung ist der Höchstbetrag der Kassenkredite mit 4.925.500,00 EURO festzusetzen. Die Höhe des Kassenkredites überschreitet nicht 1/5 der Aufwendungen und Erträge des Wirtschaftsjahres 2022.
- Der Wirtschaftsplan tritt am 01.01.2022 in Kraft.

4. Erläuterung der Pläne zum Wirtschaftsplan (Anlagen 2 bis 7)

4.1 Erfolgsplan (Anlage 2)

Der Erfolgsplan wurde auf der Grundlage des § 18 SächsEigBVO aufgestellt. Der Erfolgsplan enthält alle voraussichtlichen Erträge und Aufwendungen des Wirtschaftsjahres. Er ist in der Systematik der Gewinn- und Verlustrechnung gegliedert. Veranschlagte wesentliche Erträge und Aufwendungen werden begründet.

Umsatzerlöse (Lfd. Nr. 1a bis 1 d)

Die Umsatzerlöse umfassen:

1 a) Erlöse aus Rettungsdienstleistungen

Darunter fallen Umsatzerlöse aus Entgelten für die Inanspruchnahme von

Rettungstransportwagen

Krankentransportwagen

Notarzteinsatzfahrzeugen

aa) Zweckgebundene Abgrenzung Mehrerlöse

Die Erlöse aus Rettungsdienstleistungen (1a) enthalten Mehrerlöse aus der Nachkalkulation der Jahresverluste aus den Wirtschaftsjahren 2018 und 2019, die als zweckgebundene Abgrenzung als Mehrerlöse im Ergebnis der Verhandlungen nach § 32 SächsBRKG auszuweisen sind.

b) Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen

Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen umfassen Dienstleistungen des Eigenbetriebes an Dritte, Gebühreneinnahmen aus Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums sowie Mieteinnahmen von Dritten.

1 c) Erlöse aus der Auflösung von Ertragszuschüssen

Die Auflösung von Ertragszuschüssen umfasst Erlöse aus voll- und teilfinanzierten Investitionen/Investitionsanteilen aus dem Jahr der jeweiligen Beschaffung des Anlagengutes. Die Sonderposten sind in Höhe der jährlichen Abschreibungen über die normative Nutzungsdauer des Anlagengutes aufwandsneutralisierend abzubilden.

Nach Systematik der automatisierten betrieblichen Sonderpostenverwaltung ist zu unterscheiden in Sonderposten

- aus der Nutzungsübertragung von Anlagevermögen und IMMA
- aus Zuwendungen des Landes zur Finanzierung von Sachanlagen .
- aus Zuwendungen Dritter zur Finanzierung von Sachanlagen

Die Sonderposten aus der Übertragung von Anlagevermögen und immateriellen Vermögensgegenständen umfassen Zuwendungen zum Anlagevermögen des Feuerwehrtechnischen Zentrums.

Die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung von Sachanlagen des Landes umfassen Förderanteile zur Erneuerung des Digitalen Alarmumsetzernetzes aus den Jahren 2012, 2018 bis 2020 und zur Ersatzbeschaffung von Sachanlagen des Feuerwehrtechnischen Zentrums seit dem Jahr 2019.

Zuwendungen Dritter umfassen Finanzierungsmittel des Landkreises zur Ersatzbeschaffung des Gerätewagens Logistik ab dem Jahr 2019.

1 d) Sonstige Umsatzerlöse.

Für das Jahr 2022 und folgende sind keine sonstigen Umsatzerlöse geplant.

2. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an fertigen/unfertigen Erzeugnissen (Lfd. Nr. 2)

Der Eigenbetrieb arbeitet nicht mit Beständen aus fertigen/unfertigen Erzeugnissen.

3. Andere aktivierte Eigenleistungen (Lfd. Nr. 3)

Andere Eigenleistungen werden im Betrachtungszeitraum nicht aktiviert.

4. Sonstige betriebliche Erträge (Lfd. Nr. 4)

Wesentlichste Ertragsposition stellen die Zuschüsse des Landkreises Leipzig zur Sicherung der Aufgaben des Feuerwehrtechnischen Zentrums und des Betriebes der Alarmierungs- und Nachrichtenübermittlungssysteme (Netzanlagen) in Höhe von EURO 962.800 dar.

Entsprechend des Grundsatzbeschlusses des Kreistages Nummer 2015/034 zur Unterstützung der Städte und Gemeinden im Brandschutz mit Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums ist der festgelegte jährliche Anteil an den allgemeinen Deckungsmitteln in entsprechender Höhe von EURO 406.084,44 ausgewiesen.

Weitere sonstige betriebliche Erträge umfassen Erträge aus Erstattungen an das Feuerwehrtechnische Zentrum, Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen, periodenfremde Erstattungen sowie Säumniszuschläge und Mahngebühren zu Leistungen des Rettungsdienstes.

5. Materialaufwand (Lfd. Nr. 5 a und 5 b)

Der Materialaufwand untergliedert sich in 5 a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie bezogene Waren und 5 b) Bezogene Leistungen.

5 a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe/Bezogene Waren

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie bezogene Waren umfassen Aufwendungen für Energie- Wasser- und Wärmeversorgung; Aufwendungen für die Bewirtschaftung der

Rettungswachen, der Notarztzimmer, der Verwaltungsstelle und der Betriebsstätten des Feuerwehrtechnischen Zentrums; Betriebsstoffe (Kraftstoff), Verbrauchsmaterialien und Ersatzteile des Feuerwehrtechnischen Zentrums sowie Medizinische Verbrauchsmaterialien und Desinfektionsmittel als bezogene Waren.

5 b) Bezogene Leistungen

Höchste Aufwandsposition in den bezogenen Leistungen sind die Budgetzahlungen an die Leistungserbringer des Rettungsdienstes in Höhe von EURO 17.408.000,95 im Ergebnis des im Jahr 2020 durchgeführten Verfahrens zur Vergabe der Leistungen des Rettungsdienstes seit 01. Januar 2021.

Weitere Position sind Aufwendungen für Mieten der Rettungswachen und Notarztzimmer; Aufwendungen für Gebäudereinigung, Pflege der Außenanlagen, Winterdienst, rettungsdienstliche Tragehilfen, Mieten für rettungsdienstliche Einsatzmittel sowie sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen und Dienstleistungen.

Als ausgewiesene Fremdleistungen schlagen sich die Betriebskostenzuschüsse des Rettungsdienstes in Höhe von EURO 949.576,00 an die Integrierten Regionalleitstelle Leipzig (IRLS) für die Entgegennahme, Disposition, Alarmierung und Dokumentation der rettungsdienstlichen Einsätze nieder.

Für anteilige aus den betrieblichen Erträgen gewährten Zuschüsse der Landkreisverwaltung zur Finanzierung von Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums und sonstiger Dienstleistungen waren interne Leistungsverrechnungen abzubilden.

6. Personalaufwand (Lfd. Nr. 6 a und 6 b)

Der Aufwand für Personal untergliedert sich in 6 a) Löhne und Gehälter und 6 b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung. Grundlage der Planung zum Personalaufwand ist die Stellenübersicht (Anlage 7 zum Wirtschaftsplan) in Verbindung mit erwarteten tarifrechtlichen Entwicklungen (TVöD, SächsBesG).

7. Abschreibungen (Lfd. Nr. 7 a und 7 b)

Die Summe der Abschreibungen umfasst 7 a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen. Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens (7 b) sind nicht geplant. Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen (7 a) umfassen Abschreibungen auf

- Immaterielle Vermögensgegenstände
- Sachanlagen (ertragszuschussfinanziert)
- Sachanlagen (abschreibungsfinanziert)
- Sachanlagen (kreditfinanziert)
- Sachanlagen (landeszuschussfinanziert)
- Sachanlagen (Nutzungsüberlassungen)

- Sachanlagen (Drittmittelfinanziert)
- Geringwertige Wirtschaftsgüter

Grundlage der Planansätze bilden die Ergebnisse des der Finanzbuchhaltung angeschlossenen betrieblichen Anlagenbuchhaltungsprogramms sowie Abschreibungsberechnungen für Neuinvestitionen.

Die grundsätzlich linearen Abschreibungen stehen in Abhängigkeit zum betrieblichen Anlagenvermögen, dessen Anschaffungs- und Herstellungskosten, dem jeweiligen Beschaffungszeitpunkt und der jeweiligen Nutzungsdauer. Für die beweglichen Gegenstände des Anlagevermögens mit Anschaffungskosten zwischen EUR 250,00 EURO und kleiner EUR 1.000,00 (GWG) ist ein Sammelposten zu bilden, welcher über 5 Jahre linear abzuschreiben ist. Die Aufwendungen für Abschreibungen nutzungsüberlassener, ertragszuschuss-, förder- und drittmittelfinanzierter Sachanlagen werden in den Erlösen aus der Auflösung von Ertragszuschüssen (lfd. Nr. 1 c) aufwandsmindernd neutralisiert.

8. Sonstige betriebliche Aufwendungen (lfd. Nr. 8)

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden planseitig grundsätzlich in Abhängigkeit zum endgültigen Jahresergebnis 2020 unter Beachtung aktueller Entwicklungen in den drei Kostenträgersparten untersetzt. Sofern keine anderen belastbaren Grundlagen zu Planansätzen vorlagen, wurden die Ansätze jeweils geringfügig steigend aufgrund anzunehmender Marktpreisentwicklungen geplant.

Nach Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Ausbildung von Notfallsanitätern (NotSanG) zum 01. August 2014 in Ablösung des bisherigen Berufsbildes „Rettungsassistent“ waren im Ergebnis die von den Leistungserbringern im Rahmen des Verfahrens zur Vergabe der Rettungsdienstleistungen ab 01. Januar 2021 kalkulierten Aus- und Weiterbildungskosten auf Basis im Verfahren vorgegebener Stellen planseitig einzustellen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen untergliedern sich im Wesentlichen in Aufwendungen für

- a) Fremdstandhaltungskosten für Technische Anlagen, Funk-/Datenerfassungstechnik, Kraftfahrzeuge, Bereifung, Gebäude
- b) Versicherungsbeiträge für bewegliche Sachen, für Personen, für Gebäude und Anlagen;
- c) Gebühren
- d) Aufwandsentschädigungen/Sonstige Personalaufwendungen
- e) Notfallsanitäteraus-/fortbildung
- f) Rechts-/Beratungs-/Prüfkosten
- f) Abschreibungen auf Forderungen
- g) Sonstiger Verwaltungs-/Wirtschaftsbedarf
- h) Erbpachtzinsen/Nutzungsentschädigungen
- i) Sonstiger Aufwand

9. Erträge aus Beteiligungen (Lfd. Nr. 9)

Auf den Betrachtungszeitraum entfallen keine Erträge aus Beteiligungen.

10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (Lfd. Nr. 10)

Auf den Betrachtungszeitraum entfallen keine derartigen Erträge.

11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (Lfd. Nr. 11)

Aufgrund der Cashlage fallen im Betrachtungszeitraum keine Zinserträge an. Der Eigenbetrieb wird überwiegend ganzjährig unter Inanspruchnahme von Kassenkrediten zur Sicherung der Ausgaben des laufenden Betriebes der Verwaltung arbeiten. Ursache hierfür sind vorgetragene Jahresverluste aus den Wirtschaftsjahren Jahre 2018 und 2019 unter Berücksichtigung erwarteter Ausgleichs aus entgelt- und gebührenabhängigen Nachkalkulationen in Höhe von EURO 1.807.585,85 im Jahr 2022 in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“. Weiterhin resultieren aus dem Geldflusssystem Auswirkungen: die Erlöse aus Rettungsdienstleistungen als wesentlichste Einnahmequelle des Eigenbetriebes stehen grundsätzlich in Abhängigkeit zur monatlich unterschiedlichen Einsatzzahl und den mit den Sozialleistungsträgern vereinbarten Zahlungszielen von 6 Wochen. Mithin sind weder lang- noch kurzfristige Geldanlagen mit Zinsgewinn möglich.

Ein Ansatz zur Verzinsung des Anlagekapitals wurde nicht gebildet, da die aktuelle Zinslage am Kapitalmarkt zu keinen Erträgen führt.

12. Abschreibungen aus Finanzanlagen (Lfd. Nr. 12)

Auf den Betrachtungszeitraum entfallen keine derartigen Abschreibungen.

13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (Lfd. Nr. 13)

Die Zinsaufwendungen untergliedern sich in Kassenkreditzinsen und Investitionskreditzinsen. Sämtliche Zinsen entfallen auf den Kostenträger „Rettungsdienst“ als Bestandteil der Entgeltvereinbarung.

14./15. Steuern vom Einkommen und Ertrag/ Ergebnis nach Steuern (Lfd. Nr. 14, 15)

Im Betrachtungszeitraum fallen keine Steuern vom Einkommen und Ertrag an. Ein Ergebnis ist nicht auszuweisen.

16. Sonstige Steuern (Lfd. Nr. 16)

Im Betrachtungszeitraum fallen keine sonstigen Steuern an.

17. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (Lfd. Nr. 17)

Im Betrachtungszeitraum war nach Vollkostendeckungsprinzip kein Jahresüberschuss/-fehlbetrag zu planen.

4.2. Erfolgsübersichtsplan (Anlage 3), Erfolgsübersicht nach Betriebszweigen (3 a)

Sofern ein Eigenbetrieb aus mehreren Betriebszweigen besteht, ist dem Erfolgsplan eine Erfolgsübersicht (Anlage 3) hinzuzufügen, welche Auskunft über das zu erwartende Ergebnis der einzelnen Geschäftszweige gibt.

Der Eigenbetrieb hat entsprechend seiner Aufgaben drei kostentragende Leistungsbereiche:

- den Rettungsdienst, welcher Notfallrettung und Krankentransport umfasst;
- den Brandschutz, welcher das Feuerwehrtechnische Zentrum mit zwei Betriebsstätten beinhaltet;
- Netzanlagen und Dienstleistungen.

Zur Sicherung der Aufgaben der Leistungsbereiche bestehen allgemeine und gemeinsame Betriebsabrechnungsstellen. Dazu gehören Betriebsleitung, Allgemeiner Verwaltungs- und Servicepool mit Finanzbuchhaltung, Kassenverwaltung, Allgemeiner Verwaltung und Personalverwaltung sowie allgemeiner Technik, welche in die Leistungsbereiche entsprechend der tatsächlichen Inanspruchnahme einfließen.

Die Ansätze wurden im Ergebnis der jeweiligen Plankosten- und Leistungsrechnung der Geschäftszweige, der Anlagenbuchhaltungsvorausschau und Sonderpostenentwicklungsvorschau sachkontenbezogen getroffen. Der Eigenbetrieb führt eine der Finanzbuchhaltung angeschlossene Kosten- und Leistungsrechnung mit Kostenträger-, Kostenarten- und Kostenstellenrechnung. (Anlage 3 a) Die Kosten- und Leistungsrechnung ist Grundlage des Erfolgsübersichtsplanes - Anlage 3 - . Die Anlage 3 a) ordnet die Erlöse und Aufwendungen (Anlagen 3 und 5) dem jeweiligen Kostenträger zu, so dass im Hinblick auf die Entstehung der Erlöse und Aufwendungen Klarheit zum jeweiligen Kostenträger hergestellt ist.

4.3. Liquiditätsplan (Anlage 4)

Im Liquiditätsplan ist der Mittelzu- und Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit für das Planjahr und den mittelfristigen Folgezeitraum von drei Jahre darzustellen. Die Liquidität ist so zu planen, dass der Finanzmittelbestand am Ende des Planungszeitraumes positiv und damit die Zahlungsfähigkeit gesichert ist. Wesentliche Abweichungen innerhalb des Planungszeitraumes sind zu erläutern.

Grundlage der Planansätze sind die Verhandlungsergebnisse zum Rettungsdienst nach § 32 SächsBRKG sowie erwartete Bedarfe des Feuerwehrtechnischen Zentrums und im Bereich der Netzanlagen zu Investitionen und deren Finanzierung, die hierauf aufbauenden Ergebnisse der automatisierten Abschreibungsvorausschau und Sonderpostenverwaltungsvorschau des Betriebes sowie der Stand an Fremdkapital und dessen Entwicklung.

Im Mittelzu- und Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit schlagen sich die Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens in Abhängigkeit von Neuinvestitionen und deren Anschaffungs- und Herstellungszeitpunkt nieder. Die zur Finanzierung von Investitionen gewährten Ertragszuschüsse aus Vorjahren der einzelnen Kostenträger werden im Hinblick auf die Abschreibungen ertragsneutral aufgelöst. (Sonderposten) Der Mittelzu- und -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit – ohne planseitige Berücksichtigung der Zu- und Abnahme von Vorräten, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen – entwickelt sich im Gesamtbetrachtungszeitraum in Auswirkung der Abschreibungsentwicklung.

Kennzeichnend für den Mittelzu- und -abfluss aus Investitionstätigkeit sind Auszahlungen für Investitionen gemäß Investitionsprogramm – Anlagen 6 und 6 a – zum Wirtschaftsplan. Die Finanzierung von Investitionen für das Feuerwehrtechnische Zentrum und Netzanlagen erfolgt dabei ausschließlich aus angesammelten Abschreibungen sowie erwartete Zuwendungen des Landes mit ertragswirksamer über die Sonderposten.

Im Planungsjahr 2022 sind im Ergebnis der Verhandlungen mit den Sozialleistungsträgern Kreditaufnahmen in Höhe von EURO 4.973.754,00 vorgesehen. Die am Kreditmarkt aufzunehmende Kreditsumme dient der Ersatzbeschaffung der Einsatzmittelflotte des Rettungsdienstes (12 RTW, 12 KTW, 5 NEF) einschließlich medizinischer Ausrüstungen und technischer Ausstattungen (EURO 4.183.194,00); der Ausfinanzierung der Errichtung der Rettungswache Markkleeberg mit EURO 782.560,00 und sowie in Höhe von EURO 8.000 der nicht aus Abschreibungen der Vorjahre gedeckten Anteilsfinanzierung zur IT-Technik der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig. Die mittelfristige Finanzplanung sieht für das Wirtschaftsjahr 2024 zur Finanzierung einer Rettungswache in Markranstädt eine weitere Marktkreditaufnahme in Höhe von EURO 1.000.000,00 vor.

Die Sozialleistungsträger halten damit weiterhin an der seit dem Jahr 2011 praktizierten Finanzierung von Investitionen aus Marktkrediten und deren Refinanzierung aus Abschreibungen über die festgesetzten Nutzungsdauern der Anlagegüter fest.

Die ausgewiesenen Tilgungsleistungen für Marktkredite sind ausschließlich dem Kostenträger „Rettungsdienst“ zuzurechnen. Die Finanzierungen erfolgen aus den Abschreibungen nach Tilgungsplan des jeweiligen Kreditvertrages und sind vollumfänglicher Bestandteil der Entgeltvereinbarung nach § 32 SächsBRKG im Rahmen der Vollkostendeckung des Rettungsdienstes.

Unter Berücksichtigung des Finanzmittelbestandes am Anfang der jeweiligen Periode und der Veränderungen aus den Mittelzu- und -abflüssen der Geschäftstätigkeit, der Investitions- und Finanzierungstätigkeit wird von einem jeweils positiven Ergebnis zum Ende der Periode im Betrachtungszeitraum ausgegangen.

Prägend für das Wirtschaftsjahr 2022 sind seitens der Sozialleistungsträger im Ergebnis der Verhandlungen nach § 32 SächsBRKG gewährte Einzahlungen aus außerordentlichen Posten in Höhe von EURO 1.807.585,85 zum Ausgleich der kumulierten Vorjahresverluste aus abzugrenzenden Umsatzerlösen, welche Bestandteil der Entgeltkalkulation des Jahres 2022 sind.

4.4. Finanzplanung (Anlage 5)

Die Finanzplanung besteht aus einer Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung der Erträge und Aufwendungen in der Ordnung des Erfolgsplanes und einer Darstellung des Mittelzu- und -abflusses in der Ordnung des Liquiditätsplanes für das Planjahr und den mittelfristigen Planungszeitraum der drei Folgejahre.

Ergänzend zu den Erläuterungen des Erfolgsplanes (4.1) und Liquiditätsplanes (4.3) wird nachstehend, insbesondere auf Veränderungen im mittelfristigen Planungszeitraum 2023 bis 2025 eingegangen.

Teil A – Finanzplan

1 a) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse unter Ziffer 1 a) beziehen sich ausschließlich auf den Geschäftszweig „Rettungsdienst“. Die Umsatzerlöse stehen in Abhängigkeit zu den Budgetzahlungen an die Leistungserbringer des Rettungsdienstes (5 b - Fremdleistungen). Grundlage der Planungen für das Wirtschaftsjahr 2022 bildet der „Bereichsplan des Rettungsdienstes 01.01.2021 bis 31.12.2027“, welcher mit Beschluss Nr. 3-2019/067 des Kreistages Landkreis Leipzig vom 30.10.2019 bestätigt wurde und welcher in durch die Landesdirektion Sachsen genehmigter Fassung vom 11. Dezember 2019 und Änderungsfassung vom 18.12.2020 – wie folgt – vorliegt.

RD-BEREICH	RETTUNGSTRANSPORTWAGEN Vorhaltung Tag/h/Wo	NOTARZTEINSATZFAHRZEUG Vorhaltung Tag/h/Wo	KRANKENTRANSPORTWAGEN Vorhaltung Tag/h/Wo
NORD			
Wurzen	1: Mo – So 0.00 – 24.00	1: Mo – So 0.00 – 24.00	3: Mo – So: **142 Wo/h
Machern	1: Mo – So 0.00 – 24.00		
Dornreichenbach	1: Mo – So 0.00 – 24.00		
OST			
Grimma	1: Mo – So 0.00 – 24.00	1: Mo – So 0.00 – 24.00	2: Mo – So: **100 Wo/h
Naunhof	1: Mo – So 0.00 – 24.00		
Ragwitz	1: Mo – So 0.00 – 24.00		1: Mo – So: **48 Wo/h
SÜD-OST			
Gelthain	1: Mo – So 0.00 – 24.00		
Froburg	1: Mo – So 0.00 – 24.00		1: Mo – Sa: ** 57 Wo/h
Colditz	1: Mo – So 0.00 – 24.00		1: Mo – Fr: ** 52 Wo/h
Bad Lausick		1: Mo – So 0.00 – 24.00	
MITTE			
Borna Stadt	1: Mo – So 0.00 – 24.00	1: Mo – So 0.00 – 24.00	

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2022 gemäß § 17 SächsEigBVO

Borna Land			2: Mo – So: **129 Wo/h
Deutzen	1: Mo – So 0.00 – 24.00		
Oelzschau	1: Mo – So 0.00 – 24.00		
WEST			
Zwenkau	1: Mo – So 0.00 – 24.00	1: Mo – So 0.00 – 24.00	1*: Mo – So: **86 Wo/h
Markkleeberg	1: Mo – So 0.00 – 24.00		1: Mo – So: **45 Wo/h
Makranstädt	1: Mo – So 0.00 – 24.00		1: Mo – Fr: **30 Wo/h
Groitzsch	1: Mo – So 0.00 – 24.00		
GESAMT	16: Mo – So: 2.688 h/Wo	5: Mo – So: 840 h/Wo	13: Mo – So: 689 Wo/h
RESERVE-EM	5	5	5
EM GESAMT	21	10	18
ANMERKUNGEN			* U-KTW: ** flexibel i. R. Bedarf/Wochenvorhaltung
ÜBERREG. EM	ITW: Stadt Leipzig, BD		

Aufgrund der Entwicklungen aus den ab 01. Januar 2018 gesetzlich reglementierten Strukturänderungen im Rettungsdienst des Landkreises Leipzig und im Ergebnis der nach §§ 3 bis 6 Sächsischer Landesrettungsdienstplanverordnung durchzuführenden Erhebungen und Analysen war ein den Sicherheitsbedürfnissen des Landkreises Leipzig entsprechender Bereichsplan, gültig ab 01.01.2021 aufzustellen. In ihm war insbesondere den veränderten Dispositionsgebaren der Integrierten Regionalliste Leipzig mit Auswirkungen auf die Hilfsfristen der Notfallrettung sowie dem Entfall der Landkreisgrenzen überschreitenden Versorgung durch Einsatzmittel des Landkreises Mittelsachsen, Region Döbeln Rechnung zu tragen, so dass seit 01. Januar 2021 drei zusätzliche Rettungstransportwagen sowie ein Übergewichtigen – Krankentransportwagen im Landkreis Leipzig zur Sicherstellung des Rettungsdienstes zu stationieren waren. Die hieraus resultierende Erhöhung der Vorhaltezeiten der Einsatzmittel, aber auch die im Ergebnis der nach § 31 SächsBRKG durchgeführte Neuvergabe der Leistungen des Rettungsdienstes für 5 Jahre mit Verlängerungsoption für 2 weitere Jahre führen ab 01. Januar 2021 zur erheblichen Mehraufwendungen in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“:

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	TEURO	TEURO	TEURO	TEURO	TEURO	TEURO
Erlöse aus	14.807	24.894	24.786	23.989	24.803	25.974
Einsatzleistungen RD						
Zweckgebundene Mehrerlöse	0,00	-1.866	-1.807	0,00	0,00	0,00
Fremdleistungen Leistungserbringer	10.273	17.167	17.408	18.229	18.855	18.837
Sonstiger Aufwand RD	4.534	5.861	5.571	5.760	5.948	7.137

1 b) Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen

In der Entwicklung der Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen wurde von vorsichtig veranschlagten Steigerungen ausgegangen, ausgenommen hiervon sind die Mieteinnahmen.

1 c) Erlöse aus der Auflösung von Ertragszuschüssen

Die Entwicklung der Erlöse aus der Auflösung von Ertragszuschüssen basiert auf der Grundlage der automatisierten Sonderpostenverwaltung und steht in Abhängigkeit zu den Ertragszuschüssen zu Investitionen nach Liquiditätsplan.

1 d) Sonstige Umsatzerlöse

Im mittelfristigen Planungszeitraum sind keine sonstigen Umsatzerlöse zu erwarten.

2. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an fertigen/unfertigen Erzeugnissen

Der Eigenbetrieb arbeitet nicht mit Beständen aus fertigen/unfertigen Erzeugnissen.

3. Andere aktivierte Eigenleistungen

Andere Eigenleistungen werden im Betrachtungszeitraum nicht aktiviert.

4. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen den Zuschuss des Landkreises Leipzig für den Betrieb des Feuerwehrtechnischen Zentrums und die Netzanlagen im Einklang mit den Ansätzen des Kreishaushaltes.

Die aus allgemeinen Deckungsmitteln des Kreishaushaltes angesetzten Zuschüsse für Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums wurden entsprechend Grundsatzbeschluss des Kreistages Nummer 2015/034 in kontinuierlich gleicher Höhe im gesamten Betrachtungszeitraum angesetzt.

Erstattungen für Betriebsstoffe, Fremdleistungen und Verbrauchsmaterialien des FTZ wurden im Ergebnis der Jahresrechnung 2020 und im Kontext zu den geplanten Umsatzerlösen angepasst. Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen werden in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ aus dem Verkauf der im Wirtschaftsjahr 2022 abzulösenden Einsatzmittelflotte erwartet. Periodenfremde Erstattungen wurden gleichlautend im Umfang der Vorjahre geplant. Der Ansatz für Mahngebühren und Säumniszuschläge in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ wurde auf der Grundlage des Jahresergebnisses 2020 und IST-Standes 2021 ermittelt.

5. Materialaufwand

5 a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, bezogene Waren

Im mittelfristigen Planungszeitraum wird von einer kontinuierlichen Entwicklung unter Berücksichtigung jährlicher Marktpreissteigerung im Rahmen der Inflationsraten bis zum Jahr 2025 auf der Grundlage der Jahresergebnisse 2020 und des aktuellen IST – Standes per 30.06.2021 ausgegangen.

5 b) Bezogene Leistungen

Höchster Aufwandsposten sind die Fremdleistungen (Budgetzahlungen) an die Leistungserbringer des Rettungsdienstes. Die Ansätze für sonstige Aufwendungen wurden auf der Grundlage der Ergebnisse der Jahresrechnung 2020 und des IST – Standes zum 30.06.2021 geplant. Die zum 30.06.2021 erreichten Vertragsstände sind Grundlage für Ansätze von Mieten. Kostenersatz für rettungsdienstliche Tragehilfen und Anmietung von Fremdeinsatzmitteln wurden in gleichbleibender Höhe geplant, da von einer kontinuierlichen Entwicklung ausgegangen wird. Die Höhe der Fremdleistungen zum Betrieb der Integrierte Regionalleitstelle Leipzig für den Rettungsdienst des Landkreises Leipzig erfolgte auf Grundlage der Angaben der Sozialleistungsträger im Rahmen der Verhandlungen nach § 32 SächsBRKG.

6. Personalaufwand

6 a) Löhne und Gehälter – 6 b) Soziale Abgaben

Die Bezüge und Gehälter wurden auf der Grundlage des Stellenplanes - Anlage 7 - unter Berücksichtigung tarifvertraglicher Anpassungen (TVöD, SächsBesG) geplant. Im Ergebnis der Verhandlungen mit den Sozialleistungsträgern nach § 32 SächsBRKG erhält der Bereich Rettungsdienst ab dem Wirtschaftsjahr 2022 eine zusätzliche Planstelle Informationstechnik und Bauwesen finanziert. Infolge stetig steigenden Aufgabenvolumens ist im Feuerwehrtechnischen Zentrum ab dem Jahr 2022 eine weitere Planstelle zu schaffen.

7. Abschreibungen

7 a) auf Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die Planansätze basieren auf der automatisierten Anlagenbuchhaltungsvorschau des Betriebes und der Planungen zu Neuinvestitionen im Betrachtungszeitraum.

7 b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens

Derartige Abschreibungen sind im Betrachtungszeitraum nicht vorgesehen.

8. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wird im Betrachtungszeitraum von einem kontinuierlichen Verlauf unter Beachtung beeinflussender Marktpreis- und Inflationsentwicklungen ausgegangen, sofern keine anderen Erkenntnisse hierzu zum Planungszeitpunkt vorlagen. Im Weiteren wurden zur Planung bestehende Verträge nach Vertragsregister des Eigenbetriebes als Grundlagen zu Aufwendungen herangezogen. Die Aus- und Weiterbildung der Notfallsanitäter nach Änderung des Berufsbildes im Jahr 2014 war entsprechend der von den Leistungserbringern innerhalb des Vergabeverfahrens abgegebenen Kalkulationen fortzuschreiben. Die Aufwendungen für Geräte, Ausrüstungen, Ausstattungen waren insbesondere den ST – Ständen zum 30.06.2021 anzupassen.

9. Erträge aus Beteiligungen

Derartige Erträge sind im Betrachtungszeitraum nicht geplant.

10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Derartige Erträge sind im Betrachtungszeitraum nicht geplant.

11. Zinsen und ähnliche Erträge

Infolge der Finanzierung von Investitionen aus Marktkrediten im Rettungsdienst mit Refinanzierung aus den jährlichen Abschreibungen, dem Bestreben zur Durchsetzung kontinuierlicher Entgeltentwicklungen im Rettungsdienst und unter Berücksichtigung der Entwicklung des Cashmanagements des Betriebes mit Bezug auf Leistungs- und Geldflusszeitpunkte ist davon auszugehen, dass keine zinsrelevanten Finanzmittel im Planungszeitraum zur Verfügung stehen werden.

12. Abschreibungen aus Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens

Derartige Abschreibungen sind im Planungszeitraum nicht vorgesehen.

13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die eingestellten Planwerte entsprechen den vertraglichen Grundlagen der Kreditverträge. Bei den für 2022 und 2024 für den Rettungsdienst geplanten Kreditneuaufnahmen wurde von den derzeit aktuellen Zinsentwicklungen am Kreditmarkt auch für die Zukunft ausgegangen.

14. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Steuern vom Einkommen und Ertrag werden im Planungszeitraum nicht erwartet.

15. Ergebnis nach Steuern

Da keine Steuern vom Einkommen und Ertrag anfallen, ist der Planwert 0,00.

16. Sonstige Steuern

Steuerausgaben fallen im Planungszeitraum nicht an.

17. Ergebnis

Das Ergebnis schließt planseitig in allen Planjahren des mittelfristigen Finanzzeitraumes mit plus/minus Null. Es sind weder Jahresüberschüsse noch Jahresfehlbeträge geplant.

Teil B – Liquiditätsplan

Für die Erläuterungen gelten die Ausführungen zum Liquiditätsplan (4.3.) gleichlautend.

4.4.1. Anlage zur Finanzplanung - Darstellung der Finanzbeziehungen - (Anlage 5 a)

Bestandteil der Finanzplanung (Anlage 5) ist eine Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen Eigenbetrieb und Kreishaushalt des Landkreises Leipzig zur Angabe der Gewinnabführungen, Eigenkapitalzuführungen und –entnahmen, der Kredite und Kreditrückzahlungen, der Zuweisungen zur Eigenkapitalstärkung, zum Verlustausgleich, zu Liquiditätshilfen sowie der Zuweisungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen, zu Beiträgen und Baukostenzuschüssen sowie zur laufenden Betriebsführung im Planjahr

und im mittelfristigen Planungszeitraum der drei Folgejahre. Nachrichtlich wird auch die Sonderpostenentwicklung im mittelfristigen Planungszeitraum dargestellt.

Der Planungszeitraum sieht in den Jahren 2022 zur Ersatzbeschaffung der Einsatzmittelflotte des Rettungsdienstes und 2024 für den Ersatzneubau der Rettungswache Markranstädt eine Kreditneuaufnahme am Kapitalmarkt vor, welche der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ zuzuordnen ist und unter Vollfinanzierung nach § 32 SächsBRKG fällt.

Die Kreditrückzahlungen an den Kapitalmarkt umfassen im Planungszeitraum die Tilgungen gemäß der bestehenden Kreditverträge aller - ausschließlich der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ zuzuordnenden - Tilgungsleistungen. Tilgungsleistungen werden grundsätzlich aus den Abschreibungen getätigt. Die Einzelkredite, deren Inhalt, Laufzeit und Wertbestand sowie die jährlichen Tilgungsleistungen sind in Anlage 5 c) dezidiert dargestellt. Im Planungsgesamtzeitraum (2022 bis 2025) sind keine Zuweisungen zum Verlustausgleich; als Liquiditätshilfe, zu Beiträgen und Baukostenzuschüssen und zur Eigenkapitalstärkung geplant.

Die Zuweisungen zur laufenden Betriebsführung beinhalten die Zuschüsse des Landkreises Leipzig zur Sicherung der Aufgaben des Feuerwehrtechnischen Zentrums; des Betriebes der Alarmierungs- und Nachrichtenübermittlungssysteme (Netzanlagen) und die Erstattung sonstiger Dienstleistungen des Eigenbetriebes für die Landkreisverwaltung. Entsprechend des Grundsatzbeschlusses des Kreistages Nummer 2015/034 zur Unterstützung der Städte und Gemeinden im Brandschutz mit Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums ist der festgelegte jährliche Anteil Bestandteil der allgemeinen Deckungsmittel (TEURO 406).

Die Zuführung zu Sonderposten beinhaltet im Planzeitraum erwartete Zuwendungen des Landes nach Feuerwehrrichtlinie für Investitionen des Feuerwehrtechnischen Zentrums. Die Entnahmen aus Sonderposten mit ertragswirksamer Auflösung im mittelfristigen Planungszeitraum entsprechend den jeweils zuwendungsrechtlich vorgegebenen normativen Nutzungsdauern der bezuschussten Anlagegüter.

4.4.2. Anlage zur Finanzplanung – Darstellung der Verpflichtungsermächtigungen und Kreditaufnahmen - (Anlage 5 b)

Bestandteil der Finanzplanung ist gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 2 SächsEigBVO eine Darstellung der Verpflichtungsermächtigungen und der daraus fällig werdenden Zahlungen mit Gegenüberstellung zu den Kreditaufnahmen und –tilgungen.

a) Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen stellen über das Wirtschaftsjahr hinaus gehende Ermächtigungen mit Zahlungsverpflichtung dar. Verpflichtungsermächtigungen wurden im Wirtschaftsjahr 2022 in Höhe von EURO 1.400.000,00 für den geplanten Ersatzneubau der

Rettungswache Markranstädt in den Jahren 2023/24 zur Gewährleistung notwendigen Planungsvorlaufes geplant.

Für das Jahr 2023 sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von EURO 280.000,00 zur Erstellung der Planungen für die Umsetzung eines Pilotprojektes zur energienetzunabhängigen Versorgung der Netzanlagen im Landkreis Leipzig im Jahr 2024 geplant.

b) Kreditaufnahmen

In den Jahren 2022 und 2024 sind Kreditaufnahmen vorgesehen. Im Wirtschaftsjahr 2022 ist eine Kreditaufnahme am Kapitalmarkt zur Ersatzbeschaffung der Einsatzmittelflotte des Rettungsdienstes mit 12 Rettungstransportwagen, 12 Krankentransportwagen und 5 Notarzteinsetzfahrzeugen einschließlich medizinischer Ausrüstungen und technischer Ausstattungen in Höhe von 4.973.754,00 vorgesehen. Das Jahr 2024 sieht eine Kreditaufnahme am Kapitalmarkt in Höhe von EURO 1.000.000,00 zur Anteilsfinanzierung des Ersatzneubaus der Rettungswache Markranstädt vor.

Gemäß Vereinbarung mit den Sozialleistungsträgern werden alle mit den Kreditaufnahmen verbundenen Aufwendungen vollkostendeckend, sowohl für Zinsen als auch Tilgung von den Sozialleistungsträgern als Entgelt-/Gebührenbestandteil anerkannt und getragen.

c) Kredittilgungen

Sämtliche Kredittilgungen sind dem Kostenträger „Rettungsdienst“ zuzurechnen und Inhalt der Entgeltvereinbarungen nach § 32 SächsBRKG. Die Höhe der Tilgungsleistungen entspricht den Tilgungsplänen der Kreditverträge, die unter der Position „Laufende Kredite“ dargestellt sind. Tilgungen erfolgen grundsätzlich linear und werden aus den Regulärabschreibungen in Abhängigkeit zur normativen Nutzungsdauer des jeweiligen Anlagengutes finanziert. Für die kreditfinanzierten Investitionen der Jahre 2022 und 2024 wird von einem jeweils halbjährlichen Aktivierungszeitpunkt ausgegangen.

4.5. Investitionsprogramm (Anlagen 6 und 6a)

Der Finanzplanung ist ein detailliertes Investitionsprogramm (Anlage 6) und zusammengefasstes Investitionsprogramm (Anlage 6 a) zugrunde zu legen. Darin sind die im Planungszeitraum vorgesehenen Investitionen nach Jahresabschnitten aufzunehmen. Gemäß § 19 Absatz 1 SächsEigBVO werden Investitionen, welche im laufenden Wirtschaftsjahr aus unterschiedlichen Gründen nicht realisiert werden konnten und in der Realisierung in das Folgeplanjahr fortzuschreiben waren, nachrichtlich als Übernahme aus dem Vorjahr dargestellt; zum Planungszeitpunkt ist von vollständiger Realisierung der geplanten Investitionsmaßnahmen des Jahres 2021 auszugehen, so dass keine Überträge auszuweisen waren.

1. Immaterielle Anlagen

Die Investitionen im immateriellen Anlagenbereich umfassen die notwendige Beschaffung von Software Updates für die zur Erledigung der Aufgaben des Eigenbetriebes notwendige Programme. Die Planansätze wurden auf der Basis von Verträgen gebildet.

2. Bebaute Grundstücke und Betriebsgebäude

Im Bereich der Grundstücke und Betriebsgebäude war für Baukostenzuschüsse des Rettungsdienstes zur Errichtung der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig ein Objektbezug (2.1) auszuweisen. Diesbezüglich verbliebene Restinvestitionsmittel werden als Verbindlichkeiten sachgerecht im Passivvermögen des Eigenbetriebes geführt und bei Abforderung aktiviert. Entnahmen wurden durch die Integrierte Regionalleitstelle für 2021 und 2022 angekündigt, wobei voraussichtlich die zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittel für die Maßnahmen im Jahr 2022 nicht ausreichend sein werden. Die Sozialleistungsträger gewährten deshalb dafür einen Kreditmittelanteil in Höhe EURO 8.000,00 mit Maßgabe der Inanspruchnahme bei Feststehen des tatsächlichen Bedarfes. Unter 2.2 waren im Ergebnis der Vergabe der Bauleistungen nach öffentlicher Ausschreibung und aktueller marktbedingter Baupreissteigerungen für die Rettungswache Markkleeberg im Wirtschaftsjahr 2022 EUR 782.560,00 investiv einzustellen.

In den Planjahren 2023 und 2024 ist der beabsichtigte Ersatzneubau der Rettungswache Markkleeberg ausgewiesen.

3. Kraftfahrzeuge

Für den Rettungsdienst (3.1) war im Jahr 2022 die teilweise Ersatzbeschaffung der Einsatzmittelflotte (12 RTW, 12 KTW, 5 NEF) einschließlich medizinischer Ausrüstungen (6.3) und technischer Ausstattungen (4.1) zu veranschlagen. Nach Bereichsplan sind insgesamt 16 Rettungstransportwagen, 13 Krankentransportwagen und 5 Notarzteinsetzfahrzeuge im Landkreis Leipzig vorzuhalten. Von den 16 Rettungstransportwagen wurden bereits 4 Stück im Wirtschaftsjahr 2020 (3 zusätzliche RTW ab 01.01.2021 nach Bereichsplan, Ersatz eines Unfalltotalschadens) und ein Krankentransportwagen, ausgelegt als Übergewichtigen-Krankentransportwagen nach seit 01.01.2021 geltenden Bereichsplan im Rahmen der Wirtschaftsplanung beschafft.

4. Digitalfunk Ausrüstungen/Ausstattungen

Die Digitalfunkausrüstungen des Rettungsdienstes (4.1) stellen den Bezug zur Fahrzeugbeschaffung (3.1) als notwendige technische Einsatzmittelausrüstungen im Jahr 2022 dar.

5. Allgemeine Technik

Im Bereich der Allgemeinen Technik sind für die Kostenträger „Rettungsdienst“ (5.1) und „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ (5.2) jährlich betriebsnotwendige verschleißbedingte

Ersatzbeschaffungen zur Aufrechterhaltung des laufenden technischen Gesamtbetriebes zu planen.

6. Medizintechnik, Ausrüstungen und Ausstattungen Rettungsdienst

Vor dem Hintergrund umfassender Neuausstattungen mit Medizintechnik im Rahmen der Ersatzbeschaffung der Einsatzmittelflotte wurden im Jahr 2022 und den Folgejahren jeweils TEURO 10 für verschleißbedingte Ersatzbeschaffungen an Medizintechnik (6.1) in Abstimmung mit den Sozialleistungsträgern veranschlagt.

Im Rahmen der Ersatzbeschaffung der Einsatzmittelflotte (3.1) sind in Verbindung mit der Anpassung der für den Ausbau der Fahrzeuge geltenden DIN EN 1789 umfangreiche medizinische Ausrüstungen (6.3) neu zu beschaffen. Dies betrifft insbesondere elektrohydraulische Fahrtragen - Systeme in der Notfallrettung und elektrohydraulische Tragestühle im Krankentransport.

7. Netzanlagen

Im Wirtschaftsjahr 2023 sind Investitionen in Höhe von EURO 280.000,00 zur Umsetzung eines Pilotprojektes zur energienetzunabhängigen Versorgung der Netzanlagen im Landkreis Leipzig im Jahr 2024 vorgesehen.

8. Ausstattungen

Der Planansatz für Ersatzbeschaffungen von Mobilar (8.1) wird im Wirtschaftsjahr 2022 von der Erstinbetriebnahme der Rettungswache Markkleeberg geprägt.

In den Folgejahren 2023 bis 2025 wurden Mobilare (8.1) und Büromaschinen (8.2) zunächst ausschließlich für verschleißbedingte Ersatzbeschaffungen in Abstimmung mit den Kostenträgern zum Ansatz gebracht.

Nach Aufarbeitung von Investitionsstaus und umfangreichen Investitionen in den Jahren 2018 bis 2021 wurden Ersatzbeschaffungen (8.5; 8.11) für das Feuerwehrtechnische Zentrum ab dem Jahr 2022 ausschließlich als verschleißbedingte Ersatzbeschaffungen in gleichbleibender Höhe geplant. Zur Finanzierung der Ersatzbeschaffungen für das Feuerwehrtechnische Zentrum stehen ausschließlich angesammelten Abschreibungen zur Verfügung.

9. Geringwertige Wirtschaftsgüter

Die Beschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG) wurde im Planungszeitraum entsprechend vermuteten Bedarfes eingestellt und entspricht für den Kostenträger „Rettungsdienst“ (9.1) dem Verhandlungsergebnis mit den Sozialleistungsträgern.

Für das Feuerwehrtechnische Zentrum wurden nach umfangreichen Beschaffungen in den Jahren 2018 bis 2020 unter GWG (9.2) jeweils EURO 10.000,00 eingestellt.

GWG sind grundsätzlich als verschleißbedingte Ersatzbeschaffungen zu tätigen, welche im Rahmen der einem Wirtschaftsjahr nachlaufenden IST - Kostenabrechnungen festgestellt

werden. Grundsätzlich werden GWG im Jahr der Beschaffung zu einem Pool zusammengefasst und auf die Dauer von 5 Jahren linear abgeschrieben und refinanziert.

4.6. Stellenübersicht (Anlage 7)

Die Stellenübersicht enthält die im Wirtschaftsjahr erforderlichen – nach Betriebszweigen untergliederten – Stellen auf der Grundlage der Aufgaben des Eigenbetriebes, der dazu erstellten Personalplanungen mit Stellen-/Dienstpostenbeschreibung und –bewertung.

Zum Vergleich sind die Zahlen der zum 30. Juni im laufenden Wirtschaftsjahr (2021) vorgesehenen und tatsächlich besetzten Stellen anzugeben.

Im Ergebnis der Verhandlungen mit den Sozialleistungsträgern nach § 32 SächsBRKG erhält der Bereich Rettungsdienst ab dem Wirtschaftsjahr 2022 eine zusätzliche Planstelle Informationstechnik und Bauwesen finanziert.

Infolge stetig steigenden Aufgabenvolumens ist im Feuerwehrtechnischen Zentrum ab dem Jahr 2022 eine weitere Planstelle zu schaffen.

Die betrieblichen Leistungsbereiche umfassen hiernach den Rettungsdienst, das Feuerwehrtechnische Zentrum und den Bereich Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen mit insgesamt 17 Vollbeschäftigtenäquivalent auf 18 beschäftigte Personen, davon 16 Vollbeschäftigtenäquivalent im Abschnitt Angestellte und ein Vollbeschäftigtenäquivalent im Abschnitt Beamte.

Auf die angestellten Beschäftigten des Eigenbetriebes findet der TVöD Anwendung. Für den Beamten mit Zuordnung zum Mittleren feuerwehrtechnischen Dienst finden das Beamtengesetz und das Sächsische Besoldungsgesetz Anwendung.

Grundlage der Eingruppierungen sind die Stellen- bzw. Dienstpostenbeschreibungen und deren Bewertung nach Entgeltordnung zum TVöD für Angestellte und das Sächsische Besoldungsgesetz für den Beamten.

Nachrichtlich weist der Stellenplan einen Ärztlichen Leiter Rettungsdienst, welcher mit Honorarvertrag für den Kostenträger „Rettungsdienst“ bedarfsorientiert tätig wird, aus.

5. Schlussbemerkungen

Es wird versichert, dass der Wirtschaftsplan und dessen Anlagen für das Wirtschaftsjahr 2022 des Eigenbetriebes „Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig“ der Wahrheit entsprechen und nach bestem Wissen aufgestellt wurden. Sofern Angaben auf Schätzungen beruhen, wurden diese nach bestem Wissen vorgenommen.

Grimma, am 16.08.2021


Carola Schneider
Eigenbetriebsleiterin

Anlage 2 zum Wirtschaftsplan 2022

Erfolgsplan gemäß § 18 Abs. 1 und 2 SächseIBVO



Landkreis Leipzig
Kommunaler Eigenbetrieb
Rettungsdienst & Brandschutz

Lfd. Nr.	Gliederung nach GuV	Planansatz		IST	Begründung Planansätze (Detaillierungen - siehe Vorbericht zu Anlage 2)
		2022	2021	2020	
1	2	3	4	5	6
1.	1. Umsatzerlöse				
a)	Erlöse aus RD-Leistungen	24.786.140,80 €	23.027.505,62 €	14.864.843,79 €	Ansatz Ergebnis § 32 SächsBKrG.
aa)	Zweckgebundene Abgrenzung Mehrentlöse	-1.807.585,85 €	0,00 €	0,00 €	Ansatz Ergebnis § 32 SächsBKrG: Nachkalkulation Jawerdenbeiträge Vorläufe aus Umlenkung 2020
b)	Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen	147.578,00 €	180.746,00 €	144.760,67 €	Ansatz nach Prognose Gebührenerahmen, Vorabverkäufen, Dienstleistungen für Dritte
c)	Erlöse aus der Auflösung von Ertragszuschüssen	249.248,00 €	256.941,00 €	245.547,13 €	Ansatz nach Sonderpostenrückführungsrechnungsabwicklungsvorschau
d)	Sonstige Umsatzerlöse	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
2.	Erhöhung/Verminderung Bestand fertiger/urfertiger Erzeugn.	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3.	Anderer aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
4.	Sonstige betriebliche Erträge	1.252.650,00 €	1.025.200,00 €	1.112.589,19 €	Ansatz nach Kreishaushalt 2022 HZ und SÜL; Ansatz Ergebnis § 32 SächsBKrG
	Gesamterlöse	24.628.030,95 €	24.490.392,62 €	16.367.750,78 €	
5.	Materialaufwand				
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.055.686,00 €	980.658,00 €	656.993,65 €	Grundlagen: Ergebnis nach § 32 SächsBKrG, Jahresergebnis 2020 (IST - Stand 2021)
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	18.885.340,95 €	18.503.299,62 €	11.326.415,95 €	Ansatz nach Vergabe Leistungen RD, Jahresergebnis 2020 (IST - Stand 2021)
6.	Personalaufwand	1.080.404,00 €	909.056,00 €	925.060,09 €	Ansatz nach Spielplan I, V, mit Ergebnis nach § 32 SächsBKrG
a)	Löhne und Gehälter	900.842,00 €	757.971,00 €	771.313,70 €	
b)	soz. Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	179.562,00 €	151.085,00 €	153.746,39 €	
7.	Abschreibungen				
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.284.892,00 €	1.519.118,00 €	1.180.987,77 €	Ansatz n. Abschreibungswertungskonzepten I, V, Neumarktreisen nach Investitionsprogramm
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschr. überschreiten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.251.708,00 €	2.513.261,00 €	1.993.374,47 €	Ansatz: Verhandlungsergebnis nach § 32 SächsBKrG, Jahresergebnis 2020 (IST - Stand 2021)
8.	Gesamtaufwendungen	24.558.030,95 €	24.425.392,62 €	16.062.771,93 €	
9.	Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10.	Erträge aus and. Wertpap. und Ausleihg. Finanzanlageverm.	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen des Umlaufverm.	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
13.	Zinsen und ähnl. Aufwendungen	70.000,00 €	65.000,00 €	66.324,33 €	Ansatz nach Zinssätzen der Kreditverträge und planmäßiger Vorausschätz. IV, Ergebnis § 32 SächsBKrG
14.	Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
15.	Ergebnis nach Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
16.	Sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
17.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00 €	0,00 €	218.654,52 €	

Anlage 3 zum Wirtschaftsplan 2022



Erfolgsübersichtsplan nach § 18 Abs.3 SächSeligBVO

Aufwendungen/ Erträge nach Bereichen -> Aufwands- / Ertragsarten		nach	Leistungsbereiche			
	↓	Betrag insgesamt	Notfallrettung und Krankentransport	Feuerwehrtch- misches Zentrum	Netzanlagen und Dienstleistungen	
		EUR	EUR	EUR	EUR	
	1	2	3	4	5	
1. Umsatzerlöse						
1.a Erlöse aus RD-Leistungen		24.786.140,80	24.786.140,80	0,00	0,00	
1.a.a Zweckgebundene Erlösbilanzierung		-1.807.585,85	-1.807.585,85	0,00	0,00	
1.b Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen		147.578,00	0,00	147.578,00	0,00	
1.c Erlöse aus Auflösung von Ertragszuschüssen		249.248,00	0,00	148.309,00	100.939,00	
1.d Sonstige Umsatzerlöse		0,00	0,00	0,00	0,00	
2. Erhöhung/ Verminderung Bestand fertiger/ unfertiger Erzeugn.		0,00	0,00	0,00	0,00	
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00	0,00	
4. Sonstige betriebliche Erträge		1.252.650,00	61.050,00	863.295,00	328.305,00	
Betriebserträge insgesamt:		24.628.030,95	23.039.604,95	1.159.182,00	429.244,00	
5. Materialaufwand						
5.a Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		1.055.686,00	902.936,00	142.700,00	10.050,00	
5.b Aufwendungen für bezogene Leistungen		18.885.340,95	18.636.540,95	190.300,00	58.500,00	
6. Personalaufwand		1.080.404,00	579.000,00	361.133,00	140.271,00	
6.a Löhne und Gehälter		900.842,00	482.771,00	301.113,00	118.958,00	
6.b Soz. Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		179.562,00	96.229,00	60.020,00	23.313,00	
7. Abschreibungen						
7.a auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.284.892,00	932.451,00	246.896,00	105.745,00	
7.b auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschr. überschreiten		0,00	0,00	0,00	0,00	
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.251.708,00	1.918.677,00	218.353,00	114.678,00	
Aufwendungen 5. bis 8. insgesamt:		25.638.434,95	22.989.604,95	1.520.315,00	569.515,00	
9. Erträge aus Beteiligungen		0,00	0,00	0,00	0,00	
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		0,00	0,00	0,00	0,00	
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	0,00	0,00	0,00	
12. Abschreibungen aus Finanzanlagen und des Umlaufvermögens		0,00	0,00	0,00	0,00	
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		70.000,00	70.000,00	0,00	0,00	
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	0,00	0,00	0,00	
15. Ergebnis nach Steuern		0,00	0,00	0,00	0,00	
16. Sonstige Steuern		0,00	0,00	0,00	0,00	
17. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag		0,00	0,00	0,00	0,00	

Erfolgsrechnung nach Betriebszweigen

Anlage 3a § 28 (3) SachverhVO

Gliederung nach GuV	SK-Nr.	Bezeichnung	Erfolgsübersicht nach Betriebszweigen			
			Gesamt	RD	FTZ	SDL
			Plan 2022	Plan 2022	Plan 2022	Plan 2022
1. Umsatzerlöse						
1.a Erlöse aus Rettungsdienstleistungen			22.978.554,95 €	22.978.554,95 €	0,00 €	0,00 €
	5000	Umsatzerlöse aus Rettungsdienst-RTW	16.459.400,00 €	16.459.400,00 €	0,00 €	0,00 €
	5010	Umsatzerlöse aus Rettungsdienst-KTW	4.559.835,80 €	4.559.835,80 €	0,00 €	0,00 €
	5020	Umsatzerlöse aus Rettungsdienst-NEF	3.766.905,00 €	3.766.905,00 €	0,00 €	0,00 €
	5030	Umsatzerlöse aus RD-KT Leistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	5095	Zweckgebundene Abgrenzung Mehr-/Mindererlöse	-1.807.585,85 €	-1.807.585,85 €	0,00 €	0,00 €
	5919	Umsatzerlöse aus RD -Leistungen 2019	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.b Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen			147.578,00 €	0,00 €	147.578,00 €	0,00 €
	5050	Umsatzerlöse aus Dienstleistungen	335,00 €	0,00 €	335,00 €	0,00 €
	5052	Umsatzerlöse aus Leistungen FTZ (Gebühren)	125.000,00 €	0,00 €	125.000,00 €	0,00 €
	5055	Erlöse aus Mieten	22.243,00 €	0,00 €	22.243,00 €	0,00 €
1.c Erlöse aus Auflösung Ertragszuschüsse			249.248,00 €	0,00 €	148.309,00 €	100.939,00 €
	5100	Korrekturbuchungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	5101	Sopo aus Zuwendungen zur Finanzierung d. Sach	1.974,00 €	0,00 €	0,00 €	1.974,00 €
	5103	Sopo aus d. Nutzungsübertragung von Anlageverr	119600	0,00 €	119.600,00 €	0,00 €
	5104	Sopo aus Zuwendungen zur Finanzierung Sachan	89.661,00 €	0,00 €	11.964,00 €	77.697,00 €
	5106	Auflösung Investitionszuwendungen Landkreis	16.745,00 €	0,00 €	16.745,00 €	0,00 €
	5107	Auflösung Sonderposten DME	21.268,00 €	0,00 €	0,00 €	21.268,00 €
1.d Sonstige Umsatzerlöse			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2. Erhöhung/ Verminderung Bestand fertiger/ unfertiger Erzeugnisse			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3. Andere aktivierte Eigenleistungen			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
4. Sonstige betriebliche Erträge			1.252.650,00 €	61.050,00 €	863.295,00 €	328.305,00 €
	5040	ILV FTZ SK 6714	127.000,00 €	0,00 €	127.000,00 €	0,00 €



Erfolgsrechnung nach Betriebszweigen

Anlage 3a § 26 (3) SachSEgVO		Erfolgsübersicht nach Betriebszweigen				
Gliederung nach GuV	SK-Nr.	Bezeichnung	Landkreis Leipzig Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst & Brandschutz			
			Gesamt		RD	
			Plan 2022	Plan 2022	FTZ Plan 2022	SDL Plan 2022
	5056	Erstattung Betriebsstoffe FTZ	300,00 €	0,00 €	300,00 €	0,00 €
	5057	Erstattung Fremdleistungen FTZ	21.000,00 €	0,00 €	21.000,00 €	0,00 €
	5058	Erstattung Verbrauchsmaterial FTZ	28.000,00 €	0,00 €	28.000,00 €	0,00 €
	5059	Erstattung Dienstleistungen	46.000,00 €	0,00 €	0,00 €	46.000,00 €
	5403	Allgemeine Deckungsmittel FTZ/Netzanlagen	556.715,56 €	0,00 €	274.410,56 €	282.305,00 €
	5402	Zuschuss zum lfd. Betrieb FTZ	406.084,44 €	0,00 €	406.084,44 €	0,00 €
	5430	Anderer sonstige betriebliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	5460	Ertr. aus Abgang von Vermögen gegenüber größer 410	50.000,00 €	50.000,00 €	0,00 €	0,00 €
	5471	ILV	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	5492	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	5491	Kostenerstattungen aus früheren Geschäftsjahren	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	5492	Erstattungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	5493	Periodenfremde Erstattungen	14.500,00 €	8.000,00 €	6.500,00 €	0,00 €
	5750	Säumniszuschl. u. Mahngebühren aus Hauptforderg	2.500,00 €	2.500,00 €	0,00 €	0,00 €
	5752	Man. periodenf. Säumnisz. u. Mahngeb. aus Hauptf	500,00 €	500,00 €	0,00 €	0,00 €
	5753	Man. Säumnisz. u. Mahngeb. aus Hauptf. lfd. Jahr	50,00 €	50,00 €	0,00 €	0,00 €
5. Materialaufwand						
5.a Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren			1.055.686,00 €	902.936,00 €	142.700,00 €	10.050,00 €
	6000	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	6001	Aufwendungen RHB Energie	11.600,00 €	3.000,00 €	1.600,00 €	7.000,00 €
	6002	Aufwendungen RHB Wasser	400,00 €	250,00 €	100,00 €	50,00 €
	6003	Aufwendungen RHB Heizung	5.200,00 €	1.500,00 €	700,00 €	3.000,00 €
	6004	Bewirtschaftungskosten Rettungswachen (Plan 6	122.530,00 €	122.530,00 €	0,00 €	0,00 €
	6005	Bewirtschaftungskosten Notarztkammer (Planant. 6	6.500,00 €	6.500,00 €	0,00 €	0,00 €
	6006	Bewirtschaftungskosten FTZ	55.000,00 €	0,00 €	55.000,00 €	0,00 €
	6007	Betriebsstoffe	347.456,00 €	344.156,00 €	3.300,00 €	0,00 €

Anlage zu § 28 (3) SachseleigBVO

Landkreis Leipzig
Kommunaler Eigenbetrieb
Rettenungsdienst & Brandschutz

Erfolgsrechnung nach Betriebszweigen

Anlage 3a § 28 (3) SächsEingVO		Erfolgsübersicht nach Betriebszweigen				
Gliederung nach GUV	SK-Nr.	Bezeichnung	Landkreis Leipzig Kommunaler Eigenbetrieb Retungsdienst & Brandschutz			
			Gesamt		RD	
			Plan 2022	Plan 2022	FTZ Plan 2022	SDL Plan 2022
	6380	Jubiläumsaufwendungen	0,00 €			
6. b Soz. Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			179.562,00 €	96.229,00 €	60.020,00 €	23.313,00 €
	6410	AG-Anteil zur Sozialversicherung	0,00 €			
	6420	Beiträge zur ZVK - Umlage	0,00 €			
	6421	Beiträge zur Alterszusatzversorgung 4%	0,00 €			
	6424	Pauschalsteuer	0,00 €			
7 Abschreibungen						
7. a auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			1.284.892,00 €	932.451,00 €	246.696,00 €	105.745,00 €
	6512	Abschreibungen immaterielle VG Kostenträger	151.496,00 €	151.496,00 €	0,00 €	0,00 €
	6513	Abschreibungen immaterielle VG Landkreise	5.812,00 €	0,00 €	1.006,00 €	4.806,00 €
	6522	Abschreibungen auf Sachanlagen Kostenträger	750.955,00 €	750.955,00 €	0,00 €	0,00 €
	6523	Abschreibungen auf Sachanlagen	92.381,00 €	0,00 €	92.381,00 €	0,00 €
	6524	Abschreibungen auf Sachanlagen Sopo Land	89.661,00 €	0,00 €	11.964,00 €	77.697,00 €
	6525	Abschreibungen auf bewgl. Sachanlagen FTZ Sop	136.345,00 €	0,00 €	136.345,00 €	0,00 €
	6526	Abschreibungen auf Sachanlagen Funk Sopo	1.974,00 €	0,00 €	0,00 €	1.974,00 €
	6527	Abschreibungen auf Sachanlagen Sopo DME	21.268,00 €	0,00 €	0,00 €	21.268,00 €
	6542	Abschreibungen auf GWG Kostenträger	30.000,00 €	30.000,00 €	0,00 €	0,00 €
	6543	Abschreibungen auf GWG Landkreise	5.000,00 €	0,00 €	5.000,00 €	0,00 €
	6599	Abschreibung aus dem Abgang von Vermögensge	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7. b auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im						
Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen			2.251.708,00 €	1.918.677,00 €	218.353,00 €	114.678,00 €
	6030	Geräte, Ausrüstungen, Ausstattungen bis 410 Euro	53.500,00 €	50.000,00 €	3.000,00 €	500,00 €
	6070	Sonstiger Verwaltungs- und Wirtschaftsbedarf	3.900,00 €	2.000,00 €	100,00 €	1.800,00 €
	6160	Unterhaltung/Instandhaltung fachspezif.	182.000,00 €	45.000,00 €	137.000,00 €	0,00 €
	6605	Aufwand Ärztlicher Leiter RD	36.814,00 €	36.814,00 €	0,00 €	0,00 €

Erfolgsrechnung nach Betriebszweigen

Anlage 3a § 28 (3) SachrEingVO

Erfolgsübersicht nach Betriebszweigen



Gliederung nach GUV	SK-Nr.	Bezeichnung	Gesamt		RD		FTZ		SDL	
			Plan 2022		Plan 2022		Plan 2022		Plan 2022	
	6606	Aufwand Ärztlicher Leiter RD Reisekosten	3.000,00 €		3.000,00 €		0,00 €		0,00 €	
	6610	Aufwandsentschädigungen	2.600,00 €		0,00 €		2.600,00 €		0,00 €	
	6612	Aufwand LNA	12.300,00 €		500,00 €		0,00 €		11.800,00 €	
	6613	Aufwand Org. Leiter	24.100,00 €		500,00 €		0,00 €		23.600,00 €	
	6614	Aufwand Dienstkleidung ORGLNA/ÄL/FTZ	1.000,00 €		0,00 €		1.000,00 €		0,00 €	
	6615	Aufwandsentsch. Dienstplaner NEF	18.000,00 €		18.000,00 €		0,00 €		0,00 €	
	6616	Aufwand Notfallsanitärausbildung	651.011,00 €		651.011,00 €		0,00 €		0,00 €	
	6617	Aufwand Notfallsanitäerweiterbildung	16.200,00 €		16.200,00 €		0,00 €		0,00 €	
	6620	Aufwendg.f.medizin. Untersuchung./Impfg./Arbeitsstic	2.550,00 €		1.000,00 €		1.200,00 €		350,00 €	
	6630	Personenbezogene Versicherungen	10.627,00 €		7.765,00 €		2.112,00 €		750,00 €	
	6640	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildungen	6.400,00 €		500,00 €		5.600,00 €		300,00 €	
	6650	Aufwendungen für Dienstjubiläen	45,00 €		30,00 €		0,00 €		15,00 €	
	6690	Übrige sonstige Personalaufwendungen	90,00 €		15,00 €		25,00 €		50,00 €	
	6720	Erbpachtzinsen	11.163,00 €		11.163,00 €		0,00 €		0,00 €	
	6731	Gebühren Abfall	600,00 €		500,00 €		0,00 €		100,00 €	
	6732	Gebühren Abwasser	1.900,00 €		1.500,00 €		0,00 €		400,00 €	
	6750	Kosten des Geldverkehrs	1.100,00 €		1.000,00 €		50,00 €		50,00 €	
	6770	Rechts- und Beratungskosten, Gerichtskosten	60.000,00 €		60.000,00 €		0,00 €		0,00 €	
	6771	Örtliche und überörtliche Wirtschaftsprüfung	9.900,00 €		9.000,00 €		450,00 €		450,00 €	
	6780	Kosten für externe Gehaltsrechnung	2.080,00 €		1.100,00 €		700,00 €		280,00 €	
	6800	Büromaterial	10.400,00 €		5.600,00 €		3.800,00 €		1.000,00 €	
	6801	Rettungsprotokolle ab 2008	3.000,00 €		3.000,00 €		0,00 €		0,00 €	
	6810	Zeitung und Fachliteratur	2.550,00 €		1.500,00 €		750,00 €		300,00 €	
	6821	Porto und Postgebühren, Frachtkosten	5.900,00 €		5.000,00 €		600,00 €		300,00 €	
	6822	Rundfunkgebühren und Kabelfernsehen	2.799,00 €		2.379,00 €		420,00 €		0,00 €	
	6823	Telefonkosten	50.600,00 €		45.000,00 €		4.800,00 €		800,00 €	
	6824	DAU-Kosten (Mieten)	7.400,00 €		6.600,00 €		0,00 €		800,00 €	

Erfolgsrechnung nach Betriebszweigen

Anlage 3a § 28 (3) SachverhVVO

Erfolgsübersicht nach Betriebszweigen



Gliederung nach GUV	SK-Nr.	Bezeichnung	Gesamt				RD		FTZ		SDL	
			Plan 2022		Plan 2022		Plan 2022		Plan 2022		Plan 2022	
	6825	Instandhaltung MOBIDA, Abrechnungstechnik, GF	143.395,00 €		143.395,00 €				0,00 €		0,00 €	
	6850	Reisekosten	3.000,00 €		1.500,00 €				1.000,00 €		500,00 €	
	6860	Bewirtungen und Präsentationen	250,00 €		200,00 €				0,00 €		50,00 €	
	6861	Verfügungsfonds	350,00 €		200,00 €				0,00 €		150,00 €	
	6900	Versicherungsbeiträge f. Gebäude und Anlagen	7.400,00 €		2.500,00 €				2.100,00 €		2.800,00 €	
	6910	Versicherungsbeiträge für bewegliche Sachen + R	118.389,00 €		109.200,00 €				9.096,00 €		93,00 €	
	6920	Beiträge an Verbände und Vertretungen	1.745,00 €		855,00 €				650,00 €		240,00 €	
	6941	Skontozahlungen	-8.700,00 €		-7.200,00 €				-1.500,00 €		0,00 €	
	6943	Pfändungsgebühren	600,00 €		600,00 €				0,00 €		0,00 €	
	6950	Abschreibungen auf Forderungen	5.000,00 €		5.000,00 €				0,00 €		0,00 €	
	6951	periodenfremde Abschreibungen	10.750,00 €		10.750,00 €				0,00 €		0,00 €	
	6960	Verluste auf Abgang von Vermögensgegenständen	0,00 €		0,00 €				0,00 €		0,00 €	
	6990	Periodenfremde Aufwendungen	6.900,00 €		0,00 €				6.900,00 €		0,00 €	
	6161	Fremdinstandhaltung Gebäude	118.000,00 €		106.000,00 €				7.000,00 €		5.000,00 €	
	6162	Fremdinstandhaltung Kfz	230.000,00 €		220.000,00 €				10.000,00 €		0,00 €	
	6163	Fremdinstandhaltung Allgemeine Verwaltung	125.000,00 €		75.000,00 €				14.000,00 €		36.000,00 €	
	6164	Fremdinstandhaltung Alarmierung/Funktechnik	94.000,00 €		72.000,00 €				0,00 €		22.000,00 €	
	6165	Fremdinstandhaltung Spracharchiv	0,00 €		0,00 €				0,00 €		0,00 €	
	6166	Fremdinstandhaltung Rettungsdienst/FTZ	160.000,00 €		160.000,00 €				0,00 €		0,00 €	
	6167	Fremdinstandhaltung Klima	7.200,00 €		3.000,00 €				0,00 €		4.200,00 €	
	6168	Kfz-Haltung/Bereifung/Nebenkosten	34.900,00 €		30.000,00 €				4.900,00 €		0,00 €	
	6999	Abgang von Vermögensgegenständen	0,00 €		0,00 €				0,00 €		0,00 €	
9. Erträge aus Beteiligungen												
	5500	Erträge aus Beteiligungen	0,00 €		0,00 €				0,00 €		0,00 €	
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens												

Erfolgsrechnung nach Betriebszweigen


Anlage 3a § 28 (3) SachrEigBVO

Gliederung nach GUV	SK-Nr.	Bezeichnung	Erfolgsübersicht nach Betriebszweigen			
			Gesamt	RD	FTZ	SDL
			Plan 2022	Plan 2022	Plan 2022	Plan 2022
	5600	Erträge aus anderen Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12. Abschreibungen aus Finanzanlagen und des Umlaufvermögens			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			70.000,00 €	70.000,00 €	0,00 €	0,00 €
	7511	Zinsaufwendungen Kassenkredit	55.000,00 €	55.000,00 €	0,00 €	0,00 €
	7516	Zinsaufwendungen Investitionskredit Sachanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	7517	Zinsaufwendungen Investitionskredite IRLS 2013	2.857,00 €	2.857,00 €	0,00 €	0,00 €
	7518	Zinsaufwendungen Investitionskredit 2016	1.420,00 €	1.420,00 €	0,00 €	0,00 €
	7519	Zinsaufwendungen Investitionskredit 2015	3.217,00 €	3.217,00 €	0,00 €	0,00 €
	7520	Zinsaufwendungen Investitionskredit 2017	1.009,00 €	1.009,00 €	0,00 €	0,00 €
	7521	Zinsaufwendungen Investitionskredit 2020	286,00 €	286,00 €	0,00 €	0,00 €
	7522	Zinsaufwendungen Investitionskredit 2022	6.211,00 €	6.211,00 €	0,00 €	0,00 €
Zwischensummen			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
15. Ergebnis nach Steuern			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
16. Sonstige Steuern			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
17. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	E		24.628.030,95 €	23.039.604,95 €	1.159.182,00 €	429.244,00 €



Erfolgsrechnung nach Betriebszweigen

Anlage 3a § 28 (3) SachverhBVO		Erfolgsübersicht nach Betriebszweigen								
Gliederung nach GUV	SK-Nr.	Bezeichnung	Gesamt		RD		FTZ		SDL	
			Plan 2022		Plan 2022		Plan 2022		Plan 2022	
	A		24.628.030,95 €		23.039.604,95 €		1.159.182,00 €		429.244,00 €	



Landkreis Leipzig
Kommunaler Eigenbetrieb
Rettungsdienst & Brandschutz



B e z e i c h n u n g		Ist 2020	Plan 2021	Vs. IST 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025
1.	Periodenergebnis (Jahresüberschuss/-fehlbetrag)	218.554,52	0	1.200,024	0			
2.	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.180.987,77	1.519,118	1.368,426	1.248,892	1.321,896	1.305,305	1.387,054
3.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	7.295,14	0	9,886	0	0	0	0
4.	+/- Sonstige zahlungswirksame Aufwendungen/Erträge	-22.884,74	578,634	1.123,324	0	0	0	370,000
5.	+/- Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-216.518,63		302,424				
6.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-201.626,12		378,273				
7.	+/- Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-6.836,47	0		0	0	0	0
8.	+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	0,00	0		0	0	0	0
9.	+/- Sonstige Beteiligungserträge	0,00	0		0	0	0	0
10.	+/- Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	-245.547,13	-256,541	-252,468	-249,248	-249,248	-249,248	-249,248
11.	+/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	0,00	0		0	0	0	0
12.	+/- Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0,00	1.866,025		1.807,586	0	0	0
13.	+/- Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0,00	0		0	0	0	0
14.	+/- Ertragsteuereinzahlungen	0,00	0		0	0	0	0
15.	= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 14)	713.528,35	3.706,836	4.129,889	2.807,230	1.072,648	1.116,117	1.507,806
16.	= Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,00			0	0	0	0
17.	= Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0,00			0	0	0	0
18.	+/- Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	45.807,91			0	0	0	0
19.	= Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.866.030,86	-800,000	-1.204,168	-5.114,225	-1.096,000	-776,000	-96,000
20.	+/- Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,00			0	0	0	0

B e z e i c h n u n g		Ist 2020	Plan 2021	Vs. IST 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025
21	-							
22	-							
23	-							
24	-							
25	-							
26	-							
27	-							
28	-							
29	-							
30	-							
31	-							
32	-							
33	-							
34	-							
35	-							
36	-							
37	-							
38	-							
39	-							
40	-							
41	-							
42	-							
43	-							
44	-							
45	-							
46	-							
47	-							
48	-							

270

Bezeichnung 1	Kontinggruppe SK-Nr. 2	Bezeichnung SK-Nr. 3	Gesamthauptplan 2021 4	Planjahr 2022 5	1. 2023 6	2. 2024 7	3. 2025 8
6. Personalaufwand							
6.1 Löhne und Gehälter			969.056,00 €	1.066.404,00 €	1.118.316,00 €	1.167.367,00 €	1.212.339,00 €
	6300	Gehälter und Löhnen	744.836,00 €	800.042,00 €	832.372,00 €	895.035,00 €	1.013.285,00 €
	6301	Gehaltszuschussverfahren					
	6302	Gehälter und Löhnen Aufstockung A1Z					
	6303	Leistungsprämien					
	6310	Umlauf- und Werstattgeld					
	6320	Sonstige variablen oder tarifliche Zulagen					
	6330	Freiwillige Zulagen					
	6350	Sonderbezüge					
	6360	Vergütungen an Auszubildende					
	6370	Gehaltsrückstellungen					
	6380	tarifliche Ausgleichszulagen					
	6390	Präsidiennebene Bezahlung Gehälter					
	6399						
6.2 Soz. Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung							
	6410	AG-Anteil zur Sozialversicherung	104.116,87 €	179.582,00 €	185.847,00 €	192.352,00 €	199.084,00 €
	6411	AG-Anteil zur Sozialversicherung Aufstockung A1Z					
	6420	Beiträge zur VVK - Umlage					
	6421	Beiträge zur Altersvorsorgeaufstockung A1Z					
	6422	Beiträge zur VVK - Umlage A1Z					
	6423	Beiträge zur Altersvorsorgeaufstockung A1Z					
	6424	Beiträge zur Altersvorsorgeaufstockung A1Z					
	6430	Famulatur					
	6440	Aufwendungen für soziale Absicherung					
	6450	Aufwendungen für Unterstützung					
	6499	Freiwillige Unterstützung soziale Absicherung					
7. Abschreibungen							
7.1 auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen							
	6512	Abschreibungen immaterielle VG, Kontingente	1.619.116,00 €	1.284.892,00 €	1.321.696,00 €	1.365.365,00 €	1.387.054,00 €
	6513	Abschreibungen immaterielle VG, Leasingverträge	1.600,00 €	161.405,00 €	161.496,00 €	161.496,00 €	151.656,00 €
	6515	Abschreibungen auf immaterielle VG, FTL	6.520,00 €	5.812,00 €	5.812,00 €	5.812,00 €	5.812,00 €
	6516	Abschreibungen vork. R&D 10 Jahre	60.302,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	6517	Abschreibungen vork. R&D 5 Jahre	176.025,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	6521	Abschreibungen auf Sachanlagen, Sonst. RD	1.974,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	6522	Abschreibungen auf Sachanlagen, RD	837.882,00 €	750.565,00 €	788.434,00 €	820.558,00 €	846.682,00 €
	6523	Abschreibungen auf Sachanlagen, FTL	89.034,00 €	82.381,00 €	89.916,00 €	94.273,00 €	98.816,00 €
	6524	Abschreibungen auf Sachanlagen, SGO, Land (NA)	125.114,00 €	88.661,00 €	89.661,00 €	89.661,00 €	89.661,00 €
	6525	Abschreibungen auf Sachanlagen, FTL, SGO	125.419,00 €	138.545,00 €	138.545,00 €	138.545,00 €	138.545,00 €
	6526	Abschreibungen auf Sachanlagen, FTL, SGO	3.838,00 €	1.574,00 €	1.574,00 €	1.574,00 €	1.574,00 €
	6527	Abschreibungen auf Sachanlagen, FTL, SGO	0,00 €	21.268,00 €	21.268,00 €	21.268,00 €	21.268,00 €
	6529	Abschreibungen auf Sachanlagen, FTL, SGO	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	6530	Abschreibung auf Sachanlagen, FTL, SGO	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	6531	Abschreibung auf Sachanlagen, FTL, SGO	37.982,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	6535	Abschreibung auf Sachanlagen, FTL, SGO	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	6536	Abschreibungen auf Sachanlagen, FTL, SGO	18.334,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	6542	Abschreibungen auf Sachanlagen, FTL, SGO	26.000,00 €	30.000,00 €	30.000,00 €	30.000,00 €	30.000,00 €

Bezeichnung 1	Kontengruppe SK-Nr. 2	Bezeichnung SK-Nr. 3	Geschäftsjahr Plan 2021 4	Planjahr 2022 5	1. 2023 6	2. 2024 7	3. 2025 8
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge							
	5710	Zinzerträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	5711	Periodenanteile Zinzerträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	5720	Stundungszinsen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	5721	Periodenanteile Stundungszinsen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
		davon aus verbundenen Unternehmen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12. Abschreibungen aus Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
	7400	Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	7420	Abschreibung auf Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen							
	7510	Zinsaufwendungen	66.000,00 €	70.000,00 €	80.000,00 €	80.000,00 €	75.000,00 €
	7511	Zinsaufwendungen Kassebank	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	7512	Zinsaufwendungen Investitionsaktive RD	50.000,00 €	55.000,00 €	25.000,00 €	20.000,00 €	15.000,00 €
	7513	Zinsaufwendungen (interne Verwaltungsvergütungen)	15.000,00 €	0,00 €	60.000,00 €	60.000,00 €	40.000,00 €
	7514	Zinsaufwendungen Investitionsaktive 2014	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	7515	Zinsaufwendungen Investitionsaktive 2011	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	7516	Zinsaufwendungen Investitionsaktive Sachanlagen 2013	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	7517	Zinsaufwendungen Investitionsaktive R&D	0,00 €	2.957,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	7518	Zinsaufwendungen Investitionsaktive R&D	0,00 €	1.400,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	7519	Zinsaufwendungen Investitionsaktive 2015	0,00 €	3.217,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	7520	Zinsaufwendungen Investitionsaktive 2017	0,00 €	1.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	7521	Zinsaufwendungen für Investitionen ab 2016	0,00 €	298,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	7522	Zinsaufwendungen Investitionsaktive 2022	0,00 €	6.211,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	7580	Sonstige zinsähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
		davon aus verbundenen Unternehmen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zwischensummen							
			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag							
			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
15. Ergebnis nach Steuern							
			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
16. Sonstige Steuern							
	7010	Grundsteuer	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	7020	Kfz-Steuer	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	7030	Sonstige betriebliche Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
17. Ergebnis Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag							
			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Bezeichnung	Kontengruppe SK-Nr.	Bezeichnung SK-Nr.	1.					2.		3.	
			Geschäftsjahr Plan 2021	Planjahr 2022	2023	2024	2025	2023	2025		
B - Liquiditätsplan											
Mittelzu-/Mittelabfluss aus dem Anlagevermögen			Plan 2021	Planjahr 2022	2023	2024	2025				
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten			3.706.838 €	2.807.230 €	1.072.848 €	1.116.117 €	1.507.308 €				
Abschreibungen (+) und Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €				
Auflistung von Sonderposten zum Anlagevermögen			1.519.119 €	1.248.862 €	1.321.896 €	1.365.305 €	1.387.054 €				
Gewinn (-) und Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			-296.941 €	-240.248 €	-240.248 €	-240.248 €	-240.248 €				
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €				
Zurücknahme (+) und Abnahme (-) der Rückstellungen			678.634 €	0 €	0 €	0 €	0 €				
Erf. (+) und Ausschreibungen (-) aus außerordentlichen Posten			1.095.029 €	1.807.596 €	0 €	0 €	0 €				
Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit			-780.000 €	-6.114.225 €	-1.096.000 €	-776.000 €	-98.000 €				
(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €				
(-) Ausschreibungen für Investitionen in das Anlagevermögen			-800.000 €	-6.114.225 €	-1.096.000 €	-776.000 €	-98.000 €				
(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €				
(-) Ausschreibungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €				
(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelbewegungen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €				
(-) Ausschreibungen aufgrund von Finanzmittelbewegungen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €				
(+) Einzahlungen auf Sonderposten für Investitionen auf Forderungsmittel			20.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €				
(-) Ausschreibungen aus der Rückzahlung von Sonderposten für Investitionen aus Forderungsmitteln			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €				
(+) Einzahlungen aus gewährten Beiträgen			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €				
(-) Ausschreibungen aus der Rückzahlung von gewährten Beiträgen			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €				
Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit			-1.093.408 €	3.762.772 €	-1.366.567 €	-403.567 €	-1.400.567 €				
(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalerhöhungen			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €				
(+) Einzahlungen aus der Ausgabe von Aktien und der Aufnahme von Investitionskrediten			0 €	4.873.754 €	0 €	1.000.000 €	0 €				
(-) Ausschreibungen aus Tilgung von Aktien/Finanzkrediten			-1.053.408 €	-1.210.982 €	-1.368.527 €	-1.403.527 €	-1.428.557 €				
Finanzmittelbestand am Ende der Periode			7.403 €	1.463.179 €	-1.367.008 €	-63.440 €	11.009 €				
Zahlungswirksame Veränderungen Finanzmittelbestand			1.873.428 €	1.465.778 €	-1.361.008 €	-63.440 €	3.269 €				
(+/-) Wechselkurs-/bewertungsbedingte Änderungen FVAB			-1.886.025 €	7.403 €	1.463.179 €	71.271 €	7.831 €				
(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode											

Anlage 5 a) zum Wirtschaftsplan 2022
Darstellung der Finanzbeziehungen gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 1 SächsEigBVO

		HH-Jahr	Planjahr	2023	2024	2025
		2021	2022	EUR	EUR	EUR
	EUR					
1.	Gewinnabführungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2.	Eigenkapitalzuführungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3.	Eigenkapitalentnahmen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
4.	Kreditaufnahmen am Kapitalmarkt	0,00 €	4.973.754,00 €	0,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €
5.	Kreditrückzahlungen an Kapitalmarkt	-1.053.408,00 €	-1.053.408,00 €	-1.168.108,00 €	-1.352.808,00 €	-1.407.808,00 €
6.	Zuweisungen					
6.1	Zuweisungen zur Eigenkapitalstärkung	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6.2.	Zuweisungen zum Verlustausgleich	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6.3.	Zuweisungen als Liquiditätshilfen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6.4.	Zuweisungen für Investitionen/Investitionsfördermaßnahmen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6.5.	Zuweisungen zur Beiträgen und Baukostenzuschüssen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6.6.	Zuweisungen zur laufenden Betriebsführung	962.800,00 €	962.800,00 €	962.800,00 €	962.800,00 €	962.800,00 €
7.	nachrichtlich: Sonderposten					
7.1.	Zuführungen zu Sonderposten	20.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7.2.	Entnahme Sonderposten	-256.941,00 €	-249.248,00 €	-249.248,00 €	-249.248,00 €	-249.248,00 €
Erklärungen:						
4	Kreditaufnahmen Neubesetzen Rettungswachen, Marktleberberg, Mehrauslast, Neu- und Ersatzbeschaffung Einsatzmittel Rettungsdienst mit Medizin-, Funk-, Datentechnischechnik					
5	Marktleberberg Rettungsdienst nach Trigungsplan					
6.6	Zuschuss LK L zum laufenden Betrieb FTZ und Netzanlagen					
7.1	Landeszweigungen Investitionen nach FwRL					
7.2	Ertragswirksame Auflösung Sonderposten aus Zuwendungen					

Anlage 5 b) zum Wirtschaftsplan 2022
Verpflichtungsermächtigungen, Kreditaufnahmen/-Tilgungen nach § 20 Abs. 2 Nr. 2 SächsEigBVO

Verpflichtungsermächtigungen (inkl. Nicht)	Bestand 1.1.2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025
	3.968.000,00 €	1.400.000,00 €	280.000,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe	Bestand 01.01.2020: 2.953.661,12 EURO				
Kredite	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025
Summe	0,00 €	4.973.764,00 €	0,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €
Kreditstilgungen	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025
Summe	1.053.408,00 €	1.210.982,00 €	1.368.557,00 €	1.403.557,00 €	1.408.557,00 €

Erläuterungen:										
Verpflichtungsermächtigungen 2021: Ersatzbeschaffung Einsatzmittel Rettungsdienst einschließlich Medizin-, Funk-, Datenerfassungstechnik (12 RTW, 12 KTW, 5 NEF)										
Verpflichtungsermächtigungen 2022: Neubau Rettungswache Makranstädt, 2023: Pilot stromunabhängige Netzanlagenversorgung										
Kredite: Kredite Rettungsdienst (Rettungswachen, Fahrzeuge, Medizin-, Funk-, Datenerfassungstechnik - Vollfinanzierung nach § 32 SächsBVG)										
Aufnahmejahr	Inhalt	Aufnahme Betrag	Tilgung bis 2020	2021	2022	2023	2024	2025	Folgebahre	
2024	Neuer RTW Makranstädt	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	50.000,00 €	100.000,00 €	850.000,00 €	0,00 €
2022	E-Beschaffung EM Technik RD	4.973.764,00 €	0,00 €	0,00 €	414.479,50 €	828.959,00 €	828.959,00 €	2.072.387,50 €	0,00 €	0,00 €
2020	2 RW-Bau, Ü-KTW, 3 RTW	2.894.800,00 €	78.250,00 €	313.000,00 €	313.000,00 €	313.000,00 €	313.000,00 €	1.329.800,00 €	0,00 €	0,00 €
2017	Medizintechnik	573.985,00 €	143.496,32 €	71.748,16 €	71.748,16 €	71.748,16 €	71.748,16 €	71.748,16 €	448.702,12 €	0,00 €
2016	RW-Bau, Med. Technik, Digital	1.138.199,00 €	215.244,48 €	94.849,68 €	94.849,68 €	94.849,68 €	94.849,68 €	94.849,68 €	0,00 €	0,00 €
2016	Erneuerung Kitz-Punkt, Med-T	3.082.863,00 €	2.312.147,34 €	513.810,52 €	256.905,14 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2015	Erneuerung RLS Amt RD	500.000,00 €	500.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2014	Erneuerung RLS Amt RD	600.000,00 €	375.000,00 €	60.000,00 €	80.000,00 €	60.000,00 €	45.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
		14.763.597,00 €	3.545.888,14 €	1.053.408,36 €	1.210.982,48 €	1.368.556,84 €	1.403.556,84 €	1.408.556,84 €	4.772.647,50 €	0,00 €

Nr. Nr.	Messnahme	Gesamt VI, bis 2025 in EUR	Obstbau-Plan Vorläufige in EUR	BST 2020 in EUR	Umsatz 2020 in EUR	Plan VI, 2021 in EUR	2022 in EUR	2023 in EUR	2024 in EUR	2025 in EUR	Projektschätzung nach Freigabe in EUR
1		3	4			5	6	7	8	9	10
1	Isolierte Anlagen	25.042,00	0,00	15.554,62	0,00	5.542,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	0,00
1.1	Lichtanlage Verwaltung	9.000,00	0,00	2.111,09	0,00	1.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	0,00
1.2	Lichtanlage RD	7.500,00	0,00	12.035,19	0,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	0,00
1.3	Lichtanlage BS	8.542,00	0,00	1.407,77	0,00	2.042,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	0,00
2	Behälter, Grundwasser-Behältergebäude	2.749.299,00	2.667.977,40	694.347,34	1.313.824,68	521.256,00	828.031,00	1.000.000,00	400.000,00	0,00	0,00
2.1	Behälter, Leitung RD	45.471,00	1.471.795,40	0,00	191.227,63	0,00	45.471,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2	Reinigungsbehälter (Cottbus, Mühlenturm, Varnsdorf)	3.000.000,00	1.196.182,00	694.347,34	1.122.097,05	521.256,00	782.560,00	1.000.000,00	400.000,00	0,00	0,00
3	Kanalisation	2.965.174,00	0,00	613.568,58	0,00	0,00	2.965.174,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.1	Ersatzauftrag RD	2.965.174,00	0,00	613.568,58	0,00	0,00	2.965.174,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2	Ersatzauftrag BS	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Cottbus, Ausweisung von Wasserleitungen	346.000,00	0,00	32.900,03	1.228,52	0,00	346.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.1	Digitalisierung von Wasserleitungen RD	346.000,00	0,00	32.900,03	1.228,52	0,00	346.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.2	Digitalisierung von Wasserleitungen BS	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Allgemeine Technik	21.000,00	0,00	0,00	0,00	5.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00	0,00
5.1	Elektronische, technische Ersatzteile (RD)	21.000,00	0,00	0,00	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	0,00
5.2	Elektronische, technische Ersatzteile (BS FTZ)	10.000,00	0,00	0,00	0,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	0,00
5.3	Ausstattung Neuzugänge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Medizinische Ausstattung/Ausrüstungen	920.020,00	0,00	232.340,37	0,00	10.000,00	880.020,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	0,00
6.1	Ersatzauftrag medizinische Geräte	50.000,00	0,00	0,00	0,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	0,00
6.2	Ersatzauftrag für Füllstoffe/Füllstoffe/Bodenstrom	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6.3	Medizinische Grundausstattungen Fahrzeuge	870.020,00	0,00	232.340,37	0,00	0,00	870.020,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6.4	Sonstige Medizinik	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Wohnanlagen	207.000,00	0,00	121.011,14	0,00	27.000,00	0,00	0,00	280.000,00	0,00	0,00
7.1	Bau (Neuzugänge) (GAL Cottbus, Grotzen, Erben II Stabt)	207.000,00	0,00	121.011,14	0,00	27.000,00	0,00	0,00	280.000,00	0,00	0,00
8	Ausstattungen	352.700,00	0,00	65.403,88	0,00	209.700,00	41.000,00	34.000,00	34.000,00	34.000,00	0,00
8.1	Ersatzauftrag Medier RD	69.000,00	0,00	12.195,88	0,00	30.000,00	15.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00	0,00
8.2	Ersatzauftrag (Ausstattungen RD)	29.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	0,00
8.3	Ersatzauftrag (Ausstattungen BS FTZ)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8.4	Ersatzauftrag BS FTZ (Ergonomik, AWC, RC)	0,00	0,00	4.672,20	0,00	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	0,00
8.5	Ersatzauftrag BS FTZ (Medizinische Technik)	32.000,00	0,00	0,00	0,00	12.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8.6	Ersatzauftrag BS FTZ (Klimatisierung)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8.7	Ersatzauftrag BS FTZ (Laboratorien-Zubehör)	17.700,00	0,00	0,00	0,00	17.700,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8.8	Ersatzauftrag BS FTZ (Laboratorien-Zubehör)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8.9	Ersatzauftrag BS FTZ (Laboratorien-Zubehör)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8.10	Ersatzauftrag BS FTZ (Laboratorien-Zubehör)	75.000,00	0,00	0,00	0,00	75.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8.11	Ersatzauftrag BS FTZ (Laboratorien-Zubehör)	130.000,00	0,00	69.500,02	0,00	50.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	0,00
9	GWG	162.000,00	0,00	49.504,00	0,00	22.000,00	40.000,00	40.000,00	40.000,00	40.000,00	0,00
9.1	Ersatzauftrag GWG	141.000,00	0,00	9.428,75	0,00	21.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	0,00
9.2	Ersatzauftrag GWG FTZ	41.000,00	0,00	40.075,67	0,00	1.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	0,00
Gesamtsumme		7.882.226,00	2.667.977,40	1.586.030,96	1.315.051,20	600.000,00	5.114.223,00	1.086.000,00	776.000,00	96.000,00	0,00

INVESTITIONSPROGRAMM

Landkreis Leipzig
Kommunität Eigenbetrieb
Rechtsabteilung & Brandschutz

Finanzierungsmittel		bis zum Planjahr geteilte Aus- zahlungen bei mehrjährigen Verträgen		Plan Wirtschaftsjahr 1. Folgebjahr	Plan Wirtschaftsjahr 2. Folgebjahr	Plan Wirtschaftsjahr 3. Folgebjahr	Plan bei mehrjährigen Verträgen	Bemerkungen
Zuführung zum Eigenkapital				2022	2023	2024	2025	
Einzahlungen in Sonderposten								
zum Anlagevermögen								
Ein-/Auszahlungen außerordentl. Posten				0,00	0,00	0,00	0,00	
Aufhebung aus Sonderposten				1.807.585,85			370.000,00	Marktkauf, RD, UZ, UK
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens		-596.592,00		-249.248,00	-249.248,00	-249.248,00	-249.248,00	
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens								
Einzahlung aus Abgängen des Finanzanlagevermögens								
Sonstige Investitionseinzahlungen		5.973.754,00		4.973.754,00	0,00	1.000.000,00		
Abrechnungen		5.323.207,00		1.248.892,00	1.321.896,00	1.395.365,00	1.397.054,00	
Summe		12.477.554,05		7.780.985,85	1.072.646,00	2.116.117,00	1.507.806,00	
Finanzierungsbedarf								
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Anlagevermögen		-20.000,00		-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00	
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagevermögen		-7.062.225,00		-5.109.225,00	-1.091.000,00	-771.000,00	-91.000,00	
davon Grundstücke								
davon Gebäude								
davon Büro- u. Geschäftsausstattung								
1. Bürotechnik		4.000,00		1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
2. Mobiliar		39.000,00		16.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00	Kaufauftrag
3. Funktechnik		348.000,00		348.000,00	0,00	0,00	0,00	Kaufauftrag
4. Technische Ausstattungen		28.000,00		7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00	
5. Medientechnik		910.000,00		880.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	Kaufauftrag
6. Betriebsmittelanlagen		100.000,00		25.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00	Kaufauftrag
davon Fahrzeuge								
1. PKW								
2. Fahrzeuge Rettungsdienst		2.955.174,00		2.955.174,00	0,00	0,00	0,00	Kaufauftrag
3. Fahrzeuge Brandschutz		0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	
davon GWG		190.000,00		40.000,00	40.000,00	40.000,00	40.000,00	
Auszahlungen für Baumaßnahmen								
davon Rettungswache Cobitz		1.100.000,00	1.100.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.100.000,00
davon Rettungswache Markkleeberg		1.400.000,00	617.440,00	785.560,00	0,00	0,00	0,00	1.400.000,00
davon Rettungswache Markkleeberg		1.400.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.400.000,00
davon Investitionszuschuss RD JPLS			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	Kaufauftrag
davon Netzanlagen		280.000,00		0,00	0,00	280.000,00	0,00	
Ausw. f. Invest. i. d. Finanzanlageverm.								
Planmäßige Tilgung Investitionsverfle		-5.391.653,38		-1.210.882,38	-1.368.557,00	-1.403.557,00	-1.408.557,00	
Summe		-12.473.878,38		-6.325.207,38	-2.484.557,00	-2.179.557,00	-1.504.557,00	
nachrichtl. veranschlagte VE		1.590.000,00		1.400.000,00	280.000,00	0,00	0,00	
Saldo aus Investitionsstätigkeit		3.576,47		1.455.778,47	-1.391.909,00	-63.440,00	3.249,00	
nachrichtlich: Saldovertrag kumuliert				1.463.178,00	77.270,00	7.630,00	77.079,00	

Abschnitt											Laufendes Wirtschaftsjahr			
I Angestellte											2021			
Kostenstellen	Leistungsbereiche/Organisationseinheit	Entgeltgruppen	E 14	E 11	E 10	E 9 b	E 7	E 6	E 5		Planstellen	Tatsächlich besetzte Stellen am 30.06.2021		
A Allgemeine und gemeinsame Betriebsabrechnungen														
9311200	Betriebsleitung		0,50								0,50		0,500	
9312000	Technik				0,10						0,10		0,100	
9313100	Finanzbuchhaltung/Kassenverwaltung					1,00	0,50				1,50		1,500	
9313200	Allgemeine Verwaltung							0,50			0,50		0,500	
9313300	Personalverwaltung					0,03					0,03		0,030	
B Rettungsdienst														
9311300	Planung/Management/Controlling			0,50		1,38	0,875	0,525			1,38		1,380	
9313300	Materielle Sicherstellung Rettungsdienst										1,40		1,400	
9320000	Technische Sicherstellung			0,50	0,35	0,01					0,36		0,360	
9324000	Finanzielle Sicherstellung					0,13	0,25	1,85			2,23		2,230	
C Feuerwehrentechnisches Zentrum														
9325000	Operatives Leistungszentrum							4,00	1,00		4,00		4,000	
9326000	Ausbildungszentrum/Leitung													
D Sonstige Dienstleistungen														
9327000	Netzanlagenbetrieb				0,05	0,45					0,50		0,500	
9328000	Dienstleistungen		0,50		0,50			0,50			1,50		1,500	
Angestellte	Summe Entgeltgruppe/Kostenstelle		1,00	1,00	1,00	3,00	1,625	7,375	1,00		14,00		14,000	
II Beamte											Laufendes Wirtschaftsjahr			
Kostenstellen											2021			
Leistungsbereiche/Organisationseinheit											Planstellen	Tatsächlich besetzte Stellen am 30.06.2020		
Mittlerer feuerwehrentechnischer Dienst														
C Feuerwehrentechnisches Zentrum														
Koordinations/Ausbildung														
9326000	Summe Besoldungsgruppe/Kostenstelle					1,00					1,00		1,00	
Beamte	Summe Besoldungsgruppe/Kostenstelle					1,00					1,00		1,00	
Nachrichtlich:											Arztlicher Leiter Rettungsdienst - Honorarvertrag 48 h/Monat			